

Sachsen-Anhalt-Monitor

2023



Neue Herausforderungen nach der Pandemie

Rainer Arenz • Maximilian Zuther • Konstantin Schmitzek

GMS Dr. Jung GmbH

Eine Studie im Auftrag der
Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung

#moderndenken

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:

wahlberechtigte Bevölkerung in Sachsen-Anhalt ab 18 Jahren

Stichprobe:

repräsentative Zufallsauswahl

Erhebungsverfahren:

Computergestützte Telefoninterviews (CATI)

Computergestützte Onlineinterviews (CAWI)

Fallzahl:

$N_{\text{Gesamt}} = 1.100$

(550 Telefoninterviews und 550 Onlineinterviews)

Fehlertoleranz:

Die Fehlertoleranz der erhobenen Stichprobe liegt bei +/-3,735.

Erhebungszeitraum:

09.01. bis 15.02.2023 (Pretest 26. bis 28.10.2022)

Institut:

INSA-CONSULERE GmbH

<https://www.insa-consulere.de/>

Anmerkung zur Grammatik und Orthographie: Um den Lesefluss zu erleichtern, wurde innerhalb der vorliegenden Arbeit bei den meisten Substantiven die männliche Form genannt oder eine neutrale Schreibweise gewählt. Die Leser*innen werden gebeten, alle weiteren Gender selbstständig mitzudenken, auch wenn den Autor*innen bewusst ist, dass dies keine genderperformativ befriedigende Lösung darstellt.

Inhaltsverzeichnis

UNTERSUCHUNGSANLAGE	1
INHALTSVERZEICHNIS	2
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	4
TABELLENVERZEICHNIS	7
KURZFASSUNG WICHTIGER ERGEBNISSE	9
1 EINLEITUNG	17
2 VERBUNDENHEIT	19
3 WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT	27
3.1 BLEIBEWUNSCH UND UMZUGSABSICHT	28
3.2 LANDESIDENTITÄT	34
3.3 EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE UND KÜNFTIGEN ENTWICKLUNG.....	36
4 SONDERTHEMA: RUSSLAND-UKRAINE-KRIEG	43
4.1 AUSWIRKUNGEN DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES AUF SACHSEN-ANHALT.....	43
4.2 AUSWIRKUNGEN DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES AUF DIE LEBENSSITUATION DER BEFRAGTEN.....	47
5 VERTRAUEN	56
5.1 VERTRAUEN IN MITMENSCHEN.....	56
5.2 VERTRAUEN IN POLITISCHE INSTITUTIONEN	60
6 POLITISCHE INVOLVIERUNG UND POLITISCHE RESPONSIVITÄT	66
6.1 EINBINDUNG DER BÜRGER IN DIE POLITIK.....	66
6.2 BEURTEILUNG DER OFFENHEIT DES POLITISCHEN SYSTEMS	72
7 EINSTELLUNGEN ZUR DEMOKRATIE	75
7.1 DIE DREI DIMENSIONEN DES VERSTÄNDNISSES VON DEMOKRATIE	75
7.2 DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS UND INSTITUTIONELLE GARANTIIEN	81
7.3 4 TYPEN DER EINSTELLUNG ZUR DEMOKRATIE	85
8 GERECHTIGKEITSEMPFINDEN	88
9 SPANNUNGSFELD FREIHEIT-GLEICHHEIT-SICHERHEIT	94
10 PROBLEMPRIORITÄT UND LÖSUNGSKOMPETENZ	99
10.1 WICHTIGSTE PROBLEME IN SACHSEN-ANHALT	99
10.1.1 <i>Den Parteien zugeschriebene Lösungskompetenz</i>	106
10.2 WICHTIGSTE PROBLEME IN DEUTSCHLAND.....	107
10.2.1 <i>Den Parteien zugeschriebene Lösungskompetenz</i>	114
11 EINSTELLUNGSKOMPLEX POLITISCHER EXTREMISMUS	116
11.1 BEGRIFFSKLÄRUNG.....	116
11.2 „REGIEHINWEISE“ UND METHODISCHES VORGEHEN	117
11.3 DIE MESSUNG EXTREMISTISCHER EINSTELLUNGEN	118

11.4	DETERMINANTEN EINES SYSTEMATISCHEN EXTREMISMUS	123
11.5	EXTREMISTISCHES TÄTERFELD IN SACHSEN-ANHALT.....	127
11.6	GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT	130
11.6.1	<i>Verteilung des GMF-Syndroms in Sachsen-Anhalt.....</i>	<i>132</i>
11.6.1	<i>Determinanten von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.....</i>	<i>135</i>
11.7	ANTISEMITISMUS	142
11.7.1	<i>Antisemitische Einstellungen in Sachsen-Anhalt</i>	<i>145</i>
11.7.2	<i>Determinanten von Antisemitismus.....</i>	<i>146</i>
12	FRAGEBOGEN SACHSEN-ANHALT-MONITOR 2023	151
	AUTORENVERZEICHNIS	166

Abbildungsverzeichnis

ABB. 1 VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RÄUMLICHEN EINHEITEN.....	20
ABB. 2 VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RÄUMLICHEN EINHEITEN IM ZEITVERLAUF, 2007-2020.....	21
ABB. 3 VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RAUMEINHEITEN NACH WOHNDAUER IN SACHSEN-ANHALT.....	23
ABB. 4 VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RAUMEINHEITEN NACH BEURTEILUNG DER ZUKUNFT VON SACHSEN-ANHALT.....	25
ABB. 5 GRÜNDE, WARUM BEFRAGTE GERNE IN SACHSEN-ANHALT LEBEN	28
ABB. 6 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE VERBUNDENHEIT.....	29
ABB. 7 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE GEOGRAPHIE	29
ABB. 8 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE LEBENSQUALITÄT UND FREIZEIT.....	30
ABB. 9 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT.....	30
ABB. 10 GRÜNDE, WARUM BEFRAGTE LIEBER IN EINEM ANDEREN BUNDESLAND LEBEN WÜRDEN	31
ABB. 11 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE LEBENSQUALITÄT UND FREIZEIT	32
ABB. 12 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE GEOGRAPHIE.....	32
ABB. 13 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE WIRTSCHAFT UND POLITIK	33
ABB. 14 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE VERBUNDENHEIT	34
ABB. 15 EIGENSCHAFTEN VON SACHSEN-ANHALT	35
ABB. 16 WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND LEBENSZUFRIEDENHEIT IN GEGENWART UND ZUKUNFT	37
ABB. 17 WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN SACHSEN-ANHALT UND LEBENSZUFRIEDENHEIT IM ZEITVERLAUF, 2007- 2023	38
ABB. 18 EINSCHÄTZUNG WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND LEBENSZUFRIEDENHEIT IN GEGENWART UND ZUKUNFT NACH VERBUNDENHEIT MIT SACHSEN-ANHALT.....	39
ABB. 19 EINSCHÄTZUNG WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND LEBENSZUFRIEDENHEIT IN GEGENWART UND ZUKUNFT NACH INSTITUTIONENVERTRAUEN MIT SACHSEN-ANHALT.....	40
ABB. 20 EINSCHÄTZUNG WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND LEBENSZUFRIEDENHEIT IN GEGENWART UND ZUKUNFT NACH BEURTEILUNG DES PERSÖNLICH GERECHTEN ANTEILS.....	40
ABB. 21 EINSCHÄTZUNG EIGENE WIRTSCHAFTLICHE LAGE, LEBENSZUFRIEDENHEIT UND PERSÖNLICHE ZUKUNFT NACH ERWERBSTÄTIGKEIT UND FINANZIELLER SITUATION	42
ABB. 22 EINFLUSS DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES UND DESSEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN SACHSEN-ANHALT	44
ABB. 23 EINFLUSS DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES UND DESSEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE ZUKUNFT VON SACHSEN-ANHALT.....	47
ABB. 24 EINFLUSS DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES UND DESSEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE EIGENE WIRTSCHAFTLICHE LAGE	48
ABB. 25 EINFLUSS DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES UND DESSEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE PERSÖNLICHE ZUKUNFT IN SACHSEN-ANHALT.....	51

ABB. 26 EINFLUSS DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES UND DESSEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE AM WOHNORT	52
ABB. 27 EINFLUSS DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES UND DESSEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN SACHSEN-ANHALT, AM WOHNORT UND DIE EIGENE WIRTSCHAFTLICHE LAGE.....	53
ABB. 28 KONKRETE AUSWIRKUNGEN DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES AUF DIE EIGENE LEBENSITUATION..	53
ABB. 29 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE EIGENE WIRTSCHAFTLICHE LAGE	54
ABB. 30 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE ANGST VOR DEM KRIEG	54
ABB. 31 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE FLÜCHTLINGE, MIGRATION UND ZUWANDERUNG.....	55
ABB. 32 ZWISCHENMENSCHLICHES VERTRAUEN	57
ABB. 33 ZWISCHENMENSCHLICHES VERTRAUEN NACH VERSCHIEDENEN ERKLÄRUNGSFAKTOREN	59
ABB. 34 VERTRAUEN IN VERSCHIEDENE INSTITUTIONEN	61
ABB. 35 VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN IM ZEITVERLAUF, 2007-2023	62
ABB. 36 INSTITUTIONENVERTRAUEN NACH RESPONSIVITÄT, DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT UND GERECHTIGKEITSBEURTEILUNG.....	63
ABB. 37 INSTITUTIONENVERTRAUEN NACH EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE UND DER PERSÖNLICHEN ZUKUNFT IN SACHSEN-ANHALT UND PARTEIPRÄFERENZ	64
ABB. 38 ZUSAMMENHANG ZWISCHEN POLITIKINTERESSE, POLITISCHER DISKUSSIONSHÄUFIGKEIT UND POLITISCHEM KOMPETENZGEFÜHL.....	67
ABB. 39 POLITISCHES INTERESSE, POLITISCHE DISKUSSIONSHÄUFIGKEIT UND POLITISCHE KOMPETENZ.....	67
ABB. 40 ENTWICKLUNG DER POLITISCHEN INVOLVIERUNG UND RESPONSIVITÄT IM ZEITVERLAUF, 2007-2020	69
ABB. 41 POLITISCHE INVOLVIERUNG NACH VERSCHIEDENEN ERKLÄRUNGSFAKTOREN	71
ABB. 42 RESPONSIVITÄTSGEFÜHL	72
ABB. 43 RESPONSIVITÄTSGEFÜHL NACH VERSCHIEDENEN ERKLÄRUNGSFAKTOREN.....	74
ABB. 44 DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS UND INSTITUTIONELLE GARANTIE.....	82
ABB. 45 DEMOKRATIETYPEN IN SACHSEN-ANHALT 2020 UND 2023.....	86
ABB. 46 GERECHTIGKEITSEMPFINDEN BEZOGEN AUF DEUTSCHLAND.....	89
ABB. 47 FREIHEIT VERSUS GLEICHHEIT IM ZEITVERLAUF SEIT 2007.....	96
ABB. 48 FREIHEIT VERSUS SICHERHEIT IM ZEITVERLAUF SEIT 2007.....	97
ABB. 49 DAS WICHTIGSTE POLITISCHE PROBLEM IN SACHSEN-ANHALT	100
ABB. 50 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE WIRTSCHAFT, FINANZEN UND VERBRAUCHERSCHUTZ .	100
ABB. 51 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE ARBEIT UND BILDUNG.....	101
ABB. 52 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE FLÜCHTLINGE, MIGRATION UND ZUWANDERUNG.....	101
ABB. 53 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE GESELLSCHAFT UND POLITIK	102
ABB. 54 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE SOZIALES UND SOZIALE GERECHTIGKEIT.....	102
ABB. 55 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE INNENPOLITISCHES UND INNERE SICHERHEIT	103

ABB. 56 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE AUßENPOLITISCHES UND ÄUßERE SICHERHEIT	103
ABB. 57 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE KLIMA, UMWELT UND ENERGIE	104
ABB. 58 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE SONSTIGES	104
ABB. 59 GEBÜNDELTE LÖSUNGSKOMPETENZ BEZOGEN AUF DAS WICHTIGSTE POLITISCHE PROBLEM IN SACHSEN- ANHALT NACH PARTEIEN	106
ABB. 60 DAS WICHTIGSTE POLITISCHE PROBLEM DEUTSCHLAND	107
ABB. 61 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE WIRTSCHAFT, FINANZEN UND VERBRAUCHERSCHUTZ .	108
ABB. 62 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE AUßENPOLITISCHES UND ÄUßERE SICHERHEIT	109
ABB. 63 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE GESELLSCHAFT UND POLITIK	109
ABB. 64 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE FLÜCHTLINGE, MIGRATION UND ZUWANDERUNG.....	110
ABB. 65 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE SOZIALES UND SOZIALE GERECHTIGKEIT.....	111
ABB. 66 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE KLIMA, UMWELT UND ENERGIE	111
ABB. 67 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE ARBEIT UND BILDUNG	112
ABB. 68 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE INNENPOLITISCHES UND INNERE SICHERHEIT	112
ABB. 69 UNTERKATEGORIEN DER HAUPTKATEGORIE SONSTIGES	113
ABB. 70 GEBÜNDELTE LÖSUNGSKOMPETENZ BEZOGEN AUF DAS WICHTIGSTE POLITISCHE PROBLEM IN SACHSEN- ANHALT NACH PARTEIEN	115
ABB. 71 LINKS-RECHTS-SELBSTEINSTUFUNG.....	118
ABB. 72 GEWALT ALS INSTRUMENT DER KONFLIKTLÖSUNG	120
ABB. 73 EXTREMISMUS-MODELL DES VERFASSUNGSSCHUTZES NACH STÖSS	121
ABB. 74 SYSTEMKRITISCHE UND SYSTEMFEINDLICHE EINSTELLUNGEN	122
ABB. 75 SKALA SYSTEMKRITISCHER EXTREMISMUS NACH POLITISCHEN EINSTELLUNGEN	125
ABB. 76 SKALA SYSTEMKRITISCHER EXTREMISMUS NACH SOZIALSTRUKTURELLEN MERKMALEN	126
ABB. 77 POLITISCH MOTIVIERTE STRAFTATEN (LINKS UND RECHTS) IM ZEITVERLAUF SEIT 2010.....	128
ABB. 78 POLITISCH MOTIVIERTE GEWALTTATEN UND STRAFTATEN IM ZEITVERLAUF SEIT 2010.....	129
ABB. 79 DIMENSIONEN DER GRUPPENBEZOGENEN MENSCHENFEINDLICHKEIT (GMF) IM SAM 2023	131
ABB. 80 SKALA GMF-SYNDROM NACH POLITISCHEN EINSTELLUNGEN	138
ABB. 81 SKALA GMF-SYNDROM NACH SOZIALSTRUKTURELLEN MERKMALEN	141
ABB. 82 SKALA ANTISEMITISMUS NACH POLITISCHEN EINSTELLUNGEN	148
ABB. 83 SKALA ANTISEMITISMUS NACH SOZIALSTRUKTURELLEN MERKMALEN.....	150

Tabellenverzeichnis

TAB. 1	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RAUMEINHEITEN NACH ALTER.....	22
TAB. 2	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RAUMEINHEITEN NACH BILDUNG UND FINANZIELLER SITUATION	24
TAB. 3	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RAUMEINHEITEN NACH PARTEIPRÄFERENZ	25
TAB. 4	EINSCHÄTZUNG WIRTSCHAFTLICHE LAGE, LEBENSZUFRIEDENHEIT NACH PARTEIPRÄFERENZ.....	41
TAB. 5	EINFLUSS DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES UND DESSEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN SACHSEN-ANHALT NACH ALTERSGRUPPEN UND GESCHLECHT	44
TAB. 6	EINFLUSS DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES UND DESSEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN SACHSEN-ANHALT NACH EINKOMMEN UND BILDUNG	45
TAB. 7	EINFLUSS DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES UND DESSEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN SACHSEN-ANHALT NACH ZUFRIEDENHEIT MIT LEBENSSITUATION UND EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE.....	45
TAB. 8	EINFLUSS DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES UND DESSEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN SACHSEN-ANHALT NACH PARTEIPRÄFERENZ	46
TAB. 9	EINFLUSS DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES UND DESSEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE EIGENE WIRTSCHAFTLICHE LAGE NACH ALTERSGRUPPEN UND GESCHLECHT	49
TAB. 10	EINFLUSS DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES UND DESSEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE EIGENE WIRTSCHAFTLICHE LAGE NACH EINKOMMEN UND BILDUNG.....	49
TAB. 11	EINFLUSS DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES UND DESSEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE EIGENE WIRTSCHAFTLICHE LAGE NACH ZUFRIEDENHEIT MIT LEBENSSITUATION UND EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE.....	50
TAB. 12	EINFLUSS DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES UND DESSEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE EIGENE WIRTSCHAFTLICHE LAGE NACH PARTEIPRÄFERENZ	50
TAB. 13	EINFLUSS DES RUSSLAND-UKRAINE-KRIEGES UND DESSEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE PERSÖNLICHE ZUKUNFT IN SACHSEN-ANHALT NACH	51
TAB. 14	DEMOKRATIE ALS BESTE STAATSIDEE	76
TAB. 15	DAS DEMOKRATISCHE VERFASSUNGSSYSTEM DER BUNDESREPUBLIK.....	77
TAB. 16	DAS DEMOKRATISCHE VERFASSUNGSSYSTEM DER BUNDESREPUBLIK.....	78
TAB. 17	ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND, NACH ALTERSGRUPPEN UND BILDUNG	78
TAB. 18	ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND, NACH ERWERBSSTATUS UND EINKOMMEN	79
TAB. 19	ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND NACH ZUFRIEDENHEIT MIT LEBENSSITUATION UND EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE	79
TAB. 20	ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND NACH PARTEIPRÄFERENZ.....	80

TAB. 21 ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND NACH LINKS-RECHTS-SELBSTEINSTUFUNG	80
TAB. 22 TYPOLOGIE DEMOKRATISCHER ORIENTIERUNGEN	85
TAB. 23 GERECHTIGKEITSEMPFINDEN BEZOGEN AUF DEUTSCHLAND NACH PARTEIPRÄFERENZ UND GESCHLECHT	89
TAB. 24 GERECHTIGKEITSEMPFINDEN BEZOGEN AUF DEUTSCHLAND NACH ALTER UND SCHULABSCHLUSS.....	90
TAB. 25 GERECHTIGKEITSEMPFINDEN BEZOGEN AUF DEUTSCHLAND NACH TÄTIGKEIT UND EINKOMMEN	90
TAB. 26 GERECHTIGKEITSEMPFINDEN BEZOGEN AUF DEUTSCHLAND NACH LEBENSZUFRIEDENHEIT, EIGENER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE UND DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT	91
TAB. 27 ERHALT VON GERECHTEM ANTEIL NACH LEBENSZUFRIEDENHEIT UND DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT .	91
TAB. 28 ERHALT VON GERECHTEM ANTEIL IM ZEITVERGLEICH UND NACH ALTER	92
TAB. 29 ERHALT VON GERECHTEM ANTEIL NACH EINKOMMEN UND SCHULABSCHLUSS	92
TAB. 30 FREIHEIT VERSUS GLEICHHEIT UND FREIHEIT VERSUS SICHERHEIT NACH ALTER UND PARTEIPRÄFERENZ.....	98
TAB. 31 DIE VIER WICHTIGSTEN POLITISCHEN PROBLEME IN SACHSEN-ANHALT NACH ALTERSGRUPPEN, GESCHLECHT, ERWERBSTÄTIGKEIT.....	105
TAB. 32 DIE FÜNF WICHTIGSTEN POLITISCHEN PROBLEME IN DEUTSCHLAND NACH ALTERSGRUPPEN, GESCHLECHT, ERWERBSTÄTIGKEIT.....	114
TAB. 33 GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT IN SACHSEN-ANHALT.....	134
TAB. 34 ANTISEMITISMUS IN SACHSEN-ANHALT.....	146

Kurzfassung wichtiger Ergebnisse

Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt

1. Das Verbundenheitsgefühl verschiedener Gebietseinheiten steigt mit zunehmender Nähe zum eigenen Lebensumfeld.
2. Zu Ostdeutschland (40 Prozent „sehr stark“) besteht ein stärkeres Verbundenheitsgefühl als zu Sachsen-Anhalt (ST) (28 Prozent), Gesamtdeutschland (15 Prozent) oder Europa (13 Prozent).
3. Verbundenheit mit dem Wohnort und mit ST steigt mit zunehmender Wohndauer an.
4. Nach Alter differenziert: 18- bis 29-Jährige stärker mit Europa verbunden als ältere. Stärkste Verbundenheit zu Ostdeutschland und ST bei über 66-Jährigen. Mittlere Altersgruppen am stärksten mit Ostdeutschland, dem eigenen Wohnort und am wenigsten mit Europa verbunden.
5. Nach finanzieller Situation differenziert: Je schlechter die eigene finanzielle Situation wahrgenommen wird, desto geringer fällt die Verbundenheit mit verschiedenen Gebieten aus.
6. Nach Beurteilung der Zukunft differenziert: Je positiver die Zukunft von ST gesehen wird, desto stärker ist auch das Verbundenheitsgefühl mit verschiedenen Raumeinheiten. Besonders deutlich fällt dieser Effekt naturgemäß bei ST aus.

Bleibewunsch und Umzugsabsicht

7. Wie 2020 wollen 79 Prozent in ST wohnen bleiben; 21 Prozent haben einen Umzugswunsch.
8. Gründe warum Befragte gerne in ST leben in absteigender Reihenfolge: Verbundenheit (Heimat, familiäre Gründe v. a. Nähe zu Kindern, Nähe zum Freundeskreis, eigene Wohnung/Haus, Gewohnheit), Geographie (schöne Landschaft, schöne Städte, Nähe zum Harz), Lebensqualität und Freizeit (Kultur, Geschichte, Land und Leute, Mentalität, gute Erholungsmöglichkeiten, hohe Lebensqualität, großes Freizeitangebot), Wirtschaft und Gesellschaft (berufliche Gründe und Möglichkeiten, gute (Aus-)Bildungsmöglichkeiten, wirtschaftliche Lage).
9. Gründe für Umzugsabsicht in absteigender Reihenfolge: Lebensqualität und Freizeit (Kultur, Land und Leute, höhere Lebensqualität, mehr Erholungsmöglichkeiten, Mentalität, größeres Freizeitangebot v. a. Sport), Geographie (schönere Landschaft, Nähe zum Meer, Nähe zu den Bergen), Wirtschaft und Politik (mehr berufl. Möglichkeiten, höhere Löhne, bessere wirtsch. Lage, bessere Infrastruktur/ÖPNV, größere politische Übereinstimmung), Verbundenheit (Heimat, Geburtsort, familiäre Gründe v. a. Nähe zu Kindern, Verbundenheit mit dem Urlaubsort, Nähe zum Freundeskreis).

Identifikation mit Sachsen-Anhalt

10. Image von ST über alle Eigenschaften hinweg besser als 2020.
11. Image von ST aus Bürgersicht einerseits begründet auf einer positiven, affektiven Verbundenheit zum Land und andererseits auf der Attraktivität als Reiseziel mit landschaftlichen Ausflugszielen und kulturellen Angeboten. Ergänzt wird dieses Bild um

die Bedeutung des Bundeslandes als Wissenschafts- und Hochschulstandort und um den Eindruck, dass in ST freundliche und aufgeschlossene Menschen leben.

Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Sachsen-Anhalt

12. Befragte schätzen wirtschaftliche Lage in ST zu 26 Prozent als „sehr“ oder „eher“ positiv ein (-5 Prozent zu 2020).
13. Befragte schätzen wirtschaftliche Lage am Wohnort zu 33 Prozent als „sehr“ oder „eher“ positiv ein (-6 Prozent zu 2020).
14. Befragte schätzen Zukunft von ST zu 42 Prozent als „sehr“ oder „eher“ positiv ein (-9 Prozent).
15. Befragte schätzen eigene wirtschaftliche Situation zu 50 Prozent als „sehr“ oder „eher“ positiv ein (-12 Prozent zu 2020).
16. Befragte schätzen persönliche Zukunft in ST zu 49 Prozent als „sehr“ oder „eher“ positiv ein (-13 Prozent zu 2020).
17. Befragte schätzen eigene Lebenszufriedenheit zu 47 Prozent als „sehr“ oder „eher“ positiv ein (- 18 Prozent zu 2020).
18. Korrelationen¹: Je stärker die Verbundenheit zu ST ausgeprägt ist, desto positiver werden die Zukunft von ST sowie die eigene Zukunft beurteilt. Gleiches gilt für die Verbundenheit mit dem Wohnort. Je größer das generelle Vertrauen in rechtsstaatliche Institutionen auf verschiedenen politischen Systemebenen ist, desto positiver fällt die Bewertung der Wirtschaftskraft und Zukunft ST sowie diejenige der eigenen Wirtschaftslage und der persönlichen Zukunft im Land aus. Je stärker jemand davon überzeugt ist, seinen gerechten Anteil zu erhalten, desto positiver werden die Wirtschaftslage in ST und die individuelle Lebenssituation wahrgenommen.
19. Soziodemographische Unterschiede: In Bezug auf die Erwerbstätigkeit zeigt sich, dass allen voran Rentner gefolgt von Azubis und Vollzeit- bzw. Teilzeitbeschäftigten, mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage, ihrem Leben und ihrer persönlichen Zukunft in ST am zufriedensten sind. Je besser die finanzielle Situation einer Person ist, desto zufriedener ist sie mit ihrer wirtschaftlichen Lage und Lebenssituation und desto optimistischer sieht sie ihrer persönlichen Zukunft in ST entgegen.

Sonderthema: Auswirkungen Russland-Ukraine-Krieg

20. (Ebene ST) Befragte sehen einen „sehr starken“ (18 Prozent), „ziemlich starken“ (38 Prozent), „mittelmäßigen“ (33 Prozent) und „weniger starken“ bzw. „überhaupt keinen“ (11 Prozent) Einfluss auf die wirtschaftliche Lage in ST.
21. (Ebene ST) Befragte sehen „sehr starken“ (18 Prozent), „ziemlich starken“ (37 Prozent), „mittelmäßigen“ (32 Prozent) und „weniger starken“ bzw. „überhaupt keinen“ (13 Prozent) Einfluss auf die Zukunft von ST.

¹ Die linearen Einflüsse zwischen abhängiger und unabhängiger Variablen im Text sind auf einem Niveau von 5 Prozent oder weniger signifikant.

22. (Ebene ST) Soziodemographische Unterschiede: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung, Lebenszufriedenheit haben keinen signifikanten Effekt. Daraus folgt, dass bei einer großen Mehrheit der Bevölkerung ein breiter Konsens darüber besteht, dass der Russland-Ukraine-Krieg und dessen Auswirkungen eine „sehr starken“ bis „mittelmäßigen“ Einfluss auf ST, dessen Wirtschaft und seine Zukunft haben.
23. (Individualebene) Befragte sehen einen „sehr starken“ (11 Prozent), „ziemlich starken“ (26 Prozent), „mittelmäßigen“ (31 Prozent) und „weniger starken“ bzw. „überhaupt keinen“ (32 Prozent) Einfluss auf die eigene wirtschaftliche Lage.
24. (Individualebene) Befragte sehen „sehr starken“ (9 Prozent), „ziemlich starken“ (21 Prozent), „mittelmäßigen“ (33 Prozent) und „weniger starken“ bzw. „überhaupt keinen“ (37 Prozent) Einfluss auf die persönliche Zukunft.
25. (Individualebene) Soziodemographische Unterschiede: Je jünger (Alter) die Befragten sind, desto größer schätzen sie den Einfluss des Krieges auf ihre eigene wirtschaftliche Lage ein. Befragte mit niedrigen Haushaltseinkommen berichten stärker beeinflusst zu sein. Je unzufriedener mit dem eigenen Leben und je schlechter die eigene wirtschaftliche Situation, desto stärker wird der Einfluss des Krieges auf die eigene wirtschaftliche Lage geschätzt. Geschlecht und Bildung ohne signifikanten Einfluss.
26. Zwischenfazit: Befragte schätzen den Einfluss auf höherer, weit entfernterer Ebene (ST, eigener Wohnort) stärker ein als auf die unmittelbare eigene Lebenssituation.
27. Offene Frage konkrete Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges in absteigender Reihenfolge: eigene wirtschaftliche Lage (gestiegene Preise, Inflation, gestiegene Heiz- und Stromkosten, gestiegene Lebenshaltungskosten, gestiegene Kraftstoffpreise, Versorgungsengpässe, verspätete Lieferungen), Angst vor dem Krieg (psychische, emotionale Belastung, Unsicherheit über die eigene Zukunft, Sorge um weitere Eskalation des Krieges), Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung (Eindämmung und Regelung von Migration v. a. Kapazitäten, Ausweisung von Straftätern, Grenzsicherung, Asylverfahren, Flüchtlings- und Asylpolitik, Situation der Flüchtlinge verbessern v. a. Wohnsituation, Versorgung, Arbeitschancen, Integration).

Vertrauen

28. (Zwischenmenschliches Vertrauen) 24 Prozent der Bürger in ST haben die Meinung, dass man der Mehrheit der Mitmenschen vertrauen kann (-16 Prozent zu 2020). Die Gesellschaft in ST ist also vorsichtiger und zurückhaltender geworden, wenn es um das zwischenmenschliche Vertrauen geht.
29. (Zwischenmenschliches Vertrauen) Korrelationen: Je weitgehender das Vertrauen in Institutionen und öffentliche Einrichtungen des Staates ist, desto stärker fällt das zwischenmenschliche Vertrauen aus. Je offener das politische System (Rückkopplungsbereitschaft zw. Bevölkerung und Politikern, Responsivität) empfunden wird, desto stärker ist das soziale Vertrauen der Menschen. Je gerechter die Gesellschaft eingeschätzt wird, desto höher das Vertrauen.
30. (Zwischenmenschliches Vertrauen) Soziodemographische Unterschiede: Bildung und Einkommen mit aktuell schwindendem Einfluss.

31. (Vertrauen pol. Institutionen) Landesregierung schneidet in der Wahrnehmung der Bürger besser ab als die Bundesregierung; beide Institutionen mit Vertrauensverlusten gegenüber 2020. Verluste auch gegenüber der Polizei, der Verwaltung, Bundesverfassungsgericht, Parteien allgemein, Politikern allgemein, der präferierten Partei.
32. (Vertrauen pol. Institutionen) Korrelationen: Je offener das politische System (Rückkopplungsbereitschaft, Responsivität) und je zufriedener Befragte sich darüber äußern, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, desto höher ist das Vertrauen in politische Institutionen. Je positiver die Wirtschaftskraft in ST eingeschätzt wird, desto mehr Vertrauen haben Befragte in politische Institutionen und Politiker. Wer den Eindruck hat, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht und seine persönliche Zukunft in ST negativ bewertet, bringt auch den Institutionen weniger Vertrauen entgegen.

Einstellung zur Demokratie

33. Befragte schätzen politisches Interesse zu 49 Prozent als „sehr“ oder „eher“ hoch ein (+1 Prozent zu 2020).
34. Befragte schätzen politische Diskussionshäufigkeit zu 58 Prozent als „sehr“ oder „eher“ hoch ein (+8 Prozent zu 2020).
35. Befragte schätzen eigenes politisches Kompetenzgefühl zu 34 Prozent als „sehr“ oder „eher“ hoch ein (-1 Prozent zu 2020).
36. Index politische Involvierung wieder leicht angestiegen und teilweise auf Vorpandemieniveau.
37. (pol. Involvierung) Soziodemographische Unterschiede: Je höher das monatliche Haushaltseinkommen und das Bildungsniveau ausfallen, desto stärker sieht sich die betreffende Person politisch involviert. Je älter die Befragten, desto stärker geben sie an, politisch involviert zu sein. Nichtwähler schwächer politisch involviert als Befragte, die wählen gehen.
38. Index Responsivitätsgefühl (Beurteilung Offenheit des pol. Systems) leicht abgesunken und auf Tiefststand seit 2009.
39. (Responsivitätsgefühl) Korrelationen: Je mehr die Bürger den Einrichtungen des öffentlichen Lebens und den Politikern vertrauen (Institutionenvertrauen), desto responsiver beurteilen sie das politische System. Menschen, die zufriedener mit der Demokratie sind und den Eindruck haben, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht zugeht, bewerten die Offenheit des Systems deutlich positiver.
40. Befragte stimmen Idee der Demokratie zu 92 Prozent „entschieden“ oder „eher“ zu (-1 Prozent zu 2020).
41. (Idee der Demokratie) Soziodemographische Unterschiede: Je älter die Befragten, desto eher geben sie an, „entschieden“ oder „eher“ für die Demokratie im Vergleich mit anderen Staatsideen zu sein.
42. Befragte mit dem demokratischen Verfassungssystem der BRD nur noch zu 55 Prozent „sehr“ oder „eher“ zufrieden (-17 Prozent zu 2020).
43. (dem. Verfassungssystem) Soziodemographische Unterschiede: Je jünger die Befragten, desto eher lehnen sie das demokratische Verfassungssystem der BRD ab.

44. Befragte mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland nur noch zu 36 Prozent „sehr“ oder „eher“ zufrieden (-26 Prozent zu 2020).
45. (Funktionieren der Demokratie) Soziodemographische Unterschiede: Je älter die Befragten, desto eher sind sie mit dem Funktionieren der Demokratie in der BRD unzufrieden. Das Bildungsniveau, Erwerbsstatus und Einkommen haben 2023 keinen signifikanten Effekt. Wer mit dem eigenen Leben und der eigenen wirtschaftlichen Situation unzufrieden ist, zeigt auch eine geringere Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Je rechter eine Person entlang der Links-Rechts-Selbsteinstufung ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit für diese Person, mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland unzufrieden zu sein.
46. Gemessen an den 4 Typen der Einstellung zur Demokratie nach Niedermayer lässt sich 2023 ein Rückgang der demokratischen Mitte beobachten. Die ehemals größte Gruppe der zufriedenen Demokraten (35 Prozent, -25 Prozent gegenüber 2020) sind zugunsten der systemkritischen Demokraten (35 Prozent, +15 Prozent gegenüber 2020) und der politikkritischen Demokraten (24 Prozent, +9 Prozent gegenüber 2020) geschrumpft. Antidemokraten (6 Prozent, +1 Prozent) nach wie vor auf gleichbleibendem Niveau.

Gerechtigkeitsempfinden

47. Befragte mit der Gerechtigkeit in Deutschland nur noch zu 36 Prozent „sehr“ oder „eher“ zufrieden (-20 Prozent zu 2020). Erstmals seit 2012 geben die Sachsen-Anhalter an, dass es in Deutschland „alles in allem“ eher ungerecht zugeht.
48. (Gerechtigkeit in Deutschland) Soziodemographische Unterschiede: Vor allem die mittleren Altersgruppen zwischen 30 und 66 Jahren am unzufriedensten mit der Gerechtigkeit in Deutschland. Je höher Bildungsniveau und Haushaltseinkommen, desto zufriedener sind die Befragten mit der Gerechtigkeit in Deutschland. Geschlecht, Erwerbsstatus ohne signifikanten Einfluss.
49. Beim „Erhalt des gerechten Anteils“ erhärten sich die Extrempositionen derer, die mehr (10 Prozent, +5 Prozent gegenüber 2020) und weniger (47 Prozent, +0 Prozent gegenüber 2020) als ihren gerechten Anteil bekommen auf Kosten derer, die angeben, ihren gerechten Anteil zu erhalten (43 Prozent, -6 Prozent gegenüber 2020).
50. (Erhalt gerechter Anteil) Soziodemographische Unterschiede: Je niedriger das monatliche Haushaltseinkommen ausfällt, desto häufiger geben Befragte an, „etwas“ oder „sehr viel weniger“ als ihren gerechten Anteil zu bekommen. Bildung hat 2023 keinen signifikanten Einfluss.

Spannungsfeld Freiheit-Gleichheit-Sicherheit

51. Beim Vergleich Freiheit vs. Gleichheit entscheiden sich die Sachsen-Anhalter zu 68 Prozent (\pm 0 Prozent gegenüber 2020) für die Freiheit.
52. Beim Vergleich Freiheit vs. Sicherheit entscheiden sich die Sachsen-Anhalter zu 68 Prozent (+ 1 Prozent gegenüber 2020) für die Sicherheit.

53. Soziodemographische Unterschiede: ältere Altersgruppen bevorzugen die Freiheit vor der Gleichheit; umgekehrt jüngere Befragte. Beim Thema Freiheit vs. Sicherheit nimmt das Sicherheitsbedürfnis mit zunehmendem Alter zu.

Wichtigste Probleme in Deutschland und Lösungskompetenz

54. Antwortkategorien der offenen Frage in absteigender Reihenfolge: Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz (Preisanstieg, Inflation, Anstieg der Lebenshaltungskosten, Sicherung der Energieversorgung, Steuern, Steuersenkungen, Vermeidung von Steuerverschwendung, Strompreise niedrig halten), Außenpolitisches, äußere Sicherheit (Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges, Sorgen um Eskalation des Russland-Ukraine-Krieges v. a. Waffenlieferungen, nukleare Eskalation, wirtschaftliche Belastung, internationale Probleme und Konflikte v. a. Handelsstreit, Krieg, Frieden erhalten, mangelnde Unterstützung der Ukraine v. a. Verteidigung der Demokratie, Werte, Solidarität), Gesellschaft und Politik (Kritik an der Bundesregierung v. a. Unentschlossenheit, falsche Politik, Misstrauen, Bürokratie, Spaltung der Gesellschaft, Kritik gegenüber Politikern v. a. Korruption, Unehrllichkeit, Inkompetenz, Vernachlässigung nationaler Interessen v. a. zu viel Geld an andere, eigene Leute vernachlässigen, mangelnde Bürgernähe, Wertewandel, Werteverfall), Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung (Flüchtlings- und Asylpolitik, Eindämmung und Regelung von Migration v. a. Kapazitäten, Ausweisung von Straftätern, Grenzsicherung, Asylverfahren, Situation der Flüchtlinge verbessern v. a. Wohnsituation, Versorgung, Arbeitschancen, Integration), Soziales und soziale Gerechtigkeit (mehr soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Verhinderung von (Alters-)Armut, Rentensicherheit, besseres Gesundheitssystem, Ärztemangel, Sicherstellung der Pflege, Unterstützung von Kindern und Familien, Grundsicherung, Bürgergelddebatte), Klima, Umwelt und Energie (Verhinderung des Klimawandels, Klimaschutz, Verhinderung der Umweltverschmutzung, Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Einzelnennung zur Lösung des Klimawandels, weniger Emissionen, CO₂-Steuer, Energiewende vorantreiben), Arbeit und Bildung (bessere Aus- und Weiterbildung und Forschung, Arbeitslosigkeit bekämpfen, Schaffung von Arbeitsplätzen), Innenpolitisches, innere Sicherheit (Sicherheit vor Kriminalität und Verbrechen, Extremismus verhindern, Radikalisierung v. a. Rechtsruck, Fremdenfeindlichkeit) und Sonstiges (Auswirkungen der Coronapandemie, Mobilität, Verkehrswende, ÖPNV, Wohnungsnotstand, steigende Mieten, sozialer Wohnungsbau, Digitalisierung, Breitbandausbau).
55. Gebündelt Lösungskompetenz (über alle Themen- und Problemfelder) in Deutschland in absteigender Reihenfolge: CDU (16 Prozent), AfD (16), SPD (9), Linke (5), Grüne (4), FDP (2), Sonstige (0,1), keine Partei (31), weiß nicht/keine Angabe (9).

Wichtigste Probleme in Sachsen-Anhalt und Lösungskompetenz

56. Antwortkategorien der offenen Frage in absteigender Reihenfolge: Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz (Preisanstieg, Inflation, Anstieg der Lebenshaltungskosten, Sicherung der Energieversorgung, Steuern, Steuersenkungen, Vermeidung von Steuerverschwendung, Strompreise niedrig halten), Arbeit und Bildung (bessere Aus-

und Weiterbildung, Arbeitslosigkeit bekämpfen, Schaffung von Arbeitsplätzen), Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung (Flüchtlings- und Asylpolitik, Eindämmung und Regelung von Migranten v. a. Kapazitäten, Ausweisung von Straftätern, Grenzsicherung, Asylverfahren, Situation der Flüchtlinge verbessern v. a. Wohnsituation, Versorgung, Arbeitschancen, Integration), Gesellschaft und Politik (Kritik an Politikern und Regierung v. a. Korruption, mangelnde Volksnähe, Glaubwürdigkeit, Bürokratie, Stellung ST im Bund, Uneinigkeit, Spaltung der Gesellschaft, demographischer Wandel v. a. Überalterung), Soziales und soziale Gerechtigkeit (besseres Gesundheitssystem, Ärztemangel, Sicherstellung der Pflege, mehr soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Verhinderung von (Alters-)Armut, Rentensicherheit), Innenpolitisches, innere Sicherheit (Sicherheit vor Kriminalität und Verbrechen, Extremismus verhindern, Radikalisierung v. a. Fremdenfeindlichkeit, Rechtsruck), Außenpolitisches, äußere Sicherheit (Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges, internationale Probleme und Konflikte v. a. Handelsstreit, Krieg, Frieden erhalten), Klima, Umwelt und Energie (Einzelnennungen zur Lösung v. Klimaproblemen, Verhinderung der Umweltverschmutzung, Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Verhinderung des Klimawandels, Klimaschutz) und Sonstiges (Mobilität, Verkehrswende, ÖPNV, Wohnungsnotstand, steigende Mieten, sozialer Wohnungsbau, Digitalisierung, Breitbandausbau, Auswirkungen der Coronapandemie).

57. Gebündelt Lösungskompetenz (über alle Themen- und Problemfelder) in Sachsen-Anhalt in absteigender Reihenfolge: CDU (23 Prozent), AfD (16), SPD (8), Linke (5), Grüne (3), FDP (2), Sonstige (0,1), keine Partei (26), weiß nicht/keine Angabe (10).

Systemischer Extremismus

58. Die Mehrheit in ST positioniert sich leicht links im politischen Spektrum anhand der Links-Rechts-Selbsteinstufung. Anhänger der AfD und FDP am weitesten rechts der Mitte; Anhänger der Grünen und Linken am weitesten links der Mitte.
59. Systemkritischer Extremismus im Vergleich zu 2020 auf konstantem (schwachen) Niveau (-1,1 auf einer Skala von -2 „sehr schwach“ bis +2 „sehr stark“).
60. Korrelationen: Extremismuswahrscheinlichkeit erhöht bei Befragten, die eine ausgeprägte Menschenfeindlichkeit (GMF-Syndrom) besitzen, die Verfassung ablehnen, mit der Funktionsweise der Demokratie unzufrieden sind, ein schwaches Institutionenvertrauen besitzen, Gleichheit der Freiheit vorziehen und sich politisch rechts verorten.
61. Soziodemographische Unterschiede: Extremismuswahrscheinlichkeit erhöht bei Befragten, die eine niedrigeres Bildungsniveau besitzen, mit ihrem Leben unzufrieden sind, eine negative Beurteilung ihrer persönlichen Zukunft haben, über eher niedriges Haushaltseinkommen verfügen, eine eher schlechte finanzielle Situation aufweisen, eher männlich als weiblich sind und eher jünger als älter sind.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)

62. Index Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Vergleich zu 2020 deutlich angestiegen (+0,48 Skaleneinheiten auf einer Skala von -2 „sehr schwach“ bis +2 „sehr stark“) und 2023 im schwach positiven Bereich (0,13).

63. Korrelationen: GMF-Syndrom erhöht bei Befragten mit der Ansicht, Gewalt sei ein adäquates Instrument der Konfliktlösung, mit systemkritisch extremistischer Haltung, bei systemkritischen Demokraten und Antidemokraten, Befragten ohne Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund, mit unterdurchschnittlichem Institutionenvertrauen, Befragten, die Sicherheit der Freiheit vorziehen und sich im politischen Spektrum deutlich rechts verorten.
64. Soziodemographische Unterschiede: GMF-Syndrom erhöht bei Befragten, die ein niedrigeres Bildungsniveau besitzen, mit ihrem Leben unzufrieden sind, eine negative Beurteilung ihrer persönlichen Zukunft haben, über eher niedriges Haushaltseinkommen verfügen, eine eher schlechte finanzielle Situation aufweisen und eher älter als jünger sind. Auch ist es erhöht, wenn Menschen sehr unzufrieden mit der Gerechtigkeit in Deutschland sind und die Ansicht vertreten, deutlich weniger als ihren „gerechten Anteil“ zu bekommen. Das Merkmal Geschlecht hat aktuell keinen signifikanten Einfluss auf die Ausprägung des GMF-Syndroms.

Antisemitismus

65. Antisemitismus-Index in ST im Vergleich zu 2020 nahezu konstant (+0,06 Skaleneinheiten auf einer Skala von -2 „sehr schwach“ bis +2 „sehr stark“) und 2023 im schwach negativen Bereich (-0,54).
66. Klassischer Antisemitismus in ST unverändert gegenüber 2020; im Vergleich zu Gesamtdeutschland leicht erhöht.
67. Sekundärer Antisemitismus in ST merklich erhöht gegenüber 2020.
68. Israelkritischer Antisemitismus in ST unverändert gegenüber 2020; ähnlich bzw. minimal erhöht im Vergleich zu Gesamtdeutschland.
69. Korrelationen: Antisemitismus-Index bzw. Wahrscheinlichkeit für eine antisemitische Haltung erhöht bei Befragten mit der Ansicht, Gewalt sei ein adäquates Instrument der Konfliktlösung, mit systemkritisch extremistischer Haltung, bei Antidemokraten, Befragten mit unterdurchschnittlichem Institutionenvertrauen und sich im politischen Spektrum eher rechts verortenden Befragten. Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund und Freiheit-versus-Gleichheit-Präferenz aktuell ohne signifikanten Einfluss auf Antisemitismus-Index.
70. Soziodemographische Unterschiede: Antisemitismus-Index bzw. Wahrscheinlichkeit für eine antisemitische Haltung erhöht bei Befragten, die ein niedrigeres Bildungsniveau besitzen, mit ihrem Leben unzufrieden sind, eine negative Einschätzung ihrer persönlichen Zukunft haben, über eher niedriges Haushaltseinkommen verfügen, eine eher schlechte finanzielle Situation aufweisen und eher jünger als älter sind. Ebenfalls ist die Wahrscheinlichkeit erhöht, wenn Menschen sehr unzufrieden mit der Gerechtigkeit in Deutschland sind und eher dem männlichen als dem weiblichen Geschlecht angehören.

1 Einleitung

Der seit 2007 von der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt herausgegebene Sachsen-Anhalt-Monitor (SAM) liefert wichtige Aufschlüsse darüber, wie die Menschen sich und ihr Land, die politischen Institutionen sowie die Demokratie sehen. Im Mittelpunkt der aktuellen Untersuchung, die am 4. Juli 2023 in Magdeburg vorgestellt worden ist, stehen neben der hauptsächlichen Analyse sozialer Tatbestände im Bundesland die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges. Für den vorliegenden Bericht haben die Wissenschaftler über einen Zeitraum von ca. neun Wochen (21.04. bis 20.06.2023) eine Publikation im Umfang von 170 Seiten angefertigt.

Bei der letzten Befragung 2020 bestanden die Schwerpunkte des Berichts in der Analyse der gesellschaftlichen Auswirkungen und Hintergründe des antisemitischen Mordanschlags von Halle 2019, der Bilanzierung von 30 Jahren Deutscher Einheit und der Bedeutung der Wiedervereinigung für die Menschen in Sachsen-Anhalt sowie eine Bestandsaufnahme der Verfassung der Demokratie in Sachsen-Anhalt während der Hochzeit der Coronapandemie 2020. Dieses Jahr stellt das Sonderthema des SAM, wie oben erwähnt, den Russland-Ukraine-Krieg und dessen Auswirkungen auf Deutschland, Sachsen-Anhalt und das Leben der Sachsen-Anhalter auf der Individualebene (vgl. Kapitel 4) dar.

Der Angriffskrieg Russlands, welcher am 24.02.2022 eine neue Dimension an Leid und Zerstörung über die Ukraine gebracht hat, war das bestimmende gesamtgesellschaftliche Thema 2022 und dominierte auch das Tagesgeschehen in der ersten Hälfte des Jahres 2023. Zur Zeit der Feldphase, sprich der Erhebung der Daten des SAM vom 9.01. bis 15.02.2023, machen sich die Deutschen aus unterschiedlichen Gründen Sorgen aufgrund der Auswirkungen des Krieges: Würde die Gas- und Stromversorgung über den gesamten Winter hinweg reichen? Wie stark sollte Deutschland die Ukraine in ihrem Selbstverteidigungskampf weiter u. a. mit Waffenlieferungen wie beispielsweise Panzern oder Flugzeugen, unterstützen? Wie sollte auf europäischer Ebene mit den bis dato knapp ca. 8 Millionen Geflüchteten aus der Ukraine umgegangen werden? Und vor allem: Wie sollten Politik und Wirtschaft mit dem nach dem Auslaufen der Coronapandemie anziehenden allgemeinen Preisanstieg und der über das Jahr 2022 sprunghaft angestiegenen Inflation, unter anderem ausgelöst durch die hohen Energiepreise aufgrund des Russland-Ukraine-Krieges, umgehen?

Der vorliegende Sachsen-Anhalt-Monitor versucht, die Meinungen und Hintergründe zu diesen Fragen anhand einer repräsentativen Stichprobe, bestehend aus 1.100 Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhaltern, erhoben zu einer Hälfte über Telefon- und zur anderen Hälfte über eine Online-Befragung, aufzugreifen, zu analysieren und nach wissenschaftlichen Gütekriterien auszuwerten.

Mit jedem neuen Sachsen-Anhalt-Monitor verlängert sich die Zeitreihe, anhand welcher die Entwicklung wichtiger politischer und sozialer Einstellungen über längere Zeiträume hinweg abgelesen werden kann. Dank etlicher Fragen, die zum festen Kern des Monitors gehören und seit 2007 bis zuletzt 2023 wiederholt gestellt worden sind, kann fortlaufend aufgezeigt werden, wie sich bestimmte Orientierungen im Zeitrahmen des letzten Jahrzehnts gewandelt oder ver-

stetigt haben. Das betrifft unter anderem die Fragenkomplexe Demokratie, Gerechtigkeitsempfinden, Vertrauen in die politischen Institutionen sowie das Spannungsfeld Freiheit-Gleichheit-Sicherheit. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Ereignisse in Sachsen-Anhalt innerhalb der letzten 10 Jahre wurden in den jüngsten Berichten auch die Problem- und Themenfelder des politischen Extremismus, der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) und des Antisemitismus in Sachsen-Anhalt untersucht. Der Sachsen-Anhalt-Monitor beansprucht dabei für sich, alle Bevölkerungsgruppen und -schichten in den Blick zu nehmen und die oben aufgeworfenen Themen aus unterschiedlicher sozialstruktureller Sichtweise zu betrachten. Wer darüber hinaus Interesse hat zu erfahren, wie Stand und Verlauf der politischen Kultur und der Sozialkultur Sachsen-Anhalts in den zeitlich und geografisch weiter ausgreifenden Entwicklungszusammenhang in Deutschland seit 1990 eingeordnet werden können, dem sei die Lektüre der in anderen Publikationen dokumentierten Metadaten-Zeitreihen empfohlen.²

Zusammenfassend zeigt sich, dass im vorliegenden Sachsen-Anhalt-Monitor auch 2023 ein bereits vor der Pandemie wachsender Anteil der Bevölkerung zunehmend Kritik am Funktionieren der Demokratie in Deutschland übt (vgl. Kapitel 7) und zunehmend das Vertrauen in die politischen Institutionen und die Funktionsweise der Demokratie verliert (vgl. Kapitel 5 und 6), welche zunehmend als ungerecht empfunden wird (vgl. Kapitel 8). Auch nach der Coronapandemie steht die Gesellschaft daher vor großen Herausforderungen, die den Kern unseres Zusammenlebens, die Werte der Demokratie und passende Lösungen für die Zukunft betreffen. Als wichtigste Probleme im Land werden daher aktuell neben der Wirtschaft auch die Themen Arbeit und Bildung, Migration und Zuwanderung, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit, aber auch Soziales, Innenpolitisches und nicht zu vergessen auch der sich beschleunigende Klimawandel mit seinen Folgen für die Umwelt verstanden (vgl. Kapitel 10 und 11). Es lässt sich jedoch auch feststellen, dass die Menschen in den letzten drei Jahren wieder politisch involvierter geworden sind und sich wieder mehr in die Debatten einbringen und miteinander über Politik diskutieren und interessiert streiten (vgl. Kapitel 6). Denn die Menschen in Sachsen-Anhalt fühlen sich ungebrochen sehr stark mit ihrem Bundesland verbunden und schätzen die hohe Lebensqualität, die Natur mit dem Harz vor der Tür und die wachsende Wirtschaftskraft mit ihren beruflichen Möglichkeiten sowie die Kultur und die reiche Geschichte von Sachsen-Anhalt (vgl. Kapitel 2 und 3).

Hintergründe zu diesen und weiteren Themen finden Sie im vorliegenden Bericht, der die gesellschaftlichen Veränderungen in Sachsen-Anhalt seit seinem letzten Erscheinen 2020 abbildet, auf Trends eingeht und wissenschaftliche Erklärungen wiedergibt. Er soll einen grundlegenden Beitrag zu einer lebendigen Diskussion um die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt und der Demokratie leiten. Wir wünschen Ihnen gute Impulse beim Lesen!

² Vgl. Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard/Jaeck, Tobias (2015): Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung; ferner Holtmann, Everhard (Hrsg.) (2019): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt und New York (auch erschienen als Band 10486 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung); sowie Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020, hrsg. von BMWi/Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Berlin, hier insbesondere Kapitel III, Entwicklung der Einstellungen in den neuen Ländern, S. 45-50.

2 Verbundenheit

Die Frage nach der Verbundenheit mit verschiedenen Gebietseinheiten zählt zum Standardrepertoire des Sachsen-Anhalt-Monitors. Grund hierfür ist, dass in Zeiten von infrastrukturellem Erneuerungsbedarf, Fachkräftemangel und demografischem Wandel die Verbundenheit mit verschiedenen Gebietseinheiten ein wichtiger Indikator für die wahrgenommene Lebensqualität, die Chancen gesellschaftlicher Selbsterneuerung und die Zukunftsfähigkeit einer Kommune oder anderer territorialer Einheiten ist.³

Die Bürger wurden auch 2023 gebeten, die Stärke ihrer Verbundenheit mit fünf verschiedenen Gebietseinheiten anzugeben, die unterschiedlich weit entfernt von ihrem Lebensumfeld liegen.⁴ Nach räumlicher Distanz geordnet sind dies der Wohnort, das Bundesland Sachsen-Anhalt, Ostdeutschland, Gesamtdeutschland sowie Europa. Voraussetzung für eine Bewertung ist, dass den Befragten die Raumeinheiten bekannt sind, dass sie über Erfahrungen mit diesen verfügen und sie als Teil ihres Lebensumfelds akzeptieren. Damit geht einher, dass ein gewisses (auch geschichtliches) Wissen über die Gebietseinheiten vorhanden ist, dass die Raumeinheiten eine persönliche Bedeutung haben und dass das Zugehörigkeitsgefühl Ausdruck in aktivem Engagement findet.⁵

Wie die folgende Abbildung (vgl. Abb. 1) zeigt, steigt das Verbundenheitsgefühl der Befragten mit zunehmender Nähe der lebensräumlichen Gebietseinheiten. Generell nehmen die Bürger Sachsens-Anhalts zwei unterschiedliche Gruppen von Raumeinheiten wahr:⁶ einerseits die räumlich näher liegenden (Sachsen-Anhalt, Wohnort, Ostdeutschland), denen sie sich stärker verbunden fühlen, und andererseits die räumlich entfernter liegenden (Gesamtdeutschland, Europa), denen sie sich weniger stark verbunden fühlen.

Die große Mehrheit der Sachsen-Anhalter weist eine positive emotionale Bindung zu Ostdeutschland und zu Ihrem Wohnort auf. Über zwei Drittel der Befragten fühlt sich „sehr stark“ oder „ziemlich stark“ mit Ostdeutschland (75 Prozent) oder dem eigenen Wohnort (72 Prozent) verbunden. Offensichtlich stellt der Raum, in dem man lebt, etwas Besonderes im Sinne von Vertrauten und Identität dar. Umgangssprachlich findet dieses diffuse und vielschichtige Phänomen Ausdruck in Begriffen wie Heimat, Heimatgefühl oder Heimatbewusstsein.⁷ Das starke Verbundenheitsgefühl zu Ostdeutschland im Sinne des ehemaligen Staatsgebiets der DDR ist insofern bemerkenswert, als dieser Staat mit dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990 seit mittlerweile 33 Jahren nicht mehr existiert. Dessen ungeachtet bekunden mehr Bürger ein stärker ausgeprägtes Verbundenheitsgefühl zu Ostdeutschland als zu Sachsen-Anhalt und zu Gesamtdeutschland.

³ Vgl. Gabriel, O. W./Holtmann, E. u. a. (2015): Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

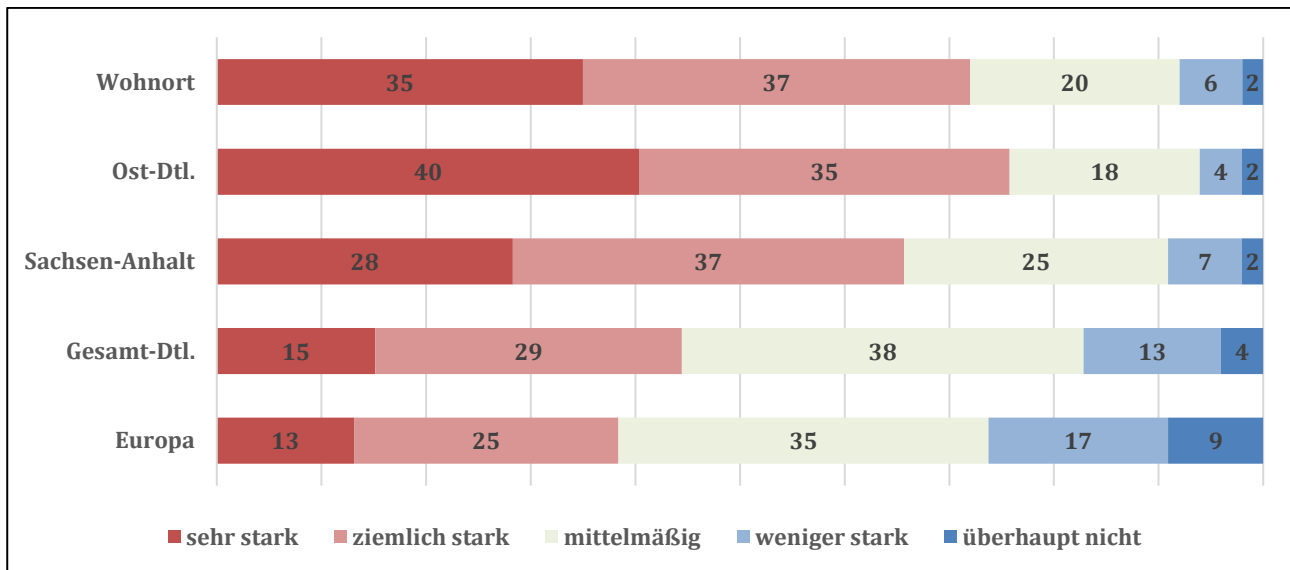
⁴ Vgl. Kapitel 12, Fragebogen Sachsen-Anhalt-Monitor, Frage 2: „Wie stark fühlen Sie sich mit den folgenden Gebieten verbunden?“

⁵ Vgl. Blotvogel, H. H./Heinritz, G./Popp, H. (1989): „Regionalbewusstsein“. Zum Stand der Diskussion um einen Stein des Anstosses. In: Geographische Zeitschrift 77 (2), S. 65-88.

⁶ So das Ergebnis einer Hauptkomponentenanalyse.

⁷ Vgl. Weichhart, P. (1999): Raumbezogene Identitäten, <http://gpm.ruhosting.nl/avh/PlaceId01new.pdf>, zugegriffen am 21.04.2023.

Abb. 1 Verbundenheit mit verschiedenen räumlichen Einheiten (Angaben in Prozent)



Abweichung zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

67 Prozent der Sachsen-Anhalter fühlen sich „sehr stark“ oder „ziemlich stark“ mit ihrem Bundesland verbunden, mit Gesamtdeutschland bekunden dies nur noch 44 Prozent. Den letzten Platz in der Rangordnung beim Verbundenheitsgefühl nimmt Europa ein, wobei hier immer noch positive (38 Prozent) Verbindung gegenüber negativen (26 Prozent) überwiegen. Das geringer ausgeprägte Verbundenheitsgefühl ist insofern nachvollziehbar, als allgemein davon ausgegangen wird, dass mit zunehmender Größe und Entfernung des räumlichen Bezugsrahmens das Verbundenheitsgefühl abnimmt. Hinzu kommt, dass die EU als Synonym für „Europa“ nach wie vor von den Bürgern der EU-Mitgliedstaaten teilweise kritisch angesehen wird.⁸

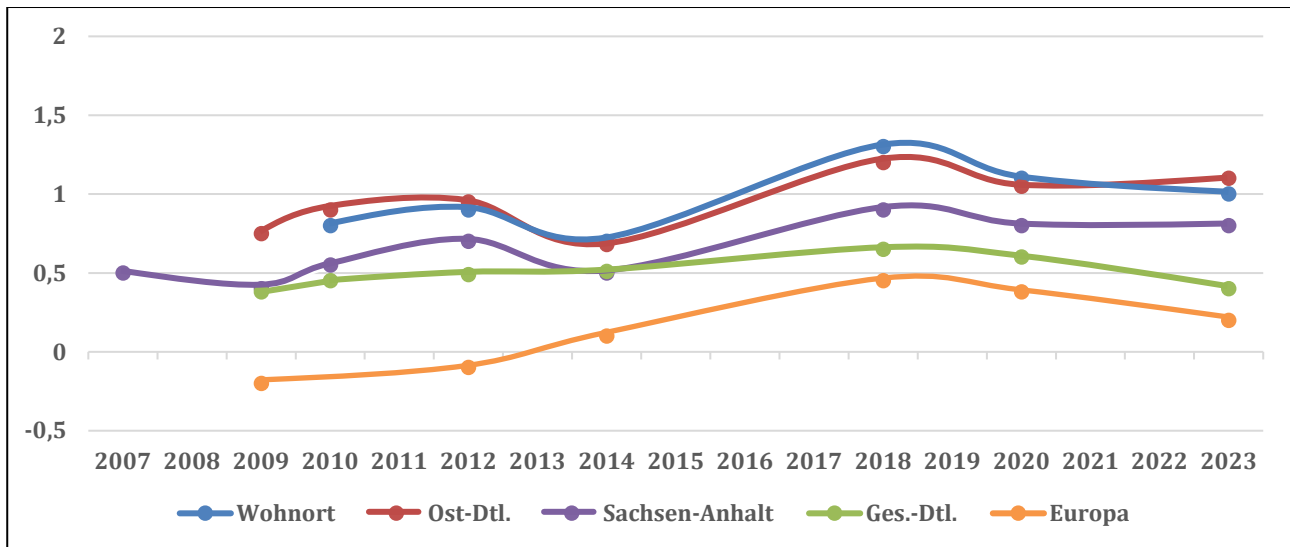
Im Zeitverlauf betrachtet (Abb. 2) bestätigt das Bild von 2023 den Befund früherer Jahre: Die Bürger in Sachsen-Anhalt fühlen sich seit längerem sowohl mit Ostdeutschland als auch mit ihrem Wohnort am stärksten und mit Gesamtdeutschland und Europa am wenigsten verbunden. Seit 2018 war ein allgemeines Absinken des Verbundenheitsgefühl mit allen Raumeinheiten zu beobachten, wobei sich die Verbundenheit mit Gesamtdeutschland und Europa von der Verbundenheit mit dem Wohnort, Sachsen-Anhalt sowie Ostdeutschland entfernt.

Folglich bestätigen die Befunde nicht die in der Literatur vertretene Meinung, dass sich raumbezogene Gruppenidentifikationen im Zuge von sozialem Wandel, Modernisierung und Globalisierung auflösen werden.⁹

⁸ Vgl. Standard-Eurobarometer 89 (Frühjahr 2018): Bericht. Die europäische Bürgerschaft, S. 5, 13 ff.

⁹ Vgl. Mühler, K. (2011): Raumbezogene Gruppenidentifikation als Bestandteil der sozialen Identität. Vortrag im DACHL-Landeskundeseminar „Identitäten in Bewegung“ des Herder-Instituts der Universität Leipzig; http://sozweb.sozphil.uni-leipzig.de/fileadmin/user_upload/raumbezogene_gruppenidentifikation.pdf, zugegriffen am 25.04.2021.

Abb. 2 Verbundenheit mit verschiedenen räumlichen Einheiten im Zeitverlauf, 2007-2020 (Mittelwerte von -2 „gar nicht verbunden“ bis +2 „sehr stark verbunden“)¹⁰



Quellen: eigene Darstellung nach SAM 2007-2023

Die Verbundenheit von Personen mit räumlichen Einheiten hängt von verschiedenen Faktoren ab. Drei Gruppen von Erklärungsfaktoren erweisen sich als besonders aussagekräftig: Erstens sind dies längerfristig wirksame Variablen, wie z. B. das Alter oder die Wohndauer in Sachsen-Anhalt. Zweitens spielen Faktoren eine Rolle, die sich auf die materielle und immaterielle individuelle Ressourcenausstattung beziehen, wie z. B. die persönliche finanzielle Situation oder das Bildungsniveau. Zu einer dritten Gruppe von erklärenden Faktoren gehören subjektive Einschätzungen, aber auch politische Verhaltensdispositionen der Befragten, wie z. B. die Beurteilung der Zukunft Sachsens-Anhalts oder die parteipolitische Präferenz.

Was die längerfristig wirksamen Erklärungsfaktoren betrifft, wird allgemein davon ausgegangen, dass das Verbundenheitsgefühl mit dem Alter der Befragten variiert und generationenabhängig ist. Diese Annahme erscheint insofern plausibel, als davon auszugehen ist, dass jüngere Befragte, die nach der deutschen Einigung geboren sind, einen anderen Bezug zu räumlichen Einheiten wie Ostdeutschland und Gesamtdeutschland haben als Befragte, die noch zu Zeiten der DDR sozialisiert worden sind.

Wie die untenstehende Tabelle (vgl. Tab. 1) zeigt, lassen sich in der Tat klare Generationeneffekte beim Verbundenheitsgefühl mit räumlichen Einheiten beobachten. Zunächst fällt auf, dass sich jüngere Menschen generell weniger mit territorialen Einheiten verbunden fühlen als ältere (vgl. dazu die vorletzte Zeile in Tab. 1). Die geringere Raumbindung dürfte sich lebensphasentypisch erklären; wer jung ist, ist weniger sesshaft. Ebenso ist anhand der Spannweite zwischen der stärksten und geringsten Bindung je Altersgruppe erkennbar (vgl. dazu die letzte Zeile in Tab. 1), dass die 18- bis 29-Jährigen ein deutlich homogeneres Meinungsbild bezüglich der Bindung an verschiedene territoriale Einheiten haben als ältere Personen. Ein besonders heterogenes Verbundenheitsgefühl zu den fünf verschiedenen Gebietseinheiten weisen erneut

¹⁰ 2023 umbenannte Skala: -2 „überhaupt nicht verbunden“ bis +2 „sehr stark verbunden“.

die 50- bis 65-Jährigen auf, jedoch auch die beiden anderen Altersgruppen ab 40 Jahren. Eine denkbare Erklärung hierfür könnte sein, dass gerade in diesen berufsaktiven Jahrgängen, bei welchen sich sozialisationsbedingte Prägungen zweier Systeme, d. h. der DDR und der Bundesrepublik überlagern, die Gebietseinheiten Ost- und Gesamtdeutschland als stärker kontrastiv erfahren werden (vgl. Tab. 1). Die Heterogenität innerhalb dieser Altersgruppen beim Thema Verbundenheit hat darüber hinaus im Vergleich zu 2020 zugenommen.

Tab. 1 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Alter (Mittelwerte von -2 „gar nicht verbunden“ bis +2 „sehr stark verbunden“;¹¹ in Klammern Rangordnung)

Verbundenheit	Sachsen-Anhalt (ø)	Alter in Jahren				
		18-29	30-39	40-49	50-65	66+
Wohnort*	0,98 (2)	0,68 (1)	0,81 (1)	0,83 (3)	1,05 (2)	1,18 (2)
Ostdeutschland*	1,07 (1)	0,64 (2)	0,76 (2)	1,08 (1)	1,18 (1)	1,26 (1)
Sachsen-Anhalt*	0,83 (3)	0,52 (4)	0,76 (3)	0,86 (2)	0,85 (3)	0,95 (3)
Gesamtdeutschland	0,38 (4)	0,38 (5)	0,26 (4)	0,30 (4)	0,38 (4)	0,46 (4)
Europa	0,15 (5)	0,58 (3)	0,11 (5)	-0,02 (5)	0,07 (5)	0,17 (5)
generell	0,69	0,55	0,55	0,61	0,71	0,81
Differenz Max. – Min.	0,92	0,30	0,70	1,1	1,11	1,09

Anmerkung: blau = niedrigste Verbundenheit, rot = höchste Verbundenheit. Falls sich die niedrigste bzw. höchste Verbundenheit im Durchschnitt nur geringfügig von der zweitniedrigsten bzw. zweithöchsten Verbundenheit unterscheidet, wird diese zusätzlich hellblau oder hellrot markiert.

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

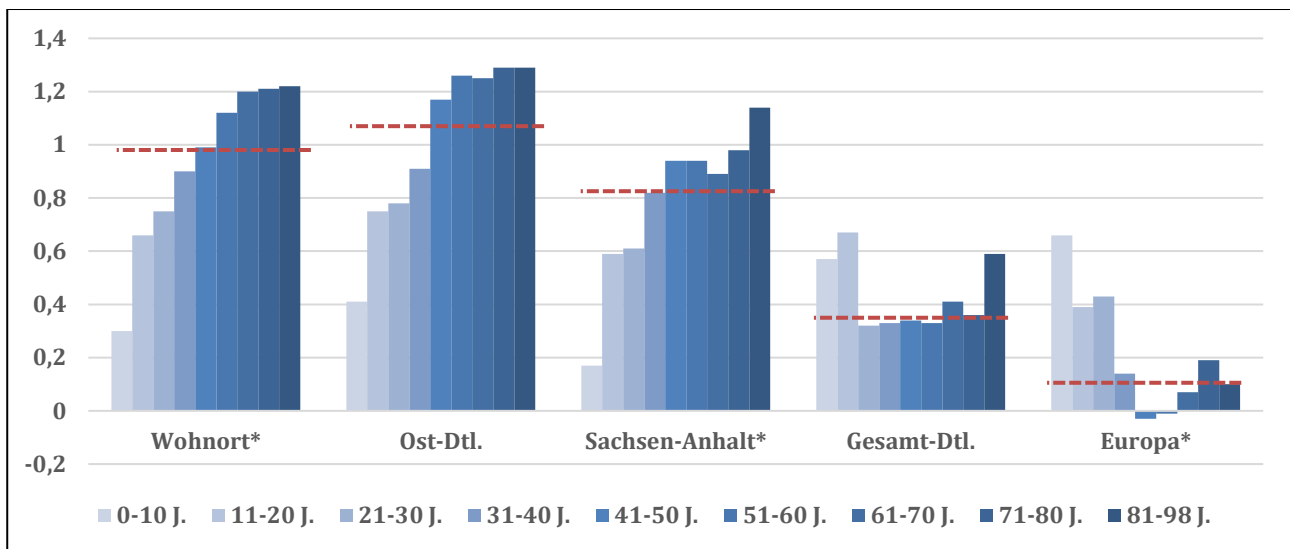
Abkürzungen: Min. = Minimum, Max. = Maximum.

Insgesamt stimmen die verschiedenen Generationen deutlich darin überein, welchen Gebieten sie sich stärker verbunden fühlen und welchen weniger stark. So ist die Reihenfolge bei der Bindungskraft an verschiedene räumliche Gebiete über alle Altersgruppen hinweg nahezu identisch. Ein leicht verändertes Bild geben die 18- bis 29-Jährigen ab: Für die Verbundenheit mit dem Wohnort und mit Ostdeutschland werden unterdurchschnittliche Werte angegeben, währenddessen Europa hier im Kontrast zu den älteren Altersgruppen ein stärkeres Verbundenheitsgefühl als Gesamtdeutschland entgebracht wird.

Erwartungsgemäß hat die Wohndauer in Sachsen-Anhalt lediglich auf die kleineren räumlichen Einheiten, zu denen eine geographische Nähe besteht, einen identitätsstiftenden Einfluss. Das Verbundenheitsgefühl zum Wohnort, zum Bundesland und zu Ostdeutschland steigt mit zunehmender Wohndauer in Sachsen-Anhalt. Auf die territoriale Einheit Gesamtdeutschland übt die Wohndauer hingegen keinen linearen Einfluss aus, während bei Europa ein schwacher negativer linearer Zusammenhang besteht, was sich in der stärkeren Verbundenheit jüngerer Menschen widerspiegelt (vgl. Abb. 3).

¹¹ 2023 umbenannte Skala: -2 „überhaupt nicht verbunden“ bis +2 „sehr stark verbunden“.

Abb. 3 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Wohndauer in Sachsen-Anhalt (Mittelwerte von -2 „gar nicht verbunden“ bis +2 „sehr stark verbunden“)¹²



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt das durchschnittliche Verbundenheitsgefühl zur jeweiligen Raumeinheit an.

Zur zweiten Gruppe von Erklärungsfaktoren, die das Verbundenheitsgefühl beeinflussen, zählen die individuelle immaterielle und materielle Ressourcenausstattung. Hierzu gehören das Bildungsniveau und die persönliche finanzielle Situation.

Wie die nächste Tabelle (vgl. Tab. 2) veranschaulicht, übt das Bildungsniveau der Befragten zwar einen Einfluss auf das Verbundenheitsgefühl mit verschiedenen Raumeinheiten aus, allerdings handelt es sich hierbei nicht um einen linearen Effekt. Der deutlichste Unterschied bezüglich des Effekts des Bildungsniveaus besteht darin, dass je nach höchstem Schulabschluss das Verbundenheitsgefühl der Befragten zu den territorialen Einheiten mehr oder weniger heterogen ist, was die Spannweite zwischen der stärksten und geringsten Verbundenheit zum Ausdruck bringt (vgl. Tab. 2 letzte Zeile). Während Personen mit Abitur aber auch solche mit Hauptschulabschluss relativ homogene Bindungen zu den räumlichen Gebieten aufweisen, fällt das Verbundenheitsgefühl von Personen mit mittlerer Reife deutlich heterogener aus. Hauptverantwortlich hierfür ist die extrem niedrige Bindung an Europa.

Anders als die immaterielle Ressourcenausstattung in Form des Bildungsniveaus übt die materielle Ressourcenausstattung der Befragten in Form der Beurteilung der eigenen finanziellen Situation¹³ einen linearen Einfluss auf das Verbundenheitsgefühl aus (vgl. Tab. 2). Tendenziell gilt: Je schlechter die eigene finanzielle Situation wahrgenommen wird, desto geringer fällt die Verbundenheit mit verschiedenen Gebieten aus.

¹² 2023 umbenannte Skala: -2 „überhaupt nicht verbunden“ bis +2 „sehr stark verbunden“.

¹³ Die Variable basiert auf einem additiven Index, der sich aus drei Fragen zur individuellen Vermögensbildung und Schuldenituation zusammensetzt: S10 a) „Sind Sie in der Lage, jeden Monat einen bestimmten Betrag für schlechte Zeiten zurückzulegen?“; S10 b) „Wären Sie in der Lage, bei einem Einkommensausfall zwei Monate Ihren Lebensunterhalt zu bestreiten?“; S10 c) „Haben Sie schon einmal Schulden machen müssen, um Ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können?“.

Tab. 2 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Bildung und finanzieller Situation (Mittelwerte von -2 „nicht verbunden“ bis +2 „sehr stark verbunden“; in Klammern Rangordnung)

Verbundenheit	Sachsen-Anhalt (ø)	Bildung			Finanzielle Situation			
		Haupt-schule	Mittlere Reife	Abitur	sehr schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut
Wohnort*	0,98 (2)	0,96 (2)	0,99 (2)	0,98 (2)	0,73 (2)	0,87 (2)	1,03 (2)	1,11 (2)
Ostdeutschland*	1,07 (1)	1,11 (1)	1,12 (1)	1,01 (1)	0,93 (1)	1,03 (1)	1,10 (1)	1,17 (1)
Sachsen-Anhalt*	0,83 (3)	0,96 (3)	0,87 (3)	0,75 (3)	0,72 (3)	0,77 (3)	0,87 (3)	0,90 (3)
Gesamtdeutschland	0,38 (4)	0,42 (4)	0,35 (4)	0,41 (4)	0,19 (4)	0,43 (4)	0,44 (4)	0,44 (4)
Europa	0,15 (5)	0,21 (5)	0,09 (5)	0,22 (5)	-0,04 (5)	0,20 (5)	0,26 (5)	0,18 (5)
generell	0,69	0,73	0,68	0,68	0,5	0,66	0,74	0,76
Differenz Max. – Min.	0,92	0,90	1,03	0,79	0,77	0,67	0,77	0,93

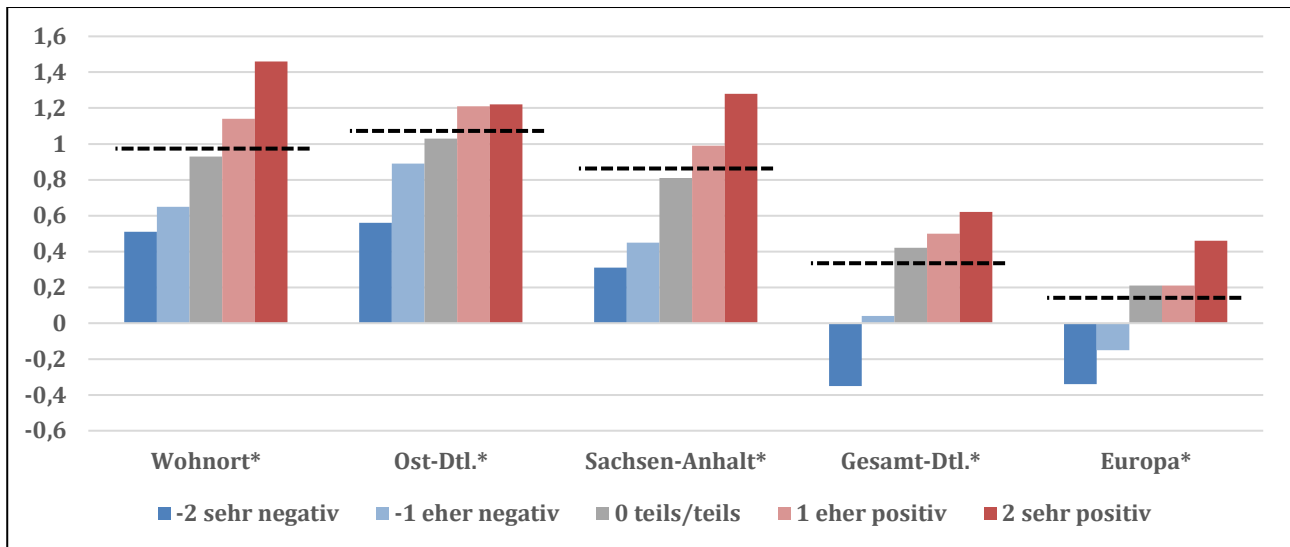
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.
Abkürzungen: Min. = Minimum, Max. = Maximum.

Es tragen jedoch nicht nur Merkmale, die auf die eigene Person bezogen sind, zur Erklärung des Verbundenheitsgefühls mit territorialen Einheiten bei, sondern auch subjektive Beurteilungen der Zukunft Sachsen-Anhalts sowie Verhaltensdispositionen der Befragten wie die Parteipräferenz.

Ein ähnlicher Zusammenhang wie bei der Einschätzung der individuellen finanziellen Situation zeigt sich auch zwischen der Bewertung der Zukunft von Sachsen-Anhalt und dem Grad der Verbundenheit (vgl. Abb. 4).

Je positiver die Zukunft von Sachsen-Anhalt gesehen wird, desto stärker ist auch das Verbundenheitsgefühl mit verschiedenen Raumeinheiten. Besonders deutlich fällt dieser Effekt naturgemäß bei Sachsen-Anhalt aus. Das heißt, wer die Zukunft von Sachsen-Anhalt positiv bewertet, identifiziert sich stärker mit dem Bundesland. Eine optimistische Sicht auf die Zukunft Sachsen-Anhalts wirkt sich jedoch auch positiv auf die Verbundenheit mit den anderen territorialen Einheiten aus.

Abb. 4 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Beurteilung der Zukunft von Sachsen-Anhalt (Mittelwerte von -2 „gar nicht verbunden“ bis +2 „sehr stark verbunden“)¹⁴



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt das durchschnittliche Verbundenheitsgefühl zur jeweiligen Raumeinheit an

Wichtigen Einfluss auf das Verbundenheitsgefühl mit verschiedenen räumlichen Einheiten nimmt auch die Parteipräferenz der Befragten (vgl. Tab. 3). Über alle territorialen Einheiten hinweg betrachtet, weisen Anhänger von SPD, CDU und Grüne eine überdurchschnittliche territoriale Bindung auf, während diese bei Anhängern der FDP, AfD, der Linken und sonstiger Parteien unterdurchschnittlich entwickelt ist (vgl. vorletzte Zeile ebenda). Ferner ist erkennbar, dass je nach Parteipräferenz die Unterschiede in der Verbundenheit zu verschiedenen Raumeinheiten mehr oder weniger groß ausfallen (vgl. letzte Zeile ebd.).

Tab. 3 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Parteipräferenz (Mittelwerte von -2 „nicht verbunden“ bis +2 „sehr stark verbunden“; in Klammern Rangordnung)¹⁵

Verbundenheit	Sachsen-Anhalt (ø)	Parteipräferenz						
		CDU	AfD	Linke	SPD	Grüne**	FDP**	Sonst.**
Wohnort	0,98 (2)	1,14 (1)	0,94 (2)	0,84 (2)	1,08 (1)	0,79 (4)	0,82 (2)	1,06 (1)
Ostdeutschland	1,07 (1)	1,09 (2)	1,20 (1)	0,99 (1)	1,08 (2)	0,86 (2)	1,0 (1)	1,02 (2)
Sachsen-Anhalt	0,83 (3)	1,03 (3)	0,88 (3)	0,57 (3)	0,97 (3)	0,54 (5)	0,69 (3)	0,67 (3)
Gesamtdeutschland	0,38 (4)	0,62 (4)	0,07 (4)	0,14 (5)	0,78 (4)	0,85 (3)	0,58 (4)	-0,08 (4)
Europa	0,15 (5)	0,35 (5)	-0,32 (5)	0,25 (4)	0,55 (5)	1,02 (1)	0,23 (5)	-0,17 (5)
generell	0,69	0,84	0,56	0,56	0,89	0,81	0,66	0,5
Differenz Max. – Min.	0,92	0,79	1,52	0,85	0,53	0,48	0,77	1,23

Abkürzungen: Min. = Minimum, Max. = Maximum.

** Sehr geringe Fallzahl in der Stichprobe.

¹⁴ 2023 umbenannte Skala: -2 „überhaupt nicht verbunden“ bis +2 „sehr stark verbunden“.

¹⁵ 2023 umbenannte Skala: -2 „überhaupt nicht verbunden“ bis +2 „sehr stark verbunden“.

Relativ homogene Bindungen zu den fünf unterschiedlichen Raumeinheiten haben die Anhänger der Grünen. Im Gegensatz hierzu weisen insbesondere Parteigänger der AfD sehr heterogene Bindungen zu den Gebieten auf. Stärkste identifikatorische Bezugsgröße ist hier Ostdeutschland.

Abweichungen vom durchschnittlichen Verbundenheitsmuster in Sachsen-Anhalt weisen Personen auf, die mit den Grünen sympathisieren. Personen mit dieser Partei-Präferenz fühlen sich im Vergleich zu Anhängern aller anderen Parteien mit Sachsen-Anhalt am wenigsten verbunden. Anders als bei allen anderen Parteianhängern liegt nicht Europa auf den letzten Rangplätzen, sondern auf dem ersten.

Insgesamt ist erkennbar, dass die Verbundenheit mit territorialen Gebieten von verschiedenen Faktoren abhängt, die teils, wie bei der Wohndauer, aus der ‚Macht der Gewohnheit‘ rühren und teils tradierte Identifikationsmuster lebendig halten (so bezüglich „Ostdeutschland“). Räumliche Bindungen sind durchaus affektiv aufgeladen. Aber offenkundig liegen ihnen ebenso rationale Erwägungen zugrunde, wie der in obigen Daten dokumentierte Zusammenhang von subjektiver Bewertung der Zukunft Sachsen-Anhalts und territorialer Selbstzuordnung aufzeigt.

3 Wirtschaft und Gesellschaft

Sachsen-Anhalt besteht, nach dem kurzen historischen Intermezzo seiner Staatlichkeit von 1947 bis 1952, in seiner heutigen Gestalt zwar erst seit der deutschen Wiedervereinigung. Sein geographischer Raum hat jedoch einen bedeutenden Anteil an der deutschen Geschichte.¹⁶ Die Gegend des heutigen Sachsen-Anhalts gehörte bereits im Frühmittelalter zu den kulturellen Zentren im deutschsprachigen Raum. Diese frühe Bedeutung spiegelt sich heute in etlichen Baudenkmalern und Kulturstätten wider. So ist Sachsen-Anhalt das Bundesland mit den meisten UNESCO-Welterbe-Stätten. Zur Forschungs- und Wissenschaftslandschaft in Sachsen-Anhalt gehören eine Reihe verschiedener akademischer Einrichtungen wie die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Neben den beiden Landesuniversitäten gibt es acht weitere Hochschulen und eine Reihe außeruniversitärer Forschungseinrichtungen von internationalem Rang wie die Leopoldina.

Mit 20.452 km² und 2,2 Mio. Einwohnern zählt Sachsen-Anhalt zu den kleineren und eher dünn besiedelten Bundesländern.¹⁷ Zwischen 1991 und 2020 ist die Bevölkerung Sachsen-Anhalts stetig geschrumpft; seither hat das Land jeden vierten Einwohner verloren.¹⁸ Besonders betroffen von Abwanderung sind die ländlichen Kreise. Das Durchschnittsalter fällt im Vergleich zu Deutschland in Sachsen-Anhalt überdurchschnittlich aus. Auch schreitet die Alterung in Sachsen-Anhalt schneller voran als anderswo. Das BIP je Einwohner lag 1991 bei nur 31 Prozent im Vergleich zu Westdeutschland, stieg 1996 auf 58 Prozent und lag 2018 bei 65 Prozent. In den letzten Jahren vor der Coronapandemie (2017–2019) hatte Sachsen-Anhalt eine der geringsten Zuwachsraten der ostdeutschen Länder und schrumpfte 2020 pandemiebedingt ab, verzeichnete hier aber einen geringeren Einbruch im Vergleich zum Durchschnitt der ostdeutschen und der westdeutschen Bundesländer.¹⁹ Auch andere Indikatoren wie die geringe Exportorientierung und Produktivität sowie das Fehlen großer Unternehmen verweisen auf die Strukturschwäche von Sachsen-Anhalt und des Ostens allgemein. So ist das Armutsrisiko in Sachsen-Anhalt bundesweit am zweithöchsten, wovon vor allem Erwerbslose und Alleinerziehende betroffen sind.²⁰

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden der Blick näher auf das Bild gerichtet, das sich die Bürger konkret von Sachsen-Anhalt machen. Ausgangspunkt ist die Frage, ob die Sachsen-Anhalter lieber in einem anderen Bundesland leben würden oder nicht. Und falls ja, in welchem und warum. Falls nein, sollten die Befragten angeben, warum sie gerne in Sachsen-Anhalt leben.

¹⁶ Vgl. Tullner, M. (2001): Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt. Opladen: Leske + Budrich, S. 9 ff.

¹⁷ Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) (2023): Zahlen auf einen Blick, <https://statistik.sachsen-anhalt.de/>, zugegriffen am 03.05.2023.

¹⁸ Vgl. Volksstimme (2020): <https://www.volksstimme.de/deutschland-welt/politik/bevoelkerung-immerweniger-einwohner-in-ost-laendern>, zugegriffen am 03.05.2023.

¹⁹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (Hrsg.) (2021): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit, S. 94.

²⁰ Vgl. Völkl, K. (2020): Land Sachsen-Anhalt, in: Andersen, U. u. a. (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: Springer, https://doi.org/10.1007/978-3-658-23670-0_82-1.

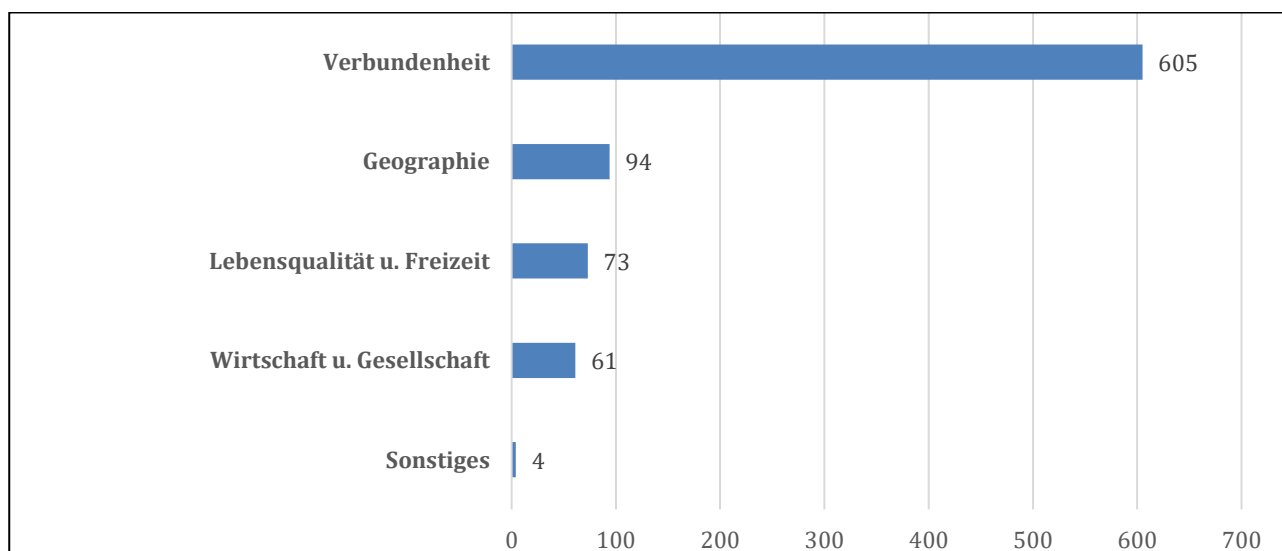
Daran knüpft die weitere Frage an, welche Eigenschaften die Befragten dem Land Sachsen-Anhalt zuschreiben. Auch im Zusammenhang dieser Fragen ist aufschlussreich, wie die Befragten die wirtschaftliche Lage und die Zukunft Sachsens-Anhalts sowie ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse und ihre persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt beurteilen.

3.1 Bleibewunsch und Umzugsabsicht

Gefragt, ob Sie, wenn sie die Wahl hätten, lieber in einem anderen deutschen Bundesland leben würden, antwortet ein Fünftel der Befragten mit „Ja“ (21 Prozent) und vier Fünftel mit „Nein“ (79 Prozent).

Bei den Gründen, warum sie gerne in Sachsen-Anhalt leben, dominieren bei den Bürgern in Sachsen-Anhalt Gründe, welche die Verbundenheit zur Heimat und zum Geburtsort ausdrücken (n = 605) deutlich vor anderen Gründen wie Landschaft und Geographie (n = 94), Lebensqualität und Freizeitmöglichkeiten (n = 73) und Wirtschaft und Gesellschaft (n = 61) (vgl. Abb. 5).

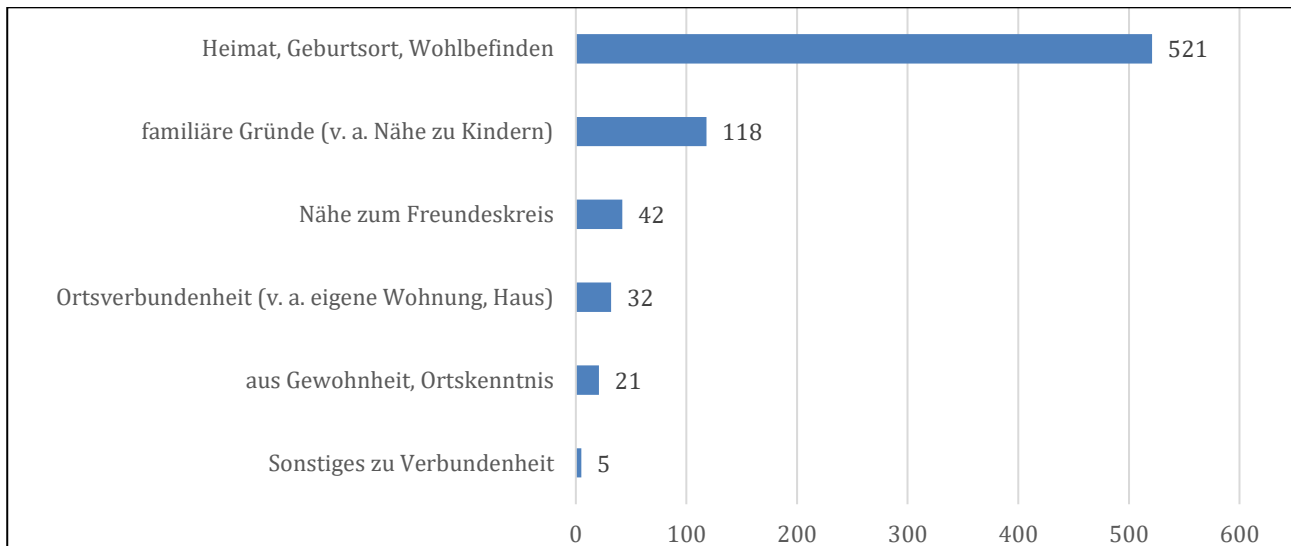
Abb. 5 Gründe, warum Befragte gerne in Sachsen-Anhalt leben (Anzahl Befragte, Hauptkategorien, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Innerhalb der Überkategorie Verbundenheit geben die Menschen vor allem ihre Heimat und den Geburtsort (n = 539), familiäre Gründe (n = 118), die Nähe zum Freundeskreis (n = 42) ihre Ortsverbundenheit (n = 32) und Gewohnheit sowie Ortskenntnis (n = 21) an (vgl. Abb. 6).

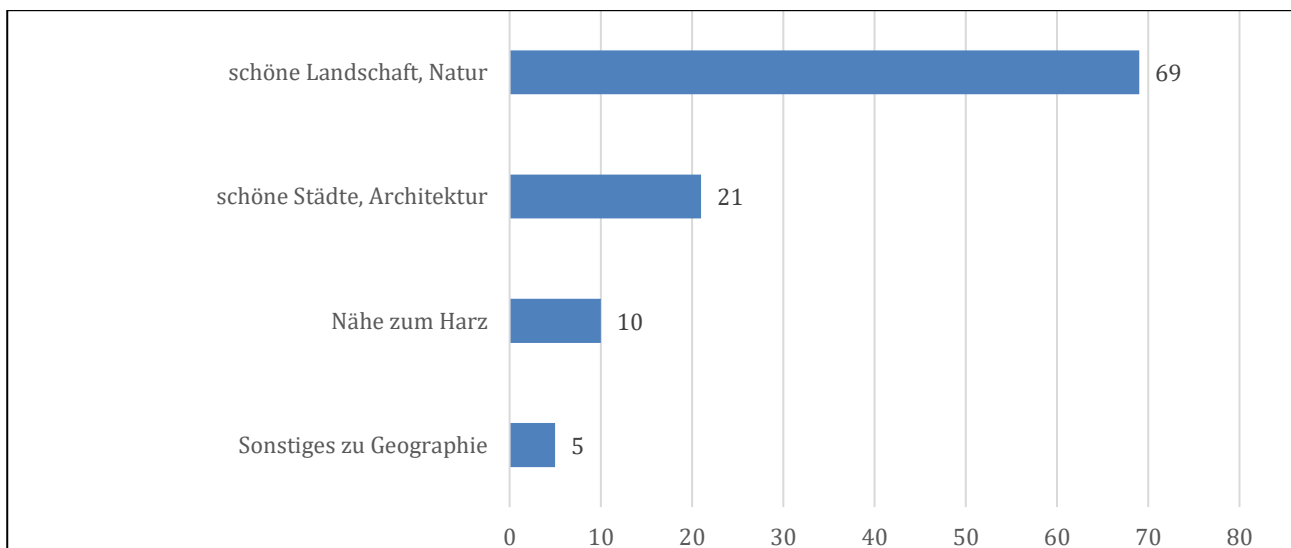
Abb. 6 Unterkategorien der Hauptkategorie Verbundenheit (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Die häufigsten Unterkategorien des Überbegriffs Geographie sind ferner die schöne Landschaft und Natur (n = 69), die schönen Städte und deren Architektur (n = 21) und die Nähe zum Harz (n = 10) (vgl. Abb. 7).

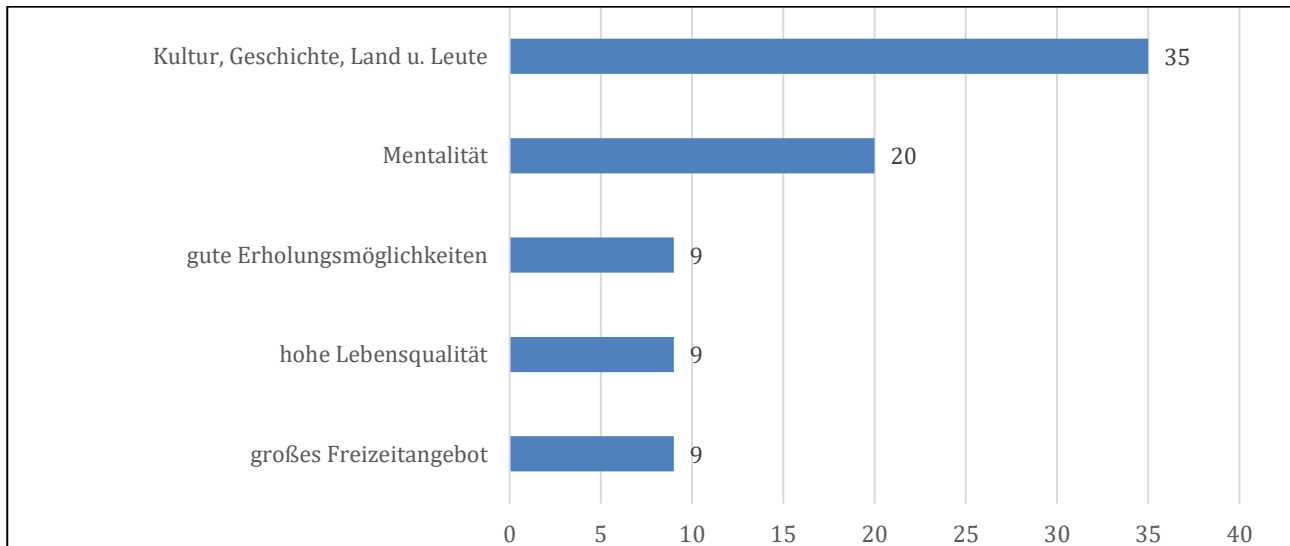
Abb. 7 Unterkategorien der Hauptkategorie Geographie (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Die Hauptkategorie Lebensqualität und Freizeit wird von Bürgern, welche die Kultur und Geschichte von Sachsen-Anhalt schätzen (n = 35) dominiert. Nachfolgend geben 20 Bürger die Mentalität als Grund für das präferierte Leben im Bundesland an. Es folgen gute Erholungsmöglichkeiten (n = 9), eine hohe Lebensqualität (n = 9) ein empfundenenes großes Freizeitangebot (n = 9) (vgl. Abb. 8).

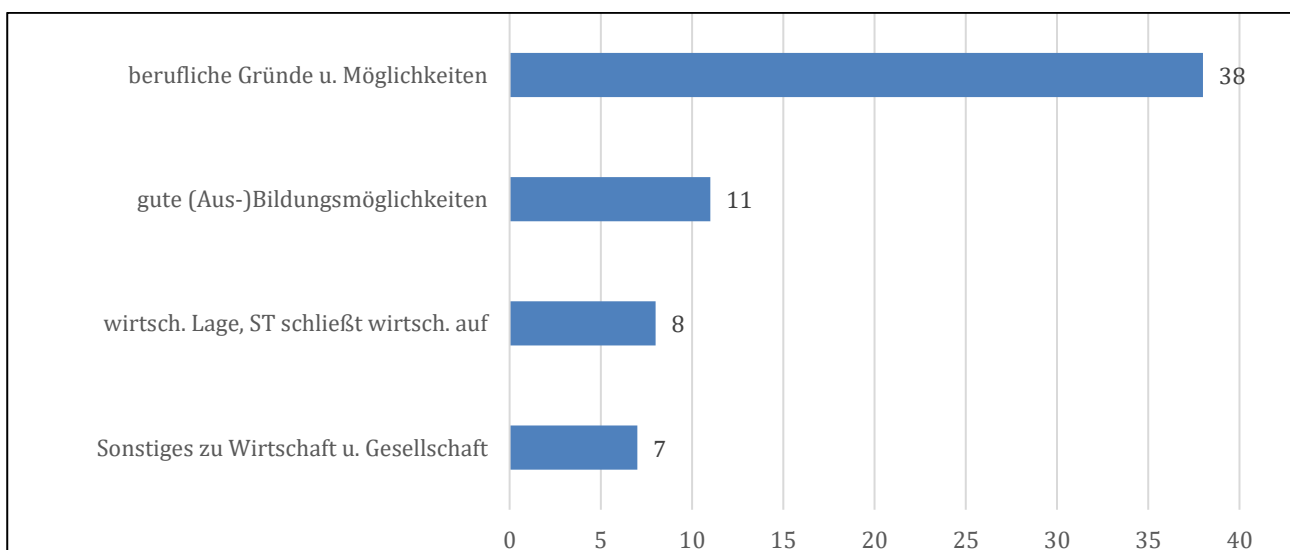
Abb. 8 Unterkategorien der Hauptkategorie Lebensqualität und Freizeit (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Von den Bürgern, die mindestens einmal eine Kategorie innerhalb der Hauptkategorie Wirtschaft und Gesellschaft angegeben, sind am meisten berufliche Gründe und Möglichkeiten (n = 38), gute (Aus-)Bildungsmöglichkeiten (n = 11) und die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt, die immer mehr an wirtschaftlich stärkere Bundesländer aufschließt (n = 8) genannt (vgl. Abb. 9)

Abb. 9 Unterkategorien der Hauptkategorie Wirtschaft und Gesellschaft (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)

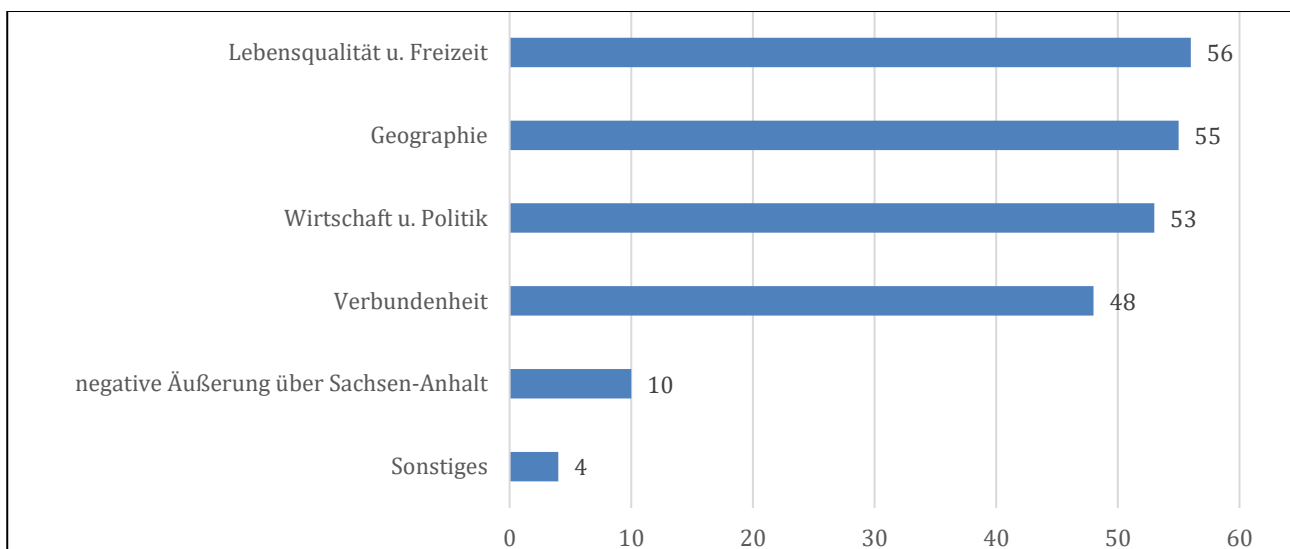


Quelle: eigene Darstellung

Von der Minderheit der Befragten, die lieber in einem anderen deutschen Bundesland leben würden, nennt knapp die Hälfte ein westdeutsches Bundesland (48 Prozent); ein etwas größerer Teil von 52 Prozent führt eines der fünf anderen ostdeutschen Bundesländer an. Die drei am häufigsten genannten Bundesländer, denen Umzugswillige gegenüber Sachsen-Anhalt den Vorzug geben würden, sind Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.

Die Gründe, die angeführt werden, warum Befragte lieber in einem anderen Bundesland leben würden, sind vielfältig und zeigen einen deutlichen Unterschied in der Schwerpunktsetzung gegenüber den oben genannten Bleibegründen (vgl. Abb. 10). Generell ähneln sie aber denen, die aus Sicht der Bürger umgekehrt *für* ein Leben in Sachsen-Anhalt sprechen. Die am häufigsten genannte Hauptkategorie der Befragten für einen Wegzug ist Lebensqualität und Freizeit (n = 56). Dicht dahinter folgen die Gründe Geographie (n = 55), Wirtschaft und Politik (n = 53) und Verbundenheit (n = 48). Eine kleine Gruppe von Befragten gibt an dieser Stelle auch negative Äußerungen über ihr Leben in Sachsen-Anhalt an (n = 10).

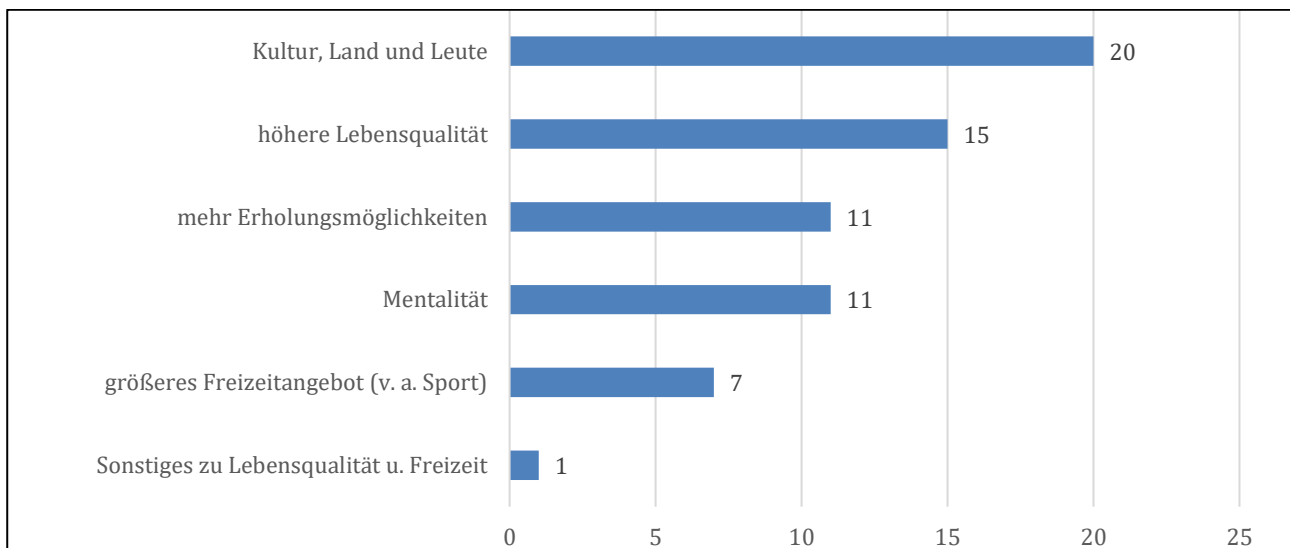
Abb. 10 Gründe, warum Befragte lieber in einem anderen Bundesland leben würden (Anzahl Befragte, Hauptkategorien, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Innerhalb der Hauptkategorie Lebensqualität und Freizeit geben 20 Befragte an, aufgrund von Kultur, Land und Leuten gerne in einem anderen Bundesland leben zu wollen (vgl. Abb. 11). Als weitere Unterkategorien werden hier eine höhere Lebensqualität (n = 15), mehr Erholungsmöglichkeiten (n = 11), die Mentalität (n = 11) und ein größeres Freizeitangebot (v. a. Sport) (n = 7) (vgl. ebd.).

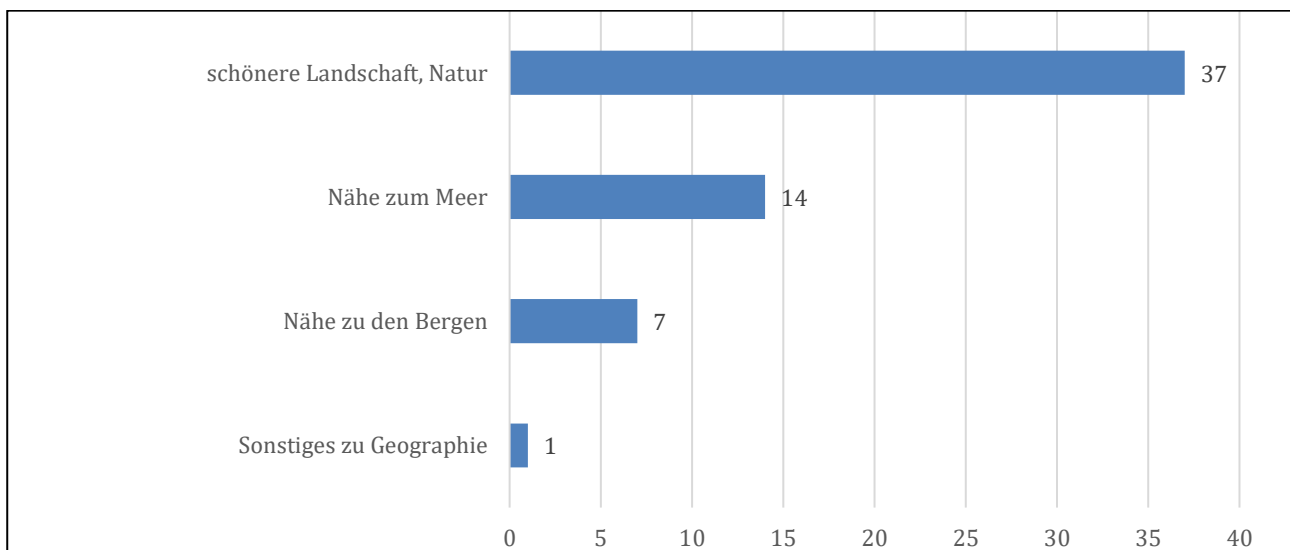
Abb. 11 Unterkategorien der Hauptkategorie Lebensqualität und Freizeit (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Unter den Befragten, welche die Hauptkategorie Geographie nennen, liegt die Unterkategorie schönere Landschaft und Natur (n = 37) eindeutig an erster Stelle. Es folgen die Nähe zum Meer (n = 14) und die Nähe zu den Bergen (n = 7) (vgl. Abb. 12).

Abb. 12 Unterkategorien der Hauptkategorie Geographie (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)

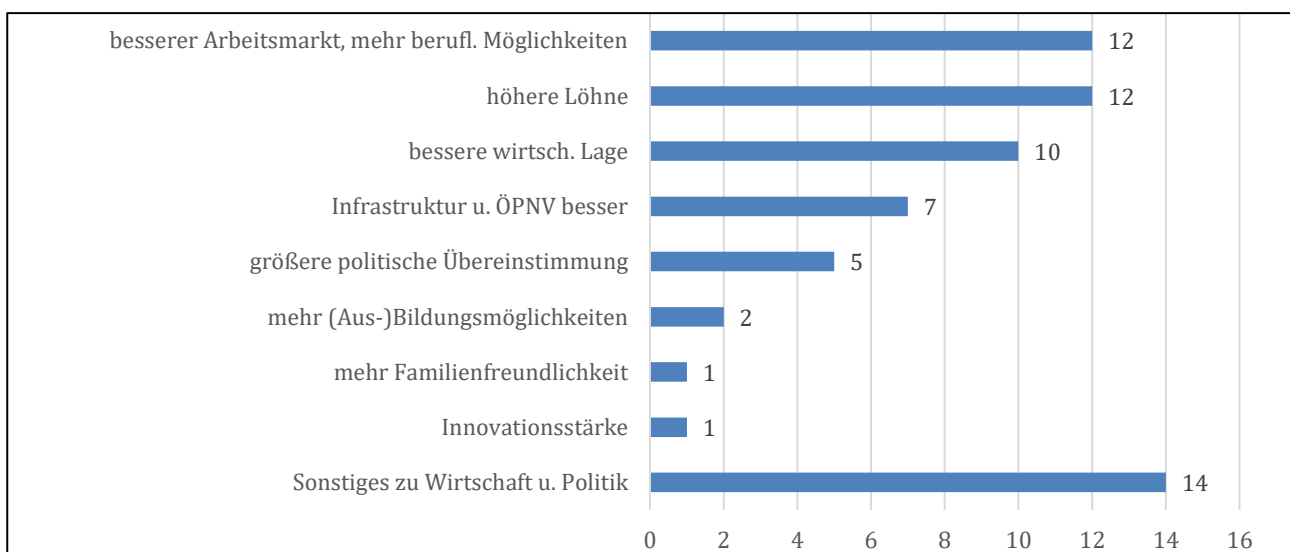


Quelle: eigene Darstellung

Von den Befragten, welche mindestens eine Aussage zur Hauptkategorie Wirtschaft und Politik als Grund für einen Wechsel des Bundeslandes vorbringen, nennen die meisten einen besseren

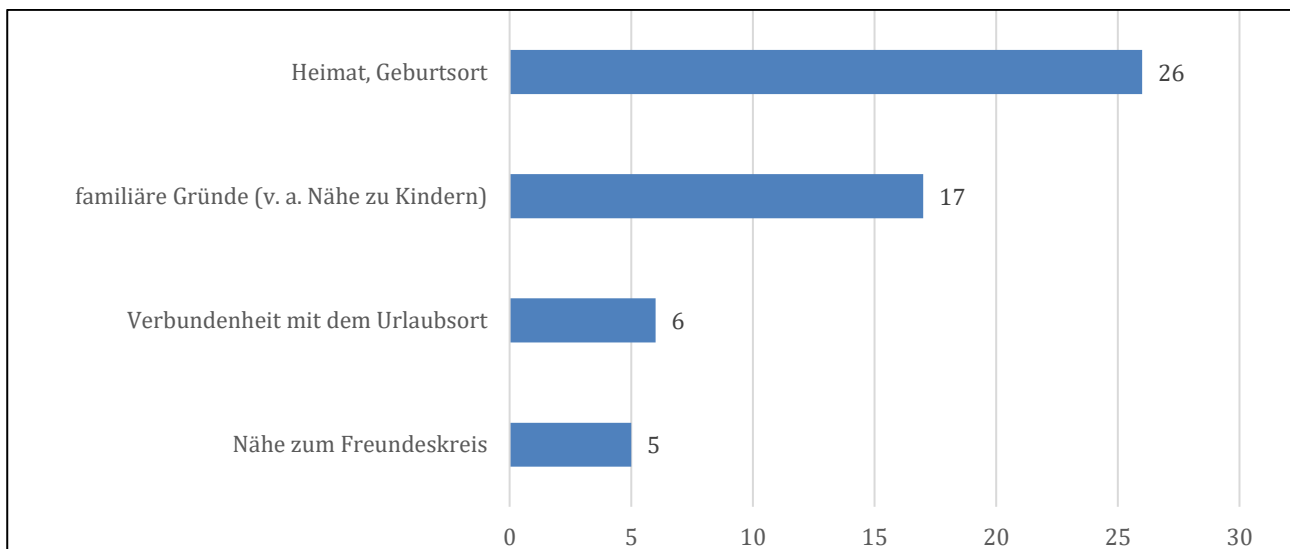
Arbeitsmarkt und mehr berufliche Möglichkeiten (n = 12). Gleichhäufig werden höhere Löhne (n = 12) als Grund angegeben. Ähnlich viele Befragte äußern eine generelle bessere wirtschaftliche Lage (n = 10) in anderen Bundesländern als Ursache. Von 7 Befragten wird eine größere politische Übereinstimmung mit der Politik in anderen Bundesländern genannt. Zwei Befragte nennen mehr (Aus-)Bildungsmöglichkeiten als Grund. Die Kategorie der sonstigen Aussagen zum Thema Wirtschaft und Politik fällt deutlich breiter aus als bei den vorherigen Hauptkategorien mit Einzelaussagen zur Familienfreundlichkeit oder Innovationstärke und weiteren 14, nicht zuordbaren Aussagen (vgl. Abb. 13).

Abb. 13 Unterkategorien der Hauptkategorie Wirtschaft und Politik (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Es folgt die Hauptkategorie Verbundenheit. Die meisten Befragten (n = 26) geben hier an, aufgrund Ihres Geburtsortes und Ihrer Heimat wieder in einem anderen Bundesland leben zu wollen. Familiäre Gründe (n = 17), vor allem aufgrund in anderen Bundesländern lebende Kinder, werden am zweithäufigsten genannt (vgl. Abb. 14).

Abb. 14 Unterkategorien der Hauptkategorie Verbundenheit (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)

Quelle: eigene Darstellung

Deutlich dahinter wird als Grund die Verbundenheit mit dem Urlaubsort ($n = 6$) angegeben. Fünf Befragte geben hier ebenfalls die Nähe zum Freundeskreis als Grund an (vgl. Abb. 14).

Konkrete Kritikpunkte an Sachsen-Anhalt nennen 10 Personen für ihren Umzugswillen. Negativ werden u. a. der Politikstil, die Infrastruktur, die Entwicklung, aber auch die Menschen in Sachsen-Anhalt wahrgenommen.

3.2 Landesidentität

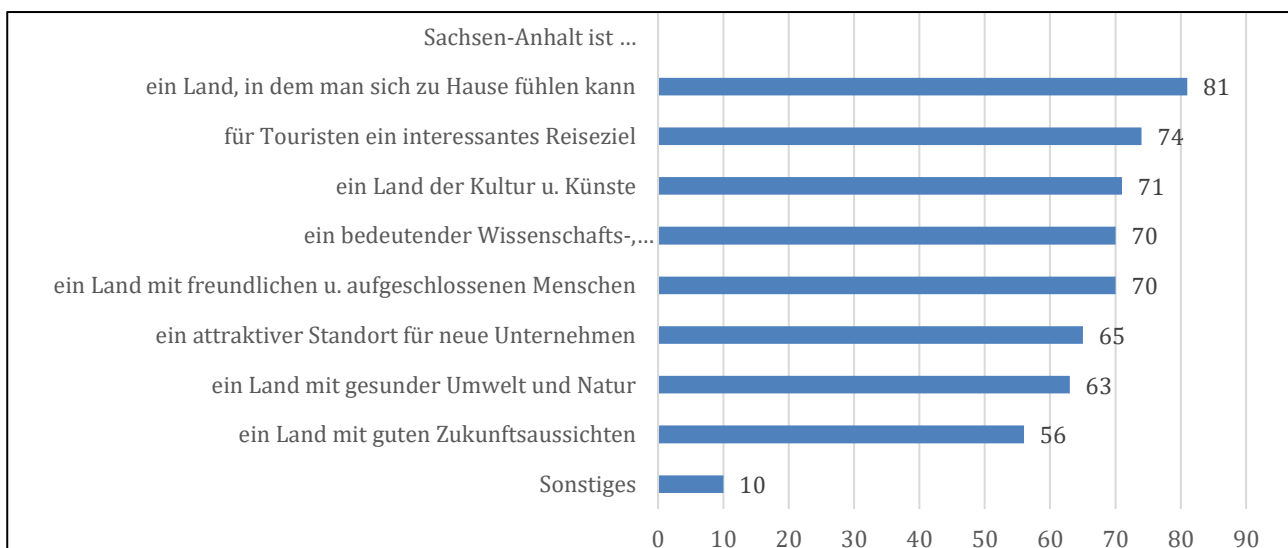
Das Bild, das die Bürger von ihrem Land zeichnen, prägt zum Teil auch die Außenwahrnehmung eines Bundeslandes und ist folglich ein nicht unbedeutender Faktor für die touristische Vermarktung. Außerdem stellt das Image eines Bundeslandes einen weichen Standortfaktor dar, der sich auf die Entscheidung von Investoren, Gewerbetreibenden und von Personen auswirkt, sich im Land anzusiedeln bzw. dort zu investieren. Daher ist es wichtig zu erfahren, welches Bild die Sachsen-Anhalter von ihrem Land haben. Anhand verschiedener vorgegebener Eigenschaften des Bundeslandes kann beschrieben werden, wie die Bürger ihr Land wahrnehmen. Bei der Befragung 2023 sollten die Befragten zu acht Zuschreibungen angeben, ob die jeweilige Aussage ihrer Meinung nach auf Sachsen-Anhalt zutrifft oder nicht. Zusätzlich hatten Sie über ein offenes Fragefeld die Möglichkeit, eigene Vorschläge zu formulieren.

Über alle vorgegebenen Eigenschaften hinweg hat sich das Image von Sachsen-Anhalt seit der letzten Befragung 2020 verbessert. Ebenfalls gibt es in diesem Jahr auch leichte Veränderungen in der Rangfolge der genannten Eigenschaften: In den Augen von vier Fünfteln der Bürger ist Sachsen-Anhalt vor allem „ein Land, in dem man sich zu Hause fühlt“ (vgl. Abb. 15). Dies deckt sich mit den Angaben auf die offene Frage, warum die Befragten gerne in Sachsen-Anhalt leben, und belegt die Beliebtheit des Landes unter seinen Bewohnern. Für 74 Prozent der Sachsen-Anhalter stellt ihr Bundesland „ein interessantes Reiseziel“ für auswärtige Besucher dar.

Deutlich verbessert hat sich in diesem Zusammenhang auch die Zustimmung zur Aussage, das Sachsen-Anhalt „ein Land der Kultur und Künste“ ist, was letztmalig auf dem drittletzten, nunmehr auf dem dritten Rangplatz liegt. Damit einher geht die Meinung von 70 Prozent der Befragten, dass Sachsen-Anhalt „ein bedeutender Wissenschafts-, Universitäts- und Hochschulstandort“ ist. Ebenfalls 70 Prozent wissen insbesondere die Freundlichkeit und Aufgeschlossenheit der Sachsen-Anhalter zu schätzen. Gut zwei Drittel der Befragten geben an, dass Sachsen-Anhalt ein „attraktiver Standort für neue Unternehmen“ und „ein Land mit gesunder Umwelt und Natur“ ist. Schlusslicht mit etwas mehr als der Hälfte der Befragten bildet die Aussage Sachsen-Anhalt ist „ein Land mit guten Zukunftsaussichten“ (vgl. Abb. 15).

Folglich gründet das Image von Sachsen-Anhalt aus Bürgersicht einerseits auf einer positiven affektiven Verbundenheit zum Land und andererseits auf der Attraktivität als Reiseziel mit landschaftlichen Ausflugszielen und kulturellen Angeboten. Ergänzt wird dieses Bild um die Bedeutung des Bundeslandes als Wissenschafts- und Hochschulstandort und um den Eindruck, dass in Sachsen-Anhalt freundliche und aufgeschlossene Menschen leben.

Abb. 15 Eigenschaften von Sachsen-Anhalt (Nennung „trifft zu“; Angaben in Prozent der Befragten)



Quelle: eigene Darstellung

In der offenen Antwortmöglichkeit unter „Sonstiges“ wurden die oben genannten Eigenschaften überwiegend noch einmal wiederholt und vertieft; teilweise wurden hier aber auch neue Aspekte genannt. So wurde u. a. die Wirtschafts- und Innovationskraft Sachsen-Anhalts erwähnt (n = 14) und auf den kulturellen Reichtum und die Geschichte des Landes verwiesen (n = 11). Jedoch wurden auch die Anpassung and den Strukturwandel im Bundesland genannt (n = 6), Integrationsherausforderungen angesprochen (n = 6) und vereinzelt Kritik an der Politik im Land und an den Politikern geäußert (n = 6).

Generell bestehen deutliche Zusammenhänge zwischen dem Gefühl einer Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt und der Zustimmung zu einzelnen Eigenschaftsmerkmalen des Landes. Das heißt, dass diejenigen Befragten, die sich stärker mit Sachsen-Anhalt verbunden fühlen, über alle Aussagen hinweg der Meinung sind, dass die positiven Beschreibungen auf Sachsen-Anhalt tendenziell zutreffen. Dies gilt in besonderem Maß für das Heimatgefühl.

3.3 Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und künftigen Entwicklung

2022 lag die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt bei 7,1 Prozent.²¹ Damit ist diese Quote im Vergleich zu den Jahren zwischen 1997 und 2005, wo sie knapp über 20 Prozent betrug, kontinuierlich zurückgegangen.²² Seit ihrem letzten Tiefpunkt im November 2021 (6,4 Prozent) beschreibt sie allerdings wieder einen leicht ansteigenden Verlauf.²³ Damit liegt Sachsen-Anhalt im Bundesländervergleich aktuell oberen Drittel, jedoch noch vor Ländern wie Bremen, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Auch im ostdeutschen Vergleich schneidet Sachsen-Anhalt unterdurchschnittlich ab. Ebenso stellt die Langzeitarbeitslosigkeit nach wie vor ein Problem dar. Hier liegt Sachsen-Anhalt leicht über dem Bundesdurchschnitt.²⁴ Gleichzeitig verzeichnet Sachsen-Anhalt nach einem geringen Rückgang des Wirtschaftswachstums während der Coronaviruspandemie 2020 erneut eine deutliche Steigerung des Bruttoinlandsprodukts in 2022 in Höhe von 10,5 Prozent.²⁵ Dies zeigt, dass Sachsen-Anhalt wirtschaftlich gut durch die Krise der vergangenen Jahre gekommen ist.²⁶ Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Bürger Sachsen-Anhalts die wirtschaftliche Lage ihres Bundeslandes sowie ihre eigene wirtschaftliche Lage wahrnehmen.

Im Durchschnitt schätzen die Sachsen-Anhalter die wirtschaftliche Lage im Land als mittelmäßig und teilweise angespannter im Vergleich zu 2020 ein (vgl. Abb. 16). Knapp jeder zweite Befragte ist geteilter Meinung (47 Prozent), nur noch 26 Prozent stufen die ökonomischen Gegebenheiten als sehr gut oder gut ein und 24 Prozent meinen, es sei schlecht oder sehr schlecht um die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt bestellt. Auch bezüglich der Wirtschaftskraft des Wohnorts halten sich bessere und schlechtere Beurteilungen im Schnitt die Waage, wobei die positiven Urteile knapp überwiegen (+6 Prozentpunkte). Weiter stufen 33 Prozent die lokale Wirtschaftskraft als (sehr) gut ein, während 27 Prozent sie als (sehr) schlecht beurteilen. Verhältnismäßig optimistischer äußern sich die Befragten, wenn es um die Zukunft von Sachsen-Anhalt geht. Jedoch glauben hier nur noch 42 Prozent, dass sich das Land in der nächsten Zeit wirtschaftlich positiv weiterentwickeln wird. Hier lässt sich also ein Einbruch der Positivurteile um 9 Prozentpunkte seit der letzten Befragung 2020 beobachten (vgl. Abb. 16).

²¹ Vgl. Statista (2023): Arbeitslosenquote nach Bundesländern im Jahr 2022, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2192/umfrage/durchschnittliche-arbeitslosenquote-nach-bundeslaendern/>, zugegriffen am 08.05.2023.

²² Vgl. Bundesamt für Arbeit (Hrsg.) (2007): Arbeitsmarkt in Zahlen, http://www.khd-research.net/Docs/BAfA_Arbeitslose_1991-2007.pdf, zugegriffen am 08.05.2023.

²³ Vgl. Statista (2023): Monatliche Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt von Mai 2021 bis Mai 2023, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/762478/umfrage/arbeitslosenquote-in-sachsen-anhalt/>, zugegriffen am 08.05.2023.

²⁴ Vgl. Statista (2023): Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in den Bundesländern in Deutschland im Jahr 2022, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/436244/umfrage/anteil-der-langzeitarbeitslosen-in-den-bundeslaendern-in-deutschland/>, zugegriffen am 08.05.2023.

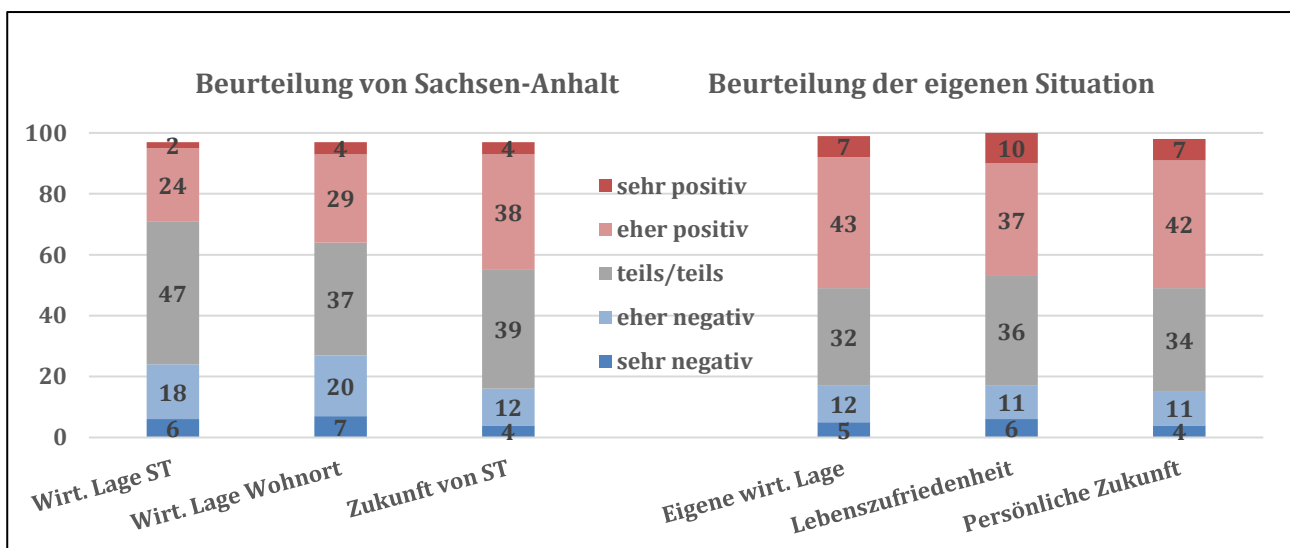
²⁵ Vgl. Statista (2023): Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt von 1991 bis 2022, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/5047/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-von-sachsen-anhalt-seit-1991/>, zugegriffen am 08.05.2023.

²⁶ Vgl. Huber, Max (2023): Trotz Energiekrise. Sachsen-Anhalt ist Spitzenreiter bei Wirtschaftswachstum, <https://www.mz.de/mitteldeutschland/sachsen-anhalt/trotz-energiekrise-sachsen-anhalt-ist-spitzenreiter-bei-wirtschaftswachstum-3578493?reduced=true>, zugegriffen am 08.05.2023.

Generell lässt sich also zusammenfassen, dass die Befragten bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und Zukunft von Sachsen-Anhalt und ihrer näheren Umgebung zurückhaltender als vor 3 Jahren antworten. Allerdings ist das Meinungsbild heute stärker polarisiert als 2020, was an der weniger stark besetzten teils/teils-Kategorie und den häufiger vertretenen Positiv- und Negativurteilen erkennbar wird. Gleichzeitig lässt sich ein Rückgang der Positivurteile und eine Zunahme der Negativurteile beobachten.

Ihre eigene wirtschaftliche Situation bewertet die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt, wie bereits in den Vorjahren, leicht optimistischer als die allgemeine ökonomische Lage im Land oder am Wohnort (vgl. Abb. 16). Hier lassen sich aktuell die höchsten Positivurteile messen. Dies ist durchaus nachvollziehbar. Jemand kann gut bezahlte Arbeit haben und die eigene ökonomische Situation infolgedessen als auskömmlich bewerten. Aufgrund von Informationen über die Energiesicherheit, die anhaltende Inflation, den Fachkräftemangel oder Firmeninsolvenzen in Sachsen-Anhalt kann dieselbe Person jedoch den Eindruck gewinnen, dass es um die gesamtwirtschaftliche Lage eher negativ bestellt ist.²⁷

Abb. 16 Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Gegenwart und Zukunft (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Trotzdem nehmen noch die Hälfte der Befragten (-12 Prozentpunkte) ihre derzeitige persönliche Wirtschaftslage als gut wahr. 17 Prozent sehen sie als schlecht oder sehr schlecht an. Das ist ein Anstieg um 6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2020.

Auch bei der eigenen Lebenszufriedenheit der Sachsen-Anhalter lässt sich ein deutlicher Rückgang im Vergleich zu 2020 beobachten (vgl. Abb. 16). Im Allgemeinen werden Befragte bei der Frage nach der Lebenszufriedenheit gebeten, selbst ihre allgemeine Lebenslage über einen längeren Zeitraum zu beurteilen. Die individuelle Bewertung schließt verschiedene Bereiche wie Partnerschaft, Freunde, Beruf, Gesundheit etc. ein und sollte – so die Theorie – nicht nur

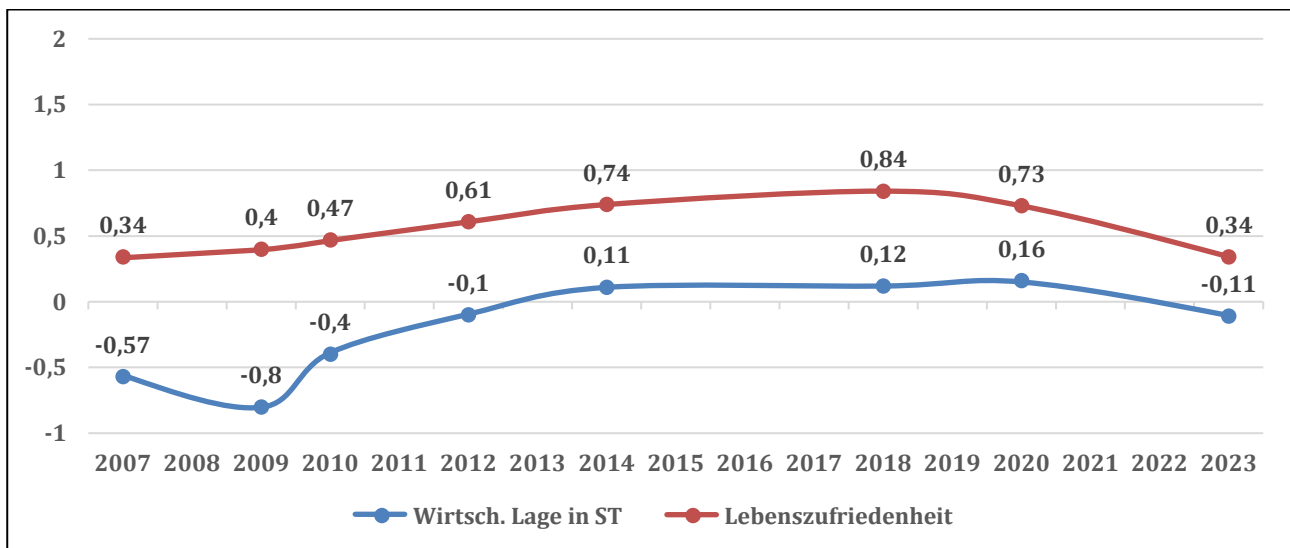
²⁷ Vgl. Wenzel, E. (2006): „Sozial ist, was Arbeit schafft“? Einstellungen zur Wirtschaftslage und sozialen Gerechtigkeit in Deutschland, in: Falter, J. W. u. a. (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich, München: C.H. Beck, S. 37-56.

von Gefühlen bestimmt sein.²⁸ In Sachsen-Anhalt sind gegenwärtig 10 Prozent der Bürger (-8 Prozentpunkte) sehr zufrieden mit ihrer Lebenssituation, und weitere 37 Prozent (-10 Prozentpunkte) geben an, eher zufrieden zu sein. Während die Mittelkategorie „teils/teil“ einen deutlichen Zuwachs erfahren hat (+9 Prozentpunkte) und auch die Negativurteile auf 17 Prozent angestiegen sind (+9 Prozentpunkte), überwiegen noch die Positivurteile (vgl. Abb. 16).

Richtet man den Blick auf die Einschätzung der persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt, zeigt sich abermals, dass die eigene Zukunft im Land von den Befragten positiver bewertet wird als die Zukunft des Landes allgemein, obwohl auch hier ein deutlicher Rückgang der Positivurteile um 13 Prozentpunkte zu beobachten ist (vgl. Abb. 16). Damit sehen nur noch knapp die Hälfte der Sachsen-Anhalter ihre persönliche Zukunft im Land zuversichtlich. Analog dazu ist der Anteil derjenigen, die ihre persönliche Zukunft im Land negativ bewerten (15 Prozent) gegenüber 2020 um 7 Prozentpunkte angestiegen (vgl. Abb. 16).

Im längerfristigen Zeitverlauf hatte sich die wirtschaftliche Situation Sachsen-Anhalts in der Wahrnehmung seiner Bürger zwischen 2009 und 2020 kontinuierlich verbessert und ist in den letzten drei Jahren jedoch wieder leicht abgesunken (vgl. Abb. 17). Folglich wird die wirtschaftliche Lage aktuell von den Sachsen-Anhaltern wieder negativer beurteilt (-0,27 Skalenpunkte).

Abb. 17 Wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt und Lebenszufriedenheit im Zeitverlauf, 2007-2023 (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



Quelle: SAM 2007-2023

Des Weiteren hat sich die Beurteilung der Lebenszufriedenheit in Sachsen-Anhalt innerhalb der letzten drei Jahre ebenfalls leicht verschlechtert (vgl. Abb. 17). Während sich die Lebenszufriedenheit in der Wahrnehmung der Bürger zwischen 2007 und 2018 kontinuierlich verbessert hatte, ist sie seitdem leicht und seit 2020 deutlich rückläufig (-0,4 Skalenpunkte). Auch die eigene wirtschaftliche Situation und die persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt hatten sich in den Augen der Befragten zwischen 2010 und 2018 positiv entwickelt und werden seit 2020 das

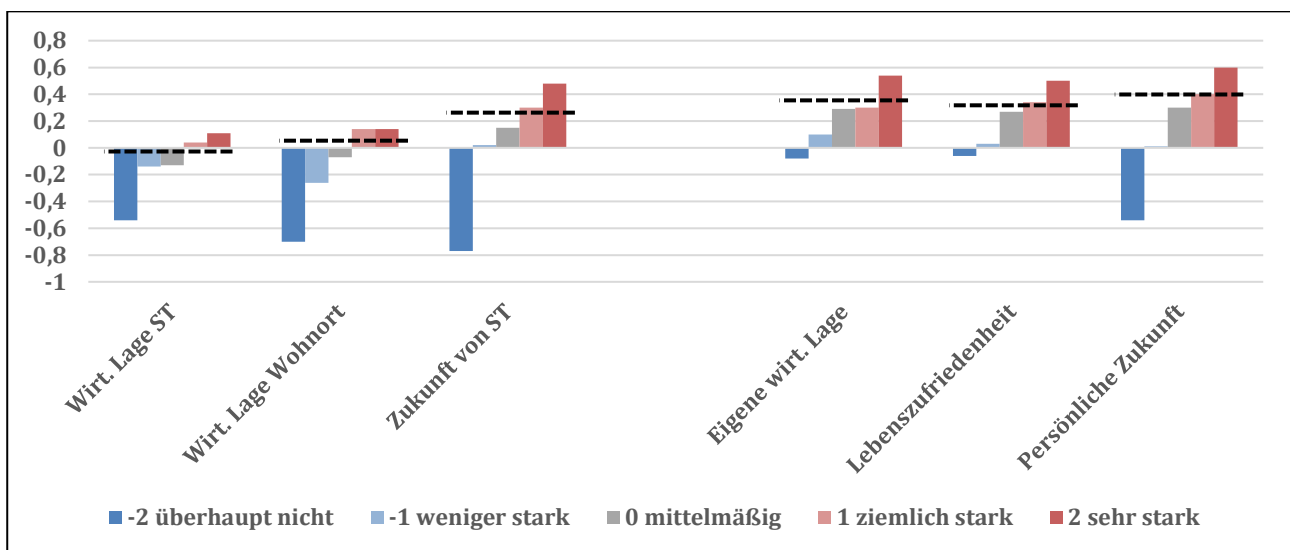
²⁸ Vgl. Asendorpf, J. B./Neyer, F. J. (2012): Psychologie der Persönlichkeit, Berlin, Heidelberg: Springer, Kapitel 4.

zweite Mal in Folge schlechter als bei der vorherigen Erhebung beurteilt. Deutlich fällt der Rückgang im Vergleich zu 2020 bei der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage aus (-11,6 Prozent der Befragten für gute und sehr gute Urteile). Für diese situative Eintrübung im langjährigen Bild der Daten könnten pandemiebedingte persönliche und wirtschaftliche Sorgen der Grund sein. Auch die Bewertung der persönlichen Zukunft erfährt im Vergleich zur letzten Erhebung einen ähnlich starken Rückgang (-11,7 Prozent der Befragten für eher und sehr positive Urteile).

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und der Zukunft – sowohl der von Sachsen-Anhalt als auch der eigenen – hängt mit anderen Einstellungsvariablen zusammen. Hierzu zählen die Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt und dem Wohnort, das Institutionenvertrauen und Gerechtigkeitsvorstellungen.

Im Hinblick auf die Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt lässt sich beobachten: Je stärker die Verbundenheit zu Sachsen-Anhalt ausgeprägt ist, desto positiver werden die Zukunft von Sachsen-Anhalt sowie die eigene Zukunft beurteilt. Gleiches gilt für die Verbundenheit mit dem Wohnort. (vgl. Abb. 18)

Abb. 18 Einschätzung wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Gegenwart und Zukunft nach Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt* (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



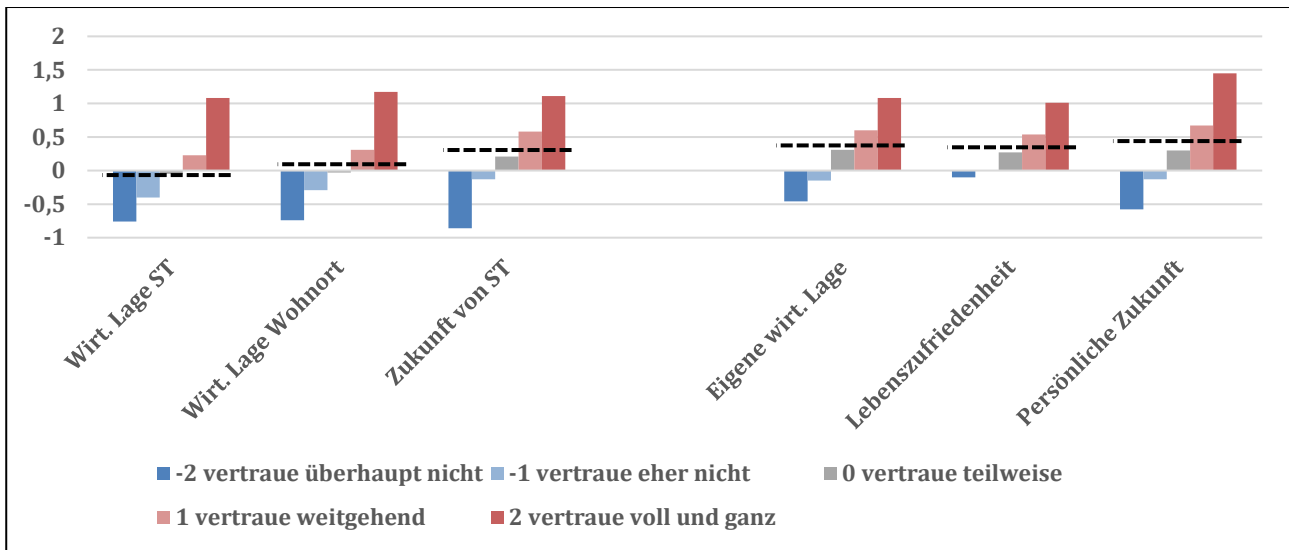
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Einschätzung der wirtschaftlichen Lage bzw. Lebenszufriedenheit der jeweiligen Variable an.

Ähnlich wie bei der Verbundenheit mit dem Land tritt der Zusammenhang auch beim Institutionenvertrauen²⁹ zutage: Je größer das generelle Vertrauen in rechtsstaatliche Institutionen auf verschiedenen politischen Systemebenen ist, desto positiver fällt die Bewertung der Wirtschaftskraft und Zukunft Sachsen-Anhalts sowie diejenige der eigenen Wirtschaftslage und der persönlichen Zukunft im Land aus (vgl. Abb. 19).

²⁹ Für den Sachsen-Anhalt-Monitor 2023 wurde der Index des Institutionenvertrauens aus der Abfrage des Vertrauens gegenüber der Bundesregierung (Frage 23 a)), dem Bundesverfassungsgericht (Frage 23 c)), der Polizei (Frage 23 f)) sowie der Stadt- und Gemeindeverwaltung (Frage 23 g)) gebildet.

Abb. 19 Einschätzung wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Gegenwart und Zukunft nach Institutionenvertrauen* mit Sachsen-Anhalt* (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)

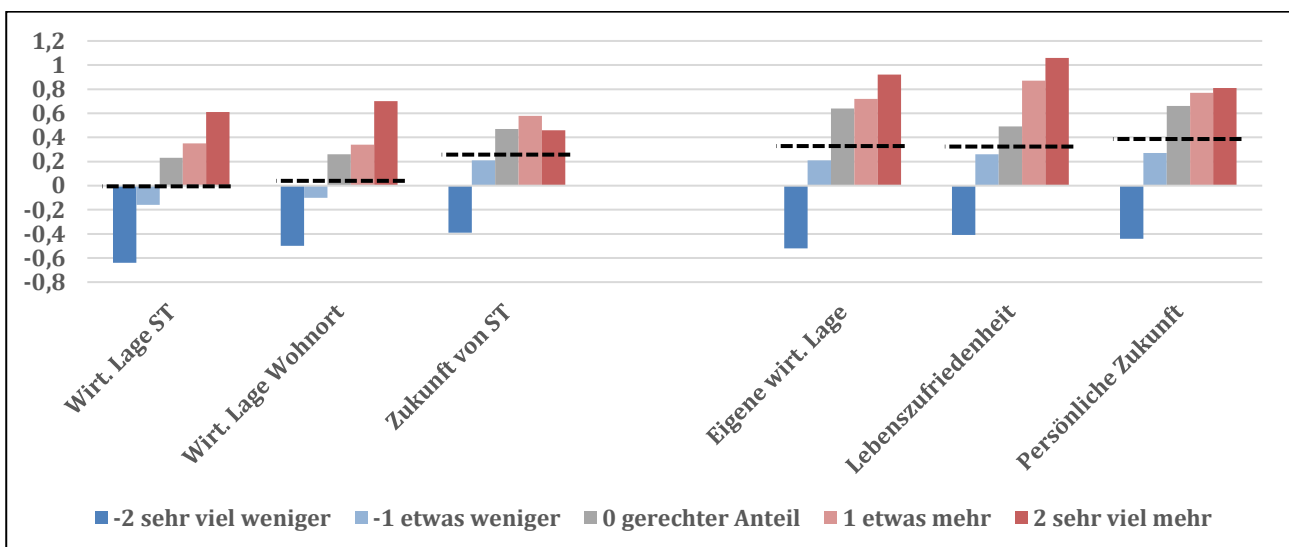


* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Einschätzung der wirtschaftlichen Lage bzw. Lebenszufriedenheit der jeweiligen Variable an.

Ebenso unterscheidet sich das Urteil der Befragten je nach Gerechtigkeitsvorstellung. Dabei gilt: Je stärker jemand davon überzeugt ist, seinen gerechten Anteil zu erhalten, desto positiver werden die Wirtschaftslage in Sachsen-Anhalt und die individuelle Lebenssituation wahrgenommen. Besonders deutlich tritt dieser Zusammenhang bei der Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage zutage (vgl. Abb. 20).

Abb. 20 Einschätzung Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Gegenwart und Zukunft nach Beurteilung des persönlich gerechten Anteils* (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Einschätzung der wirtschaftlichen Lage bzw. Lebenszufriedenheit der jeweiligen Variable an.

Ein klarer Zusammenhang besteht auch zwischen den Parteipräferenzen der Befragten und der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der Zukunft Sachsen-Anhalts einerseits sowie den

eigenen Lebenschancen andererseits (vgl. Tab. 4). Generell ist festzuhalten, dass Anhänger der AfD die wirtschaftliche Lage von Sachsen-Anhalt sowie ihre Lebenszufriedenheit und ihre Zukunft in Sachsen-Anhalt am schlechtesten beurteilen. Im Gegensatz dazu bewerten Anhänger von SPD und CDU diese Umstände am besten bzw. zweitbesten.

Tab. 4 Einschätzung wirtschaftliche Lage, Lebenszufriedenheit nach Parteipräferenz (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)

	Alle Befragten (ø)	Parteipräferenz						
		CDU	AfD	Linke	SPD	Grüne	FDP	Sonst.
Wirtsch. Lage Sachsen-Anhalt	-0,01	0,11	-0,20	0,09	0,17	0,06	-0,04	-0,30
Wirtsch. Lage Wohnort	0,04	0,13	-0,12	0,07	0,15	0,08	0,01	-0,36
Zukunft Sachsen-Anhalt	0,27	0,42	0,06	0,29	0,45	0,29	0,34	-0,10
Eigene wirtsch. Lage	0,35	0,63	0,03	0,34	0,56	0,39	0,22	-0,13
Lebenszufriedenheit	0,34	0,62	0,05	0,28	0,69	0,43	0,29	0,36
Pers. Zukunft in Sachsen-Anhalt	0,39	0,57	0,12	0,41	0,60	0,23	0,31	0,22

Anmerkung: blau = negativste Beurteilung, rot = positivste Beurteilung. Falls sich die negativste bzw. positivste Beurteilung im Durchschnitt nur geringfügig von der zweitnegativsten bzw. zweitpositivsten Beurteilung unterscheidet, wird diese zusätzlich hellblau oder hellrot markiert.

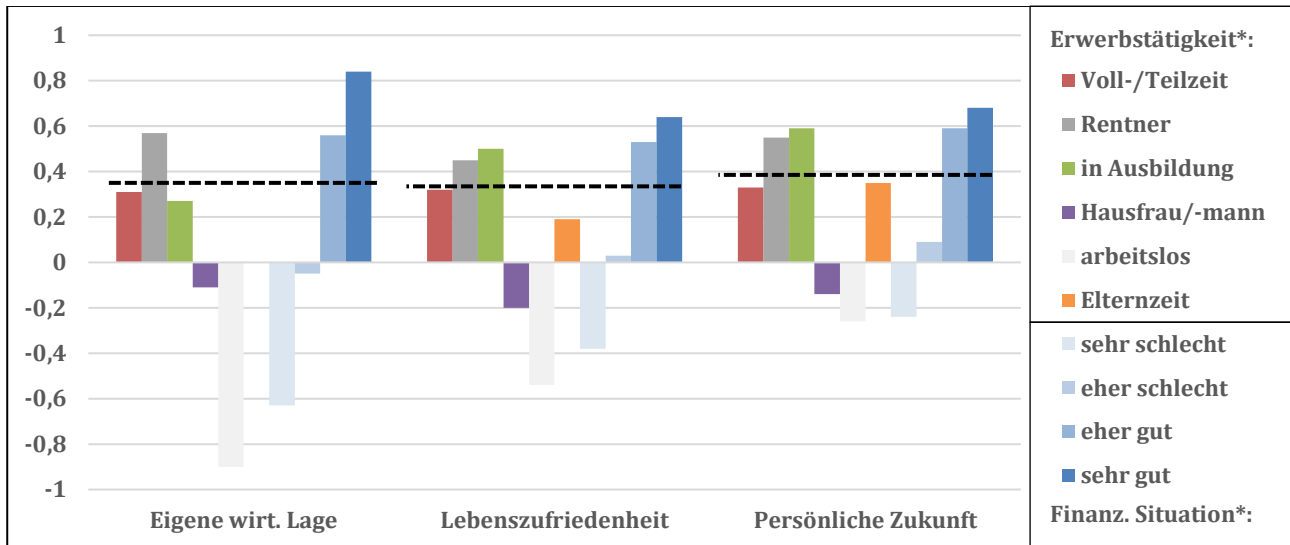
Verglichen mit 2020 fällt auf, vor allem die Meinungen über die wirtschaftliche Lage am Wohnort, die eigene wirtschaftliche Lage sowie die Zukunft von Sachsen-Anhalt aktuell von den Anhängern kleiner und Kleinstparteien am negativsten bewertet werden. Ebenfalls lässt sich zusammenfassen, dass alle Mittelwerte in der Tendenz negativer ausfallen als vor drei Jahren, was für die Eintrübung der wirtschaftlichen Aussichten bei den Befragten spricht. (vgl. Tab. 4).

Im Folgenden werden die Einflüsse soziodemographischer Merkmale (wie z. B. Alter, Schulbildung, etc.) auf die Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage und Zukunft sowie der Lebenszufriedenheit untersucht. Zusammenhänge lassen sich hier insbesondere im Zusammenhang mit materiellen Ressourcen der Person selbst, wie die Erwerbstätigkeit und die finanzielle Situation feststellen.

In Bezug auf die Erwerbstätigkeit zeigt sich, dass allen voran Rentner gefolgt von Azubis und Vollzeit- bzw. Teilzeitbeschäftigten, mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage, ihrem Leben und ihrer persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt am zufriedensten sind. Im Gegensatz dazu schätzen Arbeitslose ihre wirtschaftliche Situation am schlechtesten ein; sie sind mit großem Abstand am wenigsten zufrieden mit ihrer Lebenslage und blicken negativ in die Zukunft. Dieser Trend hat sich im Vergleich zu 2020 nochmals deutlich verstärkt. Ähnlich negativ blicken Hausfrauen und -männer ihrer persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt entgegen und beschreiben dementsprechend auch eine geringere Lebenszufriedenheit. Lag letztere 2020 noch deutlich im positiven Bereich ist sie jetzt auf -0,2 abgerutscht (vgl. Abb. 21).

Was die Vermögensbildung und Schuldensituation betrifft, gilt: Je besser die finanzielle Situation einer Person ist, desto zufriedener ist sie mit ihrer wirtschaftlichen Lage und Lebenssituation und desto optimistischer sieht sie ihrer persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt entgegen. Innerhalb der letzten drei Jahre hat sich dieser Trend nochmals verstärkt, was besonders durch diejenigen Befragten deutlich wird, die eine eher schlechte und sehr schlechte finanzielle Situation beschreiben (vgl. Abb. 21).

Abb. 21 Einschätzung eigene wirtschaftliche Lage, Lebenszufriedenheit und persönliche Zukunft nach Erwerbstätigkeit und finanzieller Situation (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Einschätzung der wirtschaftlichen Lage bzw. Lebenszufriedenheit der jeweiligen Variable an.

4 Sonderthema: Russland-Ukraine-Krieg

Dominierten zu Beginn des letzten Jahres noch die Themen rund um die Coronapandemie und die gestiegenen Energiekosten die allgemeine Debatte in Deutschland, fand mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 eine Verschiebung der Aufmerksamkeit innerhalb Deutschlands auf die Außenpolitik, die äußere Sicherheit, internationales Konflikt- und Krisenmanagement und die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges auf Deutschland, Europa und die Welt statt.³⁰ Mit der angekündigten „Zeitenwende“³¹ der Bundesregierung, also einem Kurswechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik u. a. hin zu einer Stärkung der Landes- und Bündnisverteidigung und einer Neuausrichtung der deutschen Wirtschafts- und Energiepolitik, begegnete die Politik der geänderten sicherheitspolitischen Lage: Es wurde ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen zur besseren Ausstattung der Bundeswehr beschlossen.³² Ebenfalls unterstützt Deutschland zusammen mit seinen europäischen und transatlantischen Partnern die Ukraine in Ihrer Landesverteidigung, beispielsweise durch wirtschaftliche Hilfspakete, Waffenlieferungen oder Sanktionen gegenüber Russland.

Knapp ein Jahr nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wurden die Sachsen-Anhalter im Rahmen der vorliegenden Untersuchung gefragt, welche Auswirkungen dieser Krieg im Osten Europas auf ihr Bundesland Sachsen-Anhalt, aber auch auf Ihr eigenes Leben mit sich gebracht hat. Ebenfalls sollte untersucht werden, wie stark dieser Konflikt, gemessen an den repräsentativen Einschätzungen der Befragten, die wirtschaftliche Lage Sachsen-Anhalts, die Wirtschaftslage am eigenen Wohnort und die eigene wirtschaftliche Situation beeinflusst. Die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges auf das Leben der Sachsen-Anhalter bildet also das Schwerpunkt- bzw. Sonderthema des Sachsen-Anhalt-Monitors 2023.

4.1 Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges auf Sachsen-Anhalt

Gefragt nach dem derzeitigen Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges auf die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt, geht die Mehrheit der Befragten von „ziemlich starken“ (38 Prozent) Auswirkungen aus (vgl. Abb. 22). Insgesamt sprechen über die Hälfte der Sachsen-Anhalter von einem „sehr starken“ oder „ziemlich starken“ Einfluss (56 Prozent). Demgegenüber sprechen gerade einmal 11 Prozent von einem „weniger starken“ bzw. „überhaupt keinem“ Einfluss auf die wirtschaftliche Lage des Bundeslandes (vgl. ebd.). Verglichen mit dem Rest Deutschlands

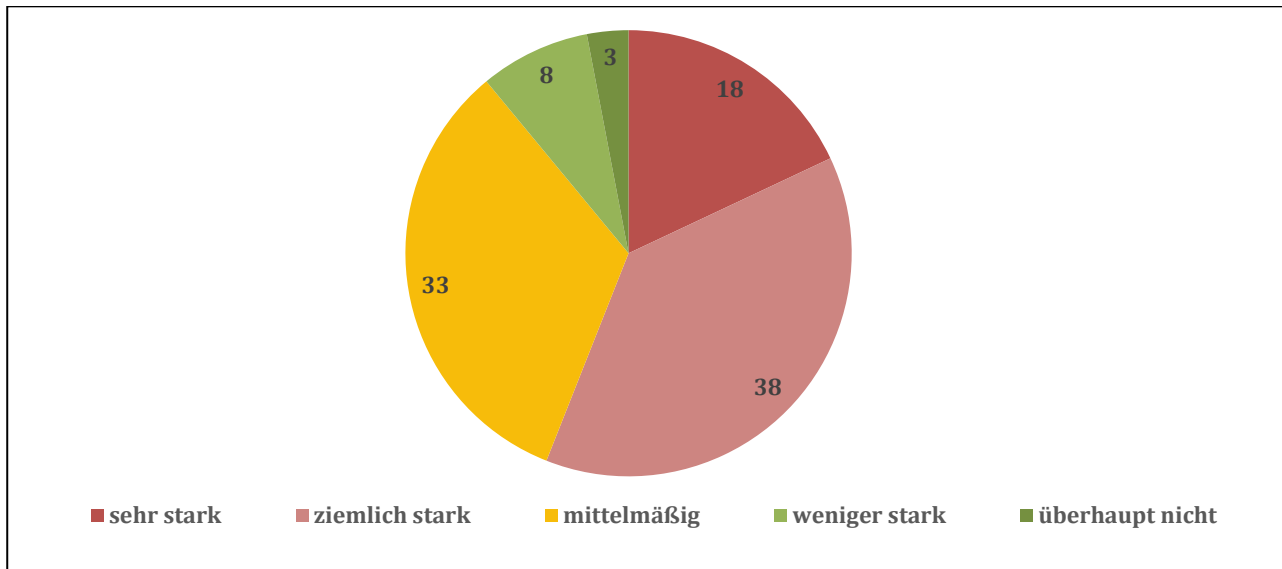
³⁰ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e. V. (2023): Politbarometer, Politik II, https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/#Probl1, zugegriffen am 15.05.2023.

³¹ Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2022): Rede zur Zeitenwende, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2131062/78d39dda6647d7f835bbe76713d30c31/bundeskanzler-olaf-scholz-reden-zur-zeitenwende-download-bpa-data.pdf>, zugegriffen am 15.05.2023.

³² Vgl. Rinke, A. (2023): Ein Jahr Scholz-Rede. Was die „Zeitenwende“ verändert hat, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/zeitenwende-scholz-rueckblick-ukraine-krieg-russland-100.html>, zugegriffen am 17.05.2023.

zeigt sich ein ähnliches Bild: Dem ARD-DeutschlandTREND vom März 2023 machen sich 69 Prozent der Deutschen Sorgen, dass sich die wirtschaftliche Lage bundesweit verschlechtert.³³

Abb. 22 Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt (Angaben in Prozent)



Quelle: eigene Darstellung
Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Gemessen am Alter zeigt sich, dass besonders in den Altersgruppen zwischen 30 und 50 Jahren der Einfluss des Krieges auf die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt als überdurchschnittlich stark wahrgenommen wird (vgl. Tab. 5). Junge Menschen bis 30 Jahre nehmen den Einfluss dahingehend als weniger stark als der Durchschnitt wahr. Beim Vergleich der Geschlechter wird deutlich, dass Frauen die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges auf die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt nur leicht stärker wahrnehmen als Männer (vgl. ebd.).

Tab. 5 Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt nach Altersgruppen und Geschlecht (Angaben in Prozent)

Einfluss Russland-Ukraine-Krieg auf die wirt. Lage in ST	Alle Befragten (Ø) 2023	Alter in Jahren					Geschlecht		
		18-29	30-39	40-49	50-65	66+	m.	w.	d.**
sehr stark	18	17	14	18	18	20	18	19	0
ziemlich stark	38	29	43	44	35	38	36	39	0
mittelmäßig	33	35	30	32	38	32	33	33	0
weniger stark	8	18	10	5	7	6	10	7	0
überhaupt nicht	3	1	3	1	2	4	3	2	0

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt
** Sehr geringe Fallzahl bzw. keine Fälle in der Stichprobe.

³³ ARD-DeutschlandTREND (2023): ARD-DeutschlandTREND März 2023, <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-pdf-113.pdf>, zugegriffen am 17.05.2023.

Sowohl das Einkommen als auch das Bildungsniveau der Befragten scheint keinen signifikanten Einfluss auf die Einschätzung der Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges auf die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt auszuüben (vgl. Tab. 6). Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass über breite Bevölkerungsteile und -schichten hinweg eine ähnliche Auffassung von den Folgen des Krieges vorherrscht und sich die Menschen unabhängig dieser beiden Merkmale ähnlich viele Sorgen wegen des russischen Krieges in der Ukraine machen (vgl. ebd.)

Tab. 6 Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt nach Einkommen und Bildung (Angaben in Prozent)

Einfluss Russland-Ukraine-Krieg auf die wirt. Lage in ST	Alle Befragten (ø) 2023	Einkommen			Bildung		
		niedrig (< 1.500 Euro)	mittel (< 3.000 Euro)	hoch (> 3.000 Euro)	Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur
sehr stark	18	17	19	15	18	18	18
ziemlich stark	38	36	39	40	42	39	34
mittelmäßig	33	34	34	32	31	33	35
weniger stark	8	9	6	11	6	8	10
überhaupt nicht	3	4	2	2	3	2	3

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Betrachtet man die Einschätzung der Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges auf die wirtschaftliche Lage Sachsens-Anhalts anhand der Lebenszufriedenheit und der eigenen wirtschaftlichen Lage der Befragten, wird erkennbar, dass mit ihrem Leben Unzufriedene den Einfluss leicht stärker beurteilen als zufriedene Befragte. Gemessen an der eigenen wirtschaftlichen Lage beurteilen ebenfalls Sachsen-Anhalter, die angeben, selbst in einer schlechten wirtschaftlichen Lage zu sein, den Einfluss des Krieges auf die wirtschaftliche Lage ihres Bundeslandes als leicht stärker.

Tab. 7 Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt nach Zufriedenheit mit Lebenssituation und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage (Angaben in Prozent)

Einfluss Russland-Ukraine-Krieg auf die wirt. Lage in ST	Alle Befragten (ø) 2023	Zufriedenheit mit Lebenssituation			eigene wirtschaftliche Lage		
		zufrieden	teils/teils	unzufrieden	gut	teils/teils	schlecht
sehr stark	18	19	15	23	18	14	29
ziemlich stark	38	37	39	37	38	40	32
mittelmäßig	33	32	36	30	33	35	30
weniger stark	8	9	8	8	9	9	6
überhaupt nicht	3	3	2	2	2	2	3

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Beim Vergleich der Parteipräferenz wird deutlich, dass Anhänger der Linken sowie der AfD die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges in den Kategorien „weniger stark“ und „überhaupt nicht“ auf die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt als leicht unterdurchschnittlich im Gegensatz

zu den übrigen Parteien betrachten (vgl. Tab. 8). Ebenfalls geben mit 47 Prozent die Linken-Anhänger den höchsten Wert in der Kategorie „mittelmäßig“ an und liegen in den Antwortkategorien „sehr stark“ sowie „ziemlich stark“ unter dem Durchschnitt aller Befragten (vgl. ebd.). Gleichzeitig gehen die AfD-Anhänger im Vergleich zu den übrigen Parteien vom stärksten Einfluss des Krieges auf die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt aus und liegen in Kategorien „sehr stark“ und „ziemlich stark“ mit insgesamt 67 Prozent deutlich über dem Durchschnitt aller Befragten. Die Meinungen der anderen Parteianhänger weichen nur leicht vom Durchschnitt aller Befragten ab und gruppieren sich um diesen (vgl. Tab. 8).

Tab. 8 Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt nach Parteipräferenz (Angaben in Prozent)

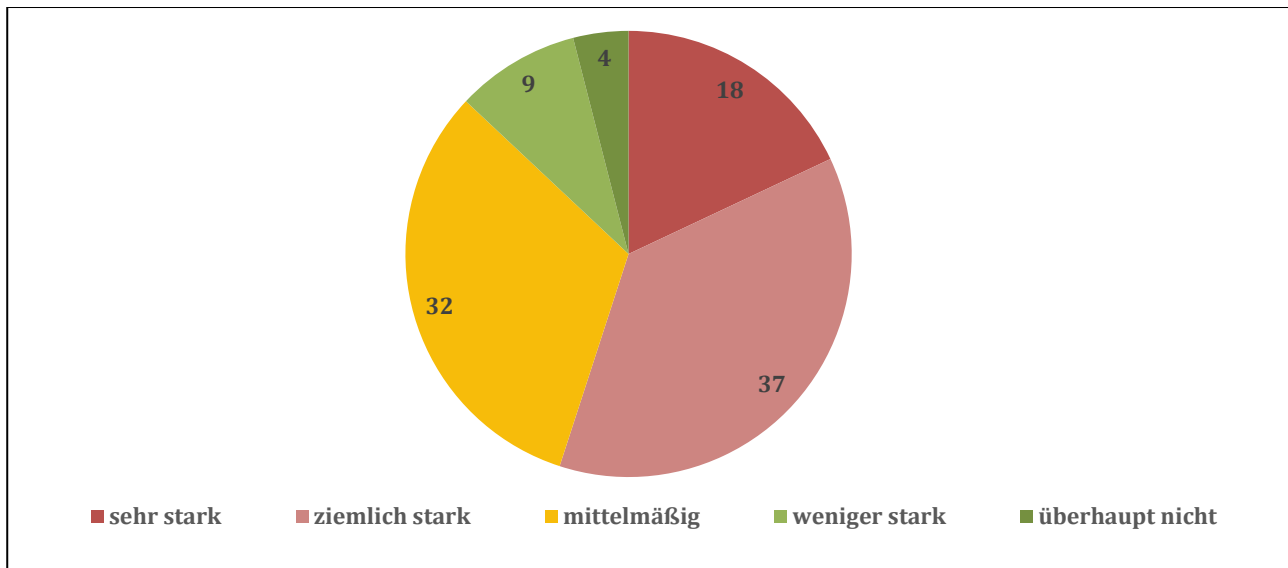
Einfluss Russland-Ukraine-Krieg auf die wirt. Lage in ST	Alle Befragten (∅) 2023	Parteipräferenz						
		CDU	SPD	Grüne **	Linke	FDP**	AfD	Sonstige**
sehr stark	18	17	20	21	16	17	19	18
ziemlich stark	38	41	35	30	28	34	48	53
mittelmäßig	33	31	35	38	47	29	24	29
weniger stark	8	9	6	8	8	15	7	0
überhaupt nicht	3	2	4	3	1	5	2	0

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

** Sehr geringe Fallzahl bzw. keine Fälle in der Stichprobe.

Wie sieht es bei dem Vergleich mit der Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt aus? Wie stark beeinflussen der Russland-Ukraine-Krieg und dessen Auswirkungen das Land? Bei dieser Frage äußern sich die Befragten ganz ähnlich wie bei der Frage nach den Auswirkungen auf die derzeitige wirtschaftliche Lage im Land. Der größte Teil der Bevölkerung geht demnach von einem „sehr starken“ oder „ziemlich starken“ Einfluss (55 Prozent) aus (vgl. Abb. 23). Ebenfalls gut ein Drittel der Befragten geht von „mittelmäßigen“ Auswirkungen für die Zukunft Sachsen-Anhalts aus. Befragte, die den Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges als „weniger stark“ oder „überhaupt nicht“ vorhanden beschreiben, sind hier mit 13 Prozent in der deutlichen Minderheit (vgl. ebd.). Dennoch lässt sich beispielsweise ein signifikanter linearer Zusammenhang, beispielsweise eine pessimistische Beurteilung der Zukunft Sachsen-Anhalts bei gleichzeitig angegebener starker Beeinflussung der Zukunft des Bundeslandes durch den Russland-Ukraine-Krieg, anhand der vorliegenden Daten nicht ausmachen.

Abb. 23 Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die Zukunft von Sachsen-Anhalt (Angaben in Prozent)



Quelle: eigene Darstellung

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

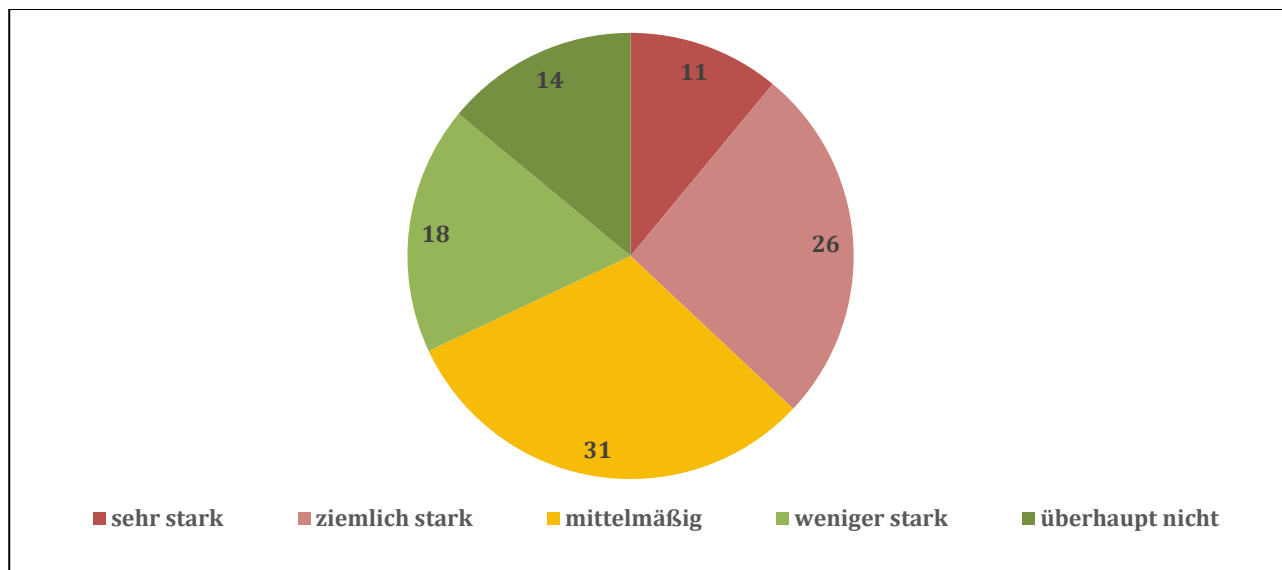
Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges auf die derzeitige wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt sowie auf dessen zukünftige Entwicklung von einer großen Mehrheit der Bevölkerung als „sehr stark“ bis „mittelmäßig“ betrachtet werden. Eine Untersuchung unterschiedlicher soziodemographischer Gruppen ergab hier nur leichte Abweichung in diesen Einstellungen, was dafürspricht, dass es einen breiten Konsens über diesen starken Einfluss innerhalb der Bevölkerung gibt.

Der Einfluss des Krieges und dessen Auswirkungen auf die Individualebene bzw. die unmittelbare Umgebung wird im Folgekapitel näher erläutert.

4.2 Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges auf die Lebenssituation der Befragten

Nach dem derzeitigen Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die eigene wirtschaftliche Lage gefragt, zeigt sich ein leicht anderes Bild als im Vergleich zur Lage für Sachsen-Anhalt. Die Mehrheit der Befragten geht hier von einem „mittelmäßigen“ (31 Prozent) Einfluss auf die eigene Lage aus (vgl. Abb. 24). Dennoch spricht sich über ein Drittel der Befragten (37 Prozent) für einen „sehr starken“ oder „ziemlich starken“ Einfluss auf Ihr eigenes Leben aus. Die Gruppe derjenigen, die einen „weniger starken“ oder „überhaupt keinen“ Einfluss auf ihre eigene wirtschaftliche Lage angeben ist größer als bei der Frage nach den Auswirkungen auf das gesamte Bundesland und liegt bei gut einem Drittel der Befragten (32 Prozent).

Abb. 24 Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die eigene wirtschaftliche Lage (Angaben in Prozent)



Quelle: eigene Darstellung

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Bei der Betrachtung unterschiedlicher soziodemographischer Faktoren wird erkennbar, dass es Altersunterschiede bei der Einschätzung des Einflusses des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die eigene wirtschaftliche Lebenssituation gibt (vgl. Tab. 9). Je jünger die Befragten sind, desto größer schätzen sie den Einfluss des Krieges auf ihre eigene wirtschaftliche Lage ein (vgl. Tab. 9). So beschreiben 40- bis 49-Jährige, die zu 51 Prozent einen „sehr starken“ oder „ziemlich starken“ Einfluss angeben, ihre eigene wirtschaftliche Situation am stärksten betroffen (vgl. ebd.). Mit 46 und 44 Prozent folgen ihnen die jüngeren Altersgruppen zwischen 18 und 39 Jahren nach (vgl. ebd.). Demgegenüber liegt die älteste Altersgruppe der über 66-Jährigen, die den höchsten Anteil an Befragten besitzt (45 Prozent), die angeben, „weniger stark“ oder „überhaupt nicht“ von den Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges betroffen zu sein (vgl. ebd.). Bei der Unterscheidung der Geschlechter zeigt sich kein signifikanter Unterschied im Antwortverhalten (vgl. ebd.).

Tab. 9 Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die eigene wirtschaftliche Lage nach Altersgruppen und Geschlecht (Angaben in Prozent)

Einfluss Russland-Ukraine-Krieg auf eigene wirt. Lage	Alle Befragten (ø) 2023	Alter in Jahren*					Geschlecht		
		18-29	30-39	40-49	50-65	66+	m.	w.	d.**
sehr stark	11	12	13	13	14	8	9	13	0
ziemlich stark	26	32	33	38	20	19	28	23	0
mittelmäßig	31	33	31	32	35	28	33	30	0
weniger stark	18	16	13	13	16	25	17	20	0
überhaupt nicht	14	7	10	4	15	20	13	14	0

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant. ** Sehr geringe Fallzahl bzw. keine Fälle in der Stichprobe.

Darüber hinaus besitzt auch das Einkommen einen signifikanten Effekt auf den wahrgenommenen Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges auf die eigene wirtschaftliche Lage (vgl. Tab. 10). Dementsprechend beschreiben Menschen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen stärker beeinflusst zu sein, während Menschen mit mittlerem oder hohem Einkommen ihre eigene wirtschaftliche Situation weniger häufig durch den Krieg beeinflusst sehen (vgl. ebd.). Gemessen am Bildungsniveau zeigt sich, dass es keine signifikanten Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen gibt (vgl. ebd.).

Tab. 10 Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die eigene wirtschaftliche Lage nach Einkommen und Bildung (Angaben in Prozent)

Einfluss Russland-Ukraine-Krieg auf eigene wirt. Lage	Alle Befragten (ø) 2023	Einkommen*			Bildung		
		niedrig (< 1.500 Euro)	mittel (< 3.000 Euro)	hoch (> 3.000 Euro)	Haupt- schule	Mittlere Reife	Abitur
sehr stark	11	14	11	8	13	11	11
ziemlich stark	26	27	27	26	24	27	24
mittelmäßig	31	33	30	30	32	30	32
weniger stark	18	14	18	22	14	19	20
überhaupt nicht	14	12	14	14	17	13	13

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Vergleicht man Sachsen-Anhalter nach ihrer Lebenszufriedenheit, wird ersichtlich, dass unzufriedene Befragte häufiger einen „sehr starken“ oder „ziemlich starken“ Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges auf ihre eigene wirtschaftliche Lage beschreiben als zufriedene Befragte angeben (vgl. Tab. 11). Demgegenüber äußern mit ihrer Lebenssituation zufriedene Menschen häufiger als der Durchschnitt, „weniger stark“ oder „überhaupt nicht“ in ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation vom Krieg und seinen Auswirkungen betroffen zu sein (vgl. ebd.). Anhand der eigenen wirtschaftlichen Lage lässt sich ein ähnlicher Zusammenhang feststellen: Je schlechter die eigene wirtschaftliche Lage angegeben wird, desto stärker wird auch der Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges auf diese betont (vgl. ebd.).

Tab. 11 Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die eigene wirtschaftliche Lage nach Zufriedenheit mit Lebenssituation und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage (Angaben in Prozent)

Einfluss Russland-Ukraine-Krieg auf eigene wirt. Lage	Alle Befragten (∅) 2023	Zufriedenheit mit Lebenssituation*			eigene wirtschaftliche Lage*		
		zufrieden	teils/teils	unzufrieden	gut	teils/teils	schlecht
sehr stark	11	8	10	21	6	10	29
ziemlich stark	26	23	27	29	19	33	31
mittelmäßig	31	31	33	28	27	40	26
weniger stark	18	22	17	14	27	11	8
überhaupt nicht	14	16	13	8	21	6	6

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5% signifikant.

Gemessen an der Parteipräferenz ergibt sich folgendes Bild: Anhänger der AfD liegen wie bei der Beurteilung des Einflusses auf die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt am deutlichsten über dem Durchschnitt der Befragten in den Antwortkategorien „sehr stark“ und „ziemlich stark“ (49 Prozent) (vgl. Tab. 12). Aufgrund zu geringer Fallzahlen in den Untergruppen lassen sich keine zuverlässigen Ergebnisse beispielsweise für Anhänger der Grünen oder der FDP ableiten (vgl. ebd.). Mit 36 Prozent geben Linken-Anhänger am häufigsten an, „mittelmäßig“ von den Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges betroffen zu sein (vgl. ebd.). Anhänger der CDU und der SPD liegen nahe dem Durchschnitt aller Befragten.

Tab. 12 Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die eigene wirtschaftliche Lage nach Parteipräferenz (Angaben in Prozent)

Einfluss Russland-Ukraine-Krieg auf eigene wirt. Lage	Alle Befragten (∅) 2023	Parteipräferenz						
		CDU	SPD	Grüne**	Linke	FDP**	AfD	Sonstige**
sehr stark	11	8	11	14	12	11	15	6
ziemlich stark	26	25	24	14	21	32	34	29
mittelmäßig	31	33	31	30	36	27	32	41
weniger stark	18	21	18	26	17	12	11	12
überhaupt nicht	14	13	16	16	14	18	8	12

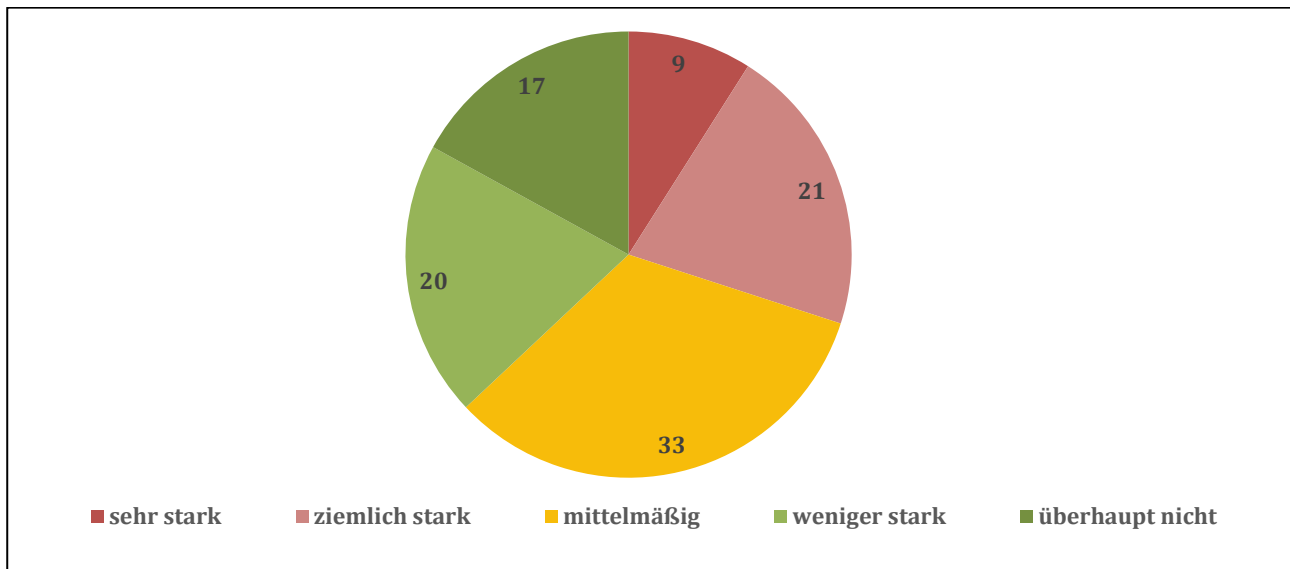
Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

** Sehr geringe Fallzahl bzw. keine Fälle in der Stichprobe.

Wie beeinflusst der Russland-Ukraine-Krieg die persönlichen Zukunftserwartungen der Menschen in Sachsen-Anhalt? Hier antworten die Sachsen-Anhalter anders als bei der Einschätzung des Einflusses auf die Zukunft Ihres Bundeslandes: Auch wenn die am häufigsten gewählte Antwortkategorie „mittelmäßig“ von einem Drittel der Befragten genannt wird, geben deutlich mehr Menschen an, „weniger stark“ oder „überhaupt nicht“ (37 Prozent) betroffen zu sein, als dass sie angeben, „sehr stark“ oder „ziemlich stark“ (30 Prozent) betroffen zu sein (vgl. Abb. 25). Ebenfalls ist ein signifikanter linearer Effekt zwischen der Einschätzung der persönlichen

Zukunft in Sachsen-Anhalt und dem Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges auf die persönliche Zukunft nachzuweisen: Je schwächer die Menschen den Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges auf ihre persönliche Zukunft beurteilen, desto positiver beschreiben sie auch ihre allgemeinen persönlichen Zukunftsaussichten in Sachsen-Anhalt (vgl. Tab. 13)

Abb. 25 Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt (Angaben in Prozent)



Quelle: eigene Darstellung

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Tab. 13 Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt nach (Angaben in Prozent)

Einfluss Russland-Ukraine-Krieg auf persönliche Zukunft*	Alle Befragten (Ø) 2023	Persönliche Zukunft in ST				
		sehr positiv	eher positiv	teils/teils	eher negativ	sehr negativ**
sehr stark	9	13	4	7	21	47
ziemlich stark	21	8	19	25	29	14
mittelmäßig	33	25	33	38	28	14
weniger stark	20	15	23	20	14	11
überhaupt nicht	17	39	21	10	8	14

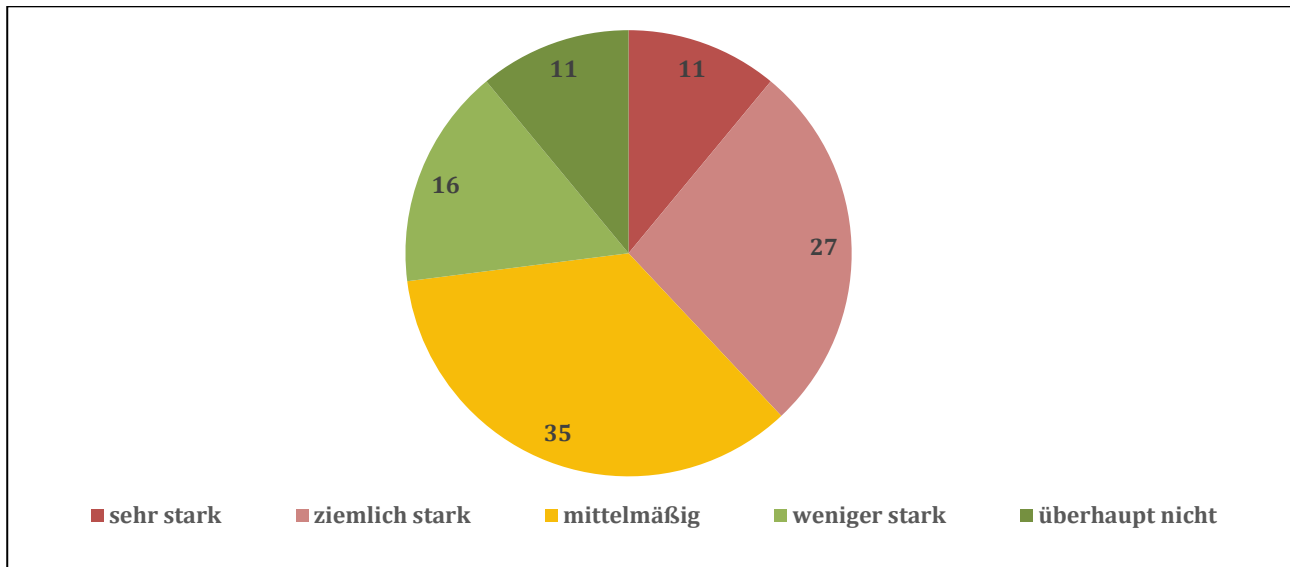
Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant. ** Sehr geringe Fallzahl bzw. keine Fälle in der Stichprobe.

Bei der Frage nach den Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges auf die derzeitige wirtschaftliche Lage am Wohnort wird eine Zwischenposition neben der Beurteilung des Einflusses auf das Land Sachsen-Anhalt und die eigene wirtschaftliche Situation erkennbar (vgl. Abb. 26, Abb. 27). Bezogen auf den Wohnort wird die Kategorie „mittelmäßig“ am häufigsten von einem Drittel der Befragten genannt (vgl. Abb. 26). Zählt man die Antwortkategorien „sehr stark“ und „ziemlich stark“ zusammen, sprechen sich 38 Prozent der Menschen für einen stärkeren Einfluss auf die wirtschaftliche Lage am Wohnort aus (vgl. ebd.). Demgegenüber stehen 27 Prozent

der Befragten, die den Einfluss als „weniger stark“ oder „überhaupt nicht“ vorhanden ansehen (vgl. ebd.).

Abb. 26 Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage am Wohnort (Angaben in Prozent)



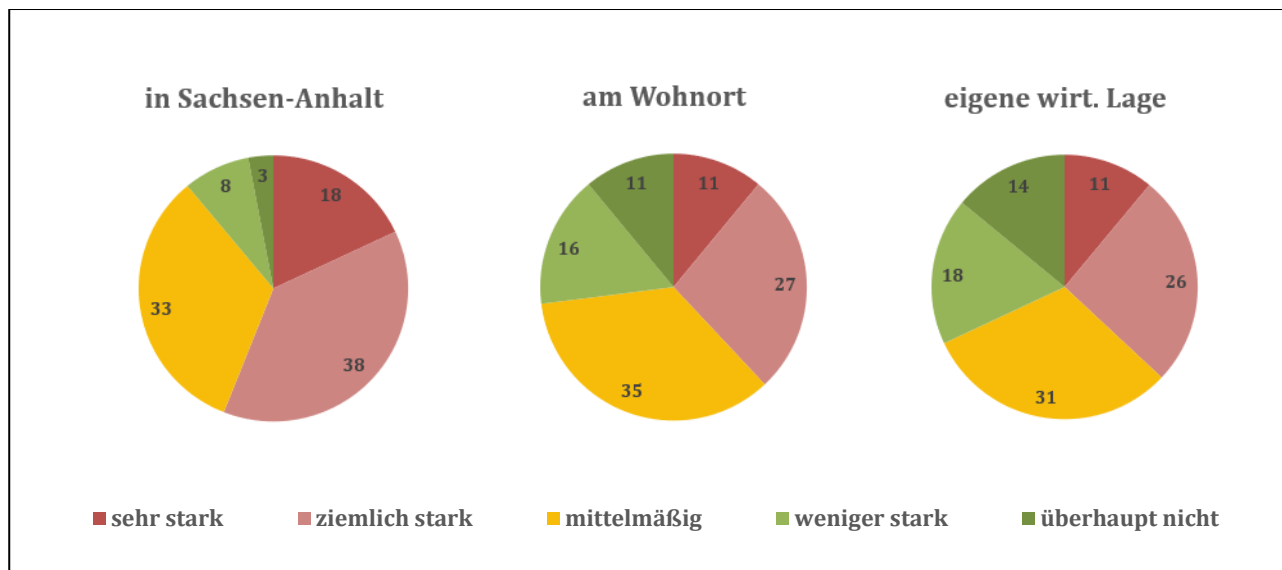
Quelle: eigene Darstellung

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Als Zwischenfazit in der Frage des Einflusses des Russland-Ukraine-Krieges auf die wirtschaftliche Lage und die Zukunft in Sachsen-Anhalt, am Wohnort oder auf persönlicher Ebene kann festgehalten werden, dass der Einfluss auf den höheren, weiter entfernten Ebenen, als stärker empfunden wird als auf die unmittelbare eigene Lebenssituation (vgl. Abb. 27).

Die soziodemographischen Teilgruppenvergleiche auf allen drei untersuchten Ebenen zeigen, dass besonders bezogen auf Sachsen-Anhalt relative Einigkeit in der Meinung der Bürger besteht und die Auswirkungen des Krieges trotz z. T. unterschiedlicher Lebensumstände und Personenmerkmale ähnlich eingeschätzt werden. Anders verhält es sich bei der Betrachtung der eigenen Lebenssituation auf der Ebene einzelner Personen und Haushalte: Hier lassen sich signifikante soziodemographische Unterschiede zwischen einzelnen Teilgruppen feststellen. So konnte gezeigt werden, dass Jüngere, Personen mit geringerem Einkommen, mit ihrem Leben und ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation eher unzufriedene Personen und ihre Zukunft eher negativ betrachtende Personen überdurchschnittlich häufig einen stärkeren Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf ihr Leben befürchteten. Gegenteilig äußerten vor allem Personen mit ansteigendem Alter, höherem Einkommen und einer zufriedeneren Lebenshaltung und einer positiveren Perspektive für die eigene wirtschaftliche Lage und Zukunft überdurchschnittlich oft, der Russland-Ukraine-Krieg und seine Folgen betreffen ihr eigenes Leben eher „weniger stark“ oder „überhaupt nicht“.

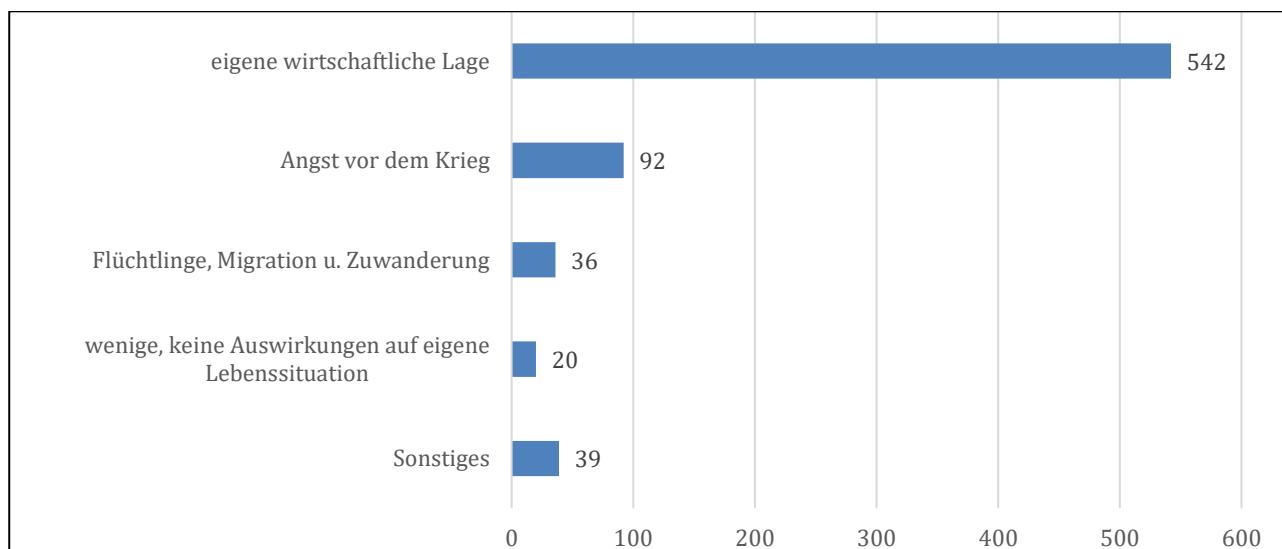
Abb. 27 Einfluss des Russland-Ukraine-Krieges und dessen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt, am Wohnort und die eigene wirtschaftliche Lage (Angaben in Prozent)



Quelle: eigene Darstellung
Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Im Rahmen des Fragebogens wurden die Sachsen-Anhalter ebenfalls gebeten, konkrete Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges im Rahmen einer offenen Frage anzugeben. Von den Befragten werden die folgende Hauptkategorien in absteigender Reihenfolge genannt: die eigene wirtschaftliche Lage (n = 542), die Angst vor dem Krieg (n = 92), Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung (n = 36) sowie, dass eigentlich wenige bzw. keine Auswirkungen auf die eigene Lebenssituation vorlägen (n = 20) (vgl. Abb. 28). 39 Personen geben andere Aussagen ab, die keiner der oberen Kategorien zugeordnet werden konnten und unter „Sonstiges“ gruppiert werden (vgl. ebd.).

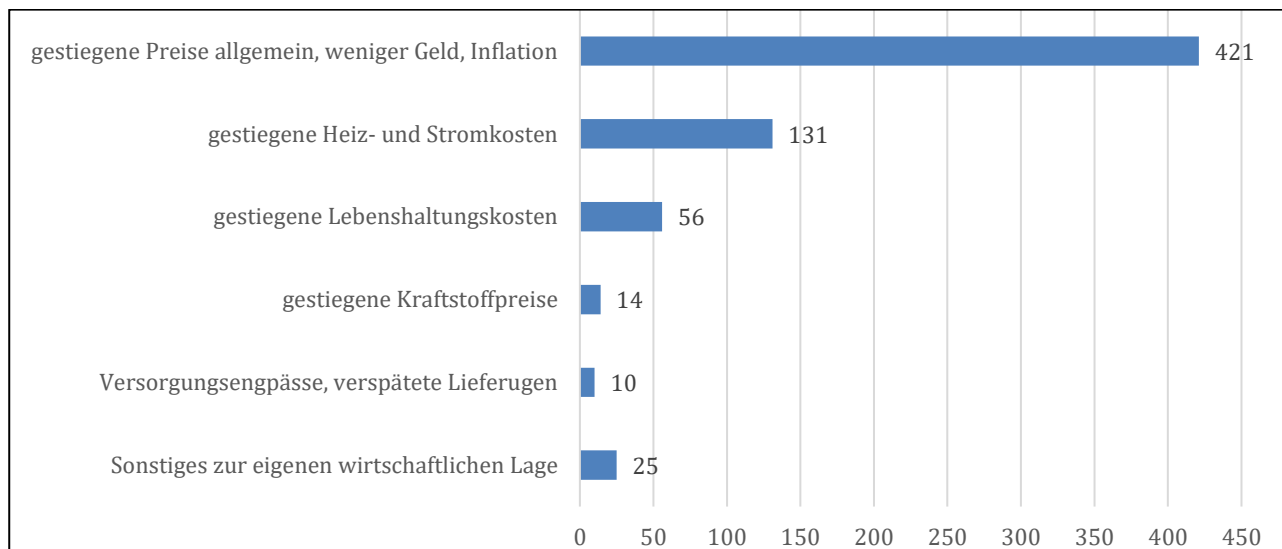
Abb. 28 Konkrete Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges auf die eigene Lebenssituation (Anzahl Befragte, Hauptkategorien, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Innerhalb der häufigsten Überkategorie eigene wirtschaftliche Lage geben die Befragten vor allem gestiegene Preise, bzw. weniger Geld und Inflation (n = 421), gestiegene Heiz- und Stromkosten (n = 131), gestiegene Lebenshaltungskosten (n = 56), gestiegene Kraftstoffpreise (n = 14) und Versorgungsengpässe bzw. verspätete Lieferungen (n = 10) an (vgl. Abb. 29).

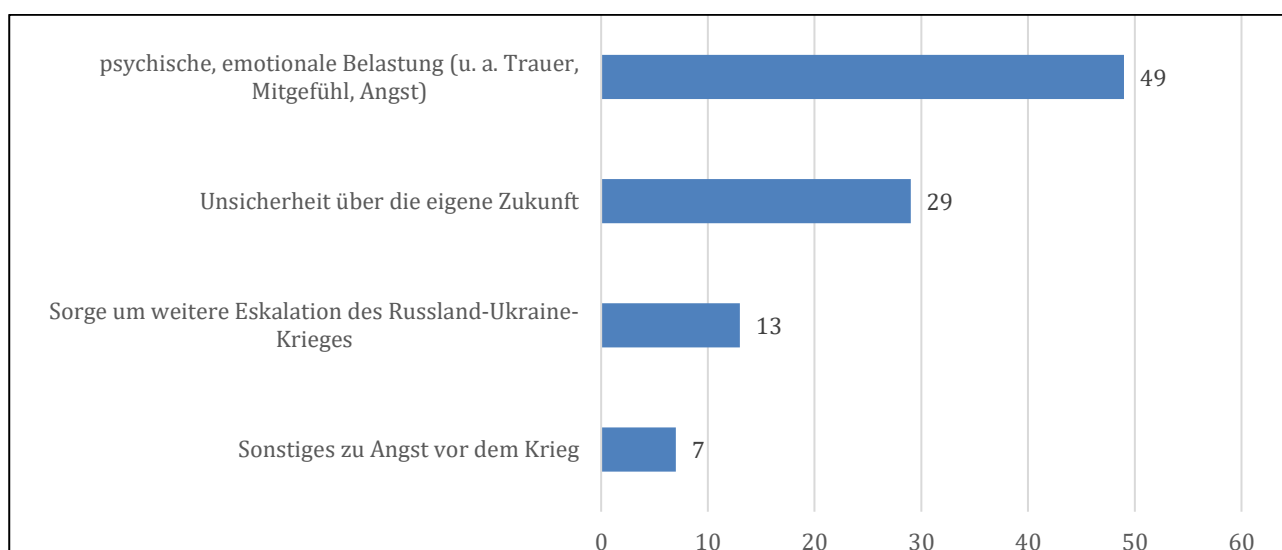
Abb. 29 Unterkategorien der Hauptkategorie eigene wirtschaftliche Lage (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Die Hauptkategorie Angst vor dem Krieg unterteilt sich in folgende Unterkategorien, die in absteigender Reihenfolge von den Befragten genannt werden: psychische, emotionale Belastung (u. a. Trauer, Mitgefühl, Angst) (n = 49), Unsicherheit über die eigene Zukunft (n = 29) und Sorge um weitere Eskalation des Russland-Ukraine-Krieges (n = 13). 7 Befragte nennen sonstige Aussagen in Bezug auf die Angst vor den Folgen des Krieges (vgl. Abb. 30).

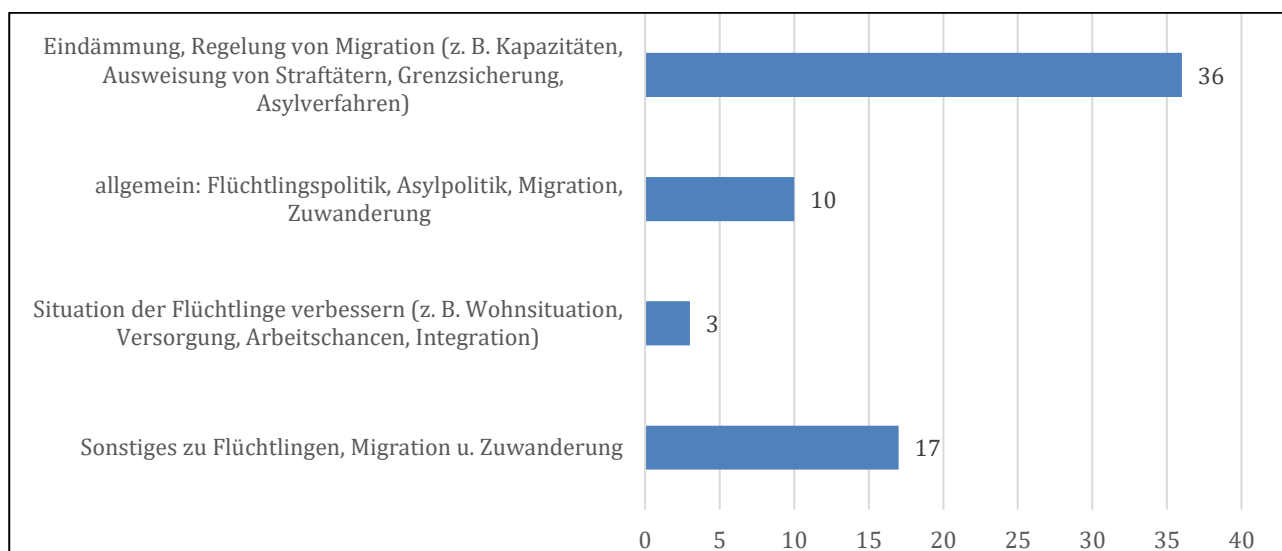
Abb. 30 Unterkategorien der Hauptkategorie Angst vor dem Krieg (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Von Befragten, die mindestens einmal eine Kategorie innerhalb der Hauptkategorie Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung angeben, werden am meisten Eindämmung, Regelung von Migration (n = 10), allgemeine Aussagen zu diesem Thema (n = 6), die Verbesserung der Situation der Flüchtlinge (n = 3) und zusammengefasst sonstige Aussagen zu Flüchtlingen, Migration und Zuwanderung (n = 17) erwähnt (vgl. Abb. 31).

Abb. 31 Unterkategorien der Hauptkategorie Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Neben den bereits oben zusammengefassten Erkenntnissen lässt sich weiter sagen, dass die Sachsen-Anhalter bei der direkten und freien Benennung der Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges auf ihr Leben am häufigsten Besorgnis über ihre eigene wirtschaftliche Lage äußern (vgl. Abb. 28). Die meisten Menschen sprechen dabei im Detail über gestiegene Preise allgemein, gestiegene Heiz- und Stromkosten und gestiegene Lebenshaltungskosten. Persönlich gefragt geht der Großteil der Menschen davon aus, dass die Entwicklung und die Folgen des Russland-Ukraine-Krieges einen Einfluss auf ihr weiteres Leben haben werden (vgl. Abb. 27).

5 Vertrauen

Unter Vertrauen wird „eine auf bestimmte Standards und Erwartungen gestützte positive Orientierung auf Objekte“³⁴ verstanden. In der Forschung wird zwischen (inter-) personalem und generalisiertem Vertrauen unterschieden.³⁵ Personales Vertrauen bezieht sich auf konkrete Menschen und ist vorrangig im Bereich der sozialen Beziehungen angesiedelt. Generalisiertes Vertrauen kann sich entweder auf eine Gruppe von Personen (z. B. Freunde, eine Nation) oder auf Institutionen (z. B. staatliche Institutionen, Gewerkschaften) richten und hat bevorzugt einen politischen bzw. öffentlichen Bezug. Gemeinsam ist beiden Varianten von Vertrauen, dass, wer vertraut, dies mit einer positiven Erwartung für die Zukunft verbindet. Wer einen solchen Vertrauensvorschuss leistet, geht immer ein Risiko ein, da nicht auszuschließen ist, dass gewährtes Vertrauen enttäuscht wird. Im Folgenden werden beide Vertrauensdimensionen in Bezug auf die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt näher betrachtet.

5.1 Vertrauen in Mitmenschen

Vor die Auswahl gestellt, ob man den meisten trauen kann oder nicht vorsichtig genug sein kann, vertreten nur noch 24 Prozent der Bürger in Sachsen-Anhalt die Meinung, dass man der Mehrheit der Mitmenschen vertrauen könne (-16,7 Prozent). 43 Prozent der Befragten ist demgegenüber der Ansicht, dass Skepsis gegenüber anderen Menschen durchaus angebracht ist. Im Vergleich zu 2020 auf 33 Prozent angewachsen ist die Gruppe der Befragten, die ihre Vertrauensbereitschaft vom Kontext bzw. der Situation abhängig macht (vgl. Abb. 32).³⁶

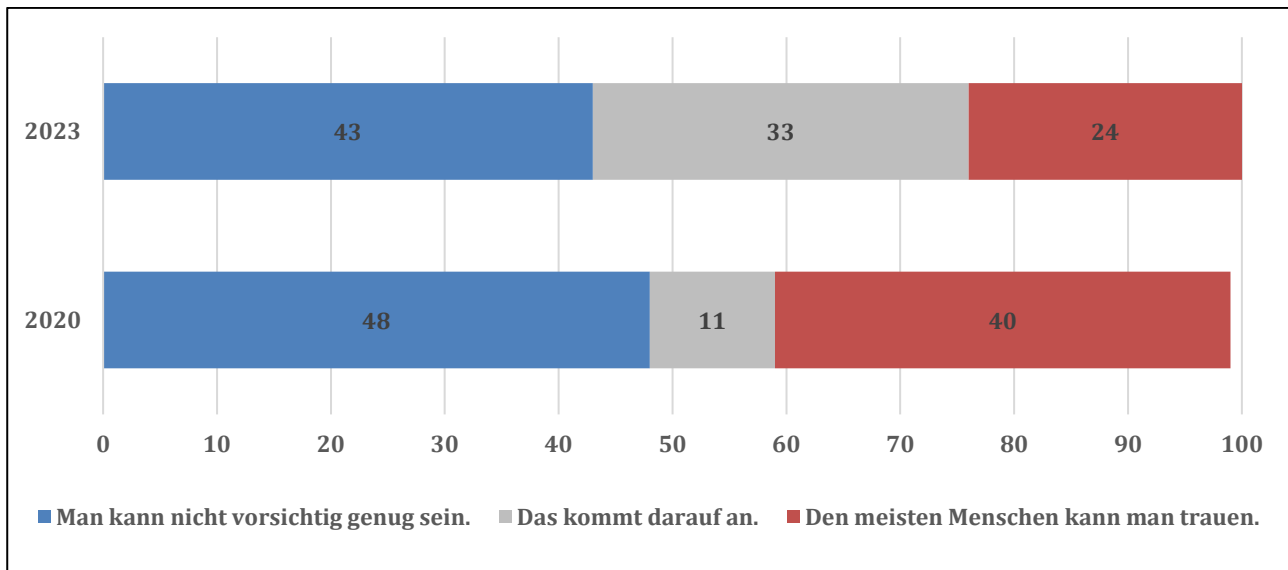
Folglich ist die Gesellschaft in Sachsen-Anhalt also etwas vorsichtiger und zurückhaltender geworden, wenn es um das zwischenmenschliche Vertrauen geht.

³⁴ Vgl. Gabriel, O. (2002): Politisches Vertrauen, in: Greiffenhagen, M./Greiffenhagen, S./Neller, K. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Politischen Kultur der BRD, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 494-499.

³⁵ Vgl. Bierhoff, H.-W. (2002): Politisches Vertrauen. Verschiedene Dimensionen, verschiedene Ebenen der Betrachtung, in: Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation, Baden-Baden: Nomos, S. 243.

³⁶ Vgl. Gabriel, O. W./Holtmann, E. u. a. (2015): Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 187; Decker, F. u. a. (2019): Vertrauen in Demokratie, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 27.

Abb. 32 Zwischenmenschliches Vertrauen (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Bei der Frage, welche Faktoren interpersonales bzw. zwischenmenschliches Vertrauen begünstigen und welche ihm entgegenstehen, lassen sich zwei Gruppen von Faktoren unterscheiden: zum einen solche, die sich auf die immaterielle und materielle Ressourcenausstattung einer Person beziehen (z. B. Bildung, Einkommen), und zum anderen solche, die die politischen Einstellungen betreffen (Vertrauen in politische Institutionen, politische Involvierung, Beurteilung der Offenheit des politischen Systems, Gerechtigkeitsempfinden). Verglichen mit 2020 werden die meisten Faktoren bestätigt, die sich als bedeutsam für die Erklärung von interpersonalem Vertrauen erwiesen haben.

Wie aus der nächsten Abbildung hervorgeht (vgl. Abb. 33), ist mit abnehmender Ressourcenausstattung einer Person deren Vertrauen in die Mitmenschen immer geringer. Besonders die an ihren Ressourcen gemessen besser Ausgestatteten beschreiben im Vergleich zu 2020 ein deutlich geringeres zwischenmenschliches Vertrauen. Mit Blick auf das Bildungsniveau ist festzustellen, dass insbesondere Personen mit Hauptschulabschluss ihren Mitmenschen gegenüber besonders kritisch eingestellt sind. Mit steigendem Bildungsniveau steigt auch das Vertrauen gegenüber Mitmenschen leicht an, jedoch liegen alle Teilgruppen im negativen Vertrauensbereich (vgl. ebd.).

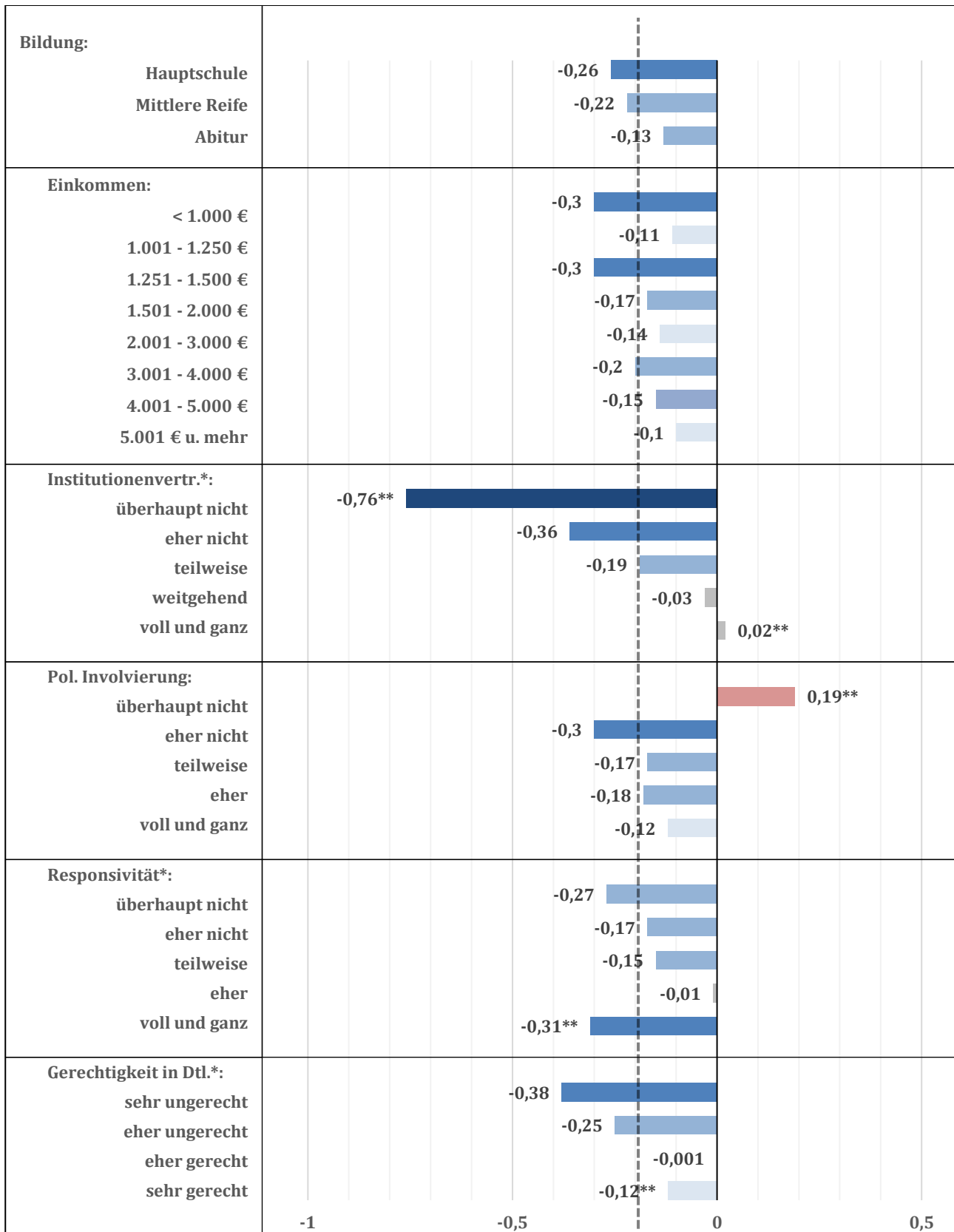
Neben der individuellen Ressourcenausstattung tragen auch politische Einstellungen zur Erklärung bei, weshalb die Bürger Sachsen-Anhalts ihren Mitmenschen vertrauen oder misstrauen. Generell besteht zwischen personalem Vertrauen in Mitmenschen und generalisiertem Vertrauen in politische Institutionen ein signifikanter Zusammenhang. Dies kommt in einem besonders starken Effekt zum Ausdruck. Das heißt: Wer den Mitmenschen vertraut, vertraut auch eher politischen Institutionen – und umgekehrt (vgl. ebd.).

Darüber hinaus ist zu beobachten, dass Personen, die sich stärker mit dem politischen System auseinandersetzen, das heißt politisch interessiert sind, häufig über Politik diskutieren und sich politisch kompetent fühlen, eher ihren Mitmenschen vertrauen als Personen, die politisch

weniger oder nicht involviert sind. Die Unterschiede in den Teilgruppen fallen hier jedoch im Vergleich zur vorherigen Befragung von 2020 deutlich geringer aus – alle Befragten folgen auch hier dem allgemeinen Trend des abnehmenden zwischenmenschlichen Vertrauens. Außerdem gilt, dass Befragte, die die Offenheit des politischen Systems negativ bewerten, weniger bereit sind, anderen Menschen vertrauensvoll zu begegnen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass nur eine Minderheit der Sachsen-Anhalter die Rückkopplungsbereitschaft (Responsivität³⁷) des politischen Systems als tatsächlich gegeben erachtet. Den Ergebnissen liegen an dieser Stelle also sehr geringe Fallzahlen zugrunde. Ein deutlicherer Effekt auf das zwischenmenschliche Vertrauen geht schließlich von Gerechtigkeitsvorstellungen aus. Sachsen-Anhalter, die den Eindruck haben, es gehe alles in allem in Deutschland ungerecht zu, sind ihren Mitbürgern gegenüber unverkennbar kritischer eingestellt als Personen, welche die Ansicht vertreten, es gehe in Deutschland generell gerecht zu (vgl. Abb. 33).

³⁷ Der Index Responsivität bzw. das Responsivitätsgefühl basiert auf drei Fragen bzw. Variablen: F24 b) „Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.“; F24 d) „Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“; F24 f) „Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.“.

Abb. 33 Zwischenmenschliches Vertrauen nach verschiedenen Erklärungsfaktoren
(Angaben: Mittelwerte von -1 „vertraue nicht“ bis +1 „vertraue“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant. ** Sehr geringe Fallzahl.
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an (-0,19).

5.2 Vertrauen in politische Institutionen

Ein wesentliches Element für das Funktionieren einer Demokratie ist das Vertrauen der Bürger in die Institutionen des Staates und darauf, dass die gewählten Politiker ihr Handeln am Gemeinwohl ausrichten und die Interessen des Volkes vertreten. Über die Notwendigkeit und das gebotene Ausmaß politischen Vertrauens bestehen in der Forschung unterschiedliche Ansichten. Anhänger einer demokratischen Elitenherrschaft vertreten die Auffassung, dass eine breite Vertrauensbasis zwischen Bevölkerung und Institutionen eine notwendige Voraussetzung für effektive Regierungsarbeit sei. Befürworter einer starken Basisdemokratie sprechen sich hingegen für eine gestärkte kritische Öffentlichkeit aus, die das Handeln der politischen Führung kontrolliert. Sie sehen in zu viel einseitig gewährtem Vertrauen seitens der Bürger in die politischen Institutionen und in deren Repräsentanten die Gefahr, dass Vertrauens- und Machtmissbrauch Vorschub geleistet wird.

Andere Autoren wiederum sehen in einer gesunden Mischung von politischem Vertrauen und Misstrauen, das je nach Bevölkerungsgruppe und über die Zeit variiert, das beste Mittel für das Funktionieren einer Demokratie. In jedem Falle gilt: Ist das Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Politik ausgewogen, werden wichtige politische Entscheidungen von den Bürgern auch dann akzeptiert, wenn sie kurzfristig den eigenen Interessen widersprechen. Unter solchen Bedingungen trägt politisches Vertrauen nicht nur zur Kooperation bei, sondern reduziert auch die Transaktionskosten.³⁸ Üblicherweise wird zwischen rechts- und parteienstaatlichen Institutionen unterschieden.³⁹ Parteienstaatliche Institutionen, wie das Parlament, die Regierung und die Parteien, gestalten maßgeblich politische Entscheidungen mit, sind stärker in die Tagespolitik und damit einhergehende Konflikte eingebunden und werden daher seitens der Bürger auch stärker mit Interessenkämpfen identifiziert. Da die meisten Bürger keinen direkten Kontakt mit parteienstaatlichen Institutionen haben, ist für diese eine größere Distanz zum Bürger kennzeichnend. Rechtsstaatliche Institutionen, wie die Gerichte, die Polizei und die Verwaltung, setzen hingegen in erster Linie politische Entscheidungen um oder wenden Gesetze an. Sie ermangeln politischer Entscheidungsgewalt und werden als politisch neutral und unparteiisch wahrgenommen.⁴⁰

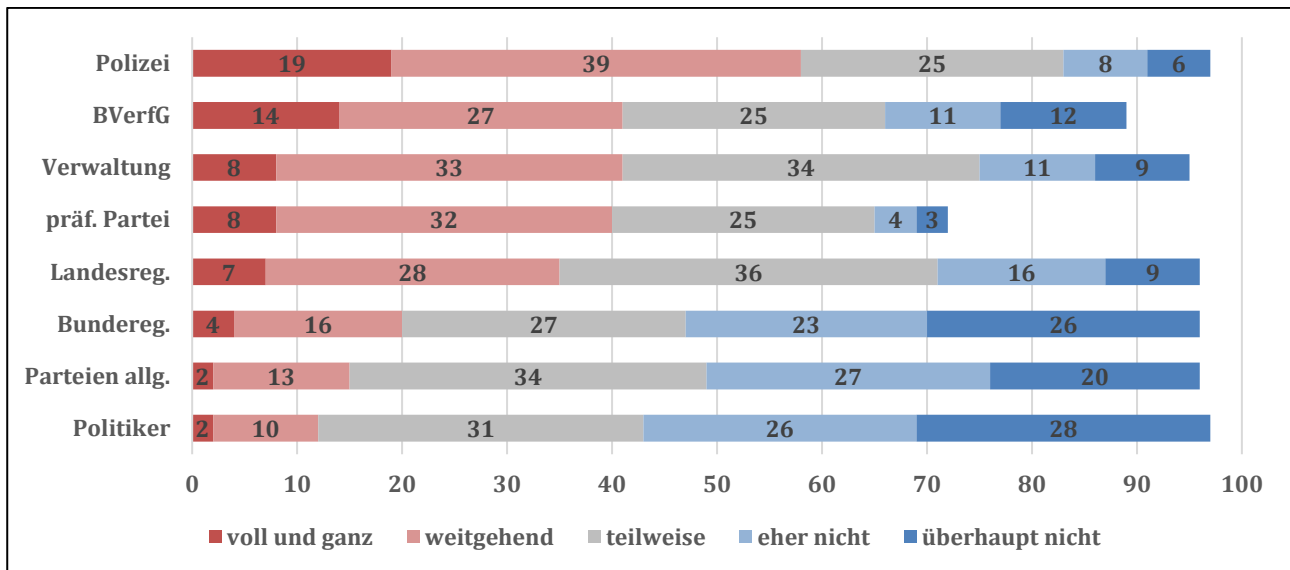
Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie es um das Vertrauen der Sachsen Anhalter in öffentliche Einrichtungen des politischen Lebens bestellt ist. Wie folgende Abbildung (Abb. 34) zeigt, variiert das Vertrauen der Bürger in verschiedene Institutionen teilweise deutlich und bildet eine klare Vertrauenshierarchie ab.

³⁸ Vgl. Braun, D. (2010): Politisches Vertrauen in neuen Demokratien Europas, Working Paper Nr. 131, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung; Schweer, M. K. (2000): Politisches Vertrauen. Theoretische Ansätze und empirische Befunde, in: Ders. (Hrsg.): Politische Vertrauenskrise in Deutschland?, Münster: Waxmann, S. 9-26.

³⁹ Vgl. Gabriel, O. (2002) a. a. O.

⁴⁰ Vgl. Völkl, K. (2006): Überwiegt die Verdrossenheit oder die Unterstützung? Die Einstellungen der West- und Ostdeutschen zur Demokratie, zu politischen Institutionen und Politikern, in: Falter, J. W. u. a. (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich, München: Beck, S. 57-81.

Abb. 34 Vertrauen in verschiedene Institutionen (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/keine präferierte Partei/rundungsbedingt

Am stärksten vertraut die Bevölkerung des Landes der Polizei. Über die Hälfte der Sachsen-Anhalter gibt an, der Polizei weitgehend oder voll und ganz zu vertrauen. Auf Platz zwei folgt allgemein die Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung, welcher die Sachsen-Anhalter zu 41 Prozent weitgehend oder voll und ganz vertrauen. Danach folgt das Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit ebenfalls 41 Prozent der Befragten für die beiden positiven Antwortkategorien, jedoch mit weniger Befragten im teilweise-Segment und dafür leicht mehr ablehnende Urteile. Damit werden die ersten Plätze von rechtsstaatlichen Institutionen eingenommen.

Knapp auf den vierten Rangplatz abgerutscht sind die von jeweiligen Befragten präferierte Parteien (40 Prozent vertrauen weitgehend oder voll und ganz).⁴¹ Bemerkenswert hierbei ist das gesplante Verhältnis der Sachsen-Anhalter beim Vertrauen in die politischen Parteien. Wird nach der Einstellung gegenüber den Parteien allgemein gefragt, fällt das Urteil der Befragten überwiegend negativ aus (47 Prozent vertrauen eher oder überhaupt nicht). Lediglich Politikern im Allgemeinen wird noch weniger Vertrauen entgegengebracht (54 Prozent vertrauen eher oder überhaupt nicht). Diese Bewertung deckt sich mit einer langen Tradition der Kritik an Parteien und am Parteienstaat in Deutschland, die von Vorwürfen wie Machtbesessenheit, Bürgerferne, Eigennutz und mangelnder Vertrauenswürdigkeit begleitet wird.⁴² Fragt man jedoch nach dem Vertrauen in die von Befragten bevorzugte Partei, fällt die Einschätzung positiv aus und nimmt in der Vertrauenshierarchie Platz vier ein.

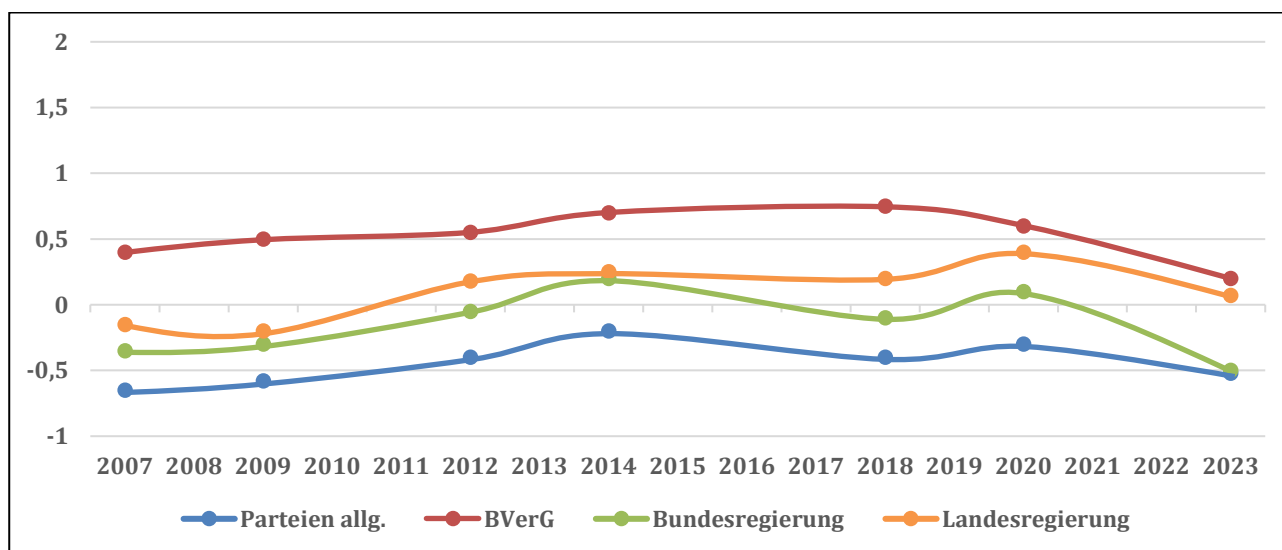
⁴¹ Hierbei gilt es berücksichtigen, dass sich 11 Prozent der Sachsen-Anhalter keiner Partei enger verbunden fühlen, und folglich diesen Teilaspekt nicht bewertet haben.

⁴² Vgl. Gabriel, O. W./Holtmann, E. (2010): Der Parteienstaat – ein immerwährendes demokratisches Ärgernis? Ideologiekritische und empirische Anmerkungen zu einer aktuellen Debatte, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 57 (3), S. 307-328; E. Holtmann (2018): Völkische Feindbilder. Ursprünge und Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Auf den Plätzen fünf und sechs folgen das Vertrauen in die Landesregierung und die Bundesregierung. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung (35 Prozent) steht der Landesregierung Sachsen-Anhalts positiv gegenüber und vertraut ihr. Der Regierung auf Bundesebene wird jedoch nur noch von jedem fünften Sachsen-Anhalter (20 Prozent) weitgehendes bzw. volles Vertrauen entgegengebracht. Es fällt also erneut auf, dass die Landesregierung in der Wahrnehmung der Bürger besser abschneidet als die Bundesregierung. Innerhalb der Vertrauenshierarchie müssen beide Institutionen darüber hinaus Vertrauensverluste gegenüber 2020 hinnehmen.

Betrachtet man die Entwicklung des Institutionenvertrauens der Bürger Sachsen-Anhalts im Zeitverlauf (vgl. Abb. 35), zeigt sich, dass zwischen 2007 und 2014 das politische Vertrauen der Bevölkerung kontinuierlich gestiegen ist, sieht man von einem kleinen, kurzfristigen Vertrauensrückgang in die Landesregierung 2009 ab. Seitdem sind unterschiedliche Entwicklungsverläufe je nach Institution erkennbar. Das Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht blieb zwischen 2014 und 2018 auf relativ hohem Niveau. 2020 und 2023 musste es allerdings deutliche Vertrauensverluste hinnehmen. Dies hat es mit den beiden anderen rechtsstaatlichen Institutionen Polizei und Verwaltung gemein.

Abb. 35 Vertrauen in Institutionen im Zeitverlauf, 2007-2023
(Mittelwerte von -2 „überhaupt kein Vertrauen“ bis +2 „volles Vertrauen“)



Quellen: SAM 2007-2023

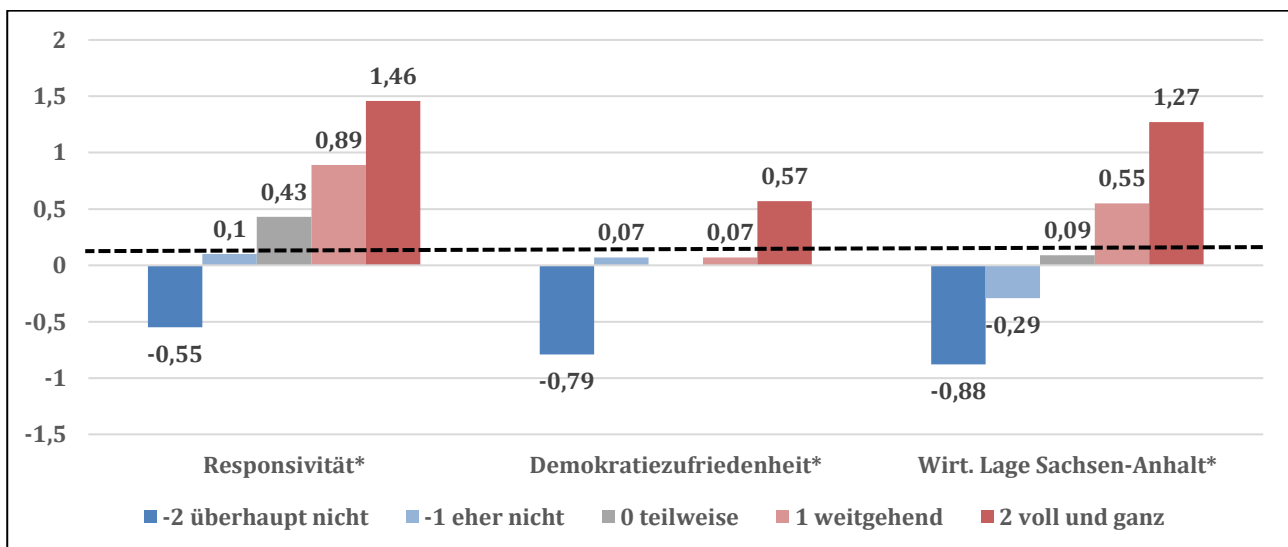
Einen ebenfalls deutlichen Vertrauenseinbruch unter den Sachsen-Anhaltern erfährt die 2020 zuletzt noch im positiven Bereich befindliche Bewertung der Bundesregierung. Diese erreicht 2023 einen neuen Tiefststand seit der ersten Erhebung 2007. Ebenfalls auf das Niveau von 2012 eingebrochen ist das Vertrauen in die Landesregierung von Sachsen-Anhalt. Schlusslicht bildet das den Parteien im Allgemeinen entgegengebrachte Vertrauen, welches seinen vorsichtigen Aufwärtstrend aus 2020 nicht halten konnte und leicht abgesunken ist (vgl. Abb. 35).

Um festzustellen zu können, welche Umstände Vertrauen oder Misstrauen in politische Institutionen und Entscheidungsträger befördern, wurde für die folgenden Analysen ein Vertrau-

ensindex⁴³ gebildet, der die zentralen, in die Umfrage aufgenommenen politischen Institutionen und Akteure auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene vereint. Mit Hilfe von Mittelwertvergleichen werden die Einflüsse verschiedener Indikatoren auf das generelle Institutionenvertrauen untersucht. Dafür wurden diverse potenzielle Erklärungsfaktoren herangezogen. Im Folgenden werden diejenigen näher behandelt, die sich am erklärungskräftigsten erwiesen haben. Hierzu zählen die Responsivität, die soziale Deprivation, die Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Performanz des Systems sowie politische Verhaltensdispositionen. Dabei üben 2023 weitgehend die gleichen Faktoren einen nachweisbaren Einfluss auf das Institutionenvertrauen aus wie 2020.

Stark beeinflusst wird das Institutionenvertrauen durch die empfundene Offenheit des politischen Systems gegenüber Anliegen der Bürger (Responsivität), wie die verhältnismäßig große Differenz zwischen Minimum (-0,55) und Maximum (1,46) der Skalenwerte belegt (vgl. Abb. 36). Dieser Zusammenhang ist insofern plausibel, als in einer repräsentativen Demokratie die Erwartungen der Bürger einen zentralen Bezugspunkt des Regierungshandelns darstellen. Hat der Bürger den Eindruck, dass seine Interessen durch die Regierung nicht in ausreichendem Maße vertreten werden, öffnet sich eine gefühlte Responsivitätslücke. Dieses Gefühl der Vernachlässigung wirkt sich auf Dauer stark vertrauensmindernd aus.

Abb. 36 Institutionenvertrauen nach Responsivität, Demokratiezufriedenheit und Gerechtigkeitsbeurteilung (Mittelwerte von -2 „vertraue überhaupt nicht“ bis +2 „vertraue voll und ganz“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.
Die gestrichelte Linie gibt das durchschnittliche Institutionenvertrauen aller Befragten an.

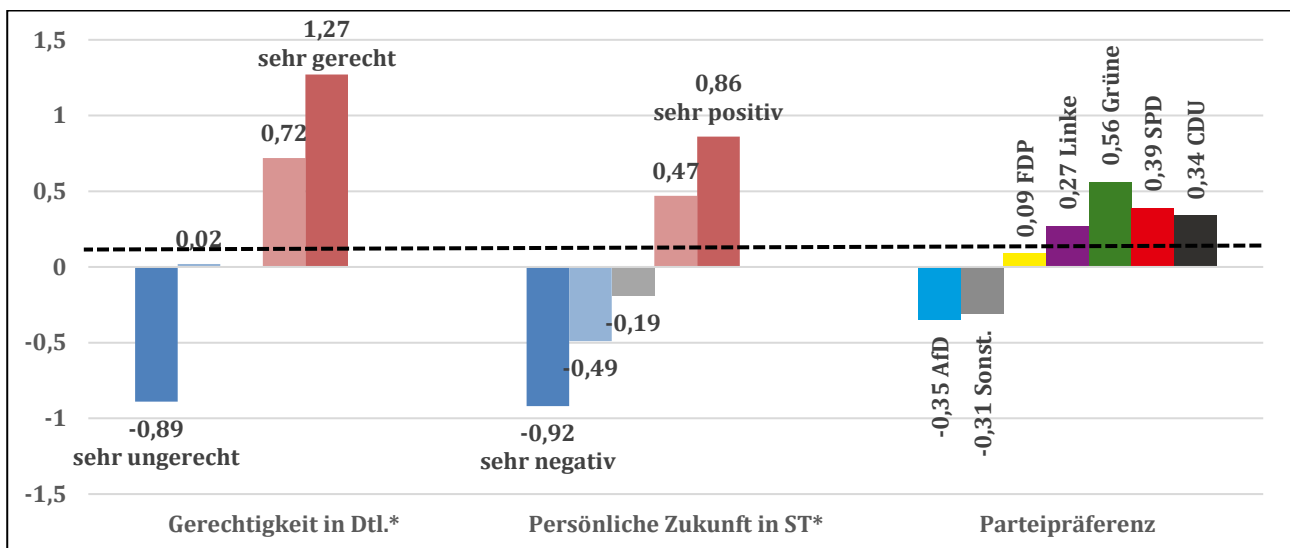
Ebenso bestätigt sich abermals der Zusammenhang, dass mit zunehmender Zufriedenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Leistungen des Systems ein höheres Vertrauen in die Institutionen einhergeht (ebenda). Demzufolge neigen Menschen, die mit dem Funktionieren der Demokratie aktuell zufrieden sind, dazu, den öffentlichen Einrichtungen und Politikvertretern

⁴³ Der Index basiert auf vier Variablen zum institutionellen Vertrauen: Frage 23 b) Vertrauen in die Bundesregierung; Frage 23 c) Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht; Frage 23 f) Vertrauen in die Polizei; Frage 23 g) Vertrauen in die Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung.

eher zu vertrauen. Insbesondere Personen, die mit dem Funktionieren der Demokratie gegenwärtig unzufrieden sind, misstrauen auch den Institutionen. Gegenüber 2020 hat sich zudem die Spannweite zwischen den höchsten und den niedrigsten Werten leicht angeglichen. Zudem übt die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt einen Einfluss auf die Bildung von Vertrauen aus: Je positiver die Wirtschaftskraft im Land eingeschätzt wird, desto mehr Vertrauen haben die Befragten in politische Institutionen und Politiker. Hier hat sich hingegen die Spannweite zwischen den höchsten und den niedrigsten Werten im Vergleich zur letzten Erhebung deutlich erhöht (vgl. Abb. 36).

Der Erklärungsansatz der sozialen Deprivation geht davon aus, dass Menschen in ähnlichen sozialen Lagen einen vergleichbaren Habitus ausbilden, der sich z. B. zu einer Schichtmentalität oder einem Klassenbewusstsein kollektiv formiert. Dieser Habitus kann sich auf die Bewertung von politischen Akteuren und Institutionen auswirken, sofern diese für die individuelle Situation Betroffener mitverantwortlich gemacht werden. Die folgende Abbildung (vgl. Abb. 37) zeigt, dass diese Annahme durch die Daten bestätigt wird. Wer den Eindruck hat, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht und seine persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt negativ bewertet, bringt auch den Institutionen weniger Vertrauen entgegen (vgl. ebd.).

Abb. 37 Institutionenvertrauen nach Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt und Parteipräferenz (Mittelwerte von -2 „überhaupt kein Vertrauen“ bis +2 „volles Vertrauen“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt das durchschnittliche Institutionenvertrauen aller Befragten an.

Bezüglich der politischen Verhaltensdispositionen lässt sich feststellen, dass Personen, die beabsichtigen, im Falle einer anstehenden Landtagswahl ihre Stimme abzugeben, ein höheres Vertrauen in politische Institutionen und Politiker haben als potenzielle Nichtwähler (grafisch nicht ausgewiesen). Außerdem kann die so genannte Hometeam-Hypothese⁴⁴ bestätigt werden. Demnach vertrauen Bürger, deren bevorzugte Partei der Regierung angehört, den Institutionen eher als Personen, deren Partei nicht an der Regierung beteiligt ist. Wie gezeigt wird,

⁴⁴ Vgl. Braun, D. (2010): Politisches Vertrauen in neuen Demokratien Europas, Working Papier Nr. 131, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, S. 13.

vertrauen Anhänger der Regierungsparteien CDU und SPD sowie daneben ebenfalls Parteianhänger der Grünen den Institutionen am stärksten, während insbesondere Parteigänger der AfD Misstrauen äußern (vgl. Abb. 37).

6 Politische Involvierung und Politische Responsivität

6.1 Einbindung der Bürger in die Politik

Eine wesentliche Voraussetzung für eine stabile und funktionsfähige Demokratie ist, dass sich die Bürger mit politischen Fragen auseinandersetzen. In der politischen Einstellungsforschung wird die mentale Beschäftigung mit Politik mit dem Begriff der politischen Involvierung beschrieben. Hierzu zählen Einstellungen wie das politische Interesse, ferner das Gefühl, politisch etwas bewirken zu können, und die politische Diskussionshäufigkeit.

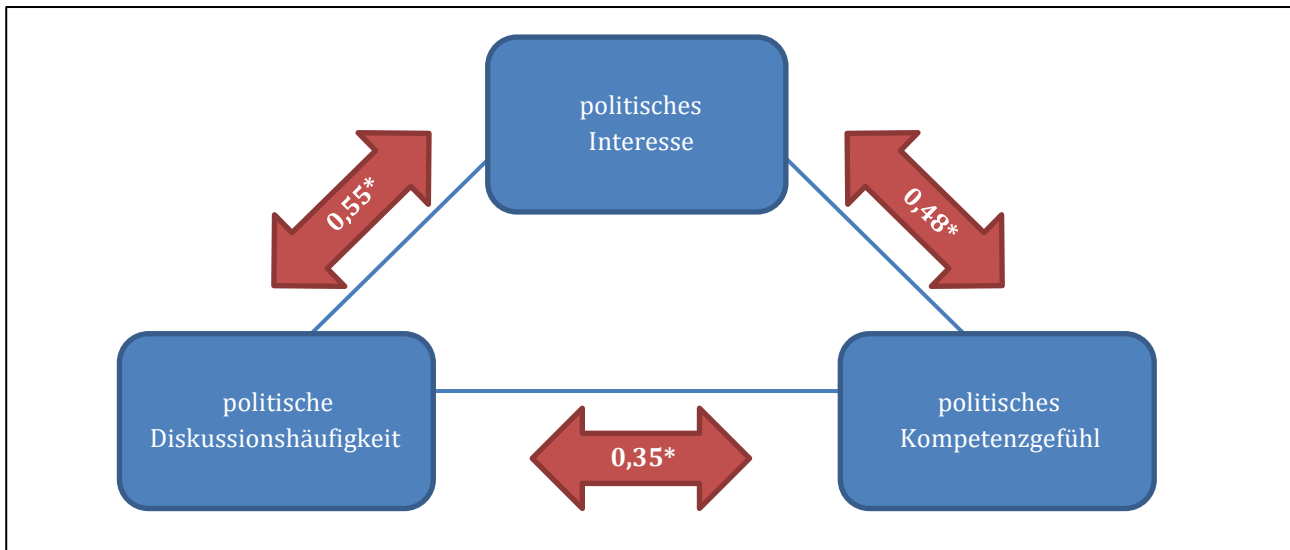
Die politische Involvierung ist in einer Demokratie eine notwendige Voraussetzung für die Durchsetzung der Interessen der Bürger, für die Herstellung von Offenheit des politischen Systems (Responsivität) gegenüber den Wählern und für die Kontrolle der politischen Entscheidungsträger. Diese Möglichkeiten der Einflussnahme eröffnen sich den Bürgern jedoch nur dann, wenn sie sich für Politik interessieren und überzeugt sind, politische Sachverhalte verstehen, beurteilen und gegebenenfalls beeinflussen zu können. Schaltet sich die Bevölkerung nur gering in das politische Geschehen ein, besteht die Gefahr der Abkopplung der politischen Führung. Eine gewisse Garantie für ein verantwortungsvolles Handeln der Herrschenden sind demzufolge Bürger, welche die Folgen politischer Entscheidungen verstehen und einschätzen können und im Bedarfsfall auch politisch aktiv werden, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Demnach fördert ein hohes Ausmaß an politischer Involvierung eine verantwortliche und bürgernahe Politik.⁴⁵

Dass alle drei Indikatoren (Politikinteresse, politische Diskussionshäufigkeit und politisches Kompetenzgefühl)⁴⁶ auch in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts eng miteinander zusammenhängen, lässt sich empirisch nachweisen (vgl. Abb. 38). Dabei bestätigt sich das von 2014 und 2020 bekannte Zusammenhangsmuster im Jahr 2023 erneut, wenn auch etwas schwächer ausgeprägt als zuletzt: Insbesondere zwischen dem Politikinteresse und der politischen Diskussionshäufigkeit einerseits und dem Politikinteresse und dem politischen Kompetenzgefühl andererseits besteht eine starke wechselseitige Abhängigkeit. Etwas weniger stark ist der Zusammenhang zwischen politischer Diskussionsfähigkeit und politischem Kompetenzgefühl. Demnach gilt: Nicht jeder, der oft über Politik redet, ist politisch selbstbewusst (kompetent). Ebenso gilt umgekehrt: Nicht jeder, der politisch kompetent ist, diskutiert viel über Politik.

⁴⁵ Vgl. Gabriel, O. W. (2005): Politische Einstellungen und politische Kultur, in: Gabriel, O. W./Holtmann, E. (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, München: Oldenburg, S. 457-522.

⁴⁶ Der Index politische Involvierung basiert auf drei Fragen bzw. Variablen: Frage 17 „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“; Frage 18 „Wie oft sprechen Sie in der Familie, mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik?“; Frage 23 politische Kompetenz (Index).

Abb. 38 Zusammenhang zwischen Politikinteresse, politischer Diskussionshäufigkeit und politischem Kompetenzgefühl (Korrelationskoeffizienten von -1 bis +1°)

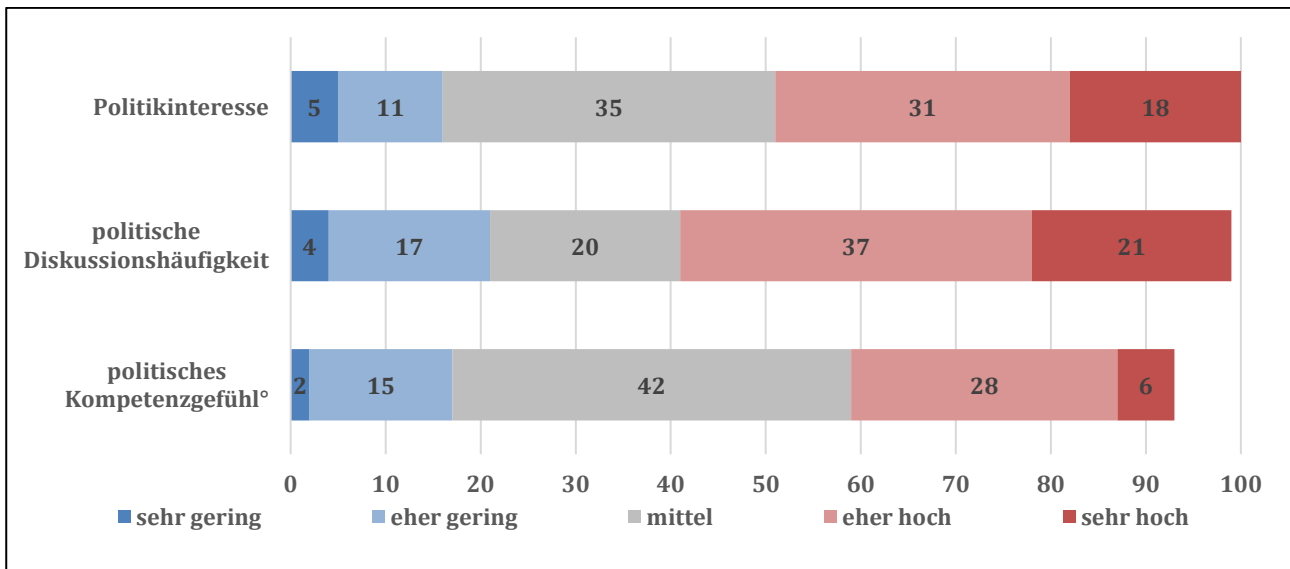


* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

° - 1 = perfekter negativer linearer Zusammenhang, 0 = überhaupt kein linearer Zusammenhang, 1 = perfekter positiver linearer Zusammenhang.

In welchem Ausmaß sind die Bürger in Sachsen-Anhalt politisch involviert? – Wie die aktuellen Daten zeigen, fällt die politische Involvierung je nach Indikator unterschiedlich aus (vgl. Abb. 39). Insgesamt ist fast die Hälfte der Sachsen-Anhalter stark oder sehr stark an Politik interessiert. 16 Prozent der Befragten interessieren sich dagegen wenig oder überhaupt nicht für Politik.

Abb. 39 Politisches Interesse, politische Diskussionshäufigkeit und politische Kompetenz (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

°politisches Kompetenzgefühl als Index aus 3 Fragen: Frage 24 a) „Die ganze Politik ist so kompliziert, dass ich nicht verstehe, was vorgeht.“; Frage 24 c) „Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.“; Frage 24 e) „Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.“

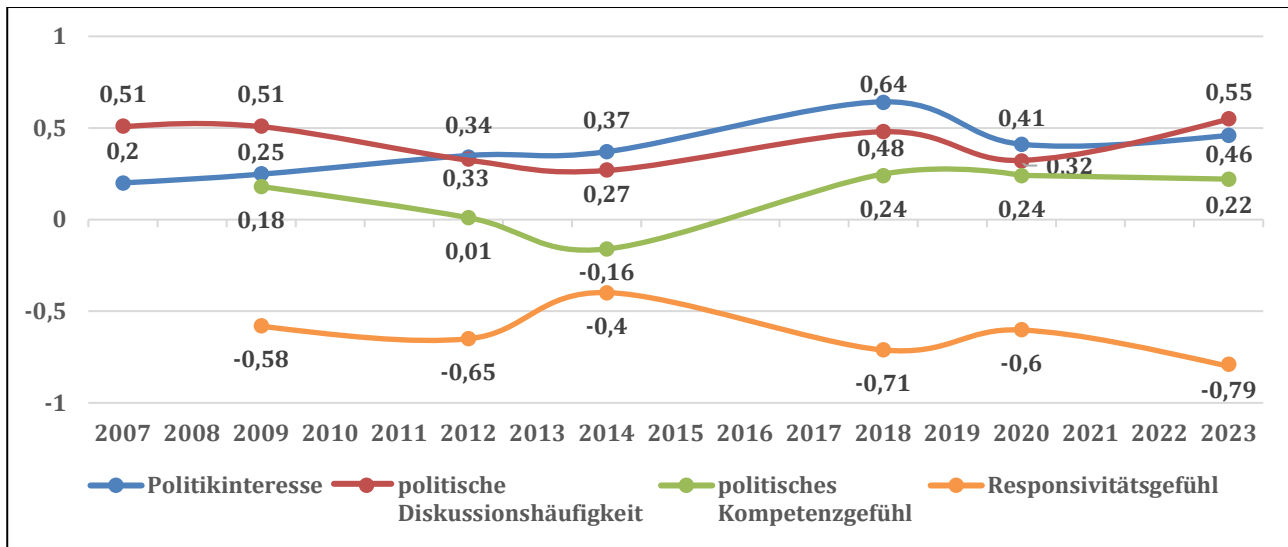
Ein etwas anderes Muster zeigt sich bei der politischen Diskussionshäufigkeit. Mehr als jeder zweite Sachsen-Anhalter diskutiert, eigenen Angaben zufolge, täglich oder mehrmals die Woche mit Familienmitgliedern, Freunden oder Arbeitskollegen über Politik. Die politische Diskussionshäufigkeit in Sachsen-Anhalt hat zudem im Vergleich zu 2020 zugelegt (+8 Prozentpunkte für täglich oder mehrmals die Woche). Anders als beim politischen Interesse gibt gut ein Fünftel der Befragten an, sich seltener als mehrmals im Monat oder nie über Politik zu unterhalten (vgl. Abb. 39).

Politisch kompetent fühlen sich 34 Prozent der Befragten. 42 Prozent würden ihr politisches Kompetenzniveau als mittelmäßig einstufen und 17 Prozent fühlen sich weniger oder gar nicht in der Lage, politische Sachverhalte zu verstehen und zu beurteilen. Beim politischen Kompetenzgefühl hat es daher keine messbaren Veränderungen zu 2020 gegeben (vgl. ebd.).

Im Zeitverlauf von 2007 bis 2023 betrachtet, haben sich die Teildimensionen der politischen Involvierung der Bürger Sachsen-Anhalts durchaus verändert (vgl. Abb. 40). Das Politikinteresse ist zwischen 2007 und 2018 kontinuierlich gestiegen, 2020 leicht eingebrochen und im Rahmen der aktuellen Befragung 2023 wieder leicht angestiegen. Die Entwicklung der politischen Diskussionshäufigkeit gleicht einer kleinen Berg- und Talfahrt. 2007 und 2009 auf relativem hohem Niveau gestartet, bis 2014 abnehmend, um 2018 wieder anzusteigen und 2020 erneut zurückzugehen. Kontrastierend zum vorherigen Zeitraum erreicht die politische Diskussionshäufigkeit jedoch 2023 es einen bisherigen Höhepunkt. Auch das politische Kompetenzgefühl war zwischen 2009 und 2014 zurückgegangen, stieg 2018 deutlich an bleibt seitdem auf einem relativ stabilen Niveau. Die damit beschriebenen unterschiedlichen Entwicklungen der drei Indikatoren politischer Involvierung bewirken, dass sie gegenwärtig relativ dicht beieinander liegen und demzufolge im Durchschnitt nur geringe Unterschiede in der Bevölkerung auftreten (vgl. ebd.).

Es liegt nahe zu vermuten, dass die zwischen 2018 und 2020 gemessenen Einbrüche der politischen Involvierung den sozialen Auswirkungen der Coronapandemie geschuldet sind. Heute, drei Jahre nach Ausbruch der Pandemie, erreichen die Werte für die politische Involvierung wieder teilweise das Niveau vor der Pandemie und größtenteils wieder angestiegen, besonders deutlich zu sehen am Beispiel der Diskussionshäufigkeit. Gleichzeitig scheinen aktuelle gesellschaftliche Themen, neben dem Umgang mit der Coronaviruspandemie innerhalb der letzten Jahre, der Russland-Ukraine-Krieg, wirtschaftliche Sorgen aufgrund hoher Energiepreise und Inflation oder dem voranschreitenden Klimawandel die Gesellschaft zu polarisieren und könnten zu einem Anstieg der politischen Involvierung beitragen. Unterdessen haben immer mehr Sachsen-Anhalter das Gefühl, das politische System sei weniger offen und undurchlässiger als in der Vergangenheit. So verzeichnet das Responsivitätsgefühl der Bürgerinnen und Bürger 2023 einen Tiefpunkt seit der ersten Messung 2009 (vgl. ebd.). Dies ist ein Indiz dafür, dass immer mehr Menschen ihre Interessen von der Politik nicht ausreichend vertreten sehen und in ihren Erwartungen enttäuscht werden.

Abb. 40 Entwicklung der politischen Involvierung und Responsivität⁴⁷ im Zeitverlauf, 2007-2020 (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



Quellen: SAM 2007-2023

Um die Frage zu beantworten, welche (soziodemographischen) Faktoren dafür verantwortlich sind, dass manche Bürger involvierter sind als andere, wurde wie beim Institutionenvertrauen ein Index „politische Involvierung“ gebildet, der sich aus dem Politikinteresse, der politischen Diskussionshäufigkeit und dem politischen Kompetenzgefühl zusammensetzt.⁴⁸ Im Folgenden werden diejenigen Einflussfaktoren näher betrachtet, die sich am erklärungskräftigsten für die politische Involvierung erwiesen (vgl. Abb. 41).

Besonders deutlichen Einfluss auf die politische Involvierung übt weiterhin die materielle und immaterielle Ressourcenausstattung in Form des Einkommens und der Bildung aus: Je höher das monatliche Haushaltseinkommen ausfällt, desto stärker sieht sich die betreffende Person politisch involviert. Dies trifft insbesondere auf jene Sachsen-Anhalter zu, die über ein monatliches Haushaltseinkommen von über 3.000 Euro verfügen. Beim Bildungsniveau fühlen sich Personen mit Abitur um ein Vielfaches politisch kompetenter als Personen mit Hauptschul- oder Realschulabschluss.

Hingegen scheint das Geschlecht keinen großen Einfluss auf die Ausprägung der politischen Involvierung zu haben. Grund hierfür ist aber auch, dass sich der 2020 gemessene Unterschied der Frauen im Vergleich zu den Männern bei der politischen Involvierung stark verkleinert hat (vgl. ebd.).

⁴⁷ Der Index Responsivität bzw. das Responsivitätsgefühl basiert auf drei Fragen bzw. Variablen: Frage 24 b) „Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.“; Frage 24 d) „Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“; Frage 24 f) „Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.“.

⁴⁸ Der Index politische Involvierung basiert auf drei Fragen bzw. Variablen: Frage 17 „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“; Frage 18 „Wie oft sprechen Sie in der Familie, mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik?“; Frage 24 politische Kompetenz (Index).

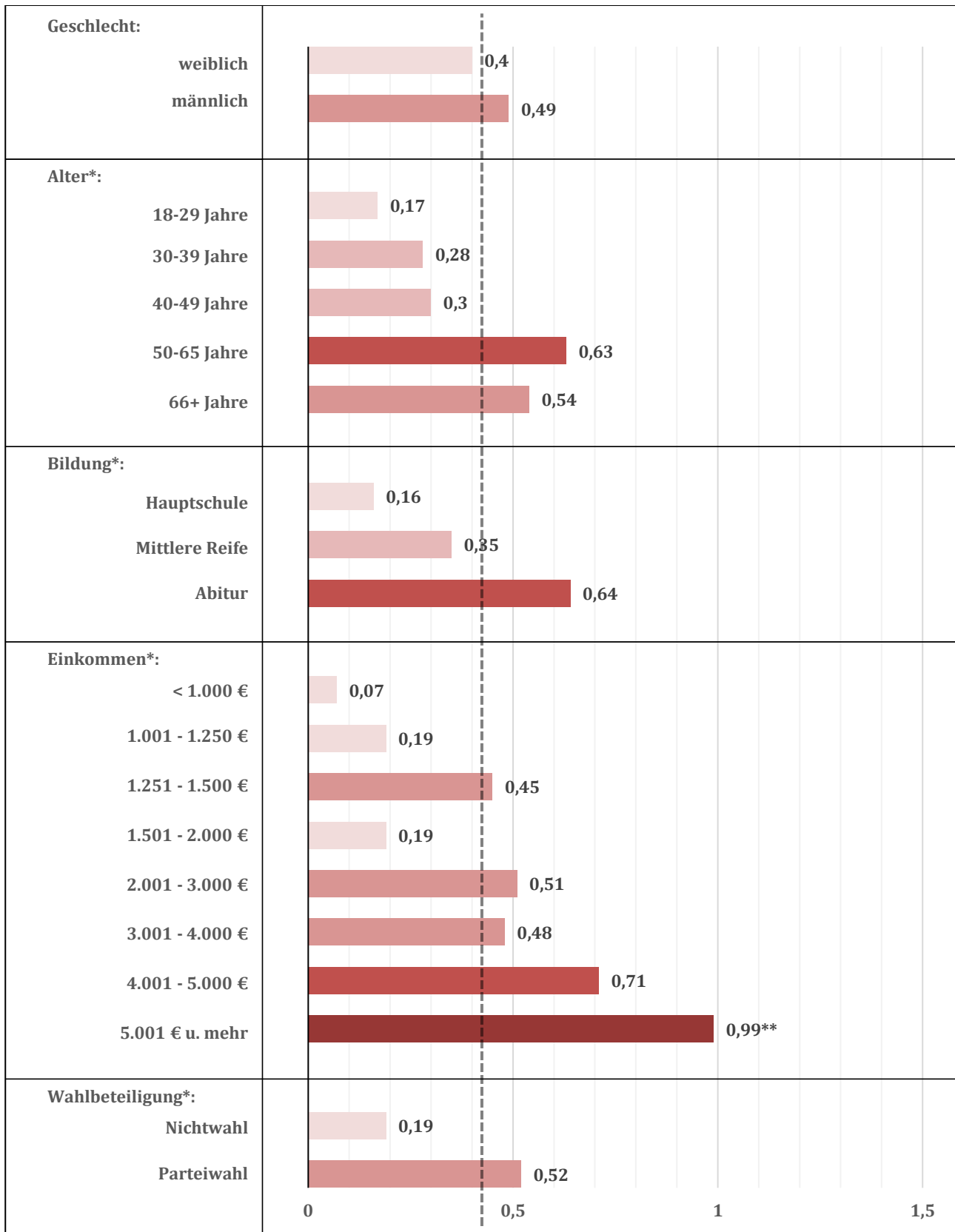
Ebenso steigt die politische Involvierung mit zunehmendem Alter. Besonders wenig involviert sind die demnach die 18- bis 29-Jährigen, während sich 50- bis 65-Jährige als besonders politisch involviert beschreiben (vgl. Abb. 41).

Ferner stehen die politische Verhaltensdisposition in Form der Wahlbeteiligung und die politische Involvierung einer Person in einem klaren Zusammenhang. So sind, wie wir auch im Sachsen-Anhalt-Monitor 2015, dessen Schwerpunktthema die Nichtwahl war, dargestellt haben⁴⁹, bekennende Nichtwähler deutlich weniger politisch involviert als Personen, die beabsichtigen, an einer bevorstehenden Landtagswahl teilzunehmen. Diese Diskrepanz in punkto politischer Involvierung dieser beiden Gruppen hat sich jedoch im Vergleich zu 2020 deutlich reduziert.

Über alle Teilgruppen hinweg ist die politische Involvierung in den vergangenen drei Jahren leicht angestiegen. Sichtbar wird dies auch dadurch, dass 2023 im Vergleich zu 2020 keine Negativwerte für die ausgewählten Gruppen mehr gemessen werden. Deutlich sichtbar wird dieser Trend am Beispiel der Altersgruppen, wo sowohl jüngere als auch ältere Menschen heute stärker politisch involviert sind als 2020.

⁴⁹ Vgl. Holtmann, E./Jaeck, T. (2015): Sachsen-Anhalt-Monitor 2015. Nichtwahl. Strukturmerkmale, Motivlagen und sozialräumliche Verankerung, Halle: Zentrum für Sozialforschung Halle e. V., S. 65.

**Abb. 41 Politische Involvierung nach verschiedenen Erklärungsfaktoren
(Mittelwerte von -2 „überhaupt nicht“ bis +2 „sehr stark“)**



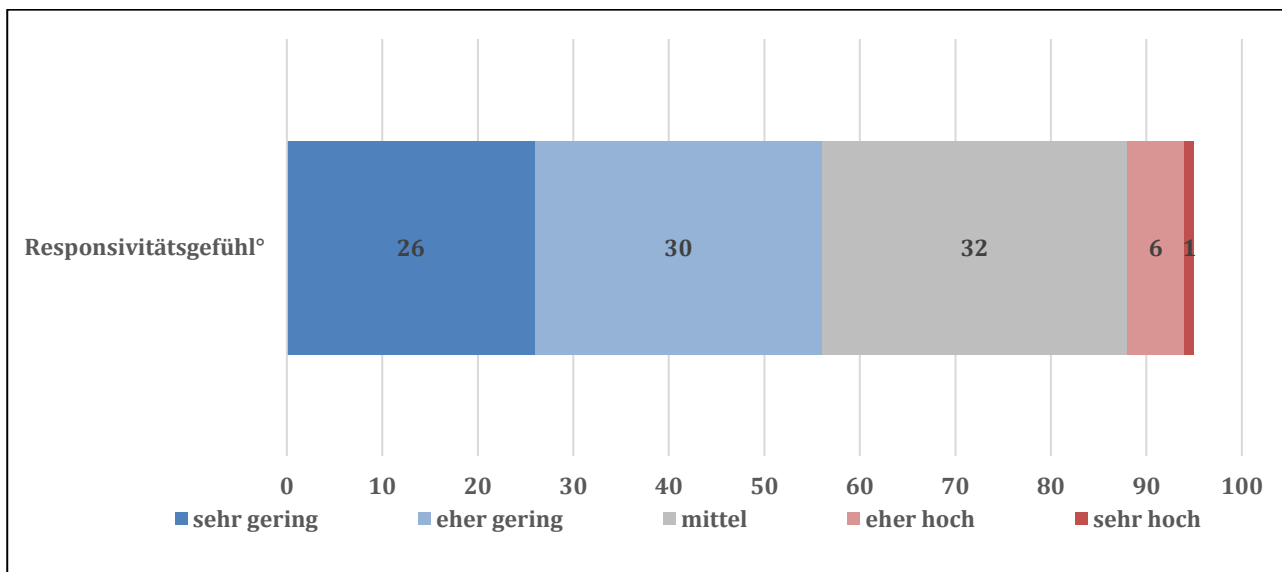
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant. ** Sehr geringe Fallzahl.
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an (0,44).

6.2 Beurteilung der Offenheit des politischen Systems

Neben der politischen Involvierung spielt die Beurteilung der Offenheit des politischen Systems durch die Bürger für dessen Funktionsfähigkeit und Stabilität eine bedeutsame Rolle. In der Literatur wird die Überzeugung der Bürger, dass das politische System für ihre Anliegen offen ist und auf diese aufgeschlossen reagiert, als politische Responsivität bezeichnet. Voraussetzung für diese Bereitschaft zur Rückkopplung ist, dass die politischen Repräsentanten, vor allem die Parlamentsabgeordneten, an den Wünschen und Erwartungen der Wähler interessiert sind, diese aufnehmen und in den politischen Entscheidungsprozess einfließen lassen.⁵⁰

Im Vergleich mit der politischen Involvierung (Durchschnittswert 0,44) wird die Offenheit des politischen Systems seitens der Sachsen-Anhalter deutlicher negativer beurteilt (Durchschnittswert von -0,79). Lediglich 7 Prozent der Bevölkerung des Landes sind der Ansicht, dass sich die politische Elite responsiv gegenüber den Wünschen der Bürger verhält. Über die Hälfte der Sachsen-Anhalter vertritt stattdessen die Meinung, dass die politischen Entscheidungsträger die Präferenzen der Bevölkerung weitgehend ignorieren (vgl. Abb. 42).

Abb. 42 Responsivitätsgefühl (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

°Responsivitätsgefühl als Index aus 3 Fragen: F24 b) „Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.“; F24 d) „Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“; F24 f) „Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.“

Im Zeitverlauf betrachtet, fällt das Responsivitätsgefühl der Bürger seit 2009, als es erstmals im Sachsen-Anhalt-Monitor erhoben wurde, erkennbar kritischer als die politische Involvierung aus (vgl. Abb. 40). Abgesehen von kleinen Erholungen 2014 und 2020 ist es nach dem aktuell auf einem Tiefpunkt seit Beginn seiner Erhebung in Sachsen-Anhalt. Die Bürgerinnen

⁵⁰ Vgl. Brettschneider, F. (2002): Responsivität, in: Greiffenhagen, M./Greiffenhagen, S./Neller, K. (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 541 ff..

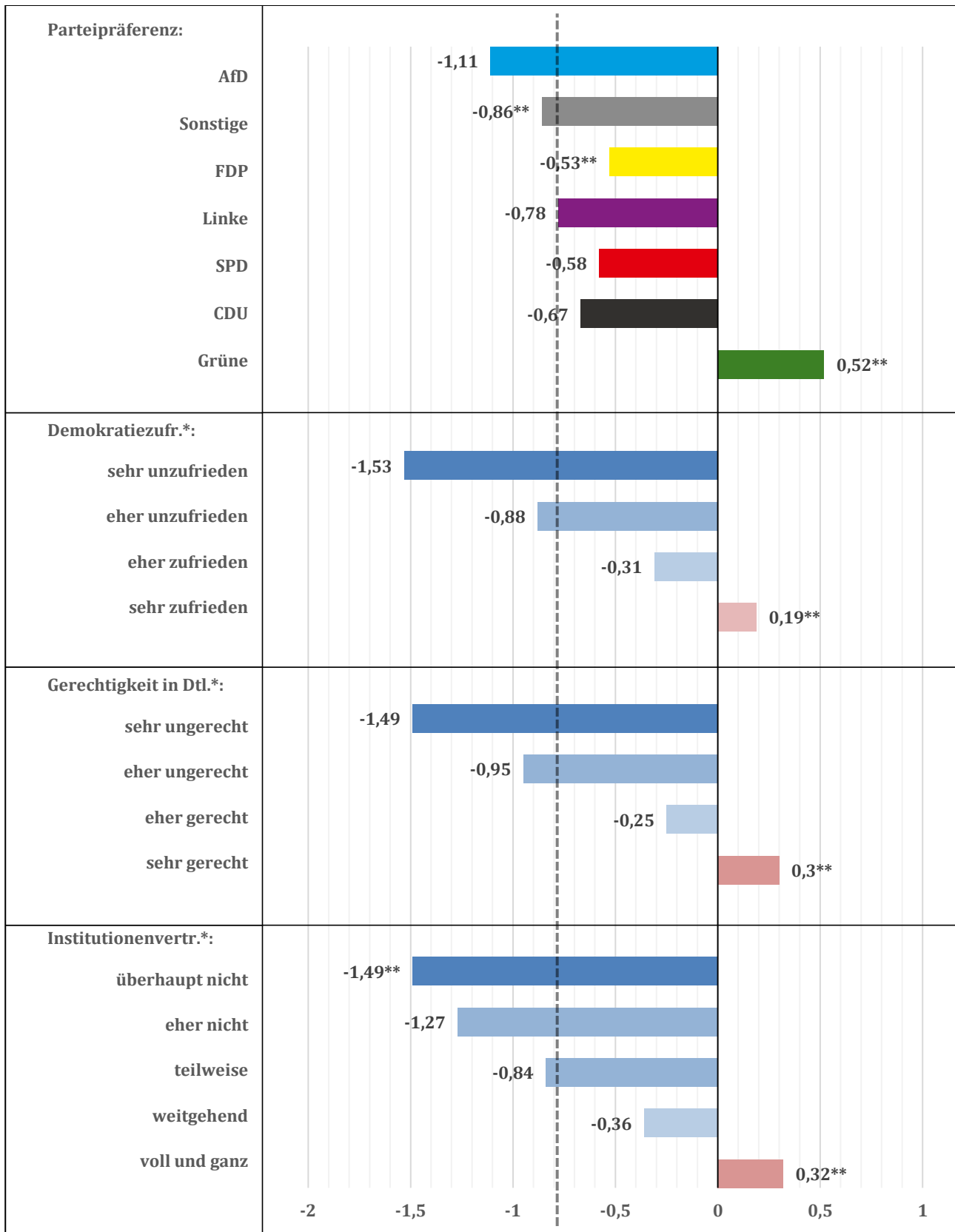
und Bürger fühlen sich also immer weniger von Politik und Regierung ernst genommen und beschreiben einen Rückgang in der Offenheit des politischen Systems.

Bei den Erklärungsfaktoren für die Responsivitätseinschätzung der Sachsen-Anhalter sind deutliche Parallelen zu 2020 erkennbar. So ist ein klarer und alle anderen Individualmerkmale übertreffender Zusammenhang mit dem Institutionenvertrauen nachweisbar (vgl. Abb. 43). Je mehr die Bürger den Einrichtungen des öffentlichen Lebens und den Politikern vertrauen, desto responsiver beurteilen sie das politische System.

Noch deutlicher üben auch Demokratiezufriedenheit und Gerechtigkeitsempfinden einen Einfluss auf die Wahrnehmung der Responsivität aus: Menschen, die zufriedener mit der Demokratie sind und den Eindruck haben, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht zugeht, bewerten die Offenheit des Systems deutlich positiver als Personen, die mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, unzufrieden sind und eher ungerechte Verhältnisse sehen (vgl. ebd.).

Mangelnde politische Responsivität kann sich auch auf das Abstimmungsverhalten bei Wahlen auswirken. Im Hinblick auf die Parteipräferenz zeigen die Anhänger der derzeit im Land regierenden Parteien CDU, SPD und FDP am Thema der Offenheit des politischen Systems ein heterogenes Antwortverhalten. FDP- und SPD-Anhänger äußern demnach ein höheres Responsivitätsgefühl als Anhänger der CDU. Allerdings fällt bei den Urteilen aller Parteiwähler, mit Ausnahme der Anhänger der Grünen, die Einschätzung eher kritisch aus. Eine besonders negative Meinung äußern Personen, die mit der AfD sympathisieren. Insgesamt sind die visualisierten Ergebnisse in dieser Frage jedoch nicht immer für die Ableitung generalisierender oder repräsentativer Aussagen aufgrund der teilweise kleinen Anzahl der Befragten in den Teilgruppen geeignet (vgl. ebd.)

Abb. 43 Responsivitätsgefühl nach verschiedenen Erklärungsfaktoren
(Mittelwerte von -2 „überhaupt nicht“ bis +2 „sehr stark“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant. ** Sehr geringe Fallzahl.
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an (-0,79).

7 Einstellungen zur Demokratie

7.1 Die drei Dimensionen des Verständnisses von Demokratie

Bei der Demokratie handelt es sich um ein politisches System, das der Idee nach auf der Selbstbestimmung gleichberechtigter und politisch mündiger Bürgerinnen und Bürger gründet. Wirksame Kontrolle staatlicher Macht stellt eine zentrale Voraussetzung dafür dar, dass der demokratische Zustand des Systems erfüllt ist. Gewährleistet wird das Element der Kontrolle zum einen auf der Arbeitsebene der staatlichen Institutionen durch das Prinzip der *Gewaltenteilung* und größtmögliche Transparenz politisch-administrativer Entscheidungsprozesse sowie zum anderen im Verhältnis zwischen Bürger und Staat durch periodisch abgehaltene allgemeine Wahlen und außerdem häufig noch zusätzlich durch direktdemokratische Wahlen und Abstimmungen.

Der so umrissenen *Idee der Demokratie* wird in freien Staatsgesellschaften eine Wertigkeit zugemessen, die sich aus sich selbst heraus begründet und an sich keiner weiteren Rechtfertigung bedarf. Über die tatsächliche *Stabilität* einer real existierenden Demokratie ist damit allerdings noch nichts abschließend ausgesagt. Die Festigkeit einer demokratischen Ordnung, d. h. ihre institutionelle Architektur, ihr Leistungsvermögen und ihre ‚Überlebensfähigkeit‘, bemisst sich am Grad der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger. Diese Zustimmung hängt wiederum wesentlich davon ab, ob eine Demokratie über genügend Hilfsmittel („Ressourcen“) verfügt, die sie zu ihrer Bestandserhaltung aktivieren kann. Als solche Stabilisierungshilfen werden in der politikwissenschaftlichen Literatur insbesondere die *Integrationskapazität*, d. h. die Fähigkeit, möglichst viele Teile der vielschichtigen Gesellschaft ‚mitzunehmen‘ und einzubinden, ferner die *Partizipationskapazität*, also die angemessene Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen, sowie die *Distributionskapazität*, d. h. die wohlfahrtsstaatliche „Verteilung des Sozialproduktes durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen auch jenseits des Marktes“ genannt.⁵¹

Erst wenn es gelingt, die erwähnten Leistungen in genügendem Maße zu erbringen, kann ein demokratisches System auf eine stabile Unterstützung seitens seiner Bürgerinnen und Bürger rechnen. Zweckmäßigerweise wird dabei zwischen *genereller* („diffuser“) und *spezieller* („konkreter“) *Systemunterstützung* analytisch unterschieden. Während erstere die Anerkennung der Idee der Demokratie als bestmögliche politische Lebens- und Herrschaftsform beinhaltet, meint letztere das Ausmaß der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Die Unterscheidung ist sinnvoll, denn ein überzeugter Demokrat kann fallweise zum Beispiel mit den Leistungen von Regierung und/oder bestimmter Parteien durchaus unzufrieden sein. In einem bedenklichen Maße instabil ist ein demokratisches System erst dann, wenn der Idee der Demokratie die grundsätzliche Anerkennung in weiten Teilen der Gesellschaft verweigert wird.

⁵¹ Vgl. Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation, Wiesbaden, S. 59, mit Bezug auf Almond (1979) und Sandschneider (1995).

„Verglichen mit anderen Staatsideen, bin ich für Demokratie“ – dieser Aussage stimmen 2023 „entschieden“ rund 49 Prozent und „eher“ weitere gut 43 Prozent der Sachsen-Anhalter zu – mithin fast alle, wie bereits 2020 (vgl. Tab. 14).⁵² Sachsen-Anhalt liegt hier also eindeutig im gesamtdeutschen Trend.⁵³ Der Anteil entschiedener Demokraten ist innerhalb der letzten drei Jahre damit nur minimal zurückgegangen (-1 Prozentpunkt), hatte er sich zwischen 2018 und 2020 doch um 11 Prozentpunkte verschlechtert. Am antidemokratischen Gegenpol hat sich die Zahl derer, die der Demokratie „eher“ ablehnend gegenüberstehen, von 5 auf 7 Prozentpunkte, sowie der entschiedenen Systemgegner von 2 auf 1 Prozentpunkt verändert (vgl. ebd.).

Tab. 14 Demokratie als beste Staatsidee (Angaben in Prozent)

Die Idee der Demokratie mit anderen Staatsideen verglichen bin ich...	Alle Befragten (∅) 2023 (2020)	Alter in Jahren*				
		18-29	30-39	40-49	50-65	66+
entschieden Für Demokratie	49 (50)	35	30	38	57	58
eher für Demokratie	43 (43)	49	55	47	39	38
eher gegen Demokratie	7 (5)	14	12	11	3	4
entschieden gegen Demokratie	1 (2)	2	2	4	1	0

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Zwar stellen die entschiedenen Systemgegner in Sachsen-Anhalt mit rund 1 Prozent nach wie vor zahlenmäßig eine gesellschaftliche Randgröße dar. Dennoch sind Absetzbewegungen im Bereich des breiten ideellen Demokratiekonsensus unübersehbar. Auf der einen Seite hat sich das nachdrückliche Bekenntnis zur Demokratie im Vergleich zu den Jahren vor 2020 abgeschwächt, während die Gegner der Demokratie zugenommen haben. Letztere sind aktuell überdurchschnittlich oft in der jüngeren Altersgruppe unter 30 Jahren vertreten (vgl. ebd.).

Schon bei der Erhebung vor zwei Jahren lag die Zahl derer, die sich entschieden mit dem Demokratieprinzip identifizieren, in der jüngsten Altersgruppe (damals der 18- bis 24- Jährigen) niedriger; 2023 wird hier ebenfalls ein niedriger Wert von der nächsthöheren Altersgruppe (30- bis 39-Jährige) erreicht (vgl. ebd.). Dies wurde, wie auch für die damals ähnlich kritisch eingestellten Mittdreißiger und Mittvierziger, auf mögliche lebenszyklische Effekte zurückgeführt, die sich, so die Annahme, teils als jugendtypische Abstandshaltung gegenüber politisch-programmatischen Bindungen bemerkbar machen und teils durch erhöhte berufliche und familiäre Belastungen bedingt sind. Der letztgenannte Faktor würde mit der hier an anderer Stelle beschriebenen psychischen Sonderbelastung gerade jüngerer Menschen durch die

⁵² Wir benutzen hier wie schon im SAM 2020 eine 4er-Skala. Die Wahl einer 4er-Skala anstelle einer 5er-Skala hat lt. einer in der Forschungsliteratur vertretenen Beobachtung den Effekt, dass es Befragte zu eindeutigerer Positionierung anhält: „Die absoluten Zustimmungen oder Ablehnungen sind im Vergleich mit der 4er-Antwortskala deutlich geringer“ (vgl. Angelika Vetter 1997, S. 47f.).

⁵³ Der ARD-DeutschlandTEND weist für Oktober 2022 Anteile von 88 Prozent von mit der Demokratie Zufriedenen sowie von 9 Prozent mit der Demokratie als Regierungsform Unzufriedenen aus. Die Zahlen für Ostdeutschland lauten: 75 Prozent Zufriedene und 17 Prozent Unzufriedene. Vgl. ARD-DeutschlandTEND (2022): ARD-DeutschlandTEND Oktober 2022, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2022/oktober/> zugegriffen am 19.05.2023.

Auswirkungen der Pandemie und die langfristigen Folgen des Klimawandels auf die Lebensplanung eine plausible situative Bestätigung erhalten.

Dennoch erklärt dies nicht allein, weshalb prinzipielle Gegnerschaft zur Demokratie gerade in Teilen der jüngeren Generation Auftrieb erhalten hat. Hinzu kommen zwei weitere erklärende Faktoren: Einmal findet eine altersspezifische politische Radikalisierung in der Richtung antidemokratischen Denkens statt, die in der Entfremdung von institutionellen demokratischen Garantien erkennbar wird (vgl. Kapitel 7.2, 11.4) und die ebenso bei weiteren, 2023 gemessenen Einstellungen (vgl. Kapitel 11.3) in den Daten zum Ausdruck kommt.

Dass in direkt vergleichender Abwägung die Einschätzung des *demokratischen politischen Systems in Deutschland*, „so wie es in der Verfassung festgelegt ist“, im Gesamtbild kritischer ausfällt als bei dem abstrakten Bekenntnis zur Idee der Demokratie, verwundert nicht (vgl. Tab. 14, Tab. 15). Da einzelne konstitutionelle Merkmale der im Grundgesetz verankerten Architektur der Demokratie Gegenstand – zweifelsfrei legitimer – verfassungspolitischer Kontroversen sind und bleiben, wie z. B. Wahlrechtsfragen oder die Ausweitung der Instrumente direkter Demokratie auf die Bundesebene, fällt die Zustimmung zur existierenden Verfassungsordnung in der Regel geringer aus.

Tab. 15 Das demokratische Verfassungssystem der Bundesrepublik (Angaben in Prozent)

Mit dem demokratischen Verfassungssystem der Bundesrepublik bin ich...	Alle Befragten (∅) 2023 (2020)	Alter in Jahren*				
		18-29	30-39	40-49	50-65	66+
sehr zufrieden	11 (13)	17	3	13	13	11
eher zufrieden	44 (59)	47	37	35	41	51
eher unzufrieden	32 (22)	26	46	32	28	32
sehr unzufrieden	13 (6)	11	13	21	17	6

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5% signifikant.

Eine solche abgestufte Akzeptanz von demokratischer Idee und konkreter Verfassungsordnung nimmt auch die Bevölkerung Sachsen-Anhalts vor. Gut zwei Drittel sind mit dem demokratischen System der Bundesrepublik „sehr“ (11 Prozent) bzw. „eher“ (44 Prozent) zufrieden. Demgegenüber äußern sich 32 Prozent „eher“ und 13 Prozent „sehr unzufrieden“ (vgl. Tab. 15).

Altersspezifische Abweichungen sind aktuell nur bei den 30- bis 39-Jährigen feststellbar, welche einen überdurchschnittlichen Wert in der Kategorie „eher unzufrieden“ aufweisen. Die Systemzufriedenheit steigt, wie zu erwarten, an mit der Höhe des Einkommens und dem Grad formaler Bildung.

Bei der Parteisympathie schält sich, wie schon 2018, eine Dreier-Anordnung heraus: Ganz überwiegend zufrieden mit der Verfassungsordnung des Grundgesetzes äußern sich die Anhänger der Grünen (74 Prozent), der Linken (68 Prozent), der SPD (64 Prozent) sowie der CDU (64 Prozent). Mit Abstand folgen die Anhänger der FDP (55 Prozent). Das Schlusslicht bilden Parteigänger der AfD; deren Sympathisierende nur noch zu (35 Prozent) mit dem politischen System Deutschlands überwiegend zufrieden sind. In der Systemfrage die AfD-Anhänger daher

deutlich polarisiert: zwei Drittel ihrer Anhänger (66 Prozent) bekundet, mit der existierenden demokratischen Ordnung überwiegend unzufrieden zu sein (vgl. Tab. 16).

Tab. 16 Das demokratische Verfassungssystem der Bundesrepublik (Angaben in Prozent)

Mit dem demokratischen Verfassungssystem der Bundesrepublik bin ich...	Alle Befragten (∅) 2023 (2020)	Parteipräferenz						
		CDU	SPD	Grüne **	Linke	FDP**	AfD	Sonstige**
sehr zufrieden	11 (13)	12	15	21	8	7	7	0
eher zufrieden	44 (59)	52	49	53	60	48	28	44
eher unzufrieden	32 (22)	30	33	23	26	34	37	50
sehr unzufrieden	13 (6)	5	3	3	5	11	29	6

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

** Sehr geringe Fallzahl.

Verglichen mit der hohen ideellen Sympathie für die demokratische Staatsform und der niedriger ausfallenden Identifikation mit dem politischen System des Grundgesetzes fällt, wie schon bei früheren Umfragen des SAM, die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie Deutschlands geringer aus (vgl. Tab. 17). Insgesamt 36 Prozent der Befragten äußern sich sehr (4 Prozent) oder eher zufrieden (32 Prozent). Dies bedeutet einen deutlichen Rückgang der überwiegend Zufriedenen um 26 Prozent im Vergleich zu 2020. Sehr oder eher unzufrieden mit der Leistungsfähigkeit der Demokratie zeigen sich demgegenüber 64 Prozent – ein Zuwachs von 25 Prozent in den vergangenen drei Jahren (vgl. ebd.).

Tab. 17 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland, nach Altersgruppen und Bildung (Angaben in Prozent)

Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem...	Alle Befragten (∅) 2023 (2020)	Alter in Jahren*					Bildung		
		18-29	30-39	40-49	50-65	66+	Hauptschule	Realschule	Abitur
sehr zufrieden	4 (8)	14	5	5	3	1	3	3	5
eher zufrieden	32 (54)	42	24	24	30	36	29	30	36
eher unzufrieden	43 (29)	35	46	41	42	46	53	45	39
sehr unzufrieden	21 (10)	9	25	30	24	16	15	22	19

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5% signifikant.

Die im Vergleich zu 2020 deutlich gestiegene Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zieht sich quer durch sämtliche Bevölkerungsschichten. In allen Alters- und Bildungsgruppen, mit Ausnahme der 18- bis 29-Jährigen, sind zweistellige Zuwachsraten für die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie zu verzeichnen. Bei Betrachtung der Faktoren Bildung und Einkommen in ihrer Bedeutung für die Einschätzung der Performanz der bundesdeutschen Demokratie zeigen sich deutliche Unterschiede zu 2020 (vgl. Tab. 17, Tab. 18). So ist die Unzufriedenheit in allen Bildungsschichten stark gestiegen – gut

zwei Drittel der Befragten empfinden das Funktionieren der Demokratie hierzulande als dysfunktional. Hinsichtlich des Einkommens zeigt sich über niedrige, mittlere und hohe Einkommen ein gleicher Effekt in Sachsen-Anhalt (vgl. Tab. 17)

Tab. 18 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland, nach Erwerbsstatus und Einkommen (Angaben in Prozent)

Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem...	Alle Befragten (ø) 2023 (2020)	Erwerbsstatus				Einkommen		
		berufstätig	arbeitslos **	im Ruhestand	in Ausbildung **	niedrig (< 1.500 Euro)	mittel (< 3.000 Euro)	hoch (> 3.000 Euro)
sehr zufrieden	4 (8)	5	3	2	6	5	3	6
eher zufrieden	32 (54)	27	31	35	62	32	34	29
eher unzufrieden	43 (29)	43	37	47	13	41	44	42
sehr unzufrieden	21 (10)	25	29	15	19	22	19	23

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

** Sehr geringe Fallzahl.

Bedeutsam für die individuelle Bewertung des Funktionierens der Demokratie ist auch, ob die eigenen Lebensumstände und die persönliche wirtschaftliche Lage besser oder schlechter eingeschätzt werden. Dieser schon während der vorangegangenen SAM nachgewiesene Zusammenhang bestätigt sich im Spiegel der Daten von 2023 neuerlich: Die nachstehende Tabelle (Tab. 19) zeigt: Wer mit seiner Lebenssituation und seiner wirtschaftlichen Lage zufrieden ist, stellt auch der Praxis der Demokratie gute Noten aus. Und umgekehrt befinden sich unter jenen, die mit ihrer Lebenslage und ihren materiellen Bedingungen hadern, mit mehr als 70 Prozent überdurchschnittlich viele Personen, die das Funktionieren der hiesigen Demokratie kritisieren (vgl. ebd.). Mittlerweile in der Gruppe der ökonomisch Unzufriedenen nur noch knapp jeder Vierte mit der Demokratie eher oder sehr zufrieden. Das sind 12 Prozentpunkte weniger als vor drei Jahren (vgl. ebd.).

Tab. 19 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland nach Zufriedenheit mit Lebenssituation und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage (Angaben in Prozent)

Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem...	Alle Befragten (ø) 2023 (2020)	Zufriedenheit mit Lebenssituation*			eigene wirtschaftliche Lage*		
		zufrieden	teils/teils	unzufrieden	gut	teils/teils	schlecht
sehr zufrieden	4 (8)	7	1	2	7	2	2
eher zufrieden	32 (54)	37	31	21	38	28	21
eher unzufrieden	43 (29)	44	44	40	43	47	35
sehr unzufrieden	21 (10)	12	24	36	12	23	42

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5% signifikant.

Bei der Demokratiezufriedenheit nach Parteipräferenz zeichnet sich ein ähnlich negatives Bild ab (vgl. Tab. 20). Die größte Zufriedenheit bekunden Anhänger der Grünen (62 Prozent). Parteigänger aller anderen Parteien erreichen hier nur Werte unter 50 Prozent mit dem niedrigsten bei der AfD (19 Prozent). Selbige verfügt auch über den größten Anteil an kritischen Stimmen (81 Prozent) bei der Bewertung der Funktionalität der Demokratie in Deutschland. Im Vergleich zu den Parteiwählern zeigt sich ein ähnliches Bild bei den Nichtwählern, da hier auch die eher und sehr unzufriedenen Stimmen (67 Prozent) bei der Bewertung der Zufriedenheit überwiegen.

Tab. 20 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland nach Parteipräferenz (Angaben in Prozent)

Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem...	Alle Befragten (Ø) 2023 (2020)	Parteipräferenz						
		CDU	SPD	Grüne **	Linke	FDP**	AfD	Nichtwähler
sehr zufrieden	4 (8)	3	6	11	3	7	4	2
eher zufrieden	32 (54)	39	42	51	34	41	15	31
eher unzufrieden	43 (29)	46	44	30	47	32	38	42
sehr unzufrieden	21 (10)	11	8	8	16	20	43	25

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

** Sehr geringe Fallzahl.

Sehr bzw. ziemlich unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie hierzulande zeigen sich, wie die nächste Tabelle (vgl. Tab. 21) ausweist, erneut deutlich mehr Befragte auf der rechten als auf der linken Seite des politischen Spektrums. Diese Positionierung bestätigt das schon 2018 und 2020 vorhandene Grundmuster.

Tab. 21 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland nach Links-Rechts-Selbsteinstufung (Angaben in Prozent)

Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem...	Alle Befragten (Ø) 2023 (2020)	Links-Rechts-Selbsteinstufung*		
		Links	Mitte	Rechts
sehr zufrieden	4 (8)	5	4	3
eher zufrieden	32 (54)	36	34	20
eher unzufrieden	43 (29)	46	43	37
sehr unzufrieden	21 (10)	13	18	40

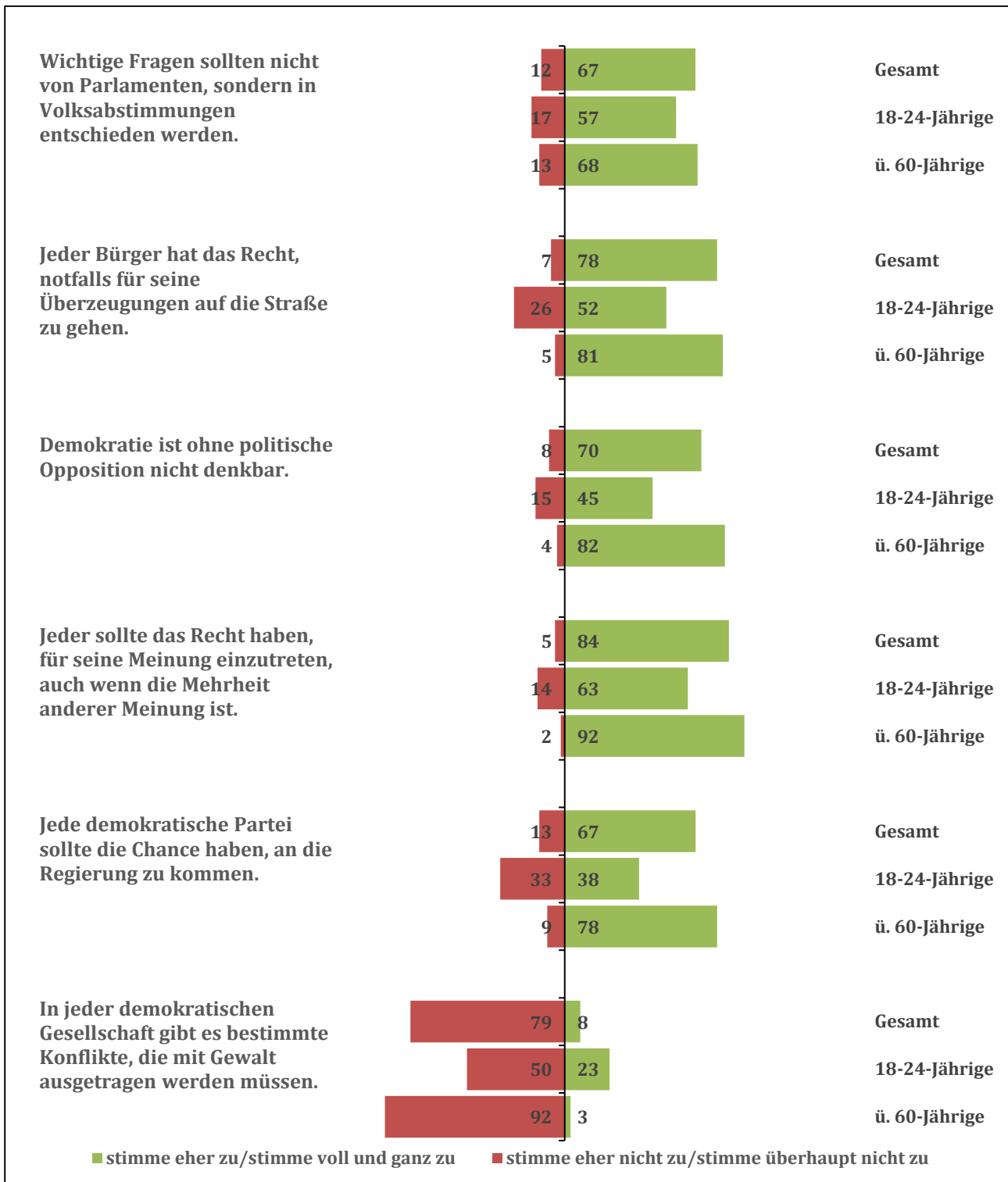
Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

7.2 Demokratieverständnis und institutionelle Garantien

Die bis hierher vorgestellten Dimensionen des Verständnisses und der Bewertung der Demokratie formen sich aus drei verschiedenen Perspektiven zu einem Gesamturteil der Bürgerinnen und Bürger. Indes ist Demokratie nicht nur eine abstrakte Idee, eine verfassungsförmige Ordnung und ein konkretes Leistungsversprechen, womit sich die normative Erwartung guten Regierens (*Good Governance*) verbindet. Vielmehr bedarf Demokratie, um den an sie gerichteten Erwartungen gerecht zu werden, auch bestimmter institutioneller Ausstattungsmerkmale. Dazu zählen zum einen formale Garantien für einen echten Parteienwettbewerb und eine handlungsfähige Opposition sowie zum anderen die Gewährleistung von Bürgerrechten, wie z. B. die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit. Die aktuelle Ausprägung dieses Zusammenhangsmusters ist in der folgenden Abbildung (Abb. 44) ersichtlich.

Abb. 44 Demokratieverständnis und institutionelle Garantien (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100% = Antwortkategorie teils, teils/weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Um den Vergleich mit vorherigen SAM zu ermöglichen, bilden hier die 18-24-Jährigen die jüngste Altersgruppe und die über 60-Jährigen die älteste Gruppe.

In den Jahren zuvor hatte eine übergroße Mehrheit der Bevölkerung des Landes das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und auf Demonstration sowie die unentbehrliche Existenz einer Opposition bejaht. Das ist auch im Jahr 2023 nicht anders. Die Ergebnisse ähneln im Wesentlichen denen von 2020: Das Recht des Bürgers, „notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen“, reklamieren etwa 78 Prozent (± 0 Prozentpunkte). Dass Opposition in der Demokratie unverzichtbar ist, bekräftigen ähnlich viele, nämlich 70 Prozent (+3 Prozentpunkte). Für das Recht, eine abweichende Meinung öffentlich zu vertreten, plädieren annähernd 84 Prozent (+1 Prozentpunkt). Rund 67 Prozent (+2 Prozentpunkte) treten der Auffassung bei, dass jede demokratische Partei die Chance haben müsse, an die Regierung zu kommen (vgl. Abb. 44).

Im Vergleich zum Monitor 2020 erweist sich dieses demokratische Grundverständnis in Sachsen-Anhalt also nach wie vor auf hohem Niveau mehrheitsfähig und hat sich in Teilen sogar im Vergleich zur Befragung vor drei Jahren leicht verbessert. Im Vergleich zu früheren SAM haben die Werte für Demokratieverständnis jedoch teilweise an stabiler Verankerung in der Gesellschaft eingebüßt. Diese langfristige Veränderung hat offenbar ihre Ursache in der vertieften politischen Spaltung, wie sie in den Ergebnissen der letzten Bundestagswahl und der Landtagswahlen seit 2016 zum Ausdruck kommt. In dem Maße, wie sich die politische Auseinandersetzung zunehmend nach Feindbildern sortiert, verringert sich auch die Bereitschaft, die demokratischen Grundtugenden (partei-)politischer Toleranz dem politischen Gegner einschränkungslos zuzubilligen.

Die vier abgefragten demokratischen Elementarrechte bzw. Basisgarantien wurden vor zwei Jahren und werden auch gegenwärtig weitgehend unabhängig von Alter, Bildungsgrad, Stellung im Beruf und sozialem Status eingefordert. Allerdings mit einer vom Gros der Bevölkerung nicht geteilten und für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie bedenklichen Abweichung. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich nämlich ein autoritäres bzw. antidemokratisches Denkmuster eines gewachsenen Teils der jüngsten Altersgruppe: 18- bis 24-Jährige sprechen sich überdurchschnittlich weniger häufig aus *für* das uneingeschränkte Demonstrationsrecht (52 Prozent/ zu 2020 -17 Prozentpunkte), die Meinungsfreiheit Andersdenkender (63 Prozent/ -4 Prozentpunkte), das Erfordernis einer politischen Opposition (45 Prozent/ +1 Prozentpunkt) und die Regierungsfähigkeit einer jeden demokratischen Partei (38 Prozent/ -5 Prozentpunkte). Auch ziehen sie überdurchschnittlich häufig, nämlich zu 23 Prozent (2020: 16 Prozent), eine mit Gewalt ausgetragene Konfliktregelung ins Kalkül. Die größten Abweichungen vom gesellschaftlichen Mittel ergab sich für die jüngste Altersgruppe zwischen den Jahren 2018 und 2020. Im Vergleich zu den Ergebnissen von vor drei Jahren sind die Werte 2023 weitgehend konstant geblieben.

Nach Parteineigung sortiert, scheiden sich die Geister partiell ebenfalls. Volksabstimmungen werden überdurchschnittlich häufig von Nichtwählern und AfD-Anhängern befürwortet; unterdurchschnittlich oft von Grünen-Anhängern. Demonstrations- und Meinungsfreiheit werden überdurchschnittlich oft von Anhängern der CDU und der AfD befürwortet, während FDP-Anhänger leicht unter dem Durchschnitt liegen. Das Existenzrecht politischer Opposition wird

überdurchschnittlich häufig von Anhängern der CDU, SPD sowie der Grünen befürwortet; weniger häufig von Anhängern der AfD. Die prinzipielle Chance jeder demokratischen Partei, an die Regierung zu kommen, wird über alle Parteien, einschließlich der Nichtwähler, ähnlich beurteilt; einzig die AfD-Anhänger liegen hier deutlich über dem Durchschnitt. Die gewaltsame Konfliktaustragung innerhalb der Gesellschaft wird am überdurchschnittlichsten von Anhängern der AfD sowie von Anhängern anderer Kleinstparteien vertreten. Dem stehen besonders Anhänger der Grünen und der Linken entgegen, die sich am stärksten gegen die Anwendung von Gewalt aussprechen.

Während die Demonstrations- und Meinungsfreiheit, die Existenzgarantie für politische Opposition sowie die Chance demokratischer Parteien zur Teilhabe an der Regierung zu den Verfassungsnormen gehören, die prinzipiell *nicht abstimmbar* sind, gehört die institutionelle Regelung des Verhältnisses von repräsentativer und direkter Demokratie zum kontroversen, d. h. Mehrheitsentscheidungen unterliegenden Sektor auch der bundesdeutschen Verfassungsordnung. Wie in vielen anderen Ländern Europas, ist in der deutschen Bevölkerung die Sympathie für Direkte Demokratie weit verbreitet. In Ostdeutschland fällt die Zustimmung für diese Option seit der Wiedervereinigung durchwegs höher aus.⁵⁴

In diesem Punkt bleibt auch in Sachsen-Anhalt das Mehrheitsbild eindeutig. Der Frage, ob wichtige Fragen „nicht von Parlamenten, sondern in Volksabstimmungen entschieden werden“ sollten, stimmen aktuell knapp zwei Drittel der Befragten „eher“ (28 Prozent) oder „voll und ganz“ (39 Prozent) zu (vgl. Abb. 44). Das sind insgesamt 6 Prozentpunkte mehr als vor zwei Jahren. Wie bereits 2020 fällt die Zustimmung bei Älteren (ab 60 Jahren) größer aus. Mit höherer Bildung wächst die Plebiszitskepsis. Im Parteienfeld sprechen sich AfD-Anhänger überproportional häufig (86 Prozent), Parteigänger der Grünen hingegen unterdurchschnittlich häufig (51 Prozent) für eine Erweiterung der volksunmittelbaren Demokratie aus (vgl. ebd.).

Gehört auch der gewaltsame Konfliktaustrag zur Demokratie? – Rund 79 Prozent der befragten Sachsen-Anhalter (+1 Prozentpunkt) sehen darin eine inakzeptable politische Grenzverletzung. Nur eine kleine Minderheit von knapp 8 Prozent bekundet dafür Sympathie (vgl. ebd.). Gegenüber 2020 hat sich die Anzahl nicht verändert, während sie sich noch von 2018 bis 2020 verdoppelte. Unter den Jüngeren bis unter 25 Jahren, häufiger mit einfachem Schulabschluss, sind dies mit 23 Prozent (+6 Prozentpunkte) deutlich mehr als in allen anderen Altersgruppen (vgl. ebd.).

Als Zwischenfazit ist festzuhalten: Die langjährige, immer wieder empirisch bestätigte politikwissenschaftliche Lehrmeinung, dass die Zustimmung zur Idee der Demokratie stets höher liegt als zur existierenden demokratischen Verfassungsordnung und die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie am geringsten ausfällt, wird durch die Daten des SAM 2023 abermals bestätigt. Allerdings sind innerhalb dieser hierarchischen Anordnung die Gewichte der Verteilung der drei Demokratie-Dimensionen in Sachsen-Anhalt seit 2018 in Bewegung ge-

⁵⁴ Das bestätigen etwa die Befunde der Bevölkerungsumfrage in Holtmann (Hrsg.) (2019): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt/New York, S. 89.

raten: Das ideelle Bekenntnis zur Demokratie hat an Intensität eingebüßt. Ebenso hat die Zustimmung zur Verfassungsordnung der Bundesrepublik Anhänger verloren. Am deutlichsten zeigt sich die in den letzten fünf Jahren zugenommene Unzufriedenheit gegenüber dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland, welche 2023 erstmals von mehr als der Hälfte der Sachsen-Anhaltern bekundet wird. Nichtsdestotrotz lässt sich festhalten, dass die Demokratiezufriedenheit jedoch auf situativen Einschätzungen der Systemleistungen basiert und dementsprechend fluide sein kann.

7.3 4 Typen der Einstellung zur Demokratie

Die Signatur als parlamentarische Demokratie ist das kennzeichnende Merkmal unserer politischen Ordnung auf Bundes- und Landesebene. Ausgehend von den aktuell erhobenen Daten, die aufzeigen, dass Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlicher Verteilung sich mit der Demokratie im Allgemeinen und ihrer spezifisch deutschen Ausprägung im Besonderen identifizieren können oder nicht sowie deren Funktionsfähigkeit infrage stellen oder nicht, stellen wir im Folgenden, angelehnt an ein Kategorienraster Oskar Niedermayers⁵⁵, vier Typen der Einstellung zur Demokratie vor. In diese Typologie finden die unterschiedlichen Kombinationen der abgestuften Bewertungen für alle drei Demokratiedimensionen, d. h. der Wertdimension (Idee der Demokratie), der Strukturdimension (Demokratie als Verfassungsordnung) und der Performanzdimension (Funktionieren der Demokratie) Eingang. Die folgende Tabelle gibt über die so gebildete 4er-Typologie Auskunft (vgl. Tab. 22).

Tab. 22 Typologie demokratischer Orientierungen (Angaben in Prozent)

	Orientierung gegenüber der ...			Sachsen-Anhalt			
	Idee	Verfassung	Funktion	2015	2018	2020	2023
Antidemokraten	-	-	-	5	2	5	6
Systemkritische Demokraten	+	-	-	32	35	20	35
Politikkritische Demokraten	+	+	-	23	28	15	24
Zufriedene Demokraten	+	+	+	41	36	60	35

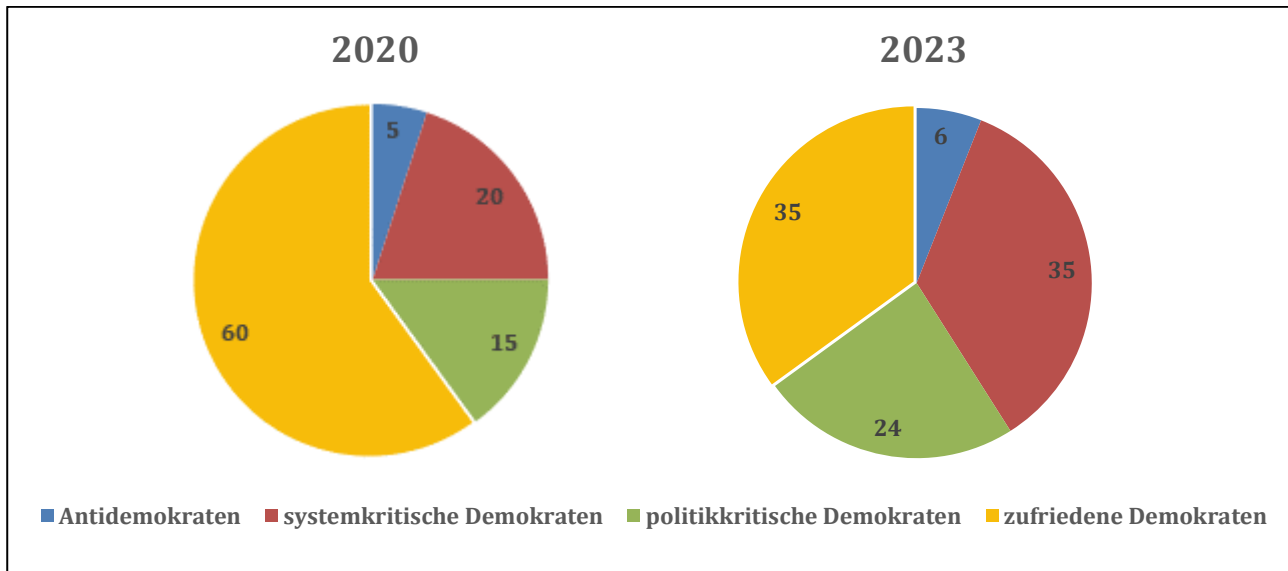
Quelle: eigene Darstellung nach Niedermayer 2009
Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Als „Antidemokraten“ werden Personen bezeichnet, die sich gegenüber allen drei Ausprägungen der Demokratie ablehnend bzw. unzufrieden äußern. Zu diesem Typus können in Sachsen-Anhalt aktuell sechs Prozent gerechnet werden, ein Prozentpunkt mehr als 2020. Als „systemkritische Demokraten“ gelten jene, welche zwar die Idee der Demokratie prinzipiell gutheißen, aber sowohl mit ihrer in Deutschland existierenden Form als auch ihrer Performanz hadern. Diesem Typus lassen sich aktuell 35 Prozent zurechnen, 15 Prozentpunkte mehr als 2020. Der

⁵⁵ Vgl. Niedermayer, O. (2009): Bevölkerungseinstellungen zur Demokratie. Kein Grundkonsens zwischen Ost- und Westdeutschen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2, S. 383-397.

„politikkritische“ Typus schließt jene ein, die lediglich mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind. Hier sieg die Zahl von 15 Prozent 2020 auf aktuell 24 Prozent. Als „zufriedene Demokraten“ firmieren jene, die alle drei Dimensionen positiv bewerten. Das waren vor drei Jahren 60 Prozent und sind jetzt nur noch 35 Prozent. Die beiden folgenden Kuchendiagramme (vgl. Abb. 45) veranschaulichen die innerhalb der letzten drei Jahre eingetretenen Veränderungen.

Abb. 45 Demokratietypen in Sachsen-Anhalt 2020 und 2023 (Angaben in Prozent)



Quelle: eigene Darstellung

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Die binnen drei Jahren eingetretenen Verschiebungen sind erneut erheblich. Während die „kritische Mitte“, also die system- bzw. politikkritischen Demokraten, fast um die Hälfte größer geworden ist, hat sich die Gruppe der zufriedenen Demokraten fast halbiert. Die nach wie vor sehr schmale Minderheit der Antidemokraten hat sich kaum verändert (+1 Prozentpunkt). Ähnlich wie 2018 stehen die zufriedenen Demokraten einer genauso großen Gruppe der systemkritischen Demokraten gegenüber. Rechnet man die politikkritischen Demokraten mit hinzu, so ist, gemessen an dieser Typologie, wird die Demokratie in ihrer Idee, ihrer Verfassung und ihrem aktuellen Funktionieren von zwei Dritteln der Bevölkerung des Landes kritisch betrachtet (vgl. ebd.).

Die abgebildeten Zahlen decken sich stark mit den Werten von 2018. Die Werte aus 2020 spiegeln eine Befragung unter den sozialen und gesellschaftlichen Umständen der Coronapandemie wider. 2023, also mehr als drei Jahre nach Ausbruch der Pandemie liegen die Werte für die demokratische Orientierung wieder auf einem Niveau vor der Pandemie. Inwiefern gesellschaftliche Veränderungen zu den aktuellen Entwicklungen seit 2020 beigetragen haben, lässt sich im Rahmen der vorliegenden Studie nicht beantworten. In jedem Fall deutet sich aktuell wieder ein Trend hin zu mehr Unzufriedenheit gegenüber der Demokratie an. Die in den Daten auch erkennbare und oben dargestellte Tendenz, die bei Teilen der Bevölkerung, insbesondere der jungen Generation, in die Richtung einer Aufweichung des entschiedenen Be-

kenntnisses zur Idee der Demokratie weist, gehört mit zum Gesamtbild der Zustandsbeschreibung der Demokratie. Die Tendenz zu einer geistigen Abkehr vom Demokratieprinzip rührt an den legitimatorischen Kern unserer Verfassungsordnung. Aufgrund dieser Anzeichen einer beginnenden Kernschmelze bei demokratischen Grundwerten ist eine wehrhafte Demokratie besonders gefordert.

8 Gerechtigkeitsempfinden

Der Begriff der Gerechtigkeit ist juristisch wie auch im Erwartungshorizont der Menschen „eng mit dem Gleichbehandlungsgebot verbunden“.⁵⁶ Gerechtigkeit soll der verfassungspolitischen Idee nach objektiv vorrangig drei Dinge gewährleisten: Zum einen die Rechtssicherheit, welche der Rechtsstaat verbürgt; zum zweiten jenen „Freiheitsraum eigenständiger Lebensgestaltung“⁵⁷ sichern, der jedem Menschen zusteht; zum dritten steht Gerechtigkeit als *soziale* Gerechtigkeit in enger Verbindung mit der verwandten Leitidee der Gleichheit. Das dem Grundgesetz inhärente Sozialstaatsgebot zielt darauf ab, soziale Ungleichheit in angemessener Weise auszugleichen. Einer prägnanten Formulierung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zufolge ist der Staat, und insbesondere der Gesetzgeber, grundsätzlich verpflichtet, „für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und damit für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen“.⁵⁸

Das Ausmaß, in welchem die Bürger davon überzeugt sind, dass es hierzulande „alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht zugeht“, erlaubt Rückschlüsse darauf, wie es um den wahrgenommenen Allgemeinzustand von Staat und Gesellschaft aus sozialmoralisch begründeter Sicht der Bevölkerung bestellt ist. Nachdem sich im Jahr 2014 noch positive und negative Einschätzungen die Waage gehalten hatten (jeweils 47 Prozent der Sachsen-Anhalter empfanden den allgemeinen Gang der Dinge in Deutschland als eher gerecht oder eher ungerecht) und 2020 mehr als die Hälfte die allgemeine Lage als „sehr“ bzw. „eher gerecht“ (2 bzw. 54 Prozent) bewerteten, fällt das Urteil 2023 wieder deutlicher negativer aus (vgl. Abb. 46). Aktuell meinen annähernd nur noch 36 Prozent, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht (33 Prozent) bzw. sehr gerecht (3 Prozent) zugeht (vgl. ebd.). Rund 64 Prozent sind gegenteiliger Ansicht (vgl. Abb. 38). Damit bewerten die Sachsen-Anhalter die ganz ähnlich wie Befragte aus dem gesamten Bundesgebiet.⁵⁹ Für Sachsen-Anhalt bedeutet dies jedoch eine Abkehr vom Trend der vergangenen Jahre, indem das Gerechtigkeitsempfinden das Ungerechtigkeitsempfinden dominierte. Aktuell liegt damit wieder das Ungerechtigkeitsempfinden deutlich vorn (vgl. ebd.).

Sowohl 2020 als auch bei der aktuellen Befragung ist die Verteilung nach Geschlecht ausgeglichen. Dieses Merkmal besitzt also keinen signifikanten Effekt auf das Gerechtigkeitsempfinden. Gleichmaßen ein Drittel der Frauen wie der Männer schätzen gegenwärtig die allgemeine Situation mehrheitlich als eher/sehr gerecht und jeweils zwei Drittel als eher/sehr ungerecht ein (vgl. Tab. 23).

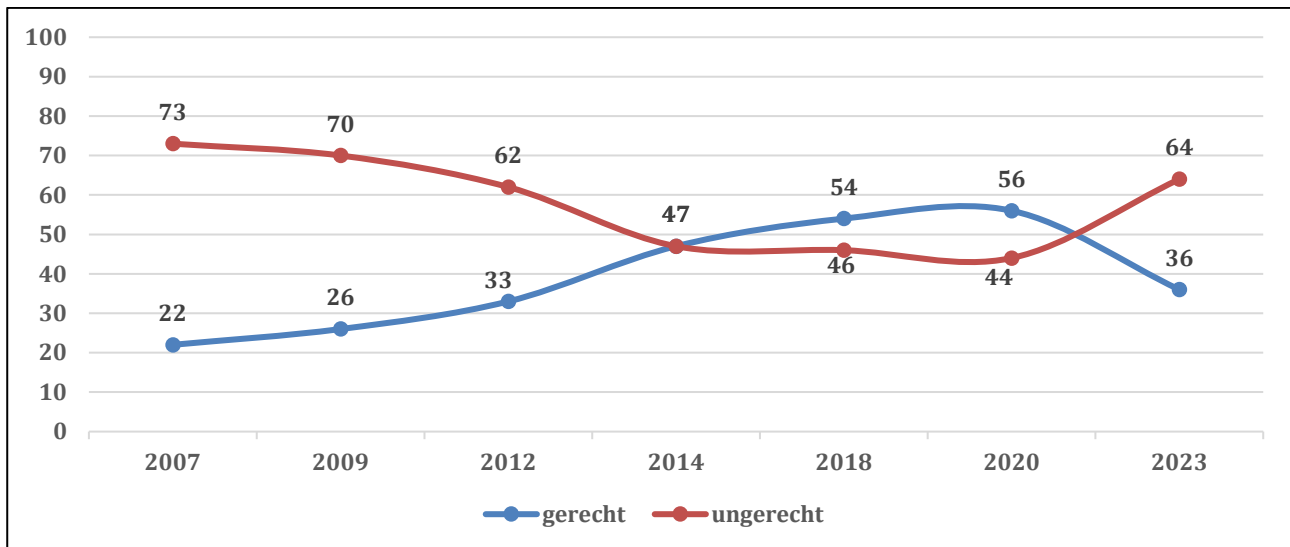
⁵⁶ Vgl. Benda, E. (1984): Der soziale Rechtsstaat, in: Maihofer, W./Benda, E./Vogel, H. J. (Hrsg.): Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 1. Aufl., Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 483.

⁵⁷ Vgl. ebd., S. 482.

⁵⁸ Vgl. BVerfGE Band 22, S. 180, 204.

⁵⁹ Der ARD-DeutschlandTEND weist für Januar 2023 Anteile von 36 Prozent der Befragten dafür, dass es in Deutschland eher gerecht zugeht und 58 Prozent der Befragten dafür, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht aus. Vgl. ARD-DeutschlandTEND (2023): ARD-DeutschlandTEND Januar 2023, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/januar/> zugegriffen am 20.05.2023.

Abb. 46 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland (Angaben in Prozent)



Quellen: SAM 2007-2023

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Aufgeschlüsselt nach Parteipräferenzen, zeigt sich 2023 ähnlich wie schon drei Jahre zuvor die für Sachsen-Anhalt kennzeichnende Verteilung: Während Anhänger von Grünen, CDU, FDP und SPD vergleichsweise überdurchschnittlich positiv urteilen und relativ dicht beieinander liegen, bilden mit der AfD Sympathisierende und neu auch Anhänger der Linken eine Kontrastgruppe, die am meisten Gerechtigkeitsdefizite sieht. Zwischen diesen beiden Polen positionieren sich die Nichtwähler mit einem leicht überdurchschnittlichen Wert (vgl. Tab. 23).

Tab. 23 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Parteipräferenz und Geschlecht (Angaben in Prozent)

	Alle Befragten (☉) 2023 (2020)	Parteipräferenz							Geschlecht		
		CDU	SPD	Grüne **	Linke	FDP**	AfD	Nicht- wähler	m.	w.	d.**
sehr/eher gerecht	36 (56)	46	43	52	36	44	17	40	37	34	0
sehr/eher ungerecht	64 (44)	54	57	48	64	56	83	60	63	66	0

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

** Sehr geringe Fallzahl bzw. keine Fälle in der Stichprobe.

Erkennbar sind Generationenunterschiede, die ebenfalls von den Erkenntnissen von vor drei Jahren abweichen: Am negativsten wird das Gerechtigkeitsempfinden aktuell in den mittleren Altersgruppen zwischen 30 und 66 Jahren beurteilt (vgl. Tab. 24). Dementsprechend gerechter als der Durchschnitt empfinden die jüngste und die älteste Altersgruppe die derzeitige Situation in Deutschland (vgl. ebd.). 2020 waren noch die jüngsten am unzufriedensten und die ältesten am zufriedensten gewesen.

Tab. 24 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Alter und Schulabschluss (Angaben in Prozent)

	Alle Befragten (Ø) 2023 (2020)	Alter in Jahren*					Bildung*		
		18-29	30-39	40-49	50-65	66+	Haupt- schule	Real- schule	Abitur
sehr/eher gerecht	36 (56)	41	26	23	35	44	35	31	41
sehr/eher ungerecht	64 (44)	59	74	77	65	56	65	69	59

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5% signifikant.

Bei dem sozialstrukturellen Merkmal Bildung wird das aus den früheren Monitoren vertraute Bild in der Grundtendenz fortgeschrieben: Befragte mit Hauptschul- und Realschulabschluss sehen nach wie vor deutlich häufiger Gerechtigkeitsdefizite als solche mit Abitur bzw. Hochschulausbildung (vgl. Tab. 24).

Diese Interpretation der Daten wird durch die soziale Verteilung der Antworten gestützt. Unter Befragten im Ausbildungsalter ist das auf Deutschland bezogene Gerechtigkeitsempfinden der Sachsen-Anhalter innerhalb der letzten drei Jahre erneut von 57 Prozent auf 50 Prozent zurückgegangen. Innerhalb der arbeitenden Bevölkerung in Voll- oder Teilzeit liegt das Gerechtigkeitsgefühl sogar noch geringer bei 29 Prozent, während das Ungerechtigkeitsempfinden auf 71 Prozent anwächst. (vgl. Tab. 25).

Betrachtet man den Einfluss des Einkommens auf die Ausprägung des Gerechtigkeitsempfindens wird deutlich, dass mit sinkendem Haushaltseinkommen das Gerechtigkeitsempfinden abnimmt. 70 Prozent der Haushalte mit einem Einkommen unter 1.500 Euro äußern die Ansicht, dass es „alles in allem“ in Deutschland eher ungerecht zugeht (vgl. ebd.).

Tab. 25 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Tätigkeit und Einkommen (Angaben in Prozent)

	Alle Befragten (Ø) 2023 (2020)	Erwerbsstatus				Einkommen*		
		berufstätig	arbeitslos **	im Ruhe- stand	in Ausbil- dung **	niedrig (< 1.500 Euro)	mittel (< 3.000 Euro)	hoch (> 3.000 Euro)
sehr/eher gerecht	36 (56)	29	20	44	50	30	36	40
sehr/eher ungerecht	64 (44)	71	80	56	50	70	64	60

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5% signifikant. ** Sehr geringe Fallzahl.

Zwischen dem Gerechtigkeitsempfinden, der Lebenszufriedenheit, der eigenen wirtschaftlichen Lage und der Demokratiezufriedenheit bestehen auch 2023 die bekannt klaren Zusammenhänge: Wer mit seinem Leben, der eigenen wirtschaftlichen Situation und der Demokratie

zufriedener ist, bewertet auch das Ausmaß an Gerechtigkeit in Deutschland wohlwollender, und umgekehrt (vgl. Tab. 26).

Tab. 26 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Lebenszufriedenheit, eigener wirtschaftlicher Lage und Demokratiezufriedenheit (Angaben in Prozent)

	Alle Befragten (∅) 2023 (2020)	Lebenszufriedenheit*			eigene wirtschaftliche Lage*			Demokratiezufriedenheit*	
		zu-frieden	teils/teils	unzu-frieden	gut	mittel	schlecht	zu-frieden	unzu-frieden
sehr/eher gerecht	36 (56)	47	27	25	50	24	16	69	17
sehr/eher ungerecht	64 (44)	53	73	75	50	76	84	31	83

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5% signifikant.

In früheren Messungen des Sachsen-Anhalt-Monitors, so zuletzt 2018, wurde die Frage, ob man im Vergleich mit anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern persönlich einen gerechten Anteil erhält, häufiger bejaht als ein allgemein gerechter Zustand im Land. Diese Verteilung hat sich seit 2020 umgekehrt: Auch aktuell sagen nur noch annähernd 53 Prozent der Befragten, rund 1 Prozentpunkt weniger als 2020, persönlich widerfahre ihnen Gerechtigkeit (43 Prozent) oder sogar ein Übermaß davon (10 Prozent) (vgl. Tab. 27). Dabei hat sich der Anteil derjenigen, die „etwas mehr“ haben, im Vergleich zu 2020 verdoppelt. Einen Mangel an persönlicher Gerechtigkeit beklagen rund 47 Prozent und damit genauso viele Sachsen-Anhalter wie vor drei Jahren (vgl. ebd.). Dabei ist die Anteile derer, die glauben, „etwas weniger“ (33 Prozent) zu haben leicht gesunken, während der Anteil derer, die „sehr viel weniger“ haben (14 Prozent) leicht angestiegen ist (vgl. ebd.).

Tab. 27 Erhalt von rechtem Anteil nach Lebenszufriedenheit und Demokratiezufriedenheit (Angaben in Prozent)

	Alle Befragten (∅) 2023 (2020)	Zufriedenheit mit Lebenssituation*			Demokratiezufriedenheit*	
		zufrieden	teils/teils	unzufrieden	zufrieden	unzufrieden
sehr viel mehr	2 (1)	3	1	1	3	2
etwas mehr	8 (4)	13	5	3	15	5
gerechter Anteil	43 (49)	51	39	32	57	34
etwas weniger	33 (38)	28	40	31	22	39
sehr viel weniger	14 (9)	5	15	33	3	20

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5% signifikant.

Ersichtlich ist: Der auf der Zeitleiste seit 2009 dokumentierte Wandel – die Mittelgruppe derer, die sich gerecht bedient sehen, vergrößerte sich stetig – hat stagniert (vgl. Tab. 28). Angestiegen ist hingegen der Anteil derjenigen, die angeben, sehr viel weniger als andere Menschen zu haben. Dieser lag zuletzt 2009 auf einem vergleichbaren Niveau.

Tab. 28 Erhalt von gerechtem Anteil im Zeitvergleich und nach Alter (Angaben in Prozent)

	Sachsen-Anhalt (∅)						Alter in Jahren				
	2009	2012	2014	2018	2020	2023	18-29	30-39	40-49	50-65	66+
sehr viel mehr	-	1	2	2	1	2	5	0	2	2	1
etwas mehr	2	10	14	8	4	8	26	12	5	5	5
gerechter Anteil	44	39	45	54	49	43	31	33	33	46	53
etwas weniger	39	35	31	32	38	33	28	35	41	33	30
sehr viel weniger	14	12	6	5	9	14	10	20	19	13	11

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Anders als bei Personen im Rentenalter, welche am häufigste angeben, einen gerechten Anteil zu erhalten, beschreiben besonders Menschen zwischen 30 und 49 Jahren Ungerechtigkeit in dieser Verteilung. Hier liegen gut zwei Drittel der Befragten in der Gruppe, die „etwas weniger“ und „sehr viel weniger“ angeben (vgl. Tab. 28). Anders noch als vor zwei Jahren beschreibt die jüngste Altersgruppe (18-29 Jahre) deutlich ausgeglichener als zuvor, lagen hier damals 54 statt aktuell 38 Prozent der Befragten in den Kategorien „etwas weniger“ und „sehr viel weniger“ (vgl. ebd.).

Weiterhin gilt: Die individuelle Ausstattung mit materiellen und immateriellen Ressourcen spielt eine Rolle dafür, wie das subjektive Gerechtigkeitsempfinden ausfällt. Wer die Hochschulreife besitzt oder über ein hohes Einkommen verfügt, sieht sich öfter gerecht behandelt (vgl. Tab. 29). Generell lässt sich jedoch feststellen, dass die Mittelkategorie des „gerechten Anteils“ zugunsten der gegenüberliegenden Pole eingebrochen ist. Verlufterfahrungen an persönlicher Gerechtigkeit treten auch bei höheren Bildungsschichten im Dreijahresvergleich etwas häufiger auf. Bei mittleren Bildungsschichten hat sich das Gerechtigkeitsempfinden im Vergleich zu 2020 leicht verbessert (+4 Prozentpunkte).

Tab. 29 Erhalt von gerechtem Anteil nach Einkommen und Schulabschluss (Angaben in Prozent)

	Alle Befragten (∅) 2023 (2020)	Einkommen*			Bildung		
		niedrig (< 1.500 Euro)	mittel (< 3.000 Euro)	hoch (> 3.000 Euro)	Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur
sehr viel mehr	2 (1)	1	2	3	4	2	1
etwas mehr	8 (4)	9	6	10	13	6	9
gerechter Anteil	43 (49)	37	42	48	34	42	48
etwas weniger	33 (38)	32	37	29	29	35	31
sehr viel weniger	14 (9)	20	14	10	19	15	11

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5% signifikant.

Aufgeschlüsselt nach Parteipräferenzen (hier nicht abgebildet), sehen sich AfD-Anhänger (59 Prozent) und Anhänger der Linken (52 Prozent) am meisten benachteiligt. Mit einigem Abstand dahinter folgen Parteigänger der SPD (40 Prozent), der FDP (39 Prozent) von Bündnis90/Die Grünen (37 Prozent), welche in Ihrer Ansicht eher dicht beieinanderliegen. Es folgen Anhänger der CDU (36 Prozent), welche demgegenüber nur noch zu 36 Prozent unterdurchschnittlich häufig unzufrieden sind.

Fassen wir zusammen: Das Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland ist in diesem Jahr im Vergleich zur Erhebung von 2020 deutlich schlechter und erstmals seit 2012 sind wieder mehr Sachsen-Anhalter davon überzeugt sind, dass es "alles in allem" in Deutschland eher ungerecht zugeht. Für Sachsen-Anhalt bedeutet dies eine Abkehr vom Trend der vergangenen Jahre, indem das Gerechtigkeitsempfinden das Ungerechtigkeitsempfinden dominierte. Am ungerechtesten betrachten demnach aktuell die mittleren Altersgruppen die Gerechtigkeit in Deutschland. Sowohl jüngere als auch ältere Sachsen-Anhalter haben demgegenüber ein positiveres Bild. Befragte mit niedrigeren Bildungsabschlüssen und geringerem Einkommen äußern häufiger das Empfinden von Ungerechtigkeit. Bezogen auf den Erhalt des persönlichen „gerechten Anteils“ haben sich die Verhältnisse seit 2020 nur wenig verändert. Hier lässt sich ein Auseinanderdriften der gegenüberliegenden Positionen derer, die mehr und die weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten meinen, beobachten, während der Anteil derer, die ausgeglichen einen gerechten Anteil zu bekommen meinen, kontinuierlich schrumpft. So liegt beispielsweise der Wert der Befragten, die angeben, sehr viel weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten, so hoch wie zuletzt 2009. Gemessen am Erhalt des persönlichen gerechten Anteils beschreiben auch hier die mittleren Altersgruppen zwischen 30 und 50 Jahren ein überdurchschnittlich negatives Gerechtigkeitsempfinden. Ebenso Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen sowie Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen.

9 Spannungsfeld Freiheit-Gleichheit-Sicherheit

Die drei Begriffe Freiheit – Gleichheit – Sicherheit werden in der politikwissenschaftlichen Einstellungsforschung als „generelle Werte“ bezeichnet. Solche Werte benennen „die allgemeinen Zielzustände, die die Richtung der Organisation des Sozialstaats festlegen“.⁶⁰ „Generelle Werte, die die Zielzustände festlegen, sind auf der einen Seite sozio-ökonomische Sicherheit und Gleichheit und auf der anderen Seite die Freiheit im Sinne der individuellen Autonomie“.⁶¹ Der Vorschlag, die drei Zielwerte in einen engen Zusammenhang mit sozialstaatlicher Intervention zu stellen, ist plausibel. In der langen sozialstaatlichen Tradition Deutschlands spielt die allgemeine Erwartung von Schutz gegen Lebensrisiken durch staatlich gewährleistete Systeme sozialer Sicherung eine zentrale Rolle. „Sicherheit“ hat indes nicht nur eine soziale und ökonomische Seite, sondern schließt in einem weiteren Sinne außerdem den Schutz vor Bedrohung von Leib und Leben sowie die Abwehr persönlicher Gefahren mit ein. Dieses Schutzbedürfnis hat vor dem Hintergrund terroristischer Anschläge in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen.

Anders als „Sicherheit“, die eine elementare Gefühlslage ausdrückt, haben „Freiheit“ und „Gleichheit“ den Status klassischer liberaler Grundrechte. Beide Basisnormen sind 1949 in die Verfassungskonstruktion des demokratischen und sozialen Rechtsstaates des Grundgesetzes eingegangen und nach der deutschen Einigung in die Grundrechtskataloge der ostdeutschen Bundesländer übernommen worden. Materiell im Rechtssinne stehen die Zielgrößen „Freiheit“ und „Gleichheit“ nicht antithetisch gegenüber, sondern sind eng aufeinander bezogen. So ist nach bundesdeutschem Verfassungsverständnis ein Leben in Freiheit nur auf der Grundlage allgemein gleicher Zugangschancen zu öffentlichen Gütern möglich.

Wenn wir, wie schon in den früheren Ausgaben des SAM seit 2007, die befragten Bürgerinnen und Bürger auffordern, entweder der Freiheit oder der Gleichheit hypothetisch den Vorzug zu geben, dann aus der Überlegung heraus, dass die Antworten der Befragten so zum Ausdruck bringen, in welchem Ausmaß in der Bevölkerung des Landes zwei unterschiedliche Lebensentwürfe und Konzepte von Demokratie verteilt sind:

Wer sich – hypothetisch – für Freiheit entscheidet, schätzt vor allem, so die Annahme, den Wert persönlicher Entfaltung und aktivbürgerlicher Beteiligungsrechte. Aus dieser „libertären“ Sicht erscheint der korrespondierende Begriff „Gleichheit“ der Freiheit insofern untergeordnet, als mit ersterem vorrangig eine Garantie *gleicher Startchancen* verbunden wird, Demnach kommt es darauf an, gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen, dank derer sich individuelle Aktivitäten verschieden entfalten können. Gerechtigkeit wird aus dieser Perspektive folgerichtig primär als „Verfahrensgerechtigkeit“ verstanden.⁶² Wer für „Freiheit“ optiert, ist grundsätzlich bereit, ökonomische Ungleichverteilung und soziale Differenz als Ergebnis der innergesellschaftlichen Anwendung des Leistungsprinzips anzuerkennen.

⁶⁰ Vgl. Roller, E. (1999): Staatsbezug und Individualismus. Dimensionen des sozialkulturellen Wertewandels, in: Ellwein, T./Holtmann, E. (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven, Opladen, Westdeutscher Verlag, S. 229-246.

⁶¹ Vgl. ebd.

⁶² Vgl. Empter, S./Vehrkamp, R. B. (2007): Soziale Gerechtigkeit. Eine Bestandsaufnahme, Gütersloh, Verlag Bertelsmann Stiftung, S.10.

Wer demgegenüber eine Präferenz für Gleichheit äußert, erwartet vorrangig von der Politik, dass real existierende ungleiche Lebensbedingungen möglichst ausgeglichen werden. „Gleichheit“ lehnt sich hier eng an das hergebrachte Sozialstaatskonzept an, das, abgesehen auch durch höchstrichterliche Rechtsprechung, auf die nachjustierende Korrektivgewalt des Gesetzgebers und auf Umverteilung mittels Transferleistungen setzt, um bestehende Disparitäten der Lebenschancen finanziell abzufedern. Aus dieser „egalitären“ Perspektive ist gerecht, was sich an der Bedarfsdeckung orientiert, mithin möglichst für „Verteilungsgerechtigkeit“ sorgt.⁶³

Auch der dritte im Monitor abgefragte Begriff „Sicherheit“ ist seit langem eine feste Größe in der politischen Kultur und Gesellschaftskultur der Bundesrepublik. Im kollektiven deutschen Gedächtnis wirkt historisch die Erfahrung von „Unsicherheitslagen“ nach, wie sie in der soziologischen Literatur für die Nachkriegsjahre beschrieben worden ist.⁶⁴ Diese Grunderfahrung wiederholte sich in der Phase des Systemumbruchs in Ostdeutschland neuerlich. Im März 1990 sagten rund 90 Prozent der Ostdeutschen, ihnen sei „nach Sicherheit streben“ als Zielmarke wichtig. Aber auch in Westdeutschland stimmten dieser Aussage zum gleichen Zeitpunkt ca. 80 Prozent zu.⁶⁵

Wie bei den normativen Zielmarken „Gleichheit“ und „Gerechtigkeit“, lässt sich auch beim Richtwert „Sicherheit“ die psychologische Verbindungslinie zum Wohlfahrts- bzw. Sozialstaat ziehen. Eine jüngere Studie stellt fest, „dass die Bevölkerung dem Staat immer noch in einem sehr hohen Ausmaß die Verantwortung für eine adäquate Absicherung des Lebensstandards bei sozialen und gesundheitlichen Risiken zuschreibt“.⁶⁶ Der Sozialstaat, konstatiert eine andere Studie, genieße „als Instrument der umfassenden Absicherung von Lebensrisiken“ nach wie vor hohe Wertschätzung.⁶⁷ Insgesamt seien die Wohlfahrtsansprüche an den Sozialstaat in Ostdeutschland höher.⁶⁸

Blickt man auf die Entwicklung der letzten Jahre, so stellt sich, wie schon 2020, die gefühlte Sicherheitslage aus Sicht der Deutschen gegenwärtig besonders vor dem Hintergrund des Russland-Ukraine-Krieges als komplex dar. Dem Bericht des Bundeskriminalamtes zur „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland 2020“, einer übergeordneten Nachfolgebefragung zum Deutschen Viktimisierungsindex, zufolge fühlt sich die große Mehrheit der Bevölkerung (72%) nachts alleine in ihrer Wohngegend sicher.⁶⁹ 19 Prozent haben Angst und sind beunruhigt, von

⁶³ Vgl. Empter, S./Vehrkamp, R. B. (2007): Soziale Gerechtigkeit. Eine Bestandsaufnahme, Gütersloh, Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 11f., 51 ff., 77 ff.

⁶⁴ Vgl. Braun, Hans (1978): Das Streben nach „Sicherheit“ in den 50er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 18, S. 279-306.

⁶⁵ Vgl. Gabriel, O. W./Holtmann, E./Jaeck, T. u. a. (2015), S. 66.

⁶⁶ Vgl. Heinrich, Robert/Jochem, Sven/Siegel, Nico A. (2017): Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates, S. 3.

⁶⁷ Vgl. Krömmelbein, Silvia/Nüchter, Oliver (2013): Bürger wollen auch in Zukunft weitreichende soziale Sicherung, in: ISI-Sonderausgabe 2013, S. 41.

⁶⁸ Vgl. ebd., S. 39.

⁶⁹ Vgl. Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2022): Sicherheit und Kriminalität in Deutschland, S. 136, https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/SKiD2020_Ergebnisse_V1.2.html zugegriffen 27.05.2023.

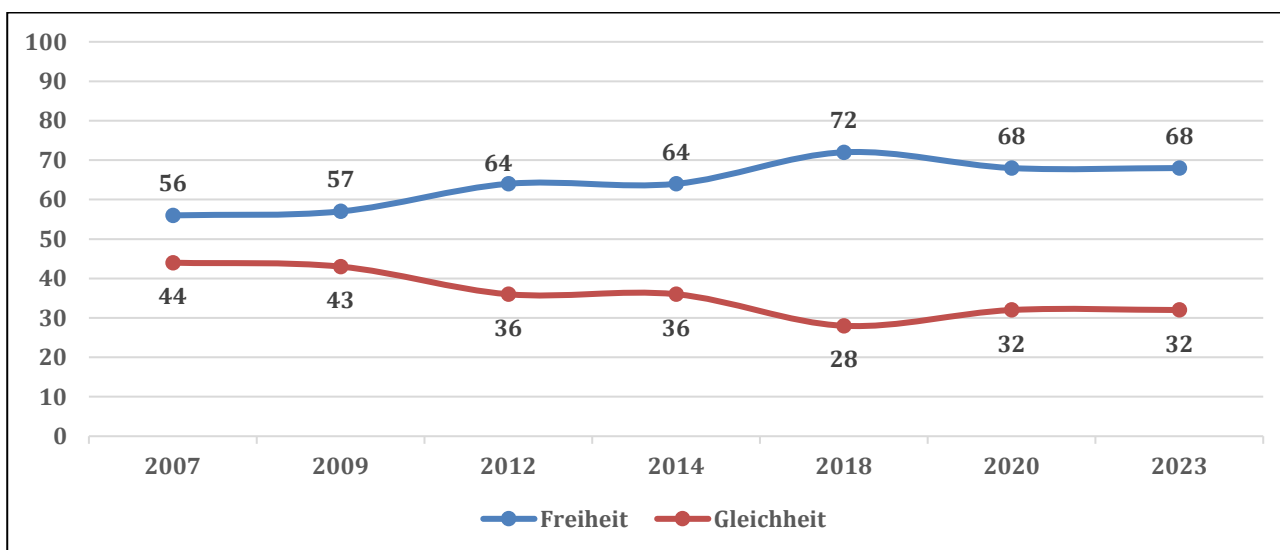
einem terroristischen Anschlag betroffen zu werden.⁷⁰ Dabei ist die Kriminalitätsfurcht im Osten Deutschlands stärker ausgeprägt. Der in Bezug auf die Wohnumgebung „größte Anteil furchtsamer Personen“ lebte 2017 mit 30 Prozent in Sachsen-Anhalt.⁷¹

Zur Kriminalitätsfurcht kommen kulturelle Bedrohungsgefühle und Abwehrreflexe. Viele Menschen sehen die Zuwanderung von Asylbewerbern und Flüchtlingen als eine kulturelle wie soziale Herausforderung. Die Forderung, für Migranten die Sozialleistungen zu kürzen, findet in Ostdeutschland größere Zustimmung als im Westen.⁷²

Damit ist die psychologische Ausgangslage skizziert, die den Rahmen vorgibt, um die aktuell erhobenen Daten zur Priorisierung der Leitwerte Freiheit, Gleichheit und Sicherheit im Monitor 2023 einzuordnen. Erneut wurde daher die Frage nach dem wichtigsten politischen Problem in Sachsen-Anhalt aufgenommen. Auf diese Einstellungsdimension gehen wir im anschließenden Kapitel ausführlicher ein (siehe Kap. 10).

Im Vergleich zu den vorangegangenen Erhebungen von 2007, 2009, 2012, 2014, 2018 und 2020 blieb zwar die Rangfolge der Wertorientierungen der Sachsen-Anhalter gleich, aber die Abstände bei der Priorisierung von Freiheit versus Gleichheit und Freiheit versus Sicherheit haben sich verändert. Wie vor drei Jahren geben noch etwas über zwei Drittel aller Befragten der Freiheit gegenüber der Gleichheit den Vorzug (Abb. 47).

Abb. 47 Freiheit versus Gleichheit im Zeitverlauf seit 2007 (Angaben in Prozent)



Quellen: SAM 2007-2023

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt/beides gleichwertig

Wie schon in der Vergangenheit kehrt sich das Verhältnis um, wenn eine Präferenzentscheidung zwischen „Freiheit“ und „Sicherheit“ getroffen werden soll. Hier ziehen gegenwärtig gut 68 Prozent der Sachsen-Anhalter die Sicherheitskarte, gegenüber 2020 ist das ein Anstieg um

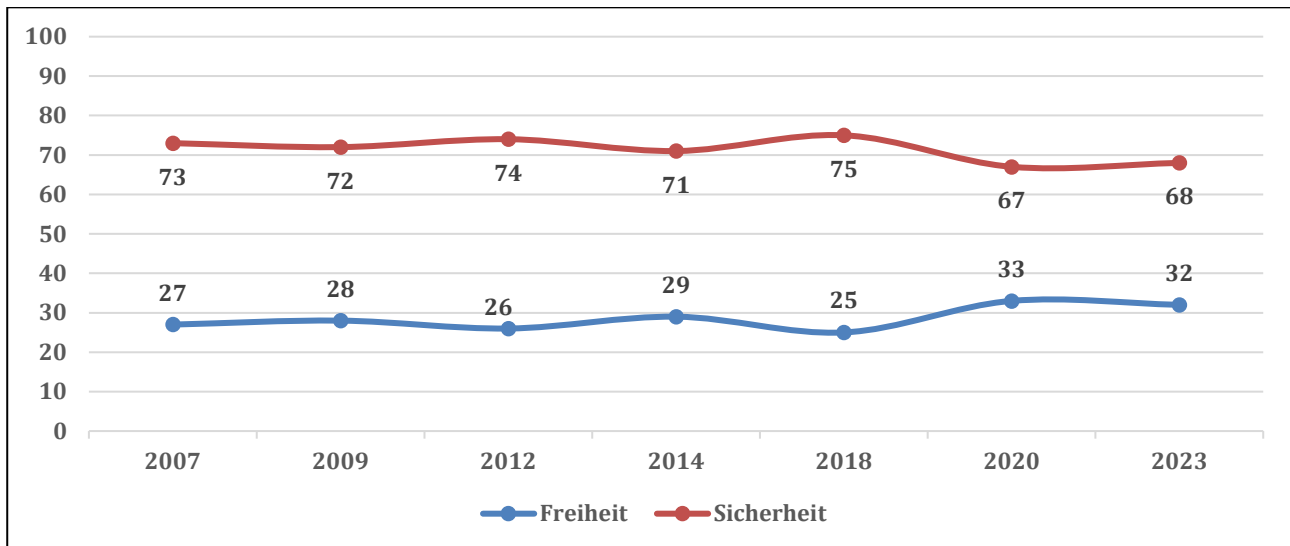
⁷⁰ Vgl. Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2022): Sicherheit und Kriminalität in Deutschland, S. 141, https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/SKiD2020_Ergebnisse_V1.2.html zugegriffen 27.05.2023.

⁷¹ Vgl. Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2017): Der Deutsche Viktimisierungsindex 2017, S. 53.

⁷² Vgl. Decker, F. u.a. (2019): Vertrauen in Demokratie, Bonn, S. 63.

ein Prozent (vgl. Abb. 48). Ursächlich für diese Verschiebung könnte sein, dass infolge angespannten Sicherheitslage in Europa aufgrund des Krieges in der Ukraine das Bedürfnis nach Sicherheit wieder zugenommen hat.

Abb. 48 Freiheit versus Sicherheit im Zeitverlauf seit 2007 (Angaben in Prozent)



Quellen: SAM 2007-2023

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt/beides gleichwichtig

Auch unter Berücksichtigung der mutmaßlich pandemiebedingt rückläufigen Tendenz bleibt das Sicherheitsbedürfnis der Sachsen-Anhalter seit Beginn unserer Messungen auf einem hohen Niveau. Dies spricht für die Annahme, dass der „doppelte Transformationsschock“, dem die Bevölkerung Ostdeutschlands zunächst einigungsbedingt in der ersten Hälfte der 1990er Jahre und sodann während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 ausgesetzt gewesen ist, in der persönlichen Sicht auf Lebensumstände, Arbeitsbedingungen und Politik weiterhin nachwirkt und durch situative Herausforderungen wie das weiterhin von vielen Befragten priorisierte Problemthema Zuwanderung verstärkt wird.⁷³

Im direkten Abgleich mit „Gleichheit“ befürworten Anhänger aller sechs Parteien, am deutlichsten der Linken, der AfD und der CDU, die Freiheitsoption (vgl. Tab. 30). Relativ stark dem Vorrang von „Gleichheit“ verpflichtet sind, anders als in den Jahren zuvor, vor allem Parteigänger der SPD (vgl. ebd.). Bei der Entscheidung zwischen „Freiheit“ und „Sicherheit“ betonen vor allem Anhänger der FDP und der Grünen die „Freiheit“, während Parteigänger der SPD am häufigsten vorlieb mit der „Sicherheit“ nehmen (vgl. ebd.)

⁷³ Dieses Thema beschreibt keineswegs ein ostdeutsches Problemreservat. Einer 2019 veröffentlichten Studie zufolge sehen gut 54 Prozent Ostdeutsche und ca. 48 Prozent Westdeutsche einen Grund für rückläufigen sozialen Zusammenhalt in „zu vielen Zuwander_innen“ (vgl. Decker, F. u. a. (2019): Vertrauen in Demokratie, Bonn, S. 68 f.).

Tab. 30 Freiheit versus Gleichheit und Freiheit versus Sicherheit nach Alter und Parteipräferenz (Angaben in Prozent)

Freiheit vs. Gleichheit und Freiheit vs. Sicherheit	Alle Befragten (n) 2023 (2020)	Alter in Jahren*					Parteipräferenz					
		18-29	30-39	40-49	50-65	66+	CDU	SPD	Linke **	Grüne **	AfD	FDP **
Freiheit	68 (68)	56	64	70	72	70	71	52	81	67	73	63
Gleichheit	32 (32)	44	36	30	28	30	29	48	19	33	27	37
Freiheit	32 (33)	42	38	35	33	24	28	25	28	37	34	41
Sicherheit	68 (67)	58	62	65	67	76	72	75	72	63	66	59

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant. ** Sehr geringe Fallzahl bzw. keine Fälle in der Stichprobe.

Betrachtet man die altersmäßige Verteilung, so zeigt sich bei der Entgegensetzung von „Freiheit“ und „Gleichheit“ ein anderes Bild als noch 2020 und 2018: Formte sich damals eine ‚Alterswanne‘ aus, deren erhöhte Ränder pro „Gleichheit“ bei den jüngsten und älteren Altersgruppen liegen und die sich in den mittleren Jahrgängen der 30-bis 50-Jährigen nach unten ausbuchtet, ist dies aktuell nicht mehr der Fall. 2023 ziehen vor allem die älteren Altersgruppen die „Freiheit“ und die jüngeren Altersgruppen die „Gleichheit“ vor (vgl. Tab. 30). Anders verhält es sich bei dem Alternativen-Paar „Freiheit“ versus „Sicherheit“. Hier steigt das Sicherheitsbedürfnis mit zunehmendem Alter an, während das Freiheitsbedürfnis abnimmt (vgl. ebd.).

10 Problempriorität und Lösungskompetenz

Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, das Vertrauen in die politischen Institutionen und die Beurteilung der Rückkopplung (Responsivität) der repräsentativen Organe zu den Bürgerinnen und Bürgern werden maßgeblich durch die kontinuierliche Evaluation von Leistungen des politischen Systems („Systemoutput“) seitens der Bevölkerung beeinflusst.⁷⁴ Für die Bewertung ist von Bedeutung, welche Probleme in der Gesellschaft als besonders dringlich wahrgenommen werden und welche Lösungskompetenz den politischen Akteuren bei diesen Problemen zugeschrieben wird.

Von der ihnen zugeschriebenen Fähigkeit, für wichtige Probleme tragfähige Lösungen anbieten zu können, hängen die Wahlchancen der Parteien wesentlich ab. Einer gesicherten Erkenntnis der Wahlforschung zufolge, ist die politische „Sachkunde“ einer Partei das vorherrschende Motiv ihrer Wähler.

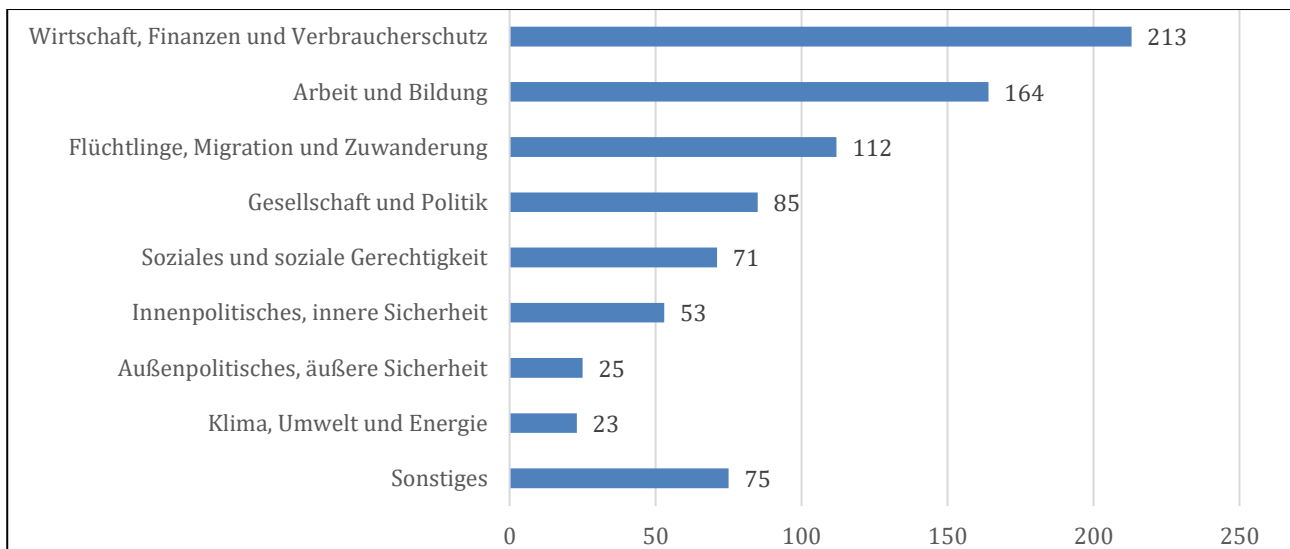
10.1 Wichtigste Probleme in Sachsen-Anhalt

Was sind in den Augen der Sachsen-Anhalter im Jahr 2023 die drängenden Probleme des Landes? –Wie schon im SAM 2020, haben wir die Befragten mittels einer offenen Frage gebeten, das ihrer Meinung nach wichtigste Problem zu benennen. Aus den von den Befragten gegebenen Antworten werden 8 Hauptkategorien abgeleitet, welche wiederum Unterkategorien enthalten. Teilweise wurden von den Befragten mehrere Probleme genannt, die ebenfalls mitprotokolliert wurden und ausgewertet werden. Im Ergebnis zeigt sich eine klare Problemhierarchie (vgl. Abb. 49): 213 Sachsen-Anhalter nennen als wichtigstes Problemfeld die Wirtschaft und die Finanzen des Landes. Als nachfolgend werden Arbeit und Bildung (n = 164), Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung (n = 112), der Themenbereich Gesellschaft und Politik (n = 85) sowie Soziales und soziale Gerechtigkeit (n = 71) und Innenpolitisches (n = 53) genannt. Dahinter folgen, von deutlich weniger Befragten angesprochen die Themen Außenpolitisches und äußere Sicherheit (n = 25), Klima und Umwelt (n = 23) sowie 75 Einzelaussagen, die unter „Sonstiges“ gruppiert wurden (vgl. ebd.).

Die einzelnen Hauptkategorien sollen im Folgenden unter Hinzunahme der Unterkategorien aufgeschlüsselt und detailliert erläutert werden.

⁷⁴ Vgl. Easton, D. (1965): A Systems Analysis of Political Life, New York/London/Sydney, S. 30 f.

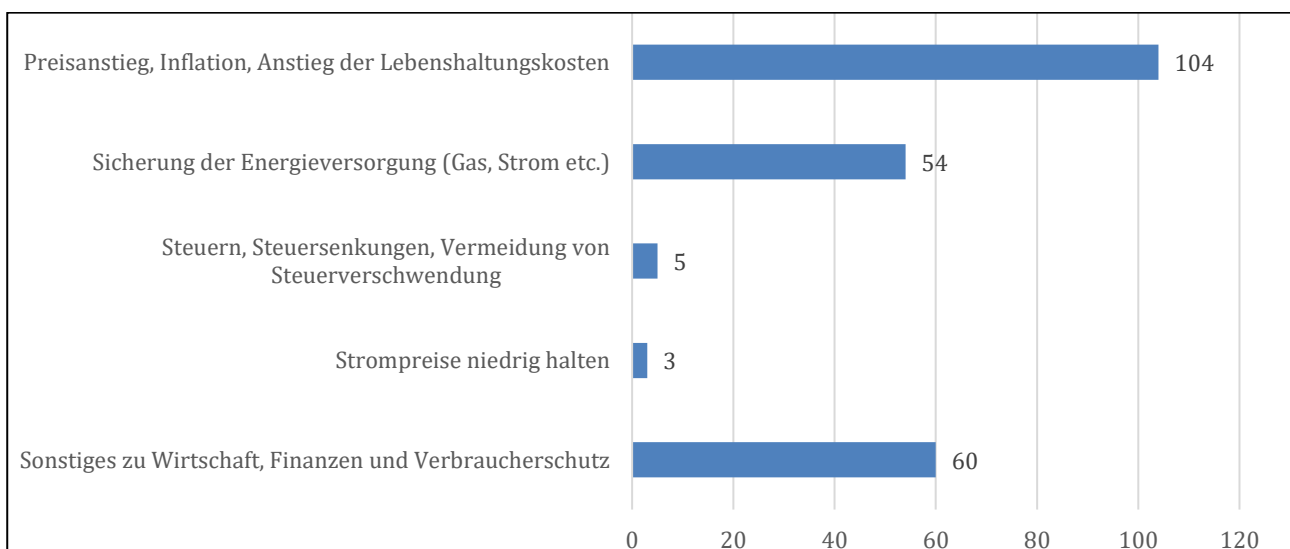
Abb. 49 Das wichtigste politische Problem in Sachsen-Anhalt (Anzahl Befragte, Hauptkategorien, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Beim Themenkomplex Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz werden Aussagen zu folgenden Unterkategorien von den Sachsen-Anhaltern genannt: 104 Befragte betonen Preisanstieg, Inflation und Anstieg der Lebenshaltungskosten als wichtigstes Thema (vgl. Abb. 50). Dahinter folgt das Thema Sicherung der Energieversorgung (n = 54) und von wenigen Befragten genannt die Themen Steuern, Steuersenkung, Steuerverschwendung (n = 5) und das Niedrighalten der Strompreise (n = 3). 60 Befragte äußern Einzelaussagen zu sonstigen Wirtschaftsthemen (vgl. ebd.).

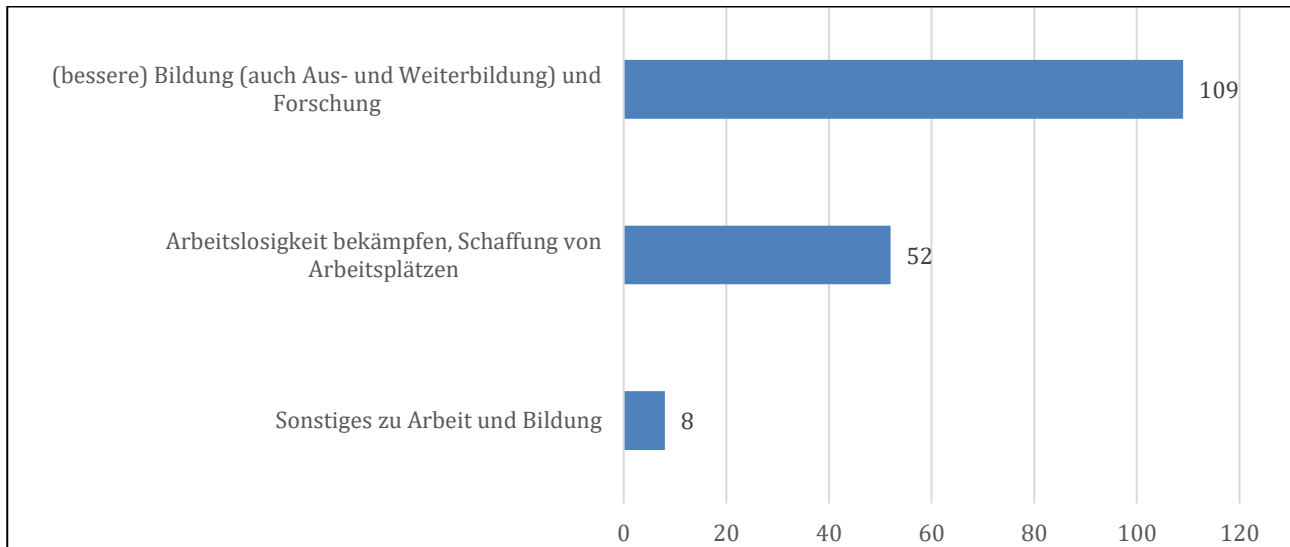
Abb. 50 Unterkategorien der Hauptkategorie Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Die Hauptkategorie Arbeit und Bildung unterteilt sich in die folgenden, in absteigender Reihenfolge von den Sachsen-Anhaltern genannten wichtigsten Problemfelder: bessere Aus- und Weiterbildung sowie Forschung (n = 109), die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen (n = 52) sowie 8 sonstige Aussagen zum Themenkomplex (vgl. Abb. 51).

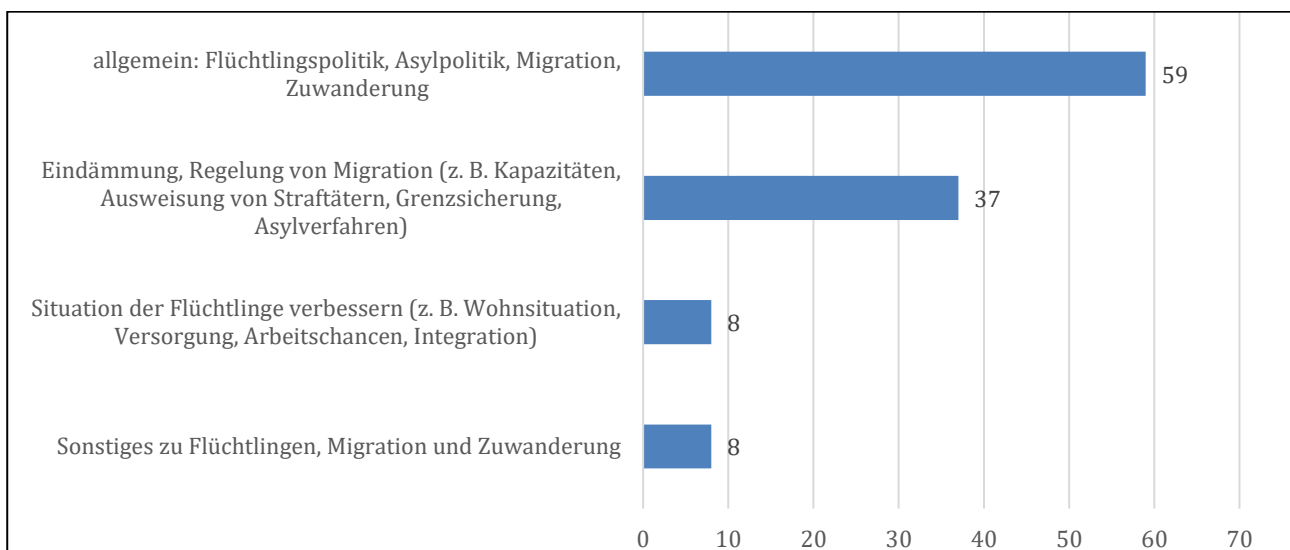
Abb. 51 Unterkategorien der Hauptkategorie Arbeit und Bildung (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Die von den Sachsen-Anhaltern am dritthäufigsten genannten Hauptkategorie Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung besitzt folgende Unterkategorien: allgemein Flüchtlinge, Asylpolitik, Migration, Zuwanderung (n = 59), Eindämmung und Regelung von Migration (n = 37), Verbesserung der Situation der Flüchtlinge (n = 8) und Sonstiges (n = 8) (vgl. Abb. 52).

Abb. 52 Unterkategorien der Hauptkategorie Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)

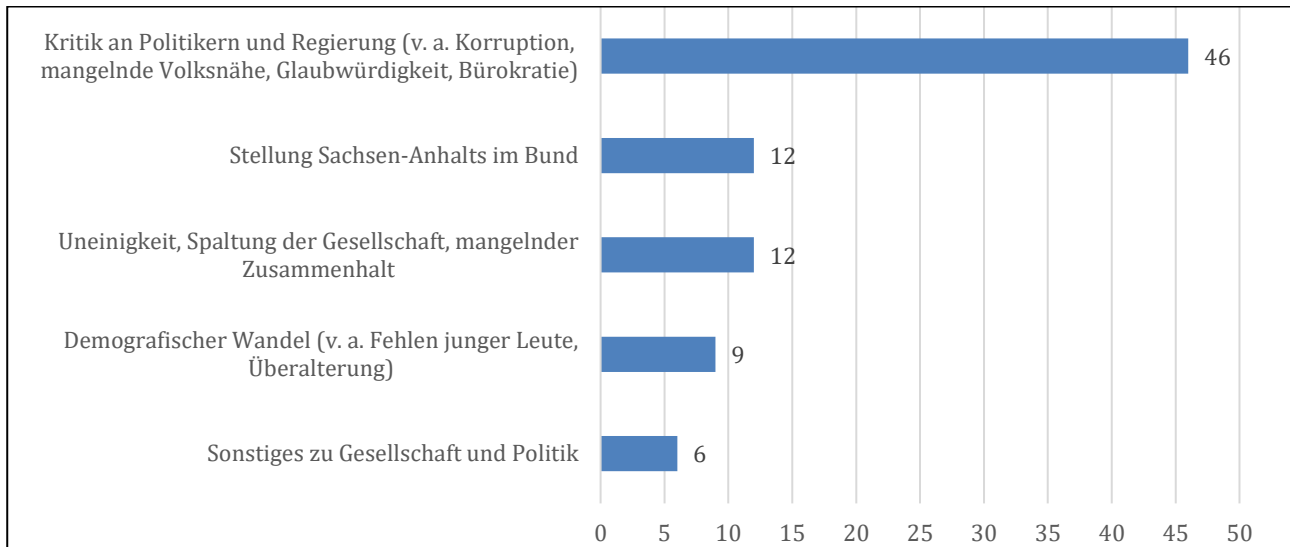


Quelle: eigene Darstellung

Bei den wichtigsten politischen Problemen in Sachsen-Anhalt wird der Themenkomplex Gesellschaft und Politik als vierthäufigstes genannt (vgl. Abb. 53). In absteigender Reihenfolge nach

Anzahl der Befragten, die mindestens eine dieser Unterkategorie nennen, schlüsselt sich diese Hauptkategorie in folgende Unterkategorien auf: Kritik an Politikern und Regierung (n = 46), die Stellung Sachsen-Anhalts im Bund (n = 12), Uneinigkeit und Spaltung der Gesellschaft (n = 12), Demografischer Wandel (n = 9) sowie sonstige Aussagen (n = 6) (vgl. Abb. 53).

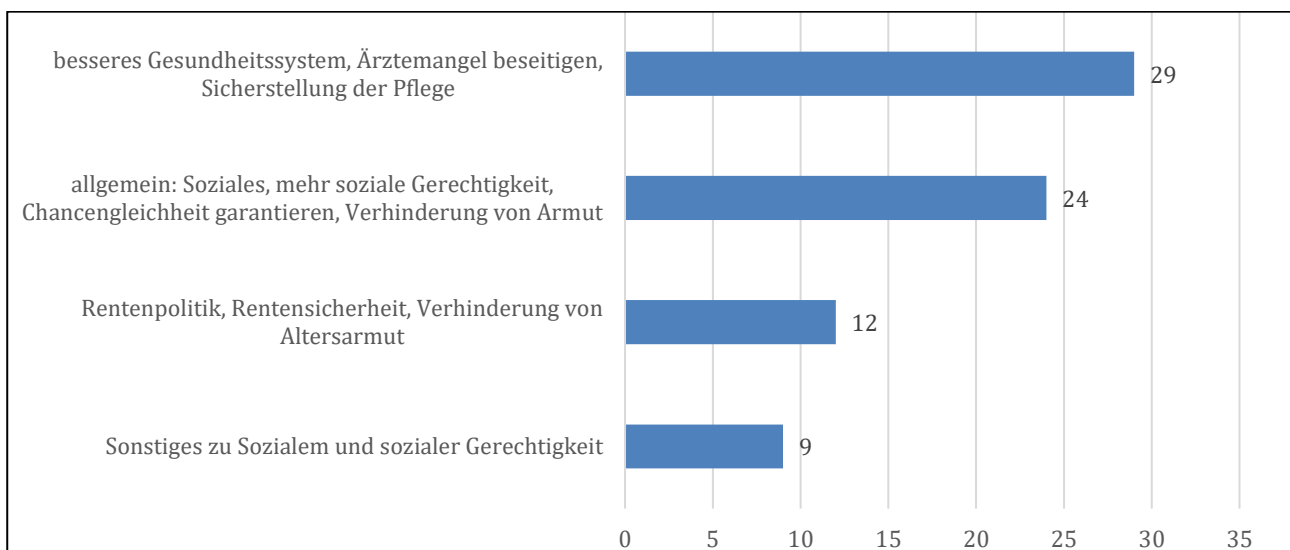
Abb. 53 Unterkategorien der Hauptkategorie Gesellschaft und Politik (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Innerhalb des Themenkomplexes Soziales und soziale Gerechtigkeit dominierten folgende Aussagen: Verbesserung des Gesundheitssystems (n = 29), mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit (n = 24) und Aussagen zur Rentenpolitik (n = 12). 9 Einzelaussagen wurden zu „Sonstiges“ zusammengruppiert (vgl. Abb. 54).

Abb. 54 Unterkategorien der Hauptkategorie Soziales und soziale Gerechtigkeit (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)

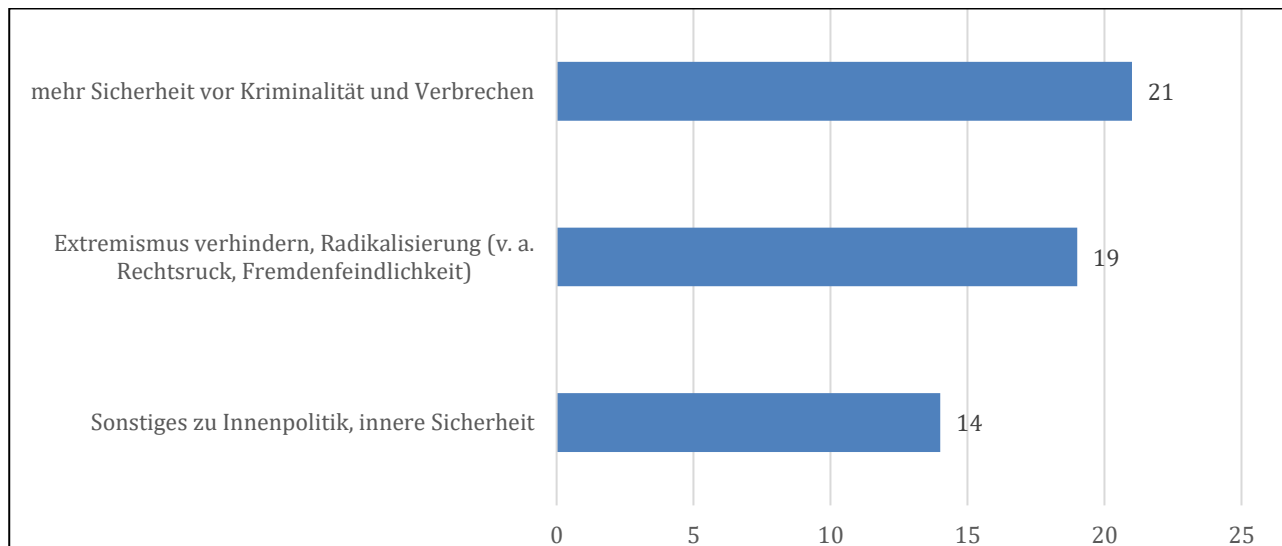


Quelle: eigene Darstellung

Die Problemfeld auf Rangplatz fünf, Innenpolitisches und innere Sicherheit, besitzt drei Unterkategorien (vgl. Abb. 55). Zu nennen sind hier die Kategorie mehr Sicherheit vor Kriminalität

und Verbrechen (n = 21), Extremismus verhindern, Radikalisierung (v. a. Rechtsruck, Fremdenfeindlichkeit) (n = 19) und Sonstiges zu Innenpolitik und innerer Sicherheit (n = 14) (vgl. Abb. 55).

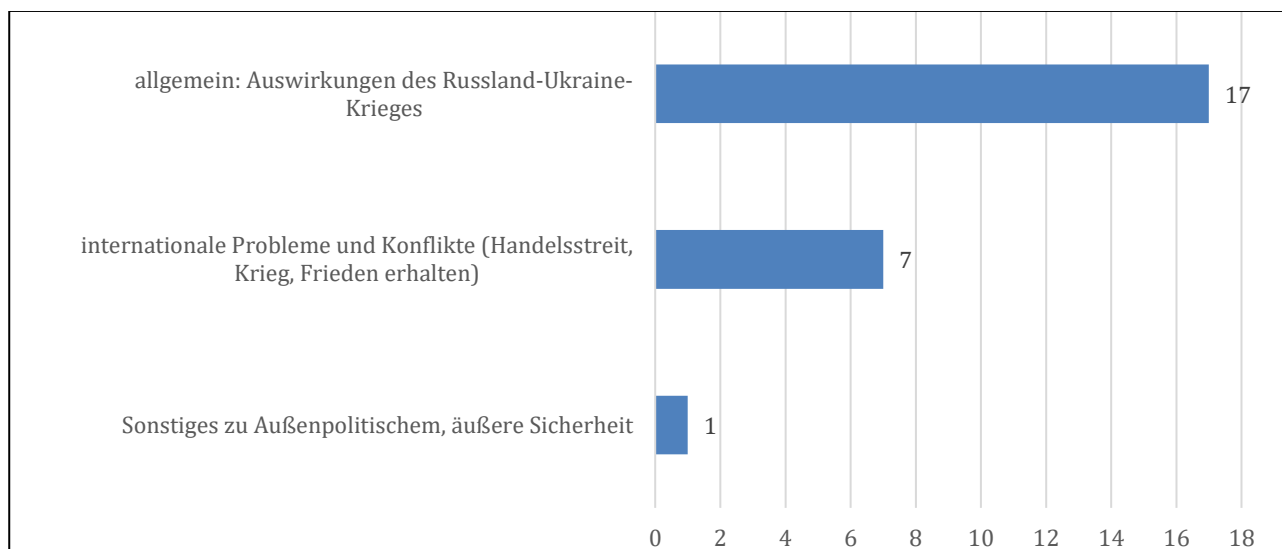
Abb. 55 Unterkategorien der Hauptkategorie Innenpolitisches und innere Sicherheit (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Am nächsthäufigsten genannt folgt die Kategorie Außenpolitisches und äußere Sicherheit, deren Unterkategorien, gebildet aus den Aussagen der Befragten, in der folgenden Abbildung detailliert aufgeschlüsselt sind (vgl. Abb. 56). Zu nennen sind hier in absteigender Reihenfolge allgemein die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges (n = 17), internationale Probleme und Konflikte (Handelsstreitigkeiten, Kriege etc.) (n = 7) sowie eine undefinierbare Aussage eines Befragten (vgl. ebd.).

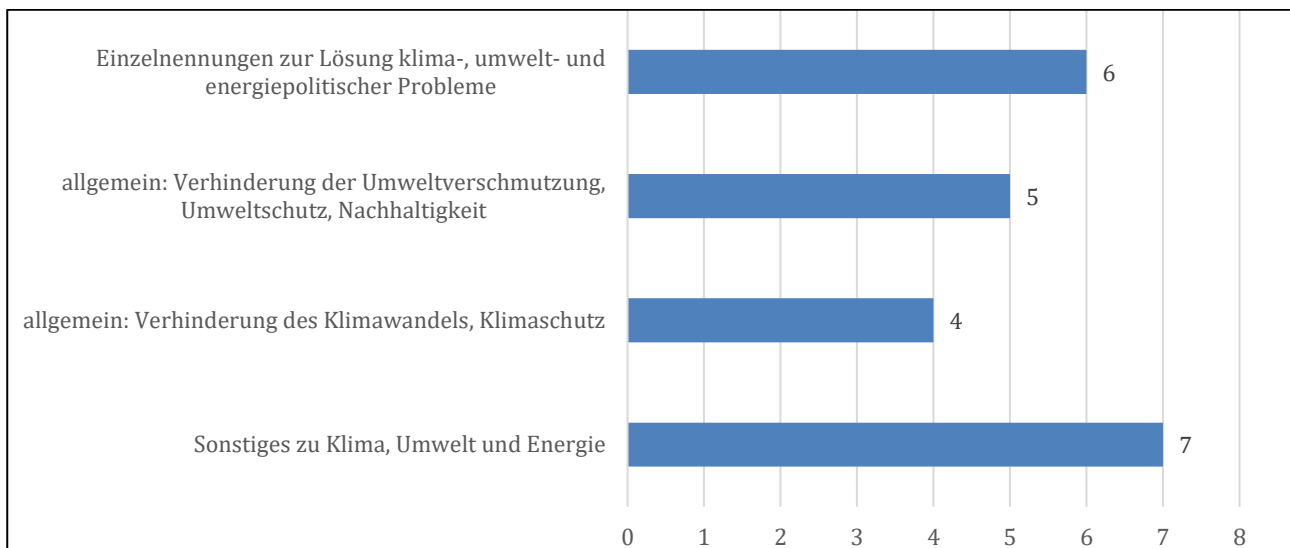
Abb. 56 Unterkategorien der Hauptkategorie Außenpolitisches und äußere Sicherheit (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Beim eher seltener genannten Themenkomplex Klima, Umwelt und Energie herrschen bei den Sachsen-Anhaltern folgende Aussagen vor: Einzelnennungen zur Lösung klima-, umwelt- und energiepolitischer Probleme (n = 6), allgemeine Aussagen zur Verhinderung der Umweltverschmutzung, Umweltschutz und Nachhaltigkeit (n = 5), allgemeine Aussagen zur Verhinderung des Klimawandels (n = 4) und sonstige Aussagen zum Thema (n = 7) (vgl. Abb. 57).

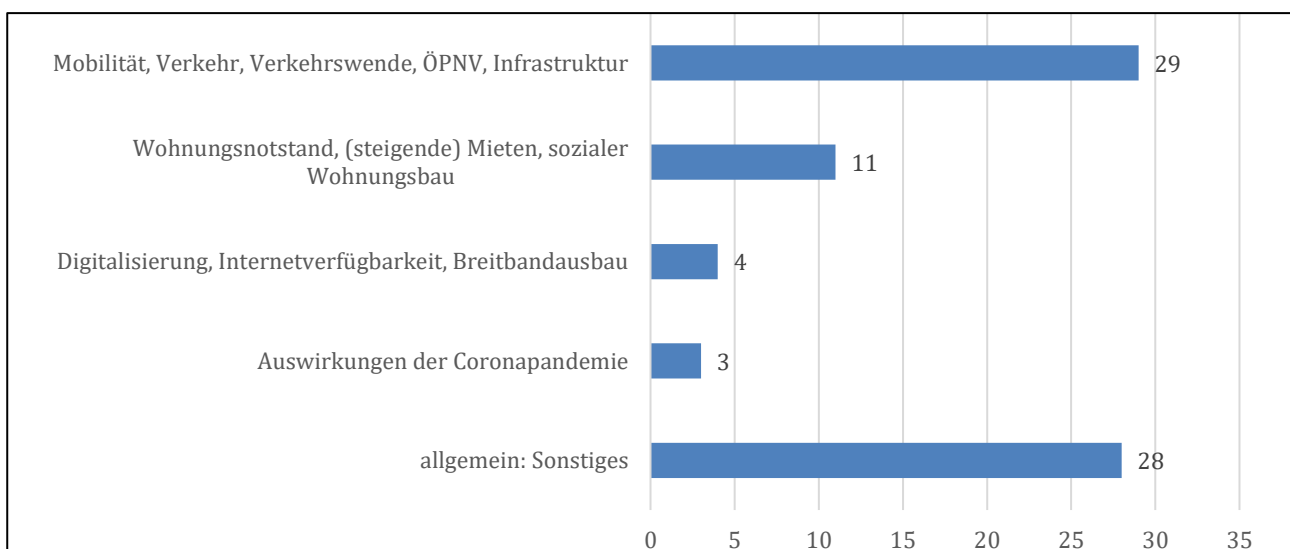
Abb. 57 Unterkategorien der Hauptkategorie Klima, Umwelt und Energie (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Innerhalb der Hauptkategorie Sonstiges geben 29 Befragte Aussagen zum Thema Mobilität, Verkehr, Verkehrswende und Infrastruktur an (vgl. Abb. 58). Die Aussagen von 11 Befragten lassen sich der Unterkategorie Wohnungsnotstand, Mieten und sozialer Wohnungsbau zuordnen. Nur ein Bruchteil der Befragten äußert sich zu den Themen Digitalisierung (n = 4) und Coronaviruspandemie (n = 3) (vgl. Abb. 58). Besonders letzteres war vor drei Jahren noch das bestimmende Thema beim Sachsen-Anhalt-Monitor 2020.

Abb. 58 Unterkategorien der Hauptkategorie Sonstiges (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Aufgrund der teilweise geringen Fallzahl in den einzelnen, gebildeten Antwortkategorien werden im Folgenden nur die ersten vier Hauptkategorien nach soziodemographischen Unterschieden verglichen (vgl. Tab. 31).

Tab. 31 Die vier wichtigsten politischen Probleme in Sachsen-Anhalt nach Altersgruppen, Geschlecht, Erwerbstätigkeit (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)

Wichtigste politische Probleme in Sachsen-Anhalt	Wirtschaft, Finanzen, Verbraucherschutz	Arbeit und Bildung	Flüchtlinge, Migration, Zuwanderung	Gesellschaft und Politik
Anzahl der Befragten in der Hauptkategorie insgesamt	213	164	112	85
Alter in Jahren				
18-29 Jahre	14	8	3	7
30-39 Jahre	32	22	18	13
40-49 Jahre	37	17	25	9
50-65 Jahre	63	47	42	15
66+ Jahre	68	69	23	42
Geschlecht				
männlich	98	74	51	51
weiblich	115	90	61	35
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig (voll / teilweise)	114	72	71	35
Schule / Ausbildung / Studium**	3	5	1	1
in Rente	81	77	34	42
arbeitslos**	6	4	3	4

Abweichungen zur Gesamtanzahl der Befragten = rundungsbedingt/gewichtungsbedingt/nicht gezeigte Antwortkategorien

** Sehr geringe Fallzahl bzw. keine Fälle in der Stichprobe.

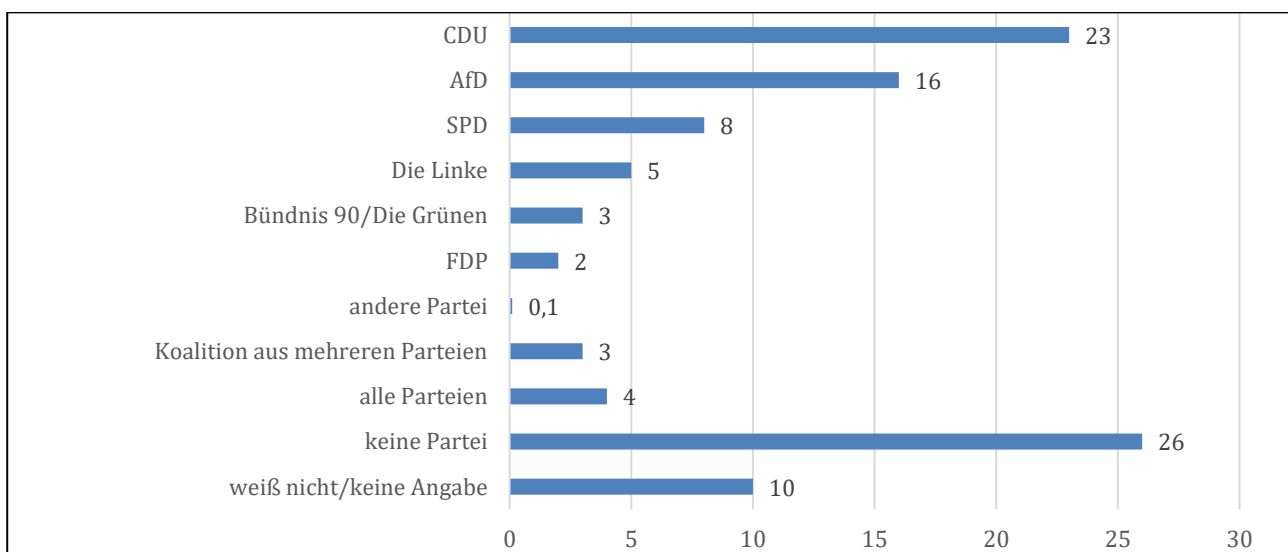
Die soziodemografische Verteilung der Antworthäufigkeiten bei den vier meistgenannten wichtigsten Problemen bestätigt den Effekt lebenszyklischer Interessenlagen (vgl. Tab. 31). So ähneln sich beispielsweise jüngere und ältere Altersgruppen in ihrem Antwortverhalten eher weniger. Ältere Altersgruppen geben häufiger Probleme aus dem Themenkomplex Wirtschaft und Finanzen sowie Arbeit und Bildung an (vgl. ebd.), beim Thema Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung äußern sich dagegen häufiger Befragte zwischen 50 und 65 Jahren (vgl. ebd.). Geschlechterunterschiede lassen sich ebenfalls erkennen: Frauen äußern häufiger zu den ersten drei Themen, während Männer deutlich häufiger Aussagen zum Themenkomplex Gesellschaft und Politik machten (vgl. ebd.). Bei der Betrachtung der Erwerbstätigkeit wird deutlich, dass Voll- oder Teilzeitbeschäftigte sich am häufigsten zum Thema Wirtschaft und Finanzen äußerten (vgl. ebd.). Die Themengebiete Arbeit und Bildung, aber auch Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung werden dagegen von dieser Gruppe gleichhäufig angesprochen. Bei den in Rente

befindlichen Befragten zeigt sich ein ähnliches Antwortverhalten. Das Thema Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung wurde jedoch unter den vier wichtigsten Problemen am seltensten von dieser Gruppe genannt (vgl. Tab. 31.)

10.1.1 Den Parteien zugeschriebene Lösungskompetenz

Die Antworten auf die Frage, welche Partei am besten geeignet sei, „das wichtigste Problem zu lösen“, bestätigen sich die den Parteien traditionell zugeschriebene Stärken und Schwächen. Der CDU wird die allgemein größte, d. h. sämtliche von Befragten genannte Probleme bündelnde Lösungskompetenz zugeschrieben (vgl. Abb. 59). Auf dem zweiten Platz, gemessen an der gebündelten Lösungskompetenz, wurde die AfD genannt. Diese hat somit im Vergleich zur letzten Untersuchung 2020 deutlich an Lösungskompetenz aus Sicht der Befragten gewonnen. Es folgen die SPD, die Linke, die Grünen und die FDP. Verschiedene Koalitionsmodelle werden eher seltener genannt. „Keiner Partei“ trauen 26 Prozent die Fähigkeit zu, das erstrangige Problem zu lösen. 10 Prozent der Befragten, die sich zur Lösungskompetenz der Parteien äußerten, wollten keine Angabe machen (vgl. ebd.).

Abb. 59 Gebündelte Lösungskompetenz bezogen auf das wichtigste politische Problem in Sachsen-Anhalt nach Parteien (Anzahl der Nennungen in Prozent)



Quelle: eigene Darstellung

Die themenspezifische Lösungskompetenz einzelner Parteien für die vorrangig genannten Probleme stellt sich aus Sicht der Sachsen-Anhalter wie folgt dar: Entlang den vier am häufigsten genannten Themen- und Problemfeldern (vgl. Tab. 31) wird die höchste Problemlösekompetenz bezogen auf Wirtschaft und Finanzen der CDU eingeräumt. Direkt dahinter folgten Befragte, die „keine Partei“ angeben und deutlich dahinter die AfD. Beim Thema Arbeit und Bildung dominiert ebenfalls die CDU mit ihrer Lösungskompetenz; es folgen erneut Befragte, die „keine Partei“ angeben und anschließend die SPD. Bezogen auf Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung wird die höchste Lösungskompetenz der AfD eingeräumt. Hier folgen die CDU und danach Befragte, die „keine Partei“ angeben, nach. Beim Problemfeld Gesellschaft und Politik

sind sich die meisten Sachsen-Anhalter sicher, dass keine Partei ausreichend Lösungskompetenz mitbringt. Es folgen die AfD und die CDU.

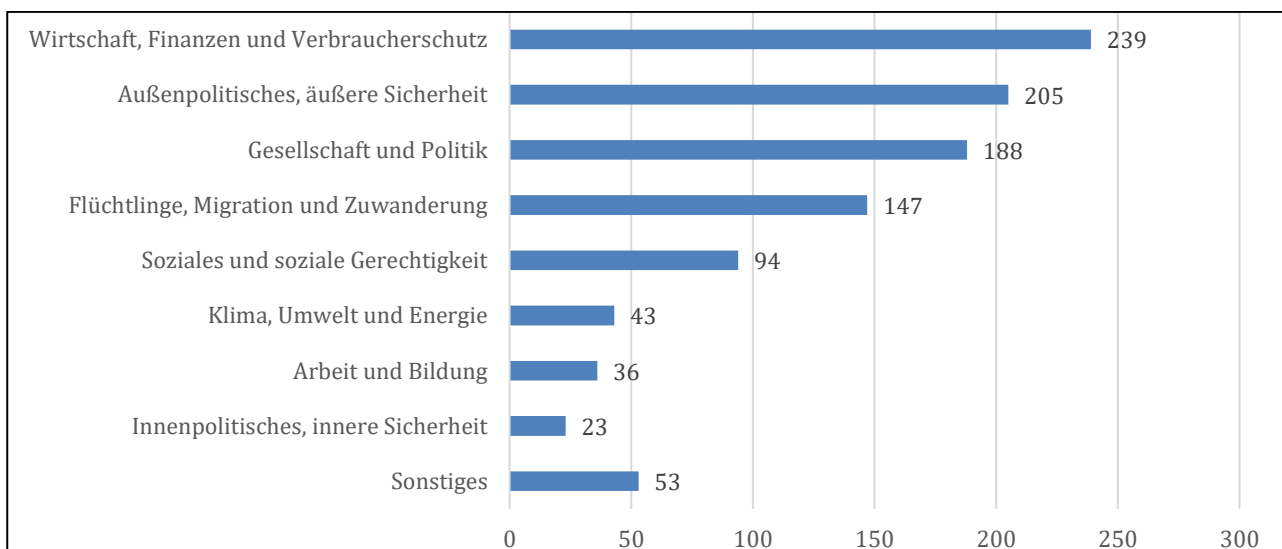
Die von den Befragten genannten Koalitionsmodelle verfügen über so geringe Fallzahlen, dass sie hier im Gegensatz zu vorherigen SAM nicht detailliert erläutert werden.

Wie schon in den letzten Erhebungen, sind generelle Zweifel an der Lösungskompetenz *aller* Parteien mithin weit verbreitet.

10.2 Wichtigste Probleme in Deutschland

Als offene Frage gestellt, ist der Themenbereich des wichtigsten Problems in Deutschland im Sachsen-Anhalt-Monitor 2023 neu hinzugekommen. Wie auch vorangegangenen Kapitel wurden die Aussagen der Befragten codiert, ausgewertet und ebenfalls in acht Hauptkategorien zusammengefasst (vgl. Abb. 60). Auch wenn nur nach einem Problem gefragt, nannten viele Sachsen-Anhalter mehrere Themen- und Problemfelder, welche ebenfalls mitprotokolliert und analysiert wurden. Im Ergebnis zeigt sich eine klare Problemhierarchie: 239 Sachsen-Anhalter nennen auch für Deutschland das Thema Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz als wichtigstes Problemfeld. Es folgt, anders als auf der Ebene des Bundeslandes, das Thema Außenpolitisches, äußere Sicherheit mit 205 Befragten. Dahinter werden Gesellschaft und Politik (n = 188), Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung (n = 147) sowie Soziales und soziale Gerechtigkeit (n = 94) genannt (vgl. ebd.). Deutlich weniger häufig, gemessen an der Anzahl der Befragten, werden aktuell die Problemfelder Klima, Umwelt und Energie (n = 43), Arbeit und Bildung (n = 36) und Innenpolitisches, innere Sicherheit (n = 23) geäußert. 53 Einzelaussagen wurden in der Kategorie „Sonstiges“ zusammengefasst (vgl. ebd.).

Abb. 60 Das wichtigste politische Problem Deutschland (Anzahl Befragte, Hauptkategorien, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

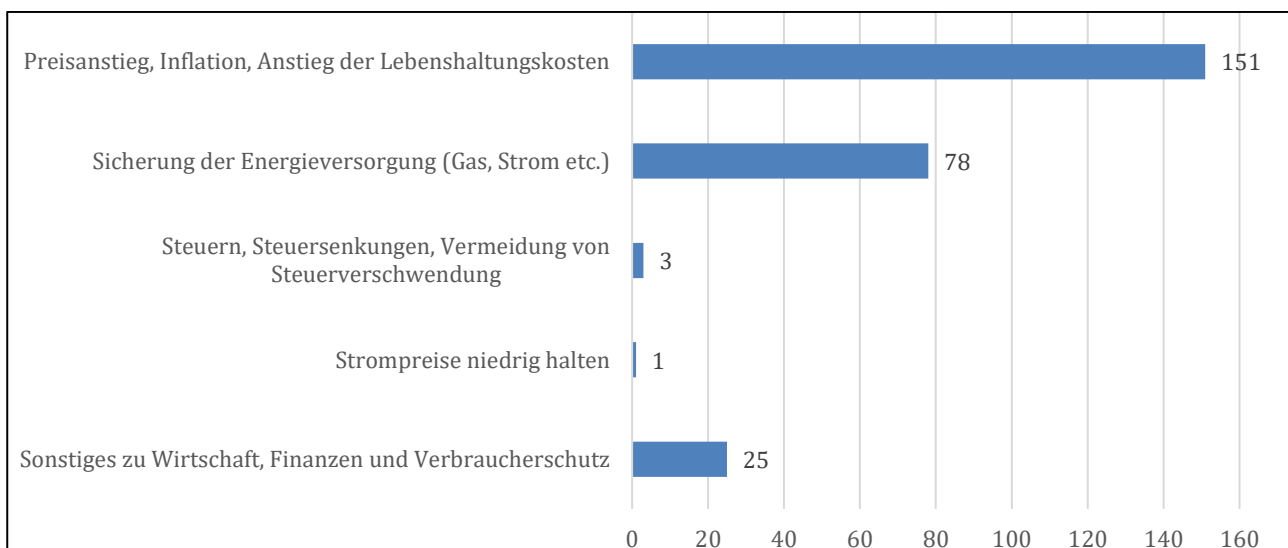
Bei der Betrachtung der wichtigsten politischen Probleme in Deutschland aus Sicht der Sachsen-Anhalter werden leicht andere Schwerpunktsetzungen im Vergleich zum gesamtdeutschen

Trend sichtbar: Die Zahlen des ARD-DeutschlandTREND aus demselben Zeitraum (Januar 2023) zeigen folgende Problemhierarchie in absteigender Reihenfolge auf:⁷⁵ Ukraine-Krieg/russischer Einmarsch/Außenpolitik, Energiepolitik/Energiewende, Umweltschutz/Klimawandel, Inflation/steigende Preise/Energiepreise, Zuwanderung/Flucht, soziale Ungerechtigkeit/Armut/Hartz IV, Rente/Alterssicherung, Wirtschaft, Gesundheitswesen, Politik/Verwaltung/Abgehobenheit/Politikverdrossenheit. Der direkte Vergleich mit den Daten des SAM 2023 verdeutlicht, dass Wirtschaftsthemen rund um Preisanstieg und Inflation sowie der Themenkomplex Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung in Sachsen-Anhalt etwas mehr im Fokus stehen und dafür beispielsweise umweltpolitische Themen im ARD-DeutschlandTREND häufiger genannt werden. Die Bandbreite an Themen hingegen ähnelt sich bei beiden Befragungen.

Die einzelnen Hauptkategorien aus der SAM-Frage sollen im Folgenden unter Hinzunahme der Unterkategorien aufgeschlüsselt und detailliert erläutert werden.

Innerhalb der häufigsten Hauptkategorie Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz sprechen 151 Sachsen-Anhalter vom wichtigsten politischen Problem in Sachsen-Anhalt im Zusammenhang mit Preisanstieg, Inflation und dem Anstieg der Lebenshaltungskosten (vgl. Abb. 61). Es die übrigen Unterkategorien Sicherung der Energieversorgung (n = 78), der Themenkomplex Steuern (n= 3), Strompreise (n = 1) und Sonstiges (n = 25). Die Rangliste der Unterkategorien folgt hier bei Deutschland demselben Muster wie bei der Beantwortung der offenen Frage für Sachsen-Anhalt.

Abb. 61 Unterkategorien der Hauptkategorie Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



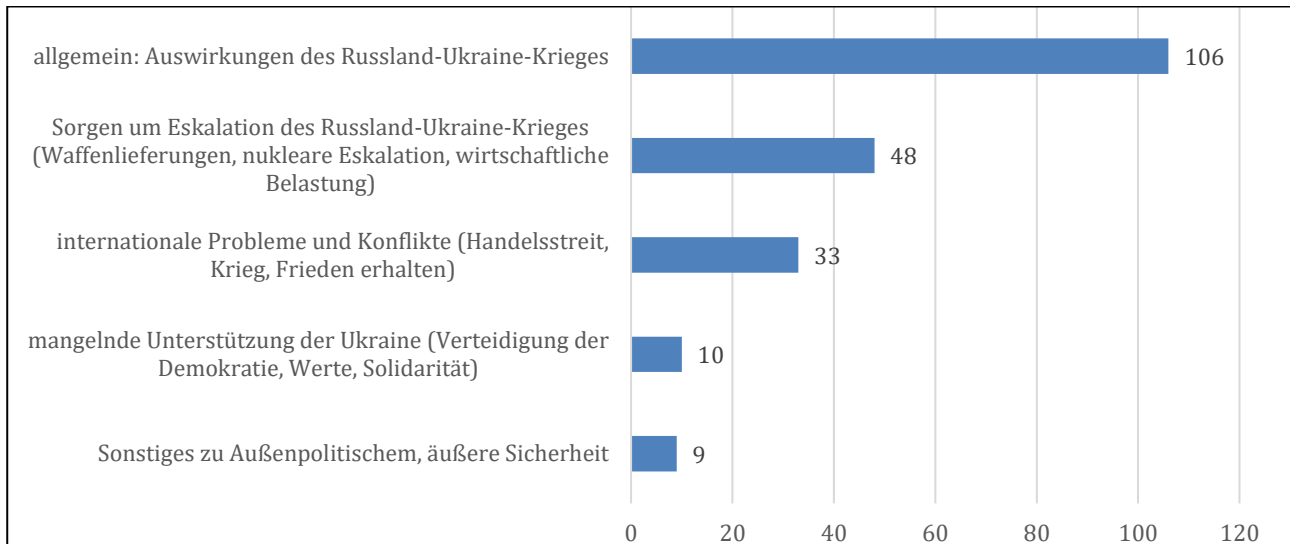
Quelle: eigene Darstellung

Die Hauptkategorie Außenpolitisches, äußere Sicherheit unterteilt sich in fünf Unterkategorien: allgemeine Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges (n = 106), Sorgen um eine Eskala-

⁷⁵ Vgl. ARD-DeutschlandTREND (2023): ARD-DeutschlandTREND Januar 2023, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/januar/>, zugegriffen am 28.05.2023.

lation des Russland-Ukraine-Krieges (n = 48), internationale Probleme und Konflikte (Handelsstreitigkeiten, Kriege etc.) (n = 33), mangelnde Unterstützung der Ukraine (n = 10) und Sonstiges (n = 9) (vgl. Abb. 62).

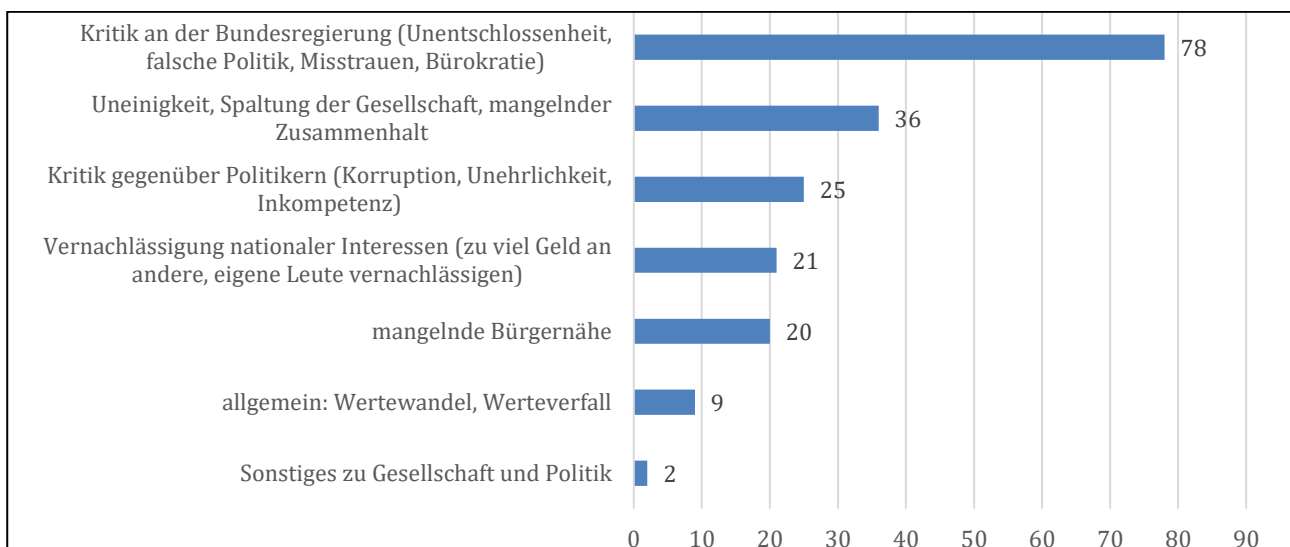
Abb. 62 Unterkategorien der Hauptkategorie Außenpolitisches und äußere Sicherheit (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Beim dritthäufig genannten Themenkomplex Gesellschaft und Politik nennen in absteigender Reihenfolge 78 Befragte das Thema Kritik an der Bundesregierung (Unentschlossenheit, falsche Politik, Misstrauen, Bürokratie), 36 die Probleme Uneinigkeit, Spaltung der Gesellschaft und mangelnden Zusammenhalt, 21 die Vernachlässigung nationaler Interessen, 20 mangelnde Bürgernähe, 9 Wertewandel und Werteverfall und zwei Befragte vertreten Einzelaussagen, die unter „Sonstiges“ gesammelt wurden (vgl. Abb. 63).

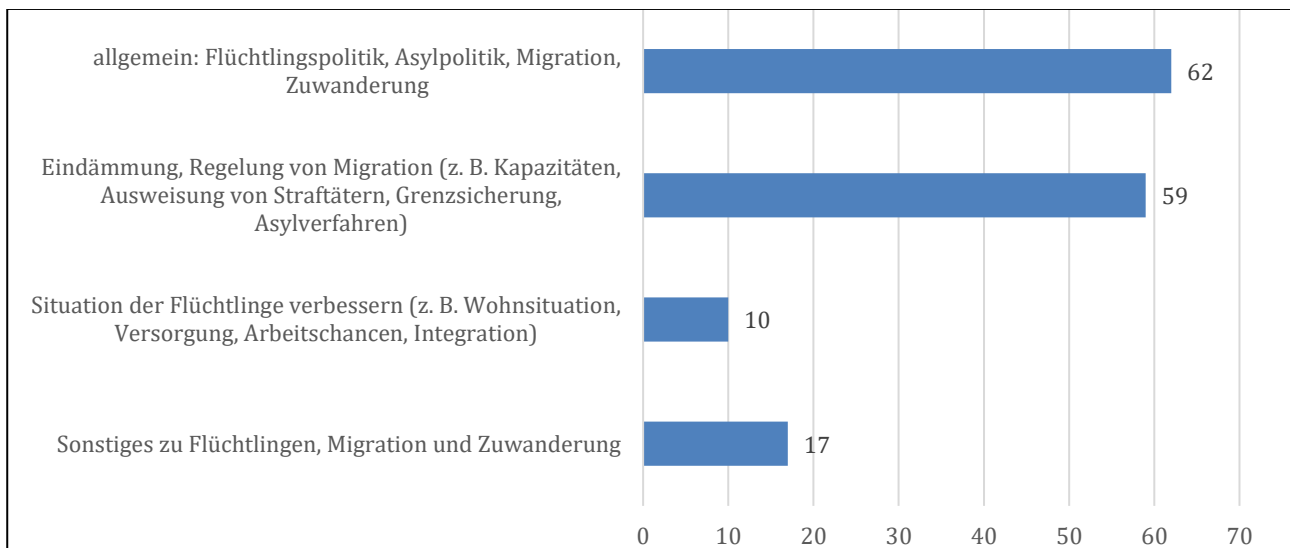
Abb. 63 Unterkategorien der Hauptkategorie Gesellschaft und Politik (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Am vierthäufigsten wird der Themenkomplex Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung genannt (vgl. Abb. 64). Dieser umfasst die Unterkategorien Flüchtlingspolitik, Asylpolitik, Migration und Zuwanderung (n = 62), Eindämmung, Regelung von Migration (n = 59), Verbesserung der Situation der Flüchtlinge (n = 10) sowie 17 Einzelaussagen unter „Sonstiges“ (vgl. ebd.). Die Hierarchie der Unterkategorien folgt dem gleichen Muster wie bei der offenen Frage zum wichtigsten politischen Problem in Sachsen-Anhalt.

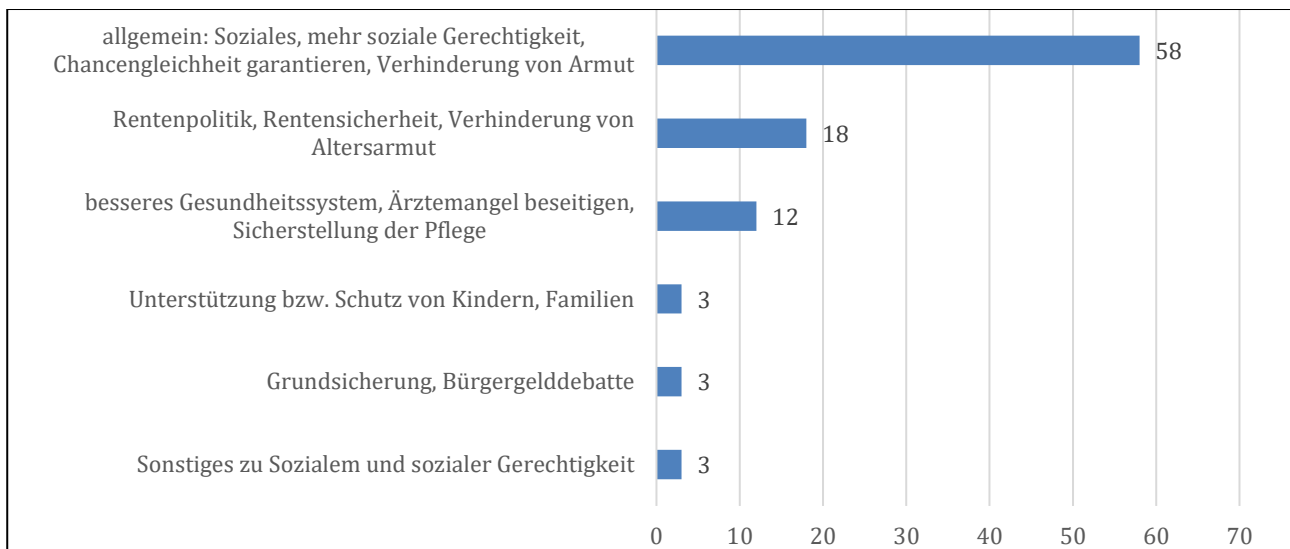
Abb. 64 Unterkategorien der Hauptkategorie Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Nachfolgend wird die Hauptkategorie Soziales und soziale Gerechtigkeit aufgeschlüsselt (vgl. Abb. 65). Hier werden vor allem die mehr soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und die Verhinderung von Armut (n = 58), Rentenpolitik, Rentensicherheit, Verhinderung von Altersarmut (n = 18), Gesundheitssystem, Ärztemangel und Pflege (n = 12) sowie Unterstützung und Schutz von Kindern und Familien (n = 3) und Grundsicherung und Bürgergelddebatte (n = 3) und 3 Einzelaussagen, zusammengefasst unter „Sonstiges“ angesprochen.

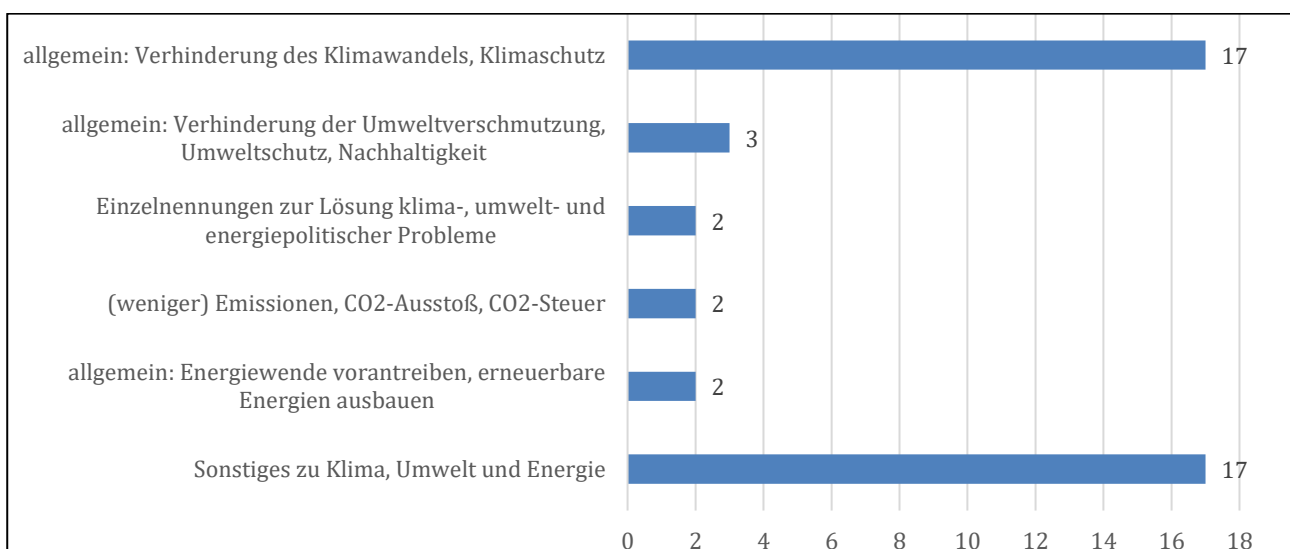
Abb. 65 Unterkategorien der Hauptkategorie Soziales und soziale Gerechtigkeit (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Bei den wichtigsten politischen Problemen in Deutschland nennen die Sachsen-Anhalter auf dem sechsten Rangfolgeplatz das Themengebiet Klima, Umwelt und Energie (vgl. Abb. 66). Hier dominiert das Thema Verhinderung des Klimawandels, Klimaschutz (n = 17). Es folgen mit deutlich weniger Befragten die Themen Verhinderung der Umweltverschmutzung, Nachhaltigkeit (n = 3), Einzelnennungen zur Lösung klima-, umwelt- und energiepolitischer Probleme (n = 2), Emissionen, CO₂-Steuer (n = 2), Energiewende, erneuerbare Energien (n = 2) und „Sonstiges“ (n = 17).

Abb. 66 Unterkategorien der Hauptkategorie Klima, Umwelt und Energie (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)

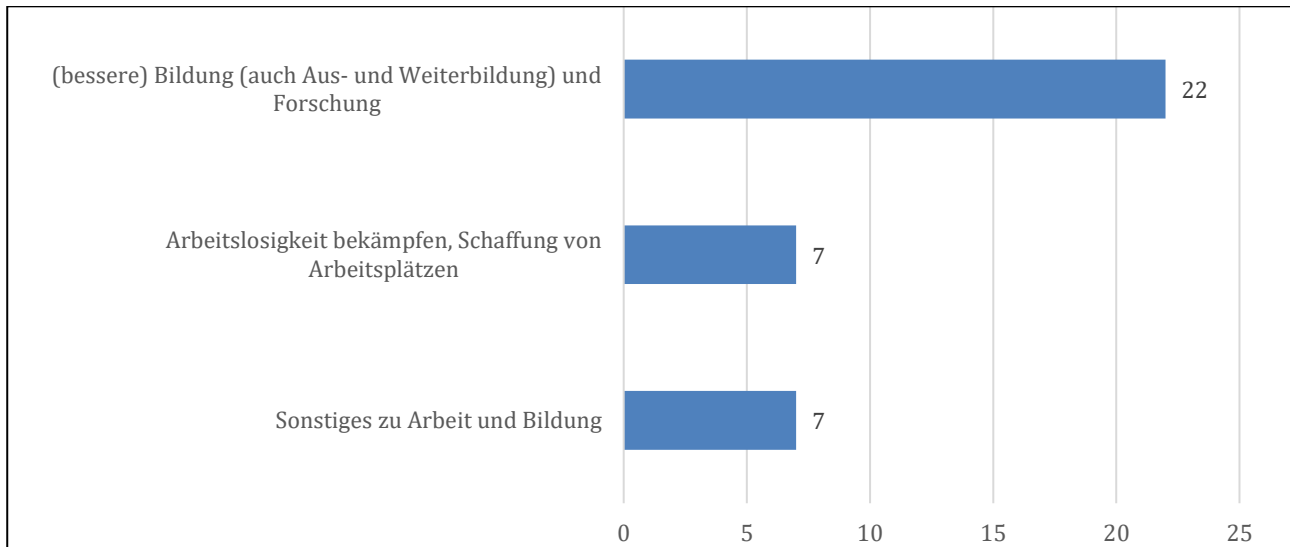


Quelle: eigene Darstellung

Auf dem drittletzten Rangplatz liegt die Hauptkategorie Arbeit und Bildung (vgl. Abb. 67). Ihre Unterkategorien umfassen die Themen Aus- und Weiterbildung sowie Forschung (n = 22), Arbeitslosigkeit bekämpfen, Schaffung von Arbeitsplätzen (n = 7) sowie „Sonstiges“ (n = 7). Bei

der Frage nach den dringendsten Problemen in Sachsen-Anhalt war diese Hauptkategorie noch auf dem zweiten Rangplatz.

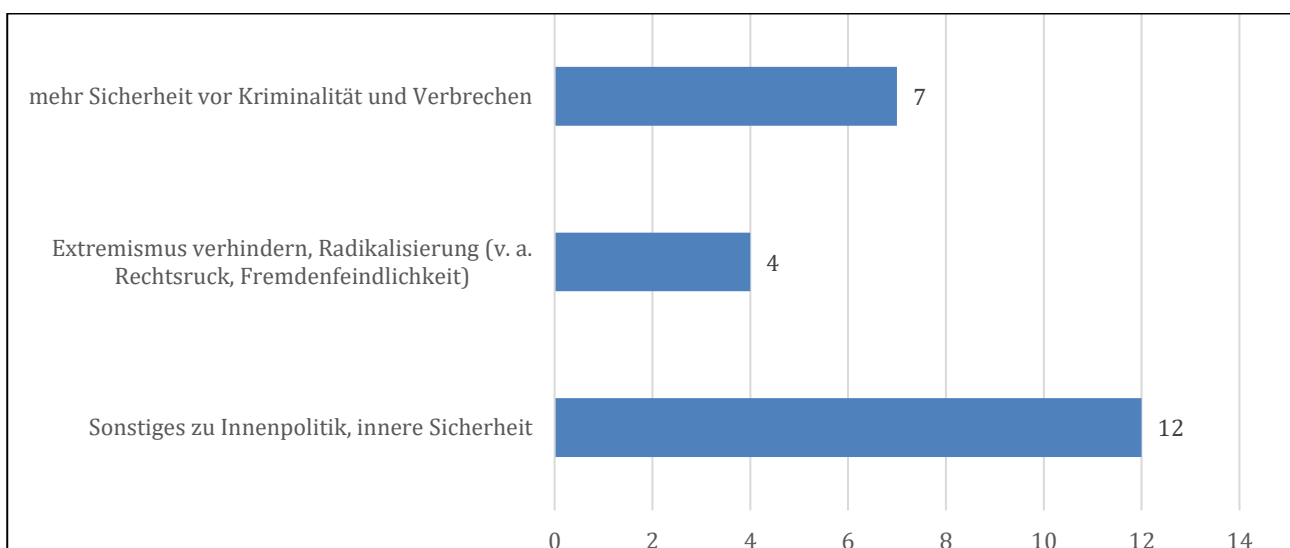
Abb. 67 Unterkategorien der Hauptkategorie Arbeit und Bildung (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Die vorletzte Hauptkategorie für die wichtigsten Probleme in Deutschland besitzt den Titel Innenpolitisches und innere Sicherheit (vgl. Abb. 68). Hier dominieren folgende problem- bzw. themenspezifische Aussagen: mehr Sicherheit vor Kriminalität und Verbrechen (n = 7), Extremismus verhindern, Radikalisierung (n = 4) und sonstige Einzelaussagen (n = 12).

Abb. 68 Unterkategorien der Hauptkategorie Innenpolitisches und innere Sicherheit (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)

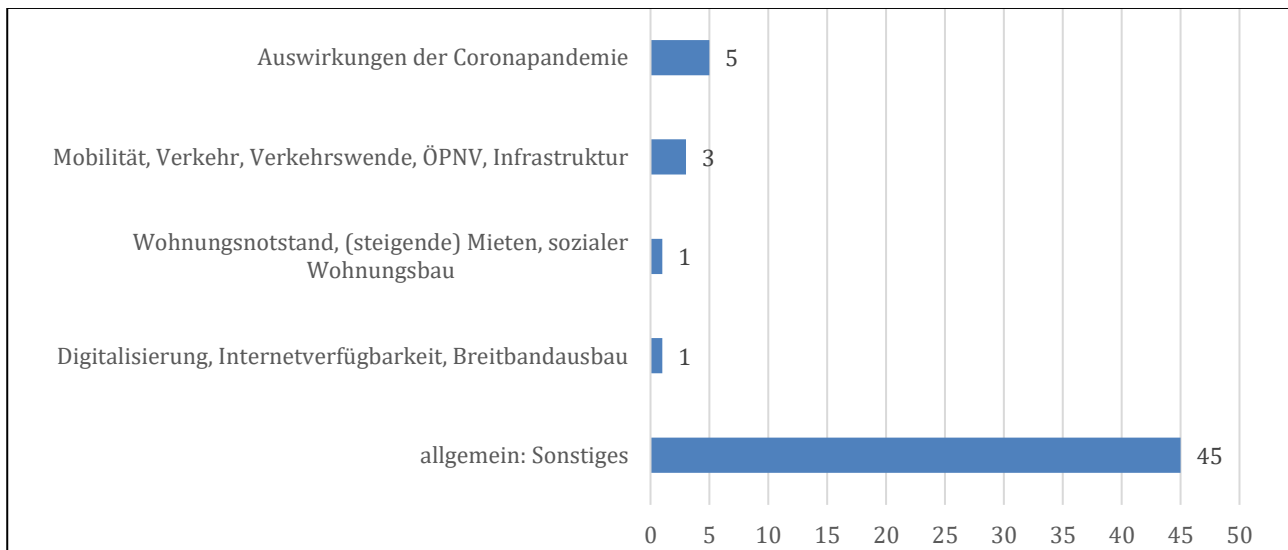


Quelle: eigene Darstellung

Die letzte Hauptkategorie Sonstiges nimmt alle Befragten auf, deren Aussagen keiner der oben genannten Kategorien und Themengebieten zugeordnet werden konnten und größtenteils Einzelaussagen darstellen (vgl. Abb. 69). Innerhalb dieser Hauptkategorie stammen die meisten

Nennungen aus dem Themenkomplex der Auswirkungen der Coronapandemie (n = 5). Die Aussagen von drei weiteren Befragten werden der Unterkategorie Mobilität, Verkehr und Verkehrswende zugeordnet. Besonders diese Unterkategorie ist bei den wichtigsten Problemen Sachsens-Anhalts deutlich stärker vertreten. Wohnungsnotstand, steigende Mieten sowie der Themenkomplex Digitalisierung und Breitbandausbau erhalten nur jeweils Erwähnungen eines Befragten (vgl. Abb. 69). Der Rest der Aussagen konnte keiner Kategorie zugeordnet werden und wird daher der Unterkategorie „allgemein: Sonstiges“ zugeteilt.

Abb. 69 Unterkategorien der Hauptkategorie Sonstiges (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)



Quelle: eigene Darstellung

Aufgrund der teilweise geringen Fallzahl in den einzelnen, gebildeten Antwortkategorien werden im Folgenden nur die ersten fünf Hauptkategorien nach soziodemographischen Unterschieden verglichen (vgl. Tab. 32).

Die soziodemografische Verteilung der Antworthäufigkeiten bei den fünf meistgenannten wichtigsten Problemen bestätigt erneut den Effekt lebenszyklischer Interessenlagen (vgl. ebd.). Altersunterschiede lassen sich dahingehend feststellen, dass jüngere Befragte häufiger den Themen- und Problemkomplex Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz ansprechen, während über 66-Jährige häufiger Aussagen aus dem Themengebiet Außenpolitisches, äußere Sicherheit nennen. Diese Verteilung lässt sich auch zwischen Erwerbstätigen und in Rente befindlichen Befragten beobachten (vgl. ebd.). Geschlechterunterschiede zeigen sich vor allem bei den Themen Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz sowie Außenpolitisches und äußere Sicherheit, welche häufiger von Frauen angesprochen werden, wohingegen die Themen Gesellschaft und Politik, sowie Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung etwas häufiger von Männern erwähnt werden.

Tab. 32 Die fünf wichtigsten politischen Probleme in Deutschland nach Altersgruppen, Geschlecht, Erwerbstätigkeit (Anzahl Befragte, Mehrfachnennung möglich)

Wichtigste politische Probleme in Deutschland	Wirtschaft, Finanzen, Verbraucherschutz	Außenpolitisches, äußere Sicherheit	Gesellschaft und Politik	Flüchtlinge, Migration, Zuwanderung	Soziales und soziale Gerechtigkeit
Anzahl der Befragten in der Hauptkategorie insgesamt	239	205	188	147	94
Alter in Jahren					
18-29 Jahre	24	6	18	5	6
30-39 Jahre	38	10	26	24	13
40-49 Jahre	46	13	20	33	16
50-65 Jahre	61	56	38	50	32
66+ Jahre	69	120	85	35	28
Geschlecht					
männlich	98	91	99	82	48
weiblich	141	114	89	65	46
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig (voll / teilweise)	134	66	82	86	54
Schule / Ausbildung / Studium**	5	1	5	2	2
in Rente	82	133	87	51	35
arbeitslos**	6	1	7	6	0

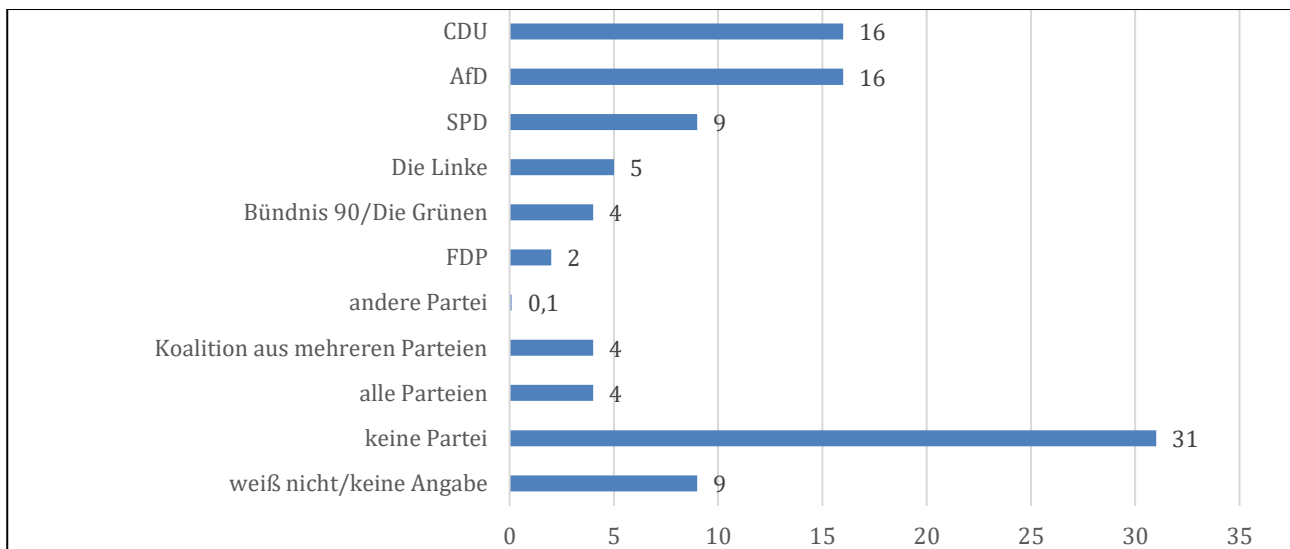
Abweichungen zur Gesamtanzahl der Befragten = rundungsbedingt/gewichtungsbedingt/nicht gezeigte Antwortkategorien

** Sehr geringe Fallzahl bzw. keine Fälle in der Stichprobe.

10.2.1 Den Parteien zugeschriebene Lösungskompetenz

Die Antworten auf die Frage, welche Partei am besten geeignet sei, „das wichtigste Problem zu lösen“, bestätigen sich die den Parteien traditionell zugeschriebene Stärken und Schwächen. Aus sich der Sachsen-Anhalter wird auf Deutschland bezogen der CDU und der AfD eine gleichgroße allgemeine, d. h. sämtliche von Befragten genannte Probleme bündelnde Lösungskompetenz zugeschrieben (vgl. Abb. 70). Dahinter folgen die SPD, die Linkspartei, die Grünen und die FDP. Verschiedene Koalitionsmodelle werden eher seltener genannt. „Keiner Partei“ trauen gut ein Drittel (31 Prozent) der Befragten die Fähigkeit zu, das erstrangige Problem zu lösen. 9 Prozent der Befragten, die sich zur Lösungskompetenz der Parteien äußerten, wollten keine Angabe machen (vgl. ebd.).

Abb. 70 Gebündelte Lösungskompetenz bezogen auf das wichtigste politische Problem in Sachsen-Anhalt nach Parteien (Anzahl der Nennungen in Prozent)



Quelle: eigene Darstellung

Die themenspezifische Lösungskompetenz einzelner Parteien für die fünf meistgenannten Probleme in Deutschland liegt beim Thema Wirtschaft, Finanzen und Verbraucherschutz in erster Linie bei der CDU; anschließend wird von den Befragten „keine Partei“ am zweithäufigsten genannt; dahinter folgt die SPD. Beim Thema Außenpolitisches und äußere Sicherheit gehen die Sachsen-Anhalter in erster Linie von der größten Lösungskompetenz bei der CDU aus; dahinter folgen die Aussage „keine Partei“ und die AfD. Zum Themenkomplex Gesellschaft und Politik weisen die Befragten erneut der CDU die größte, „keiner Partei“ die zweitgrößte und ebenfalls der AfD die drittgrößte Kompetenz zu. Bezogen auf Themengebiet Flüchtlinge, Migration und Zuwanderung sprechen sich die Befragten am meisten für die AfD, die CDU und „keine Partei“ aus. Der Problem- und Themenkomplex Soziales und soziale Gerechtigkeit wird demnach von „keiner Partei“ am kompetentesten bedient werden; als zweithäufigstes wird hier die SPD, als dritthäufigstes die CDU genannt.

Die von den Befragten genannten Koalitionsmodelle verfügen über so geringe Fallzahlen, dass sie hier im Gegensatz zu vorherigen SAM nicht detailliert erläutert werden.

Wie schon in den letzten Erhebungen, sind generelle Zweifel an der Lösungskompetenz *aller* Parteien mithin weit verbreitet.

11 Einstellungskomplex politischer Extremismus

11.1 Begriffsklärung

Das folgende Kapitel behandelt verschiedene Formen extremistischer Einstellungsmuster. Angelehnt an die letzten Monitore werden grundsätzliche Systemgegnerschaft und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in ihren gegenwärtigen verschiedenen Facetten und deren Einflussfaktoren in Sachsen-Anhalt aufgezeigt.

Extremismus wird öffentlich teilweise als politischer Kampfbegriff lanciert. Das erschwert seine Verwendung als methodische Kategorie. Aus wissenschaftlicher Sicht werden unter dem Extremismus-Begriff Ideologien bzw. Gesinnungen subsumiert, die auf einer operationalisierten politischen Einstellungs-Skala (z. B. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechts- und Linksextremismus, Links-Rechtsskala, u. a.) innerhalb des abgefragten Spektrums die „Extremwerte“, in dem Fall also die äußeren Pole, besetzen.⁷⁶ Politischer Extremismus ist, dem Politikforscher Hans-Gerd Raschke zufolge,

„eine mehr oder weniger stark ausgeprägte pathologische Komponente moderner demokratischer Gesellschaften“ und scheine „eine normale Begleiterscheinung entwickelter Demokratien zu sein“.⁷⁷

Einer anderen politikwissenschaftlichen Definition nach bedeutet Extremismus „die prinzipielle, unversöhnliche Gegnerschaft gegenüber Ordnungen, Regeln und Normen des demokratischen Verfassungsstaates sowie die fundamentale Ablehnung der mit ihm verbundenen gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten“.⁷⁸ Die Loyalität zur bundesdeutschen Verfassungsordnung verlangt im Übrigen nicht zwingend auch ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft. Denn: „Ein bestimmtes Wirtschaftssystem ist durch das Grundgesetz nicht gewährleistet.“⁷⁹

Beobachten lässt sich in der Realität eine breite Auffächerung von Spielarten von Extremismus, die sich teilweise, wie der militante Islamismus, einer Einordnung auf der eindimensionalen Links-Rechts-Skala entziehen. Extremistische Websites zeigen, so beobachtete Jaschke schon vor Jahren, „eine überraschende Vielfalt: Neben Rechts- und Linksextremismus finden sich dort teilweise militante Tierschützer, Schwulenhasser, Abtreibungsgegner, religiöse Kulte, Waffenfetischisten und diverse Variationen von *hate crime*.“⁸⁰

In der Literatur wird häufig *Gewaltbereitschaft* bzw. das Gutheißen von Gewaltanwendung zum Austragen politischer Konflikte dem politischen Extremismus als ein kennzeichnendes

⁷⁶ Vgl. Holtmann (Hrsg.) (1994): Politiklexikon, München/Wien, S. 165.

⁷⁷ Vgl. Jaschke/H.-G. (2007): Politischer Extremismus, in: Politische Bildung Band 621, Bonn, S. 12, 9.

⁷⁸ Vgl. Schubert, K./Klein, Martina (2006): Das Politiklexikon, in: Politische Bildung Band 1174, 5. Auflage, Bonn S. 106.

⁷⁹ So das Bundesverfassungsgericht schon 1954, vgl. BVerfGE 4, S. 11.

⁸⁰ Vgl. Jaschke/H.-G. (2007): Politischer Extremismus, in: Politische Bildung Band 621, Bonn, S. 8.

Element zugeordnet.⁸¹ Das Aufrufen zur Anwendung von Gewalt bzw. der Vorsatz zur gewaltsamen Abschaffung der demokratischen Ordnung markiert das Überschreiten einer verfassungspolitischen roten Linie, die laut Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ein Parteienverbot grundsätzlich legitimiert.

„Eine Partei ist nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie die obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung (vgl. BVerfGE 2,1 [12f.]) nicht anerkennt; es muss vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen.“⁸²

11.2 „Regiehinweise“ und methodisches Vorgehen

Politische Extremisten nehmen im demokratischen Rechtsstaat eine Außenseiterposition ein. Das führt in der Regel dazu, dass, wer sich einer extremistischen Szene informell zurechnet, ihr organisatorisch beiträgt oder sich an Gewaltaktionen beteiligt, die Deckung der Anonymität bevorzugt.

Nicht nur für die eindeutige personelle Zuordnung politisch motivierter Kriminalität, sondern auch für die Erhebung des extremistischen Potentials mittels Umfragen und daraus wissenschaftlich abgeleitete Aussagen zu Verhaltenspotentialen, ergeben sich daraus besondere Anforderungen. Dass sich extrem gesinnte Befragte auch in einer anonymisierten Befragung nicht „outen“, ist nicht auszuschließen.

Als Nutzerinformation schalten wir dem nachstehenden Kapitel einen „Regiehinweis“ vor, mit welchem das von uns gewählte methodische Vorgehen in seinen konzeptionellen und operativen Schritten erläutert wird. In einem ersten Schritt nehmen wir eine Klärung für Begriff und inhaltliche Reichweite von Extremismus vor. Sodann überprüft wird anhand der Daten unserer aktuellen Bevölkerungsumfrage, inwieweit Zusammenhänge zwischen dem von uns konstruierten Extremismus-Einstellungs-Komplex einerseits und Einstellungsvariablen wie der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala, der Grundhaltung zur Demokratie oder erklärter Gewaltbereitschaft sowie sozialstruktureller Indikatoren andererseits bestehen. Dieses Vorgehen gibt auch Aufschluss über die gegenwärtige Verteilung der Häufigkeiten auf die beiden äußersten Pole rechts und links. Sodann setzen wir unsere Befunde zu extremistischen Einstellungen in Beziehung zur Kriminalstatistik und zum Täterfeld des Rechts- und Linksextremismus in Sachsen-Anhalt. Anschließend kehren wir zur Einstellungsanalyse zurück und nehmen den Einstellungskomplex Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den Blick, hierbei gilt aus aktuellem Anlass ein besonderes Augenmerk dem Merkmal des Antisemitismus. Anlass für diese Schwerpunktsetzung war der antisemitisch motivierte Anschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) am 9. Oktober 2019. Dabei wollen wir wissen, ob sich in der Bevölkerung die Grundhaltung zum Antisemitismus infolge dieses Anschlages verändert hat oder nicht.

⁸¹ Vgl. Heitmeyer (Hrsg.) (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie, Weinheim/München, S.13; Vgl. Heitmeyer/Schrötle (Hrsg.) (2006): Gewalt. Beschreibungen-Analysen-Prävention, in: Politische Bildung Band 563, Bonn, S. 435 ff.

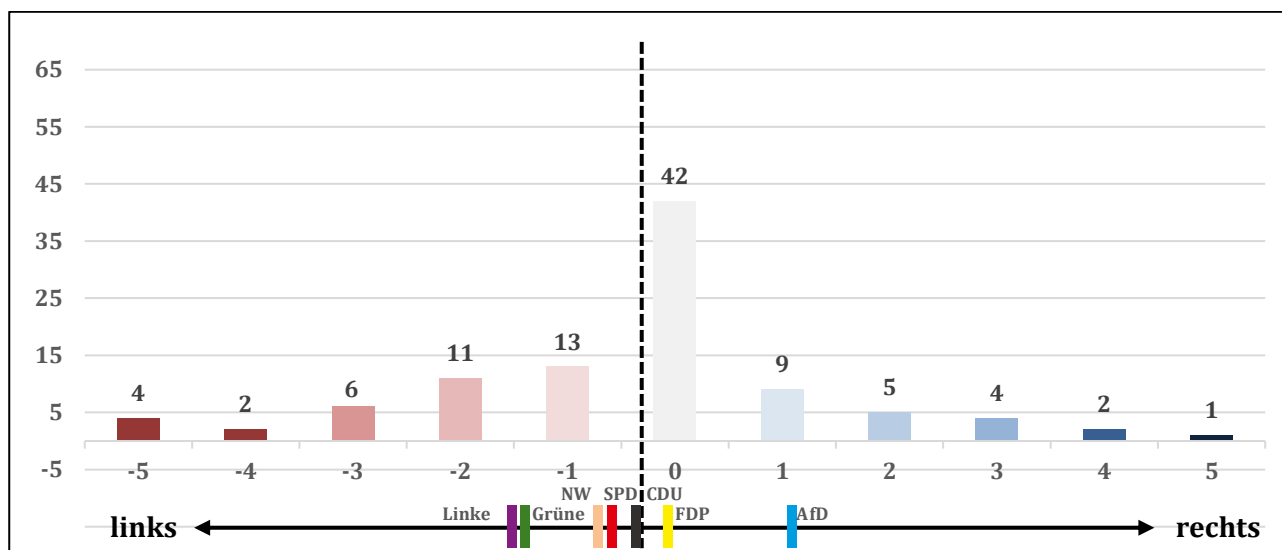
⁸² Vgl. BVerfGE 5, 83.

Teilweise wurden die zur Abfrage der Extremismus-Einstellungen herangezogenen Fragen, in der Forschung validierte Fragebatterien genannt, in Ihrer Sprache und Formulierung leicht angepasst.⁸³ Um die Vergleichbarkeit zu früheren SAM-Daten nicht zu verlieren, wurde bei der Umformulierung darauf geachtet, dass durch die Frageformulierung angestrebte polarisierende Extrempositionen nicht gänzlich verloren gehen, sondern nur durch teilweise moderne oder weniger diskriminierende Formulierungen ersetzt werden.

11.3 Die Messung extremistischer Einstellungen

Im Sachsen-Anhalt-Monitor 2023 werden hauptsächlich Einstellungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit/GMF – einschließlich Einstellungen zu Geflüchteten und Asylsuchenden⁸⁴ – innerhalb des Fragekomplexes zur Extremismusforschung erhoben. Ein bewährtes methodisches Hilfsmittel für die Bildung der Extremismus-Konstrukte ist hier die Links-Rechts-Skala (Abb. 71) und deren Einfluss auf die gemessenen Konstrukte des systemkritischen Extremismus, des GMF-Syndroms und des Antisemitismus.

Abb. 71 Links-Rechts-Selbsteinstufung (Anteile in Prozent und Mittelwert [Partei] auf einer Skala von -5 „sehr links“ bis +5 „sehr rechts“)



Quellen: eigene Darstellung auf Basis des SAM

Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an (-0,33).

Nicht nur die Mehrheit der Sachsen-Anhalter, sondern auch die meisten Deutschen verorten sich politisch vornehmlich in der Mitte (42 Prozent). Differenzierter betrachtet wird erkennbar, dass dabei das Mitte-Links-Spektrum insgesamt stärker besetzt ist als das Mitte-Rechts-Feld. Dies war in den vergangenen Sachsen-Anhalt-Monitoren von 2020 und 2018 ebenso. Das Verteilungsmuster zeigt sich relativ konstant und unterscheidet sich nur leicht von dem vor drei

⁸³ Diese Anpassung betrifft im Fragebogen des SAM 2023 die Frage 31.

⁸⁴ Explizit nicht gemeint waren Ukrainerinnen und Ukrainer bei der Fragestellung zu Frage 31 g) und h). Dies wurde den Befragten durch einen Interviewerhinweis auf Nachfrage mitgeteilt.

Jahren. Anzumerken ist aber, dass die Mitte-Rechts-Position zugenommen hat. Beispielsweise sind Parteianhänger der Linken und der SPD weiter Richtung Mitte gerückt.

Diese Tendenz ist in Ostdeutschland und auch in Sachsen-Anhalt stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Die ‚linksschiefe‘ Verteilungskurve hat sich in den letzten Jahren zu Gunsten der Mitte-Rechts-Ausrichtung verändert.⁸⁵ Dennoch war und ist deutschlandweit seit 1990 im Osten wie im Westen eine leichte, aber kontinuierliche Tendenz zur politischen Mitte-Links-Einordnung feststellbar.⁸⁶ Ob es sich bei der jüngsten Rechtsverschiebung um eine Trendwende handelt oder nur um eine punktuelle Ausnahme, sollte im Rahmen der nächsten Studien genauer betrachtet werden; die oben beschriebene Veränderung ist zumindest innerhalb der letzten 5 Jahre durch die Daten der vorangegangenen Berichte zweifach beobachtet worden.

Kontrolliert nach der Parteipräferenz, dem stärksten Erklärungsfaktor, wird erkennbar, dass allein die AfD eine Anhängerschaft hat, welche sich überhaupt rechts von der Mitte positioniert. Alle anderen Parteianhänger, auch die der CDU, der FDP und der Nichtwähler, verorten sich auf einer gemäßigt linken Mitte-Position. Dabei ordnen sich Anhänger der Linken am deutlichsten und solche der Grünen sichtbar im linken Spektrum ein.

Die politische Aussagekraft der Links-Rechtsskala ist in den Sozialwissenschaften nicht unumstritten.⁸⁷ Mittlerweile wird davon ausgegangen, dass die Orientierungsmarke „links“ i. d. R. eher mit positivem sozialem Wandel, Vielfalt, sozialer Gerechtigkeit und sozialer Gleichheit in Verbindung gebracht wird, während „rechts“ mit konservativen bis autoritären Einstellungsmustern, Erhalt des Status quo, Ungleichwertigkeitsvorstellungen und der Anerkennung sozialer und gesellschaftlicher Differenzierung assoziiert wird.⁸⁸ Das alles gilt nicht gleichermaßen als „Gesinnungsfolie“ für die Besetzung der Extrempole, welche hier mit 4 Prozent (links) und 1 Prozent (rechts) vergleichsweise kleine Gruppenzugehörigkeiten aufweisen (vgl. Abb. 71).

Diese (Selbst-)Einordnung in die Randkategorien allein ist folglich nicht unbesehen gleichbedeutend mit radikalen oder gar extremen inhaltlichen Positionen.⁸⁹ Jedoch zeigt beispielsweise der GMF-Survey einen manifesten Zusammenhang zwischen der Selbsteinordnung in das rechte politische Spektrum und einer höheren Ausprägung des gesamten GMF-Syndroms⁹⁰ und aller seiner Unterkategorien. Dieser Effekt zeigt sich dort bereits bei moderaten Mitte-Rechts-Positionen. Diese und andere Zusammenhänge werden in den nachfolgenden Teilkapiteln noch genauer betrachtet.

Zu den Ergebnissen im Einzelnen: Um potentielle Gewaltbereitschaft zu messen, wurden die Sachsen-Anhalter gefragt, ob sie der Ansicht seien, dass es bestimmte Konflikte in einer demokratischen Gesellschaft gibt, für deren Lösung Gewalt unerlässlich ist (Abb. 72).

⁸⁵ Vgl. Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K. (2018): Sachsen-Anhalt-Monitor 2018, S. 86 ff.

⁸⁶ Vgl. Gabriel, O. W./Holtmann, E./Jaeck, T./Leidecker, M./Maier, J. (2015): Deutschland 25, Zeitbilder Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S.103 ff.

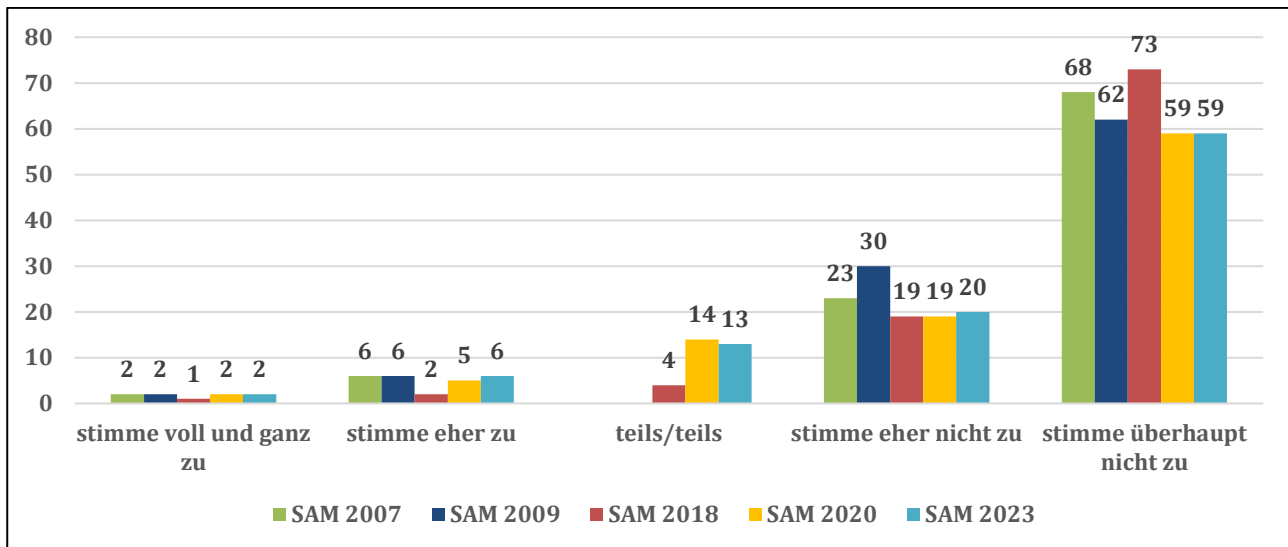
⁸⁷ Vgl. Stöss, R. (2010): Rechtsextremismus im Wandel, Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 17.

⁸⁸ Vgl. Gabriel, O. W./Neller, K. (2010): Bürger und Politik in Deutschland, in: Gabriel/Plasser (Hrsg.), Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa, Baden-Baden: Nomos, 57-146, S. 125.

⁸⁹ Vgl. ebd.

⁹⁰ Zick et al. (2019): Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn, Dietz, S.94.

Abb. 72 Gewalt als Instrument der Konfliktlösung (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

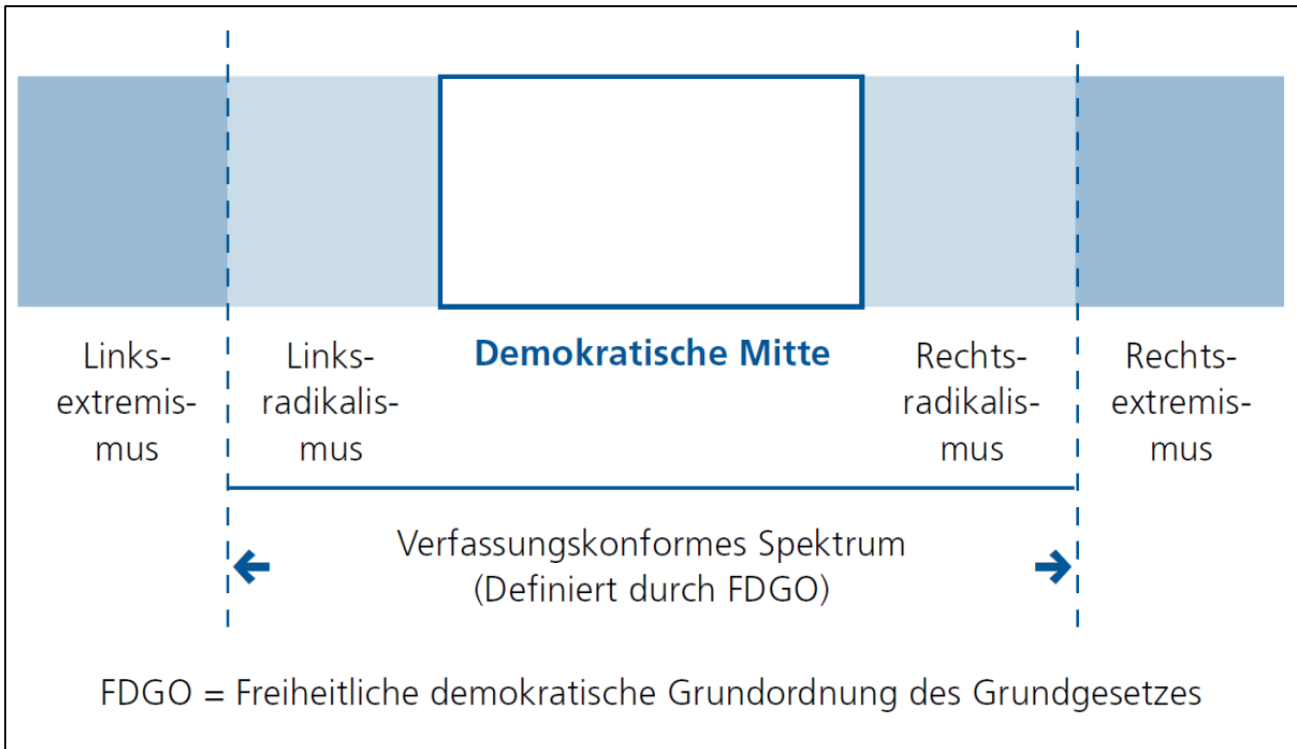
Die Abbildung zeigt, dass diese Affinität für Gewalt nach wie vor nur von einem marginalen Teil der Bevölkerung geteilt wird (8 Prozent). Allerdings kann, über die Zeit seit 2007 betrachtet, seit einigen Jahren nicht mehr von einer rückläufigen Tendenz gesprochen werden. Die entschiedene und gemäßigte Zustimmung ist in den letzten fünf Jahren leicht angestiegen und erreichen in etwa das Niveau der Werte von 2007. Die noch 2018 nachweisbare nahezu geschlossene generelle Ablehnung von Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung ist bis 2020 um fast 15 Prozentpunkte zurückgegangen und verharrt seitdem auf diesem Niveau (vgl. ebd.). Dafür ist der Anteil der Unentschiedenen zwischen 2018 und 2020 deutlich angestiegen und liegt aktuell bei 13 Prozent (-1 Prozentpunkt) stark an – was letztlich bedeutet, dass 2020 fast jeder Vierte unter bestimmten Umständen Gewalt für die Lösung einzelner Konflikte in einer Demokratie als angemessen erachtet. Damit liegen die ablehnenden Einstellungen unter den Werten des Ausgangsjahres 2007. Dass sich in Teilen der Gesellschaft die Hemmschwelle, gewalttätig im öffentlichen Raum zu agieren, in letzter Zeit tatsächlich abgesenkt hat, wird bundesweit bei systemfeindlichen bzw. antidemokratischen Protestauftritten demonstriert.

Setzt man politisch linke und rechte Positionen ins Verhältnis zur Gewaltbereitschaft, ergibt sich mathematisch ein leicht positiver linearer Zusammenhang zwischen der politischen Selbstverortung im rechten Spektrum und der Akzeptanz von Gewalt. Je weiter sich eine Person also dem rechten politischen Spektrum zuordnet, desto eher steigt die Gewaltbereitschaft, bei der gesellschaftlichen Konfliktaustragung. Insgesamt sind die Fallzahlen an den politischen Rändern aber sehr gering.⁹¹

⁹¹ Die Fallzahl dieser Gruppen liegt in einem methodischen Grenzbereich, sodass Ergebnisse hier nur unter Vorbehalt interpretiert werden können. Die geringe Fallzahl an sich ist allerdings auch ein Faktum. Zum einen ist die Verbreitung gewaltaffiner Einstellungen so gering, dass sie mit quantitativen empirischen Methoden ohne sehr hohe Gesamtfallzahlen nur schwer messbar sind. Zum anderen sind Personen mit diesen Einstellungsmustern schwer mittels Umfragen zu erreichen (siehe Einführung zum Kapitel). Hinzu kommen, trotz der

Nochmals zurück zur Begrifflichkeit. Im Verständnis der Verfassungsschutzbehörden wird Extremismus als ein verfassungswidriges Einstellungs- bzw. Verhaltensmuster, wie in nachstehender Abbildung sichtbar, systematisch eingeordnet.

Abb. 73 Extremismus-Modell des Verfassungsschutzes nach Stöss



Quelle: Stöss (2010), S. 14

Als extremistisch gelten und werden seitens des Verfassungsschutzes beobachtet solche

„Bestrebungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben.“⁹²

Im Sachsen-Anhalt-Monitor wird die extremistische Komponente, die zwischen radikaler Systemkritik und erklärter Systemfeindschaft oszilliert, 2023 über 4 Variablen⁹³ gemessen, bei welchen vorliegende Analysen ergeben haben, dass sich jene zwar nicht a priori klar dem rechten oder dem linken politischen Spektrum zuordnen lassen⁹⁴, dass ein verbindendes Element

Zusicherung von Anonymität, noch Effekte sozialer Erwünschtheit, die das Antwortverhalten beeinflussen können.

⁹² Vgl. Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) § 3 ‚Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden‘: Satz 1.

⁹³ 2018 wurden drei Variablen zur Messung herangezogen. Ab 2020 wurde die Messung um die Variable „Diktatur als alternative Staatsform in der Not“ (Frage 28 i)) erweitert.

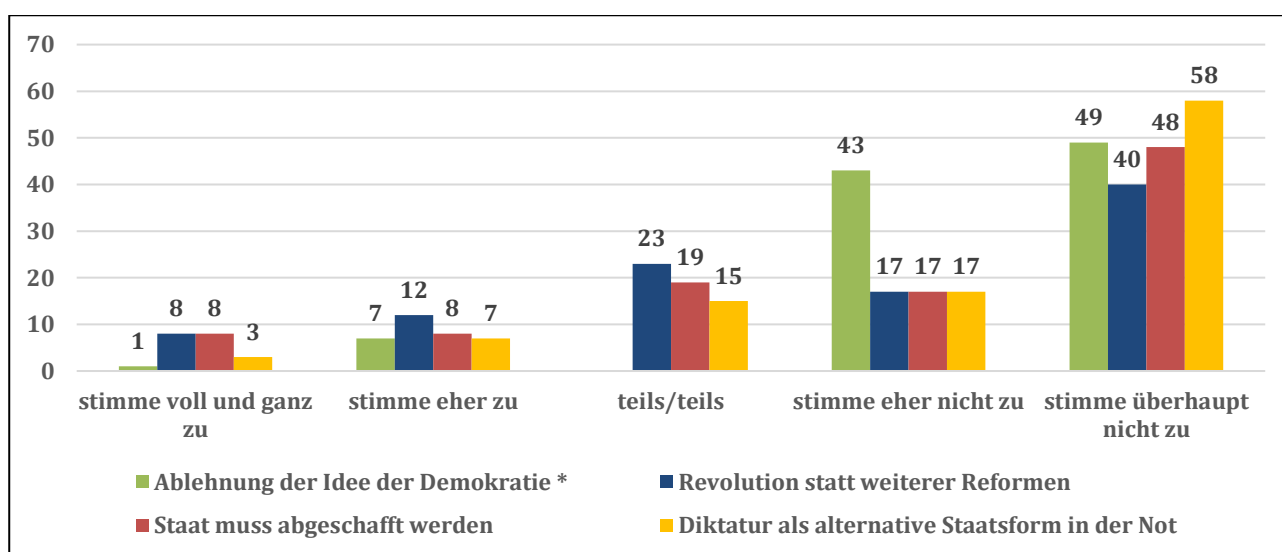
⁹⁴ In einer Studie der FU Berlin zum Linksextremismus vom Juli 2016 (vgl. Deutz-Schroeder, M./Schroeder, K. (2016): Linksextreme Einstellungen und Feindbilder, Berlin, S. 14) wurde diese Dimension als „Demokratiefeindlichkeit“ bezeichnet. Eine Dimension, die sowohl am rechten als auch linken Rand Zustimmung generiert.

dieser Variablen aber die grundsätzliche Gegnerschaft zum demokratischen politischen System der Bundesrepublik ist.⁹⁵ Die vier Variablen sind:

- (1) Ablehnung der Idee der Demokratie,
- (2) Befürwortung einer Diktatur in der Not,
- (3) Revolution statt weiterer Reformen,
- (4) Staat als Unterdrückungsinstrument, das abgeschafft gehört.

Mit Hilfe dieser Variablen wurde dieses Einstellungskonstrukt gesondert untersucht. Die Verteilung der Antworten ist in der folgenden Abbildung sichtbar (vgl. Abb. 74). Dabei zeigt sich die gleiche statistisch linksschiefe Verteilung wie schon bei der Gewaltbereitschaft (Abb. 72).

Abb. 74 Systemkritische und systemfeindliche Einstellungen (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Viererskala

Wie schon bei der potentiellen Gewaltbereitschaft, werden die systemkritischen bzw. systemfeindlichen Einstellungen nur von einem sehr geringen Anteil der Bevölkerung mitgetragen. Gerade einmal 1 Prozent (-1 Prozentpunkt) lehnen die Idee der Demokratie grundsätzlich ab. Jeweils etwa 8 (+3 Prozentpunkte) bzw. 8 (+2 Prozentpunkte) Prozent plädieren entschieden für eine Revolution anstelle weiterer Reformen und für eine Abschaffung des Staates als Instrument der Unterdrückung (vgl. Abb. 74). Drei Prozent (-1 Prozentpunkt) würden eine Diktatur in Zeiten der der Not befürworten. Diese Zustimmungsraten sind in den letzten drei Jahren also leicht angestiegen, während die Ablehnungsraten auf der anderen Seite z. T. leicht zurückgegangen sind. D.h. die ablehnende Haltung gegenüber systemkritischen bzw. systemfeindlichen Einstellungen wurde leicht aufgeweicht.

⁹⁵ Dieses verbindende Element formuliert Eckhard Jesse (2018) in Rahmen eines Workshops folgendermaßen: „Jeder Rechtsextremist ist ein Antidemokrat. Aber nicht jeder Antidemokrat ist [automatisch] ein Rechtsextremist“ [Ergänzung durch Autor]. Vgl. Geiges, L. (2018): Demokratie-Dialog 2-18, Göttinger Institut für Demokratieforschung, S. 18.

Mit der gesonderten Betrachtung des Extremismus nehmen wir in Teilen Ansichten der Extremismus-Theorie auf. Diese definiert Extremismus als eine strikte Ablehnung (der Regeln und Normen) des demokratischen Verfassungsstaates⁹⁶ und ordnet diese nicht ausschließlich einem rechten oder linken politischen Spektrum zu.

11.4 Determinanten eines systematischen Extremismus

Die vier identifizierten Indikatoren wurden zu einer Mittelwertskala „systemkritischer Extremismus“ zusammengefasst (vgl. Abb. 75). Diese Skala deckt wie die anderen Skalen im Monitor eine theoretische Spannweite von -2 bis +2 ab. Hier entspricht der Pol -2 einer sehr schwachen Ausprägung von systemkritischem Extremismus. Der Pol +2 stünde für die entsprechend diametrale Gegenposition. Die Ausprägungen der Zusammenhangsmaße können den folgenden Abbildungen entnommen werden (vgl. Abb. 75, Abb. 76).

Der Mittelwert dieser Extremismus-Skala liegt für Sachsen-Anhalt bei etwa -1,1, nähert sich also im Dreijahresvergleich um ca. 0,1 Skalenpunkte dem kritischeren negativen Pol an und pendelt damit im Fünfjahresvergleich wieder leicht zurück. Das heißt, insgesamt finden wir in Sachsen-Anhalt gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor nur ein eher randständiges Extremismuspotential vor, welches die Legitimation von Staatlichkeit und das demokratische politische System grundsätzlich in Frage stellt. Im Vergleich zu 2020 blieb die Wirkungskraft der gemessenen Einflussfaktoren oftmals nahezu unverändert.

Im Schatten der im Land ganz überwiegend positiven Grundhaltung zur demokratischen Ordnung finden wir, wie die nachfolgende Abbildung (vgl. ebd.) veranschaulicht, systemkritische Einstellungen vor allem unter Personen, die den Institutionen wenig Vertrauen entgegenbringen und mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind sowie unter Kritikern der existierenden demokratischen Verfassungsordnung. Aufgeschlüsselt nach der Parteipräferenz sind vor allem Anhänger der AfD weniger systemkonform als der Durchschnitt aller Befragten. Der Abstand bei der Systemfrage hat sich zwischen den Anhängern etablierter Parteien und denen der AfD seit 2020 nur leicht verändert. Mit deutlichem Abstand verorteten sich Anhänger von CDU, SPD, der Linken und vor allem Anhänger der Grünen überdurchschnittlich oft als systemtragend (vgl. ebd.). Bemerkenswert ist auch, dass sich die Nichtwähler wieder deutlich dem Bevölkerungsdurchschnitt in Sachsen-Anhalt in der Frage der systemkritischen Einstellung angenähert haben.

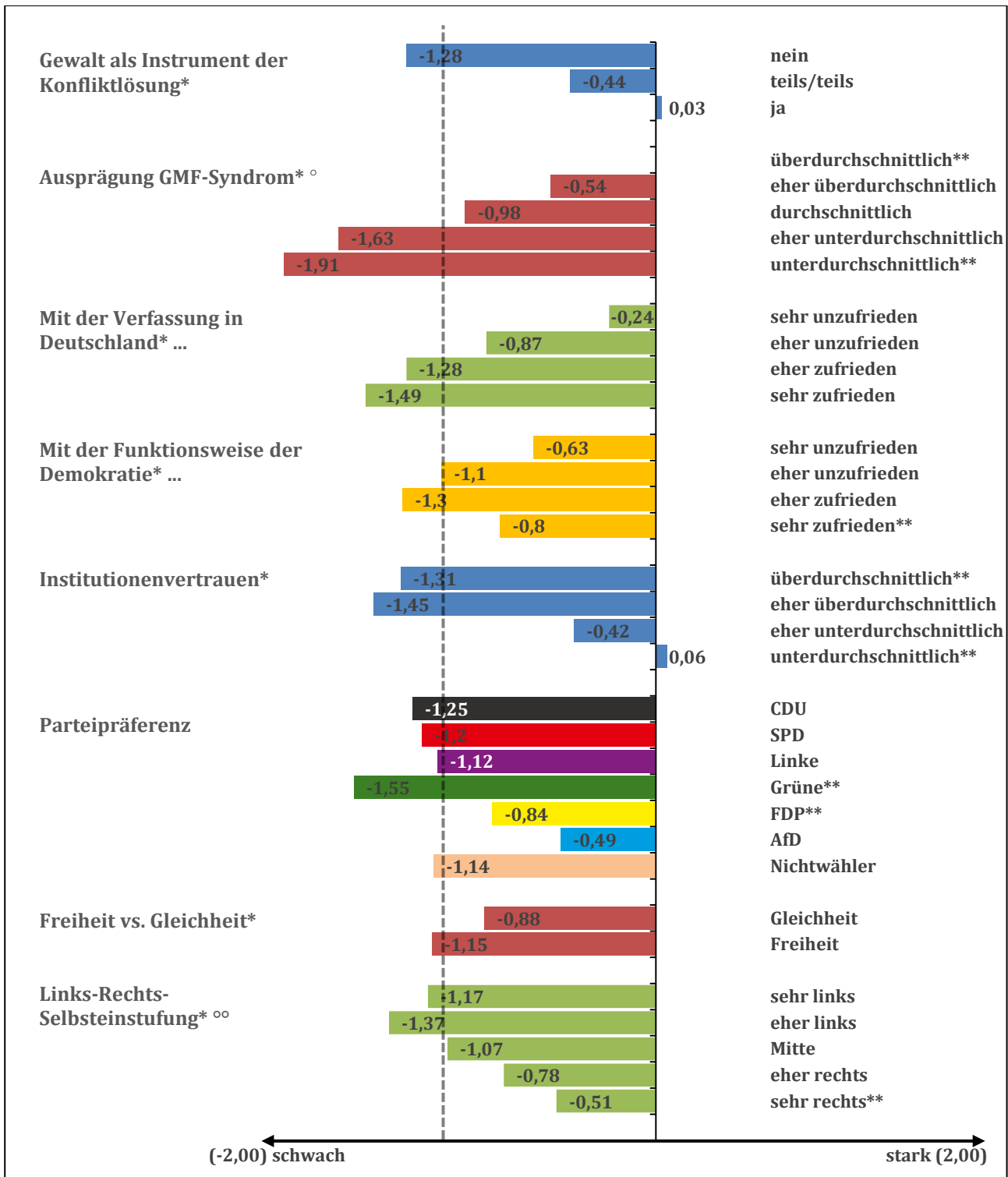
Nachdem wir die obige vierdimensionale Extremismusform zunächst losgelöst von dem linken und rechten Einstellungsspektrum untersucht haben, wird im nächsten Schritt überprüft, wie sich die beiden konträren ideologischen Positionen auf diese Skala auswirken.

Bei der Selbstverortung auf einem Links-Rechts-Kontinuum ist ein starker linear ansteigender Zusammenhang zwischen einer gemäßigt linken und einer rechten Verortung mit Staatsablehnung nachweisbar. Jedoch ist links außen nicht gleich rechts außen. Wer sich auf dem Kontinuum äußerst links einordnet, erweist sich etwa so systemtragend wie der Durchschnitt

⁹⁶ Vgl. Backes, U./Jesse, E. (1983): Demokratie und Extremismus. Anmerkungen zu einem antithetischen Begriffspaar, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 33 (1983), H. 44, S. 3-18.

des Landes, während Personen mit äußerst rechter Anschauung deutlich stärker systemkritisch aufgestellt sind. Wer für „Freiheit“ in der Abwägung mit „Gleichheit“ votiert, ist im Durchschnitt eher systemloyal, allerdings ist dieser Zusammenhang vergleichsweise schwach ausgeprägt. Potentielle Gewaltbereitschaft lässt sich auch 2020 klar dem systemkritischen Muster zuordnen. Ähnlich stark ist der Zusammenhang zwischen Systemloyalität und Verfassungszufriedenheit (vgl. Abb. 75). Eine sehr starke Differenzierung ergibt sich ebenfalls, wenn man die systemkritischen Einstellungen zum GMF-Syndrom (anschließendes Kapitel 11.6) ins Verhältnis setzt. Personen mit einem ausgeprägt menschenfeindlichen Einstellungsmuster bekunden eine klar antidemokratische Haltung (und umgekehrt).

Abb. 75 Skala systemkritischer Extremismus nach politischen Einstellungen
(Mittelwerte von -2 „sehr schwache“ bis +2 „sehr starke“ Ausprägung)

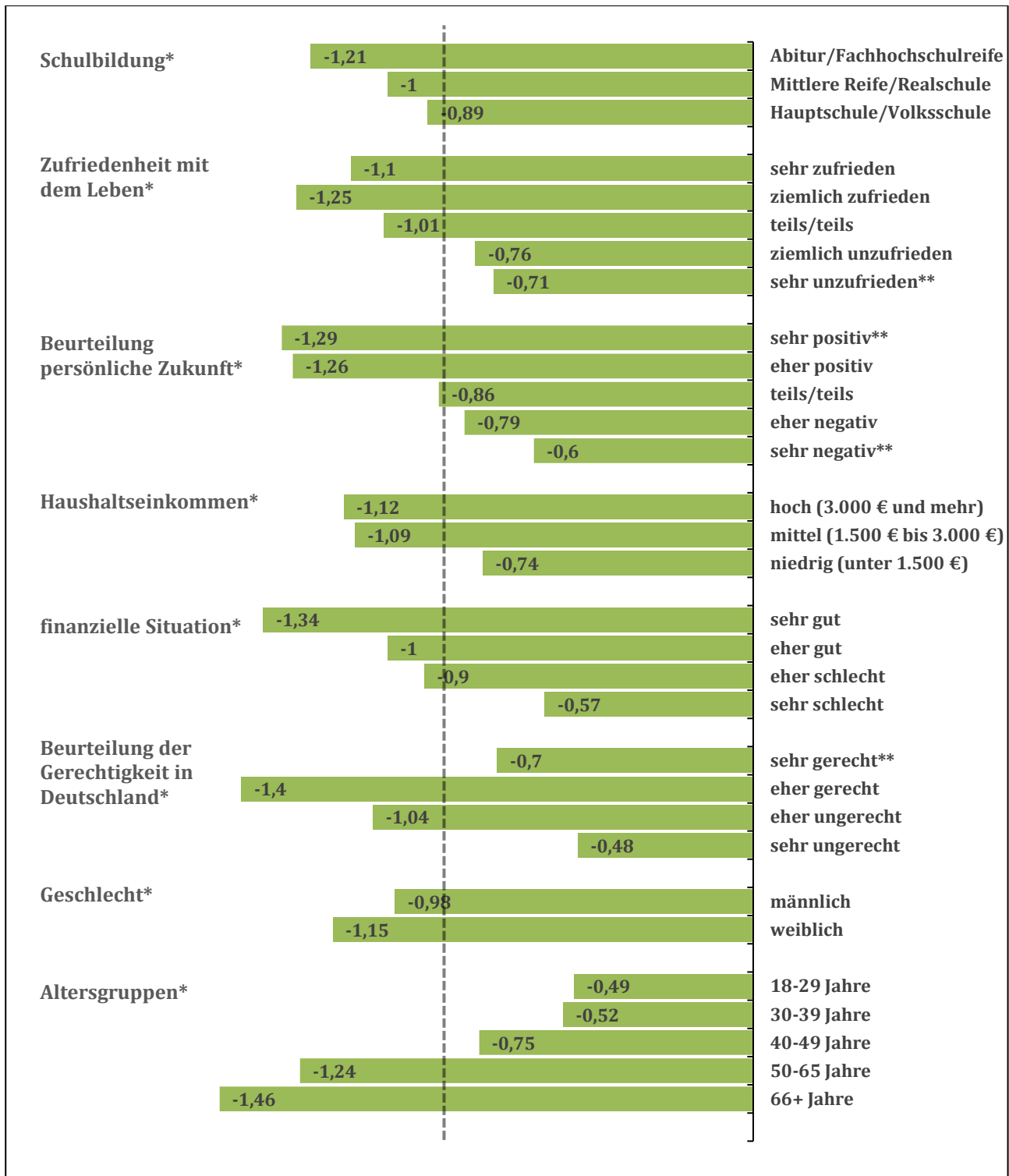


* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant. ** Sehr geringe Fallzahl bzw. keine Fälle in der Stichprobe.

° GMF-Syndrom als Index innerhalb des SAM definiert in Kapitel 11.6.

°° Kodiert aus Links-Rechts-Skala: „sehr links“ (0-2), „eher links“ (3-4), „Mitte“ (5), „eher rechts“ (6-7), „sehr rechts“ (8-10). Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an (-1,10).

Abb. 76 Skala systemkritischer Extremismus nach sozialstrukturellen Merkmalen
(Mittelwerte von -2 „sehr schwache“ bis +2 „sehr starke“ Ausprägung)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant. ** Sehr geringe Fallzahl bzw. keine Fälle in der Stichprobe. Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an (-1,10).

Sozialstrukturelle Einflussfaktoren werden ebenfalls zur Analyse hinzugezogen (vgl. Abb. 76). Dabei werden Indikatoren sozialer Deprivation, wie das allgemeine Gerechtigkeitsempfinden,

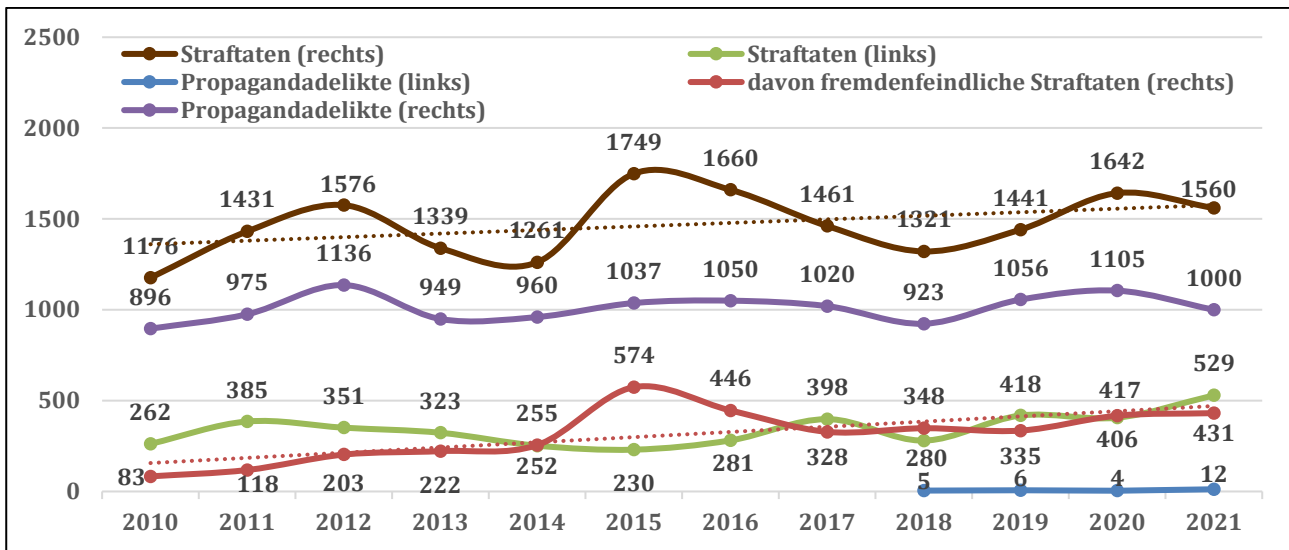
die Lebenszufriedenheit und die Einschätzung der persönlichen Zukunft sowie sozioökonomische Statuskriterien wie Einkommen, Bildungsabschluss und die finanzielle Situation und Alter verglichen (vgl. Abb. 76). Diese Vorgehensweise werden wir für auch die nachfolgenden Analysen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und des Antisemitismus beibehalten.

Wie die obenstehende Abbildung verdeutlicht, wird der systemkritische Extremismus insbesondere durch ein soziales Deprivationsgefühl, also ein hohes Ungerechtigkeitsempfinden und das Gefühl, zu kurz zu kommen, verstärkt. Dabei ist die Einflussstärke dieser Indikatoren deutlich stärker als diejenige des Haushaltseinkommens. Das heißt, die tatsächliche monetäre Ausstattung trägt weniger zur Affinität für Extremismus bei als subjektiv wahrgenommene allgemeine Ungerechtigkeit. Dennoch zeigt sich, dass mit höheren Einkommen die Wahrscheinlichkeit einer extremistischen Grundhaltung abnimmt, ebenso im Falle einer sehr guten finanziellen Situation (vgl. ebd.). Ebenfalls können Unzufriedenheit mit dem Leben und eine pessimistische Sicht auf die persönliche Zukunft eine extremistische Neigung stärken. Bildung zeigt einen nahezu identischen Zusammenhang wie die finanzielle Ausstattung. Ebenfalls wird erkennbar, dass Männer leicht häufiger zu einer systemkritisch extremistischen Haltung tendieren als Frauen. Bezogen auf unterschiedliche Altersgruppen zeigt sich, dass insbesondere jüngere Menschen dem System gegenüber kritischer eingestellt sind als ältere. Insgesamt ähnliche Effekte sind für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus ebenfalls nachweisbar (vgl. Kap. 11.6 und 11.7).

11.5 Extremistisches Täterfeld in Sachsen-Anhalt

Wie oben gezeigt, besteht zwischen der Bindung an rechte oder linke Ideologien sowie der Affinität für politischen Extremismus ein Zusammenhang. Die Frage ist nun, wie dieser auf der Einstellungsebene allerdings nur für eine kleine Minderheit messbare Zusammenhang sich in tatsächliches Verhalten umsetzt bzw. mit einem zahlenmäßig identifizierbaren Personenkreis in Beziehung gesetzt werden kann. Um dies zu klären, werden im Folgenden die Daten der Verfassungsschutzberichte des Landes Sachsen-Anhalt zur politisch motivierten Kriminalität mit herangezogen. Diese Daten wurden im Zeitverlauf seit 2010 ausgewertet (vgl. Abb. 77). Dokumentiert werden nachstehend politisch motivierte Straftaten und Gewalttaten (vgl. Abb. 78) aus dem linken und rechten politischen Spektrum.

Abb. 77 Politisch motivierte Straftaten (links und rechts) im Zeitverlauf seit 2010 (absolute Häufigkeiten)



Quelle: Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutzberichte (2010 – 2021)

Wie das obige Verlaufsdiagramm (vgl. Abb. 77) ausweist, liegen rechtsmotivierte Straftaten seit 2010 der Zahl nach im Schnitt immer auf einem mindestens dreifach höheren Niveau als die Vergleichsdaten für linksmotivierte Delikte. Die Zeitreihen zeigen über den gesamten Beobachtungszeitraum einen linearen Anstieg, der im Bereich der rechten und linken Straffälligkeit ähnlich ausfällt. Ein zwischenzeitlich kurzfristig steiler Anstieg ist bei rechtsmotivierten Straftaten erkennbar. Diese stiegen von 2014 bis 2015 um fast 500 Delikte auf 1.749 an. Damit erreichten sie den höchsten Wert seit 2010. Seit 2016 fällt die Kurve wieder ab, steigt aber seit 2018 erneut an und erreicht 2020 erneut einen Höhepunkt bzw. den dritthöchsten Wert seit 2010 (vgl. ebd.). Zuletzt ist dieser Wert jedoch wieder leicht um ca. 100 Fälle gefallen. Ein Vergleich der Propagandadelikte beider politischer Lager zeigt eine klar dominierende Präsenz rechter Fälle mit 1.000 zu linken Fällen mit 12 dokumentierten Fällen für das zuletzt veröffentlichte Jahr 2021.

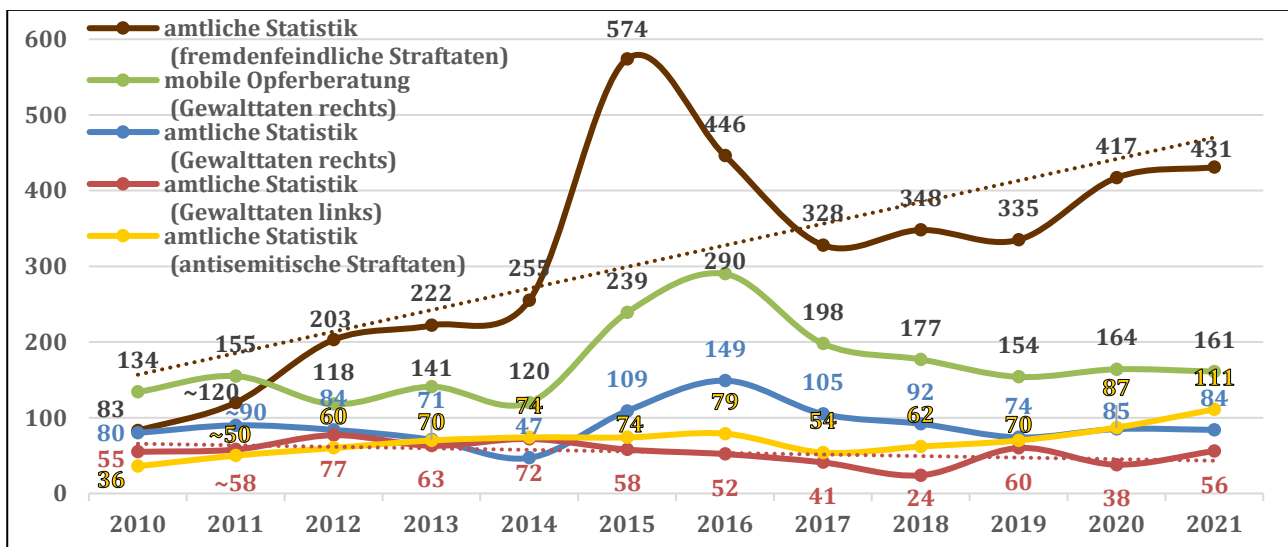
Ein Vergleich mit der nachfolgenden Abbildung (vgl. Abb. 78) zeigt, dass es sich dabei vor allem um Delikte mit einem fremdenfeindlichen oder auch antisemitischen Motivationshintergrund handelte. Besonders letztere haben zwischen 2019 und 2021 (letzte Veröffentlichung) nochmal deutlich zugenommen (vgl. ebd.). Seit 2017 lässt sich daher eine Verdoppelung antisemitischer Straftaten feststellen. Der deutliche Anstieg fremdenfeindlicher Delikte im Jahr 2015 und der Aufwuchs rechter Straftaten 2015/2016 fallen zeitlich zusammen mit der im gleichen Zeitraum rapide wachsenden Zahl von Asylbewerbern und Geflüchteten. In den letzten fünf Jahren haben die fremdenfeindlichen Straftaten jedoch auch wieder deutlich an Häufigkeit zugenommen (vgl. ebd.). Der Langzeittrend ist hier klar ansteigend. Ein leicht absinkender Trend, trotz zeitlicher Schwankungen, ist im Bereich der linksextrem motivierten Straffälligkeit erkennbar, die lange Zeit auf einem konstanten Niveau zwischen 50 und 70 Fällen lag (vgl. ebd.).

Bei näherer Betrachtung der Entwicklung fremdenfeindlicher Straftaten und politisch motivierter Gewalttaten im rechten und linken Spektrum fällt ebenfalls auf, dass sich die Zahlen für

fremdenfeindliche Straftaten seit 2014 innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt und im Vergleich zu 2011 nahezu verfünffacht haben. Damit erreichte diese Zeitreihe im Jahr 2015 ihren bisherigen Höhepunkt seit dem Jahr 2000 und fällt danach bis 2017 wieder klar ab. Von 2017 bis 2021 lässt sich jedoch erneut ein deutliches Anwachsen der fremdenfeindlichen Straftaten erkennen (vgl. Abb. 78).

Aus den Daten der mobilen Opferberatung geht ebenfalls ein deutlicher Anstieg von 2014 bis 2016 hervor (vgl. ebd.). Auch hier haben sich die gemeldeten Fälle innerhalb von zwei Jahren mehr als verdoppelt. Die amtliche Statistik misst auf einem etwas niedrigeren Niveau sogar eine Verdreifachung der Gewalttaten im rechten Spektrum innerhalb desselben Zeitraumes. Dieser Trend schwächte sich erst 2017 leicht ab und sank weiter bis 2019. Seither ist der Wert nahezu konstant bei ca. 160 Gewalttaten geblieben (vgl. ebd.). Gewalttaten aus dem linken politischen Spektrum liegen auf einem niedrigeren Niveau, steigen aber von einem Tiefststand 2018 vergleichsweise stark an und haben sich bis 2021 fast verdoppelt (vgl. ebd.).

Abb. 78 Politisch motivierte Gewalttaten und Straftaten im Zeitverlauf seit 2010 (absolute Häufigkeiten)



Quellen: eigene Darstellung nach Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutzberichte (2010 – 2021)⁹⁷ / Monitoring der mobilen Opferberatung⁹⁸

⁹⁷ Vgl. Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.) (2021): Verfassungsschutzbericht 2021, <https://mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz/verfassungsschutzberichte-zum-downladen>, zugegriffen am 05.06.2023.

⁹⁸ Vgl. Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt (2023): Statistiken. Jährliche Statistiken, <https://www.mobile-opferberatung.de/monitoring/statistik/>, zugegriffen am 05.06.2023.

11.6 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die Studie „Deutsche Zustände“, die von Wilhelm Heitmeyer von 2002 bis 2011 durchgeführt wurde, bildet die Grundlage des Konzepts der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF), welches das Operationalisierungskonstrukt des Rechtsextremismus gemäß der so genannten Konsensus-Definition⁹⁹ um einige Facetten erweitert hat. Hierbei werden vor allem Komponenten einer sozialen Dimension mit in die Analyse einbezogen. Die politische Dimension, wie etwa die Affinität zu anderen Staatsformen oder auch Gewaltbereitschaft, spielen hingegen für die Konstruktion von GMF explizit keine Rolle und wurden hier bereits gesondert betrachtet. Das verbindende Kennzeichen beider Ansätze, also des Rechtsextremismus und des GMF-Syndroms, ist das Vorhandensein von Ungleichwertigkeitsvorstellungen gegenüber anderen Ethnien, Lebensweisen oder überhaupt „Anderem“ oder Neuem. Während im Konzept des Rechtsextremismus nur allgemein nach sozialdarwinistischen Einstellungen gefragt wird, werden im GMF-Modell dezidierte abwertende Einstellungen gegenüber anderen (Menschen)Gruppen erhoben. Dieses verbindende Kennzeichen „Abwertung von Anderen“ wird im GMF-Konzept deutlich erweitert und betrachtet nicht nur die Gruppen der Ausländer und Semiten wie bei der Messung des Rechtsextremismus. Zudem kann das Konzept ohne weiteres um relevante Gruppen erweitert werden, um sich aktuellen Entwicklungen und verschiedenen Kontexten anzupassen (vgl. Abb. 79).¹⁰⁰

⁹⁹ „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellt. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“ Vgl. Stöss, R. (2010): Rechtsextremismus im Wandel, Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 56 f.

¹⁰⁰ Im Sachsen-Anhalt-Monitor 2023 wird das GMF-Syndrom über die Fragen 31 a) bis m) konstruiert und setzt sich als Index aus den Antworten zu diesen Fragen zusammen. 2023 wurden die Fragen in Ihrer Sprache und Formulierung leicht angepasst. Um die Vergleichbarkeit zu früheren SAM-Daten nicht zu verlieren, wurde bei der Umformulierung darauf geachtet, dass durch die Frageformulierung angestrebte polarisierende Extrempositionen nicht gänzlich verloren gehen, sondern nur durch teilweise moderne oder weniger diskriminierende Formulierungen ersetzt werden.

Abb. 79 Dimensionen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) im SAM 2023



Quelle: eigene Darstellung nach Zick et al. (2016)¹⁰¹

So wurden dem GMF-Konzept in den letzten Jahren beispielsweise die Dimensionen Islamfeindlichkeit, abwertende Haltungen zu Trans*menschen und Antiziganismus hinzugefügt.

Die fehlende Flexibilität bezüglich der Inklusion weiterer Personengruppen im Anwendungsbereich der Konsensus-Definition stellt im Übrigen einen Hauptkritikpunkt am Analysekonzept des Rechtsextremismus dar. Denn ein integraler Bestandteil von Rechtsextremismus ist die Ideologie einer Ungleichwertigkeit von Leben, und diese Grundeinstellung bezieht sich in der Regel auf alle, als vermeintlich „schwach, abweichend, nicht normal oder [eben] fremd [bzw. anders] usw.“ (Zick/Klein, S. 62 [Erg. der Autoren]) deklarierten Gruppen¹⁰², und eben nicht nur auf Ausländer, Fremde und Semiten.

¹⁰¹ Zick, A./Küpper, B./Krause, D. (2016): Gespaltene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn.

¹⁰² Zick, A./Klein, A. (2014): Fragile Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Bonn, S. 61 ff.

Weiterhin ist das Thema Asyl und Zuwanderung im Gefolge der gewachsenen Flüchtlingsproblematik der letzten Jahre für die psychologische Konstruktion des rechtsextremen Weltbildes, verglichen mit den bisher gemessenen klassischen Indikatoren, wie Abwertung von hier lebenden Ausländern, Verharmlosung des Nationalsozialismus usw. bedeutender geworden.

Diese Umschichtung der Reizthemen und Ressentiments bildete sich offenbar auch innerhalb der aktivistischen Szene ab. Der Verfassungsschutz des Landes Sachsen-Anhalt beobachtete 2015 eine Umfokussierung des organisierten Rechtsextremismus auf die Asyl- und Flüchtlingsthematik.

„Ihre bisherigen Themenschwerpunkte, die in der Regel mit der Verherrlichung der NS-Zeit zu tun hatten, traten in den Hintergrund. Bestimmend war weit überwiegend die Asyl- und Flüchtlingsthematik.“¹⁰³

Ergänzt wird das GMF-Syndrom um die so genannten Etabliertenvorrechte gegenüber anderen Gruppen. Hierbei wird untersucht, inwieweit die ansässige (*autochthone*) Bevölkerung der Ansicht ist, mehr Rechte zu haben als neu hinzugezogene (*allochthone*) Menschen. Im aktuellen Sachsen-Anhalt-Monitor haben wir einige Gruppen des GMF-Survey nicht berücksichtigt; hierzu gehören Langzeitarbeitslose, Menschen mit physischer oder psychischer Beeinträchtigung, Obdachlose, Trans*menschen sowie Sinti und Roma. Dass die bisherigen Instrumente zur Erfassung von Einstellungen im rechten Spektrum die aktuell gehegten Orientierungen und Verhaltensmuster aus unserer Sicht nur noch bedingt erfassen können, war einer der Gründe dafür, das methodische Portfolio seit dem 2018er Monitor um Indikatoren gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die auf die Bewertung von Flüchtlingen und Schutzsuchenden abheben, zu erweitern. Bezugnehmend auf den Anschlag auf eine Synagoge in Halle 2019 wurde das Konzept um verschiedene Aspekte des Antisemitismus erweitert (klassisch, sekundär, israelbezogen), welche im Abschnitt 11.7 gesondert untersucht werden.

11.6.1 Verteilung des GMF-Syndroms in Sachsen-Anhalt

Die von uns erhobenen Indikatoren sind in der folgenden Tabelle vollständig dargestellt (vgl. Tab. 33). Dabei wurden die jeweiligen Randkategorien „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“ farblich abgehoben und in ihren Anteilsausprägungen abgebildet. Ergänzt werden die Daten durch die Ergebnisse der neuesten Hauptstudie zum GMF-Syndrom¹⁰⁴, „Die geforderte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21“. Allerdings liegt die Datenerhebung der Studie fast drei Jahre zurück. 2023 wurden beim SAM die Fragen in Ihrer Sprache und Formulierung leicht angepasst.¹⁰⁵

¹⁰³ Vgl. Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.) (2015): Verfassungsschutzbericht 2015, S. 21 f.

¹⁰⁴ Vgl. Zick et al. (2019): Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn.

¹⁰⁵ Um die Vergleichbarkeit zu früheren SAM-Daten nicht zu verlieren, wurde bei der Umformulierung darauf geachtet, dass angestrebte polarisierende Extrempositionen nicht gänzlich verloren gehen, sondern nur durch teilweise moderne oder weniger diskriminierende Formulierungen ersetzt werden. Die Ergebnisse, auch im Vergleich zu Gesamtdeutschland sind trotzdem nicht mehr 1:1 vergleichbar.

Die Anteile derjenigen Sachsen-Anhalter, die einzelnen Facetten des GMF-Syndroms voll und ganz zustimmen, liegen im deutschlandweiten Vergleich teilweise leicht über oder unter dem bundesweiten Durchschnitt der Vergleichsstudie (vgl. Tab. 33).

Bei asylkritischen und fremdenfeindlichen Einstellungen fallen die Anteile im Land teilweise deutlich höher als im Bundesdurchschnitt aus. So glaubt jeder vierte Befragte in Sachsen-Anhalt, dass die meisten Asylbewerber nur vorgäben, in ihrer Heimat politisch verfolgt zu werden, und ihrem Land folglich aus freien Stücken oder aus wirtschaftlichen Gründen den Rücken kehren. Bundesweit sind nur knapp 9 Prozent dieser Ansicht (vgl. ebd.). In eine ähnliche Richtung finden es auch mehr Sachsen-Anhalter als der Bundesdurchschnitt nicht gut, wenn der Staat bei Asylanträgen großzügig wäre. Hier sprechen sich doppelt so viele Sachsen-Anhalter dagegen aus. Auch bei der Frage, ob Muslimen der Zugang zu Deutschland verweigert werden sollte, stimmen der Aussage doppelt so viele Sachsen-Anhalter zu wie im deutschen Durchschnitt (vgl. ebd.). Die Forderung nach einer Höchstgrenze für Flüchtlinge findet landesweit eine etwas größere Zustimmung als vor drei Jahren (+5 Prozentpunkte). Rund 25 Prozent der Sachsen-Anhalter befürchten, die Aufnahme von Geflüchteten ginge mit einer Absenkung des Lebensstandards für Deutsche einher. In diesem Zusammenhang ist auch der Anteil derer im Land angestiegen, die finden, dass es zu viele Ausländer in Deutschland gibt (+8 Prozentpunkte). Die Bestimmungsfaktoren des GMF-Syndroms werden im Folgenden betrachtet.

Tab. 33 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt (Angaben „stimme voll und ganz zu“ (grün)/„stimme überhaupt nicht zu“ (rot) in Prozent)

Frage 31 a) bis m)	Sachsen-Anhalt			Deutschland gesamt	
	2018	2020	2023	2018/19	2020/21
Wer irgendwo neu ist, sollte sich an die örtlichen und gebräuchlichen Regeln halten. ¹⁰⁶	31	29	62	27,1	17,9
	13	9	1	14	12,3
Die westliche Lebensart ist berechtigterweise führend in der Welt. ¹⁰⁷	3	4	12	5,1	2
	71	51	15	70,6	67,9
Frauen sollten sich weniger auf ihre Karriere und wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen. ¹⁰⁸	2	3	3	4,3	3,4
	80	59	56	64,5	61
Frauen haben dieselben Chancen wie Männer. ¹⁰⁹	2	3	9	2,9	2,5
	83	65	30	74,7	67,6
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	20	23	31	15,9	–
	27	19	13	37,5	–
Aufgrund des Fachkräftemangels ist der Zuzug von Ausländern notwendig. ¹¹⁰	8	15	16	6	1,7
	42	27	18	58,1	61,9
Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland in Wirklichkeit gar nicht verfolgt.	19	24	23	11,6	9,3
	14	8	8	18,9	14,8
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.	53	40	45	38,6	19,3
	4	4	4	5,7	7,9
Für die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge sollte eine Obergrenze eingeführt werden.	49	41	46	38,1	–
	11	8	7	21,4	–
Der Lebensstandard der Deutschen sinkt durch die Aufnahme von Flüchtlingen. ¹¹¹	14	18	25	12,4	–
	35	24	17	42,3	–
Heterosexualität ist heute nicht mehr die einzige normale sexuelle Orientierung. ¹¹²	5	4	6	6,9	4,1
	75	61	48	76	69,1
Durch die vielen Ausländer fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land. ¹¹³	15	19	25	18,1	–
	36	26	22	37,7	–
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	8	10	12	6,5	5,1
	42	33	34	52,6	54,1

Quellen: Daten SAM 2018 – 2023; Daten Deutschland Zick et al. (2019), S. 66 ff.; Zick et al. (2021), S. 152 ff., 188 ff.
Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt/stimme eher zu/teils/teils/stimme eher nicht zu

¹⁰⁶ Bis 2020: Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.

¹⁰⁷ Bis 2020: Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.

¹⁰⁸ Bis 2020: Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.

¹⁰⁹ Bis 2020: Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.

¹¹⁰ Bis 2020: Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurück schicken.

¹¹¹ Bis 2020: Der Lebensstandard der Deutschen wird durch die Aufnahme der Flüchtlinge sinken.

¹¹² Formulierung bis einschl. 2020: Homosexualität ist unmoralisch.

¹¹³ Bis 2020: Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.

11.6.1 Determinanten von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Für die Erklärung von Rechtsextremismus sowie von menschenfeindlichen und abwertenden Einstellungsmustern lassen sich aus der Literatur unterschiedliche theoretische Hypothesen heranziehen. Die für den vorliegenden Sachsen-Anhalt-Monitor 2023 und auch schon für die zurückliegenden Ausgaben verwendeten Annahmen werden im Folgenden kurz dargestellt. Einige dieser Annahmen können auch für die Erklärung des systemkritischen Extremismus und den Antisemitismus verwendet werden (vgl. Kapitel 11.3 und 11.7).

Eines der bekanntesten Erklärungsmuster ist die *Autoritarismus-These*. Diese wurde im Zuge der Studien zur „Authoritarian Personality“ von Theodor W. Adorno¹¹⁴ und anderen 1933 in die USA emigrierten Wissenschaftlern des Frankfurter Instituts für Sozialforschung entwickelt. Mit verschiedenen methodischen Ansätzen, u. a. Gruppendiskussionen, Interviews und Befragungen, wurde damals untersucht, welche individualpsychologischen Orientierungen in Deutschland dem Nationalsozialismus und Rassismus Vorschub geleistet hatten. Adorno fand seine These erhärtet, dass vor allem Menschen mit einem autoritätshörigen also „autoritären Charakter“ dazu neigen, sich Diktaturen kritiklos zu unterwerfen und insbesondere Vorurteile ungeprüft anzunehmen. Die These der Autoritären Persönlichkeit wurde in den ersten beiden Monitoren von 2007 und 2009 empirisch überprüft und bestätigt.¹¹⁵ Sie wird im aktuellen Monitor aber nicht nochmals direktgetestet. Wenn allerdings eine „Diktatur als Staatsform in der Not“ Akzeptanz findet, kann von einer autoritären Prägung ausgegangen werden.

Ein weiterer individualpsychologischer Untersuchungsansatz ist die von Robert K. Merton¹¹⁶ in Anlehnung an Émile Durkheim entwickelte *Anomietheorie*. Diese besagt im Kern, dass Personen, deren individuelle Teilhabe an materiellen und ideellen Kollektivgütern aufgrund sozialstruktureller Merkmale begrenzt ist, sich entweder zur Wahrung ihrer Interessen zusammenschließen oder aber gegen den Rest der Gesellschaft abgrenzen. Die Konzentration und Begrenzung des Interaktions- und Handlungsspielraums allein auf das eigene Milieu¹¹⁷ (Eigengruppe) kann in der Folge zu abweichendem Verhalten, konkret zu Ressentiments und feindlichen Einstellungsmustern gegenüber „Fremden, Anderen, vermeintlich schwächeren Gruppen etc.“ (Fremdgruppe) führen.¹¹⁸

Im Sachsen-Anhalt-Monitor wird die Triftigkeit dieser Theorie mit Hilfe unterschiedlicher Fragen untersucht, so z. B. dem Ungerechtigkeitsempfinden, einem niedrigen sozioökonomischen Status (Bildung, Einkommen, Beruf) oder der subjektiv eingeschätzten finanziellen Situation. Ein indirekter Einfluss anomischer Verhaltensweisen – durch Abgrenzung – erschließt sich zudem über die weiter unten erläuterte Kontakthypothese.

¹¹⁴ Vgl. Adorno, T. W. u. a. (1950): *The Authoritarian Personality*, New York.

¹¹⁵ Vgl. Holtmann, E./Fürnberg, O./Jaekel, T. (2007); Holtmann, E./Jaekel, T./Völkl, K. (2009).

¹¹⁶ Vgl. Merton, R. K. (1938): *Social Structure and Anomie*, in: *American Sociological Review*, 3, S. 672-682.

¹¹⁷ Dieser Prozess einer Abgrenzung – auch von Fakten die den eigenen Ansichten widersprechen – lässt sich ebenso im Rahmen der psychologischen Betrachtung des so genannten „Echokammer-Effektes“ feststellen.

¹¹⁸ Vgl. Heitmeyer, W. (1989): *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*, Weinheim.

Ein weiterer Erklärungsansatz, der im Rahmen des Monitors geprüft wird, ist die *Theorie der (subjektiven) relativen Deprivation*. Diese besagt, dass Zufriedenheit nicht direkt durch die eigenen objektiven Lebensbedingungen (wie z. B. das eigene Haushaltseinkommen) bestimmt wird, sondern dadurch, dass die Situation der eigenen Person oder Gruppe in Relation zu anderen Personen oder Gruppen gesetzt wird. Aufgrund dieses Selbstvergleichs wird eine Diskrepanz wahrgenommen zwischen dem, was man hat, und dem, was einem der eigenen Meinung nach zusteht.

Empfundene Benachteiligungen dieser Art können sich in Extremismus und eben auch in auf bestimmte Gruppen bezogenen feindlichen Einstellungen entladen, dann nämlich, wenn die „Anderen“ als Sündenbock für die eigene (vermeintliche) Benachteiligung oder Notlage ausgemacht werden. Analog kann die Schuldzuschreibung auch an politische Institutionen und Akteure (Politiker) oder gesellschaftliche Großgruppen wie Westdeutsche oder Ostdeutsche erfolgen.¹¹⁹ Mit anderen Worten: Relative Deprivation kann zu sozialer, wirtschaftlicher und politischer Unzufriedenheit führen, die sich an anderen Personen(-gruppen), die eine Projektionsfläche für Neid und den Verdacht der Bevorzugung abgeben, festmacht.¹²⁰

Geprüft wird die Deprivationsthese im aktuellen Sachsen-Anhalt-Monitor anhand der Zufriedenheit mit der eigenen gesellschaftlichen und ökonomischen Situation, der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, der Bewertung der persönlichen Zukunft und des subjektiven Gefühls, ob man auch das bekommt, was einem zusteht.

Eng verwoben mit dem Ansatz der relativen Deprivation ist die *Gruppenbedrohungstheorie*. Diese besagt, dass der Wettbewerb um knappe Ressourcen (*Konkurrenzhypothese*), wie zum Beispiel um Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum oder Sozialleistungen des Staates, ein Auslöser für extremistische und gruppenbezogene menschenfeindliche Einstellungen sein kann. Um die Annahme zu überprüfen, werden in der Regel – ähnlich wie bei der Anomietheorie – sozioökonomische Merkmale, wie der formale Bildungsgrad oder die Bedrohung durch Armut bzw. die finanzielle Situation, untersucht. Zum einen wird vermutet, dass Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau und unsicheren ökonomischen Verhältnissen sich durch die Konkurrenz „fremder“ Gruppen noch stärker bedroht sehen und in der Folge eher zu extremistischen Einstellungen neigen. Zum anderen wird der Ausländeranteil eines Wohngebietes in den Blick gerückt, der eine soziale Konkurrenzsituation räumlich abbildet. Insbesondere im Zuge der hohen Bedeutung der Flüchtlingsthematik (vgl. Kapitel 10) hat diese Theorie zunehmend Beachtung gefunden.

¹¹⁹ Die Unterscheidung zwischen Individuen und Gruppen wird als „egoistische“ bzw. „fraternalistische“ relative Deprivation bezeichnet. Vgl. Runciman, W. G. (1966): *Relative Deprivation and Social Justice. A Study of Attitudes to Social Inequality*, London; Farwick, A. (2008): *Segregation und Eingliederung. Zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern auf den Eingliederungsprozess*, Wiesbaden.

¹²⁰ Vgl. Güttler, P. O. (2003): *Sozialpsychologie. Soziale Einstellungen, Vorurteile, Einstellungsänderungen*, München.

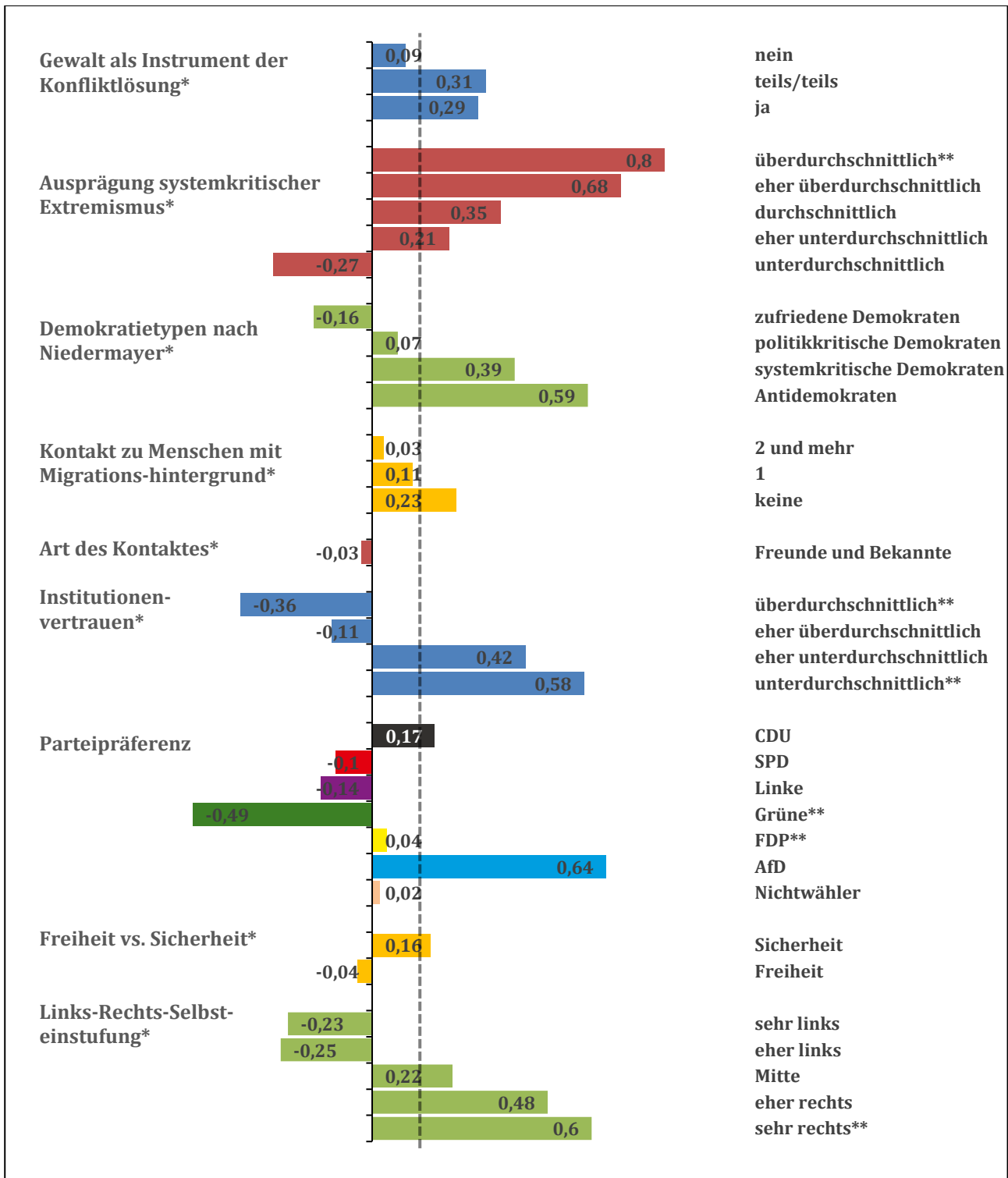
Dem gegenüber steht die Hypothese des so genannten *Intergruppen-Kontakts* („*Kontakt-Hypothese*“). Sie basiert ursprünglich auf der Forschung von Allport und Williams¹²¹ zu gespannten Beziehungen zwischen der weißen und afroamerikanischen Bevölkerung der USA in den 1950er Jahren. Die Grundannahme lautet hier, dass häufige Kontakte zwischen verschiedenen Gruppen unter bestimmten Bedingungen dazu führen, dass Vorurteile und negative Ansichten über die „Fremdgruppe“ abgebaut werden und die gegenseitige Wahrnehmung positiv beeinflussen. Die Kontakte sollten dabei idealerweise auf „Augenhöhe“ stattfinden (Arbeit, Kindergarten, Schule, Verein usw.). Kontakte, die beispielsweise ausschließlich auf der Basis geographischer Nähe zustande kommen, können demgegenüber auch gegenteilige Prozesse auslösen (siehe Theorie der Gruppenbedrohung) und somit die Kontakthypothese überformen.¹²²

Im Folgenden wird die im Sachsen-Anhalt-Monitor 2023 erhobene Dimension des GMF-Syndroms und im Nachgang – nochmals detaillierter und gesondert – die Dimension des Antisemitismus in ihrer Gesamtheit aufgeschlüsselt und nach Einflussfaktoren betrachtet. Die Auswahl der Einflussfaktoren basiert größtenteils auf den oben ausgeführten theoretischen Vorüberlegungen zur Erklärung fremden- und menschenfeindlicher sowie extremistischer Zusammenhangsmuster und individueller politischer Präferenzen.

¹²¹ Vgl. Allport, G. W. (1954): *The Nature of Prejudice*, Cambridge; Robin, M. (1947): *The Reduction of Inter-group Tensions. A Survey of Research on Problems of Ethnic, Racial and Religious Group Relations*, New York: Social Science Research Council.

¹²² Ein vergleichbares Phänomen tritt beispielsweise auf, wenn Kontakte zu Menschen mit anderem kulturellem Hintergrund nur durch die räumliche Nähe (Nachbarschaft) bestehen und eben nicht auf „Augenhöhe“ stattfinden (Arbeitsplatz, Freunde und Bekannte, Familie, Verein). Ein solcher Prozess ließ sich 2016 bspw. im Wohnquartier „Südpark“ in Halle (Saale) beobachten (vgl. Jaeck (2016): <https://www.mz-web.de/halle-saale/soziologe-zum-brennpunkt-suedpark--ghetto--wohl-eher-ein-problemviertel--24767034>, zugegriffen am 08.06.2023).

Abb. 80 Skala GMF-Syndrom nach politischen Einstellungen (Mittelwerte von -2 „sehr schwache“ bis +2 „sehr starke“ Ausprägung)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant. ** Sehr geringe Fallzahl bzw. keine Fälle in der Stichprobe. Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an (0,13).

Die stärkste Erklärungskraft für eine Affinität zum Rechtsextremismus haben klare politische Positionierungen, wie beispielsweise die entschiedene Ablehnung demokratischer Grundwerte und Prinzipien, ausgeprägt systemkritische Einstellungen, die Parteisympathie und die Links-Rechts-Selbsteinschätzung. So unterscheiden sich, orientiert an den vier hier bereits vorgestellten Demokratietypen (vgl. Kapitel 7.3), Antidemokraten von zufriedenen Demokraten fast einen ganzen Skalenpunkt (vgl. Abb. 80). Anders als 2020 befinden sich nun außer den zufriedenen Demokraten alle anderen Demokratietypen im positiven Wertebereich der Skala zum GMF-Syndrom. Beim Vertrauen in politische Institutionen findet sich eine nahezu identische Beobachtung. Wer sich ausweislich unserer Daten vornehmlich als systemkritisch bekennt und offen für Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung zeigt, äußert sich signifikant abwertender gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen als andere Befragte. Hingegen erweisen sich überdurchschnittlich systemloyale Personen als am meisten aufgeschlossen und tolerant gegenüber Anderen, trotzdem zeigt auch ein Vergleich mit den Daten aus 2020, dass diese Personengruppe in den letzten drei Jahren an Toleranz eingebüßt hat (vgl. ebd.).

Ebenso deutlich fällt zeigt sich der Wandel in der Toleranz und Fremdenfeindlichkeit im politischen Links-Rechts-Spektrum. Hier beträgt die Differenz zwischen den Extrempositionen ebenfalls fast einen ganzen Skalenpunkt (vgl. ebd.). Befragte mit einer eher neutralen politischen Einstellung liegen 2023 sogar über der Mehrheitsmeinung im Land. Bei den gemäßigten und den gesinnungsfesten Linken hat sich der Mittelwert deutlich in Richtung des Gesamtdurchschnitts verschoben. Bekennende äußerst Rechte zeigen auf der anderen Seite eine etwas abgeschwächtere Ausprägung menschenfeindlicher Einstellungen (-0,22 Skalenpunkte) gegenüber 2020, während die benachbarte Gruppe der „eher rechts“ Eingestellten einen signifikanten Sprung hin zu mehr Fremdenfeindlichkeit und weniger Toleranz gemacht hat (+0,48 Skalenpunkte).

Unter den Sympathisanten politischer Parteien positionieren sich Anhänger der AfD dem Pol eines ausgeprägten GMF-Syndroms am nächsten und verschieben ihre Position im Dreijahresvergleich nochmals um 0,17 Skalenpunkte in diese Richtung. CDU- und FDP- Wähler am dichtesten am landesweiten Durchschnitt. Hingegen zeigen sich Anhänger der SPD, der Linken und mehr noch der Grünen für dieses Einstellungsmuster am wenigsten empfänglich und machen einen Gegenpol zur AfD auf (vgl. ebd.). Trotzdem sind ihre Positionen weniger schwach im negativen Skalenbereich vertreten als noch vor drei Jahren. Nichtwähler liegen in ihrer Position zwischen AfD- und Grünen-Anhängern und zudem leicht unter dem Landesdurchschnitt.

Die so genannte Kontakthypothese nach Allport hat auf die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im direkten Vergleich eine eher moderate Erklärungskraft. Je häufiger Kontakte mit hier lebenden Ausländern bestehen, desto weniger wahrscheinlich ist eine intolerante Weltanschauung gegenüber „Anderen“. Dies gilt insbesondere für „freiwillige“ Kontakte im Alltag, die auf „Augenhöhe“ im Freundes- und Bekanntenkreis gepflegt werden.¹²³ Diese Hypothese kann durch die Daten des SAM bestätigt werden. Je mehr Menschen Kontakt zu Menschen

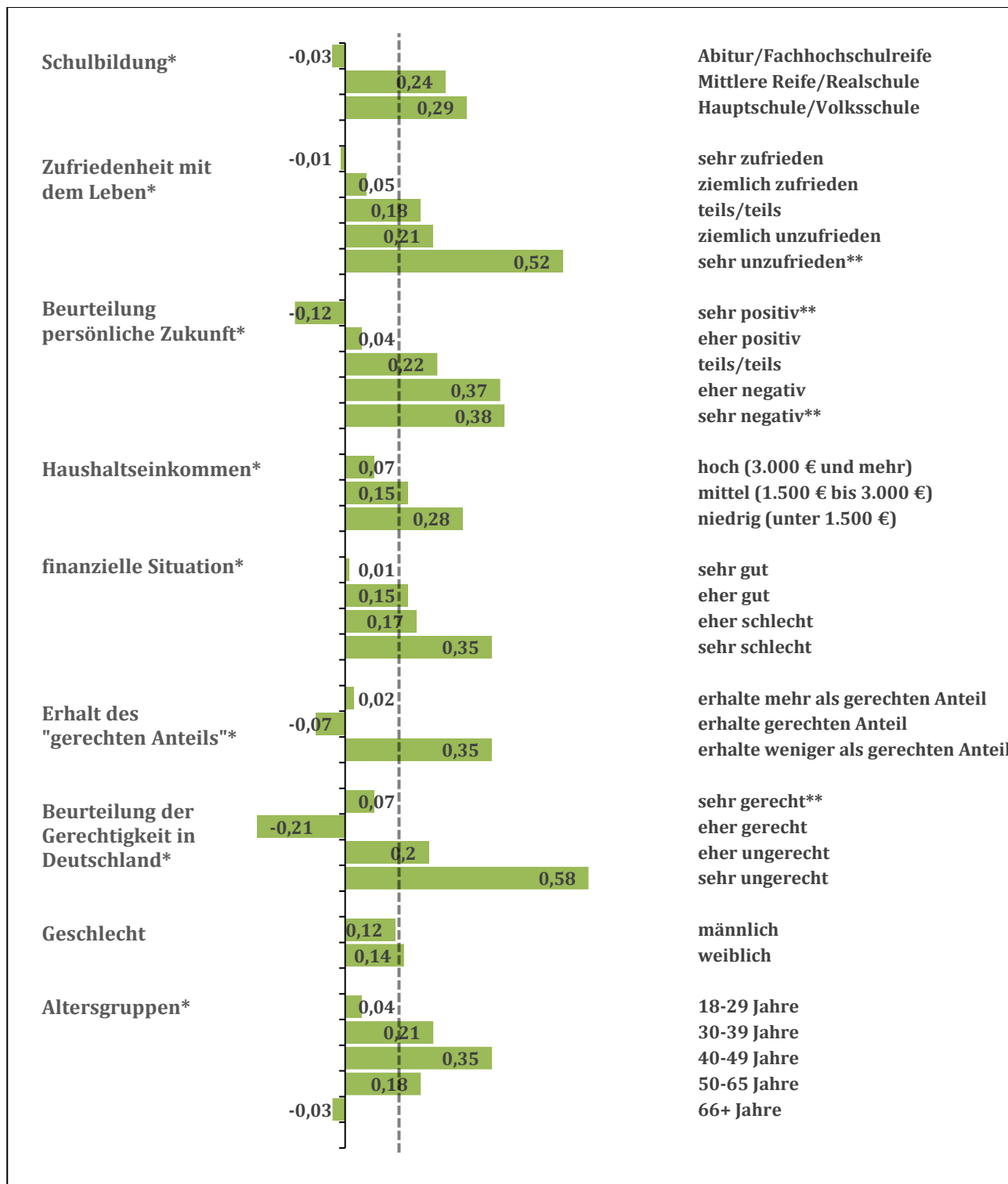
¹²³ Für die Erklärung des GMF-Syndroms mit Hilfe der Kontakthypothese kann es sinnvoll sein, die Erhebung der Kontakte (Frage 32) welche sich im Monitor auf „...in Deutschland lebende Ausländer“ beschränkt, auch

mit Migrationshintergrund haben, besonders im Freundeskreis, desto weniger stark fällt bei ihnen der Index für die Berechnung des GMF-Syndroms aus (vgl. Abb. 80). Wird „Sicherheit“ wichtiger als „Freiheit“ erachtet, schlägt sich das in einem leichten Anstieg menschenverachtender Werthaltungen nieder (vgl. ebd.). Dies ist insofern bedeutsam, als sich zwei Drittel der Sachsen-Anhalter im direkten Vergleich für Sicherheit aussprechen würden (vgl. Tab. 30).

Vorhandene relative soziale Deprivation wirkt vor allem indirekt über psychosoziale Einstellungen und nur bedingt über klassische sozioökonomische Faktoren wie Bildung, Einkommen und beruflichen Status.

auf andere innerhalb der GMF untersuchte Gruppen zu erweitern. Um allerdings alle Facetten der GMF abzubilden wären entsprechend viele zusätzliche Fragen nötig. Gegebenenfalls könnte dahingehend in Zukunft eine Anpassung der Frage vorgenommen werden.

Abb. 81 Skala GMF-Syndrom nach sozialstrukturellen Merkmalen
(Mittelwerte von -2 „sehr schwache“ bis +2 „sehr starke“ Ausprägung)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant. ** Sehr geringe Fallzahl bzw. keine Fälle in der Stichprobe. Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an (0,13).

Ist jemand davon überzeugt, dass ihm mehr zusteht als er bekommt und betrachtet er die deutsche Gesellschaft als sehr ungerecht, dann äußert sich das nicht nur in Unzufriedenheit und sinkendem Vertrauen gegenüber der Regierung, der Verfassung und den Politikern, sondern schlägt sich auch in einem manifest menschenverachtenden Weltbild nieder (vgl. Abb. 81). Dabei werden in erster Linie „Andere“ (Politiker, „das Establishment“, „die Westdeutschen“ oder eben wie im GMF-Syndrom verankert, Fremde, Geflüchtete, Muslime bzw. vermeintlich Schwächere usw.) für das eigene Scheitern oder Nachteileerleben verantwortlich gemacht (vgl. ebd.). Ein ähnliches Weltbild ist bei Befragten mit negativer persönlicher Zukunftserwartung und großer Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben zu beobachten.

Sozialstrukturell wird gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit durch die gleichen Faktoren wie der systemkritische Extremismus begünstigt. Allerdings sind diese Zusammenhänge weniger stark ausgeprägt (vgl. Abb. 80; 81). Insgesamt fallen sozialstrukturelle Faktoren etwas weniger ins Gewicht als die politischen Orientierungen.

Die gleichwohl durchgängig signifikanten Einflüsse sozioökonomischer Kriterien wie Bildung, Einkommen und ein vorhandenes Armutsrisiko bzw. eine angespannte persönliche finanzielle Situation sprechen sowohl für die Erklärungskraft der Anomietheorie als auch der Konkurrenzhypothese (Gruppenbedrohungstheorie). Wie schon im letzten Monitor bestätigt sich, dass höher Gebildete weniger anfällig für intolerante Weltanschauungen sind (vgl. Abb. 81). Im Gegensatz zu 2020 zeigt sich jedoch besonders beim Haushaltseinkommen, dass eine Verschiebung des gesellschaftlichen Durchschnitts stattgefunden hat – befanden sich vor drei Jahren noch alle drei Haushaltseinkommenskategorien im schwach negativen Bereich sind sie heute im schwach positiven Bereich angekommen (vgl. ebd.).

Insgesamt erweisen sich die Indikatoren relativer Deprivation, also persönliche Unzufriedenheit, wahrgenommene Ungerechtigkeit, gefühlte Benachteiligung und pessimistische Zukunftsaussichten, als am stärksten aussagekräftig. Alter oder Geschlecht zeigen im Gegensatz zum systemkritischen Extremismus kaum bzw. keine nennenswerten Effekte (vgl. ebd.).

Somit können alle herangezogenen theoretischen Annahmen, die Anomietheorie, die relative Deprivation, die Gruppenbedrohungstheorie, die Kontakthypothese und indirekt über systemkritischen Extremismus auch die Autoritarismusthese, bestätigt werden.

11.7 Antisemitismus

Neben dem fremdenfeindlichen Syndrom gehört Antisemitismus seit jeher zum Kernbestand menschenfeindlicher Ideologien. Als antisemitisch lassen sich solche Einstellungen und Verhaltensweisen klassifizieren, die den Juden als Einzelnen oder als Gruppe negative Eigenschaften zuordnen, welche mit Rasse oder Religion begründet werden und Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder gar Vernichtung zu rechtfertigen suchen.¹²⁴

¹²⁴ So die Definition bei Pfahl-Traughber, A. (2002): Antisemitismus in der deutschen Geschichte, Opladen, S. 9; Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.) (2005): Argumentationsmuster im rechtsextremistischen Antisemitismus. Aktuelle Entwicklungen, Köln, S. 7.

Antisemitismus ist in der Gegenwart kein ideologisches Alleinstellungsmerkmal des Rechtsextremismus. Vielmehr existiert auch eine antisemitische Grundströmung auf der radikalen Linken, die sich „hauptsächlich gegen Israel und – gepaart mit dem Antiamerikanismus – gegen eine kapitalistische Globalisierung richtet“.¹²⁵ In der Israel- und USA-feindlichen Stoßrichtung sind Rechtsextremisten wiederum ideologisch eng verwandt mit der antizionistischen Judenfeindschaft eines islamischen Fundamentalismus.

Vergleichbar mit der Islam- oder Fremdenfeindlichkeit, gedeiht Antisemitismus auch dort – oder gemäß der Kontakthypothese gerade dort – wo ein jüdischer Bevölkerungsteil gar nicht existiert oder nur als Randgruppe präsent ist, was im Prinzip auf alle Regionen in Deutschland zutrifft.¹²⁶ Unterschwellige Feindseligkeit gegen Juden und auch andere Gruppen, „funktioniert“ auch ohne eine konkrete Projektionsfläche.¹²⁷ Wie beim anderen Feindbild der Fremden und Anderen, richtet sich das antisemitisch unterlegte Ressentiment gegen jene, „die nicht so leben wie man selbst“.¹²⁸

Am 9. Oktober 2019 wurde in Halle ein Anschlag auf die Synagoge verübt, dem zwei Menschen zum Opfer fielen. Dieser Terroranschlag hat die Sicht auf den Antisemitismus in ganz Deutschland verändert. Diesem Ereignis Rechnung tragend haben wir das Messinstrument des GMF-Syndroms neben dem klassischen Antisemitismus um zwei weitere Facetten erweitert, den sekundären Antisemitismus und den israelbezogenen Antisemitismus. Jedes Unterkonstrukt wird im Fragebogen durch zwei Fragepunkte gemessen.

1. Klassischer Antisemitismus:

- (1) „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“.
- (2) „Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig“.

Der klassische Antisemitismus, also die unverhohlene und unmittelbare Abwertung von Juden, basiert zum einen auf der verschwörungstheoretisch aufgeladenen Einbildung, dass Juden in der Welt bzw. in Deutschland zu viel Einfluss hätten. Diese Projektion ist Teil eines bis heute existierenden Phantasmas einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“, welche u. a. Teil der NS-Ideologie war und in verschiedenen Auslegungen seit 1917 überdauert. Damit korrespondiert das denunzierende Raunen, dass Juden etwas „Eigentümliches“ an sich hätten, was

¹²⁵ Vgl. Holz, K., (2005): Neuer Antisemitismus? Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, in: BMI (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs, Berlin, S. 32.

¹²⁶ Mitglieder jüdischer Gemeinden stellen in ganz Deutschland, ob Ost oder West, eine kleine Minderheit dar. Nach Angaben des Zentralrats der Juden und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. (ZWST), liegt die Anzahl der Mitglieder jüdischer Gemeinden in Deutschland mittlerweile nur noch bei etwa 93.695 Personen (2020). Zum Vergleich: Die Anzahl in Deutschland lebender Muslime wird für 2015 vor den Flüchtlingsbewegungen auf etwa 4,5 Mio. geschätzt. Heute geht man von einer Zahl zwischen 5,3 und 5,6 Mio. aus (vgl. Statista (2021): Entwicklung der Anzahl der Muslime in Deutschland von 1945 bis 2020, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72321/umfrage/entwicklung-der-anzahl-der-muslime-in-deutschland-seit-1945/>, zugegriffen 10.06.2023).

¹²⁷ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.) (2005): Verfassungsschutzbericht 2005, S. 3.

¹²⁸ Vgl. Kramer, S. J. (2005): Antisemitismus in der heutigen Gesellschaft, in: BMI (2005): Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs, S. 24.

ihre Diskriminierung und Verfolgung irgendwie rechtfertigen könnte. Diese Ressentiments gehören sowohl zum klassischen Messinstrument des Rechtstextremismus als auch zum Grundfragenkatalog der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF).

2. Sekundärer Antisemitismus:

- (1) „Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden“.
- (2) „Die Deutschen sollten einen Schlusstrich unter die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und den Verbrechen an den Juden ziehen“.¹²⁹

Der sekundäre Antisemitismus beschreibt ein Einstellungsmuster, das die Auffassung transportiert, Juden würden aus ihrer Verfolgung während des Zweiten Weltkrieges und durch den Holocaust heute Vorteile nicht zuletzt finanzieller Natur ziehen, indem sie beispielsweise die Deutschen dafür „zahlen lassen“. Dass man unter die Verbrechen an den Juden und das Stigma der deutschen Schuld endlich „einen Schlusstrich ziehen“ müsse, gehört ebenfalls zu dieser Ausdrucksform antijüdischen Denkens, welche mit Verharmlosung und Relativierung der Shoa einhergeht. Gerade die Entwicklungen im Rahmen der so genannten „Querdenken“- „Hygiene- und Anti-Coronademos“ während der Hochzeit der Coronapandemie zeigten, wie unverhohlen der Holocaust und der Nationalsozialismus verharmlost oder für unpassende Vergleiche hinzugezogen werden. Wenn etwa pandemiebedingte Einschränkungen der persönlichen Bewegungsfreiheit mit der Verfolgung von Juden während des Nationalsozialismus gleichgesetzt werden, wenn sich Impfgegner und Corona-Leugner mit einem dem Judenstern nachempfundenen gelben Emblem markieren¹³⁰ oder wenn einzelne Demonstrationsteilnehmer sich mit der von den Nazis ermordeten Widerstandskämpferin Sophie Scholl vergleichen, wird öffentlich vorgeführt, wie das historisch singuläre Geschehen von NS-Vernichtungsherrschaft und rassistisch motiviertem Völkermord für antidemokratische und antisemitische Agitation missbraucht wird.

3. Israelkritischer Antisemitismus:

- (1) „Durch die israelische Politik werden mir Juden immer unsympathischer“.
- (2) „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“.

Beim israelbezogenen Antisemitismus dient die Politik Israels als Rechtfertigung dafür, eigene Vorurteile gegenüber Juden zu bestätigen. Dabei geht es zum einen um die Wiederbelebung von antijüdischen Stereotypen und zum anderen darum, das politische Handeln eines Staates, dem

¹²⁹ Formulierung bis einschließlich 2020: Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören.

¹³⁰ Vgl. Gensing, P. (2021): NS-Vergleiche. Relativieren und dämonisieren, <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/ns-vergleiche-antisemitismus-101.html>, zugegriffen am 10.06.2023; vgl. Jansen, F. (2020): Antisemitismus bei Corona-Leugnern. Protest mit Judenstern gegen den Staat, <https://www.tagesspiegel.de/politik/antisemitismus-beicorona-leugnern-protest-mit-judenstern-gegen-den-staat/25806326.html> zugegriffen am 10.06.2023; Hinzu kommen klassische rechtsextreme Elemente, welche mit einer Verharmlosung des Nationalsozialismus durch NS-Vergleiche einhergehen. Vgl. Gensing, P. (2020): Infektionsschutzgesetz. Kampagne mit Nazi-Vergleich, <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/corona-ns-vergleich-101.html>, zugegriffen am 10.06.2023.

gleichzeitig das Existenzrecht abgesprochen wird, als typisch jüdisch darzustellen. Derartige Einstellungen erscheinen auf den ersten Blick nicht unbedingt antisemitisch. Klar abzugrenzen von dieser Form des Antisemitismus ist eine grundsätzlich legitime Kritik an der Politik des Staates, welche eben nicht mit antisemitischen Vorurteilen operiert.¹³¹ Bei den oben dargestellten Fragestellungen haben wir uns an der Mitte-Studie von 2014 „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ orientiert.¹³²

11.7.1 Antisemitische Einstellungen in Sachsen-Anhalt

Auch 2023 stimmen etwa 4 Prozent (+1 Prozentpunkt) dem „Phantasma jüdischer Macht“¹³³, das heißt der Meinung zu, Juden hätten in Deutschland bzw. auf der Welt zu viel Einfluss. Ein ebenso kleiner Teil glaubt, Juden hätten quasi-natürliche Eigenschaften, welche ihre Verfolgung rechtfertigen würde (vgl. Tab. 34). Die in Sachsen-Anhalt gemessenen Anteile entsprechen dem deutschlandweiten Niveau. Der Anteil derer, die den Ansichten eines sekundären Antisemitismus beipflichten, liegt aktuell in Sachsen-Anhalt deutlich höher als 2018 und 2020. Fast jeder Vierte empfindet es als lästig, auch heute noch mit Informationen über den Holocaust konfrontiert zu werden und sogar jeder Dritte (+ 14 Prozentpunkte) nimmt mit Missbehagen zur Kenntnis, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden (vgl. Tab. 34). Einer israelbezogenen Kritik am jüdischen Volk stimmt eine Minderheit von im Schnitt gut 6 Prozent der Sachsen-Anhalter zu (vgl. ebd.). Hier lassen sich keine Veränderungen in den ermittelten Werten feststellen.

Im Rückblick nehmen die Zustimmungsraten insgesamt nur beim sekundären Antisemitismus leicht zu. Anlass zum Nachdenken geben auch die beim sekundären Antisemitismus rückläufigen ausdrücklich verneinenden Antworten bezogen auf die präsentierten stereotypen Aussagen (vgl. ebd.). Beim klassischen und israelkritischen Antisemitismus liegen die verneinenden Antworten auf einem nahezu konstanten Niveau im Vergleich zu 2020; teilweise sind sie auch wieder angestiegen, liegen aber deutlich unter den Werten von bspw. 2018 (vgl. ebd.).

Im bundesweiten Vergleich lässt sich aufgrund mangelnder Vergleichsfragen nur erkennen, dass die Sachsen-Anhalter beim klassischen und israelkritischen Antisemitismus dem Trend in Deutschland folgen, jedoch leicht höhere Raten für den Antisemitismus aufweisen (vgl. ebd.). Die zum Vergleich herangezogenen Zahlen aus der aktuellen Mitte-Studie belaufen sich jedoch auch auf das Jahr 2021 (vgl. ebd.).

¹³¹ Zick, A./Klein, A. (2014) Fragile Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Bonn, S. 71.

¹³² Vgl. ebd. S. 70 f.

¹³³ Vgl. Holz, K (2005): Neuer Antisemitismus? – Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, in: BMI (Hrsg.): Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs, Berlin, S. 32.

Tab. 34 Antisemitismus in Sachsen-Anhalt (Angaben „stimme voll und ganz zu“ (grün)/„stimme überhaupt nicht zu“ (rot) in Prozent)¹³⁴

Frage 31 n) bis s)		Sachsen-Anhalt			Deutschland gesamt	
		2018	2020	2023	2018/19	2020/21
klassischer Antisemitismus	Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	3	3	4	2,7	-
		69	46	47	73,5	-
	Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	2	3	4	2,3	1,1
		75	57	57	76,5	71,3
sekundärer Antisemitismus	Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden.	8	10	34	6,5	-
		42	33	14	52,6	-
	Die Deutschen sollten einen Schlussstrich unter die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und den Verbrechen an den Juden ziehen. ¹³⁵	5	19	24	18,1	-
		36	26	22	37,7	-
israelkritischer Antisemitismus	Durch die israelische Politik werden mir Juden immer unsympathischer.	-	5	6	-	-
		-	42	44	-	-
	Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.	-	6	6	6,8	3,2
		-	34	37	44,4	40

Quellen: Daten SAM 2018 – 2023; Daten Deutschland Zick et al. (2019), S. 66 ff.; Zick et al. (2021), S. 152 ff., 188 ff.
Abweichungen zu 100% = weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt/stimme eher zu/teils/teils/stimme eher nicht zu

11.7.2 Determinanten von Antisemitismus

Der aus dem GMF-Syndrom ausgekoppelte Antisemitismus-Index¹³⁶ wird hier analog zum Extremismus- und GMF-Index erstellt. Dabei werden die gleichen Erklärungsansätze und Variablen mit einbezogen, welche auch bei den anderen beiden Skalen Verwendung finden. Der Wert -2 entspricht einem minimalen und der Wert +2 einem maximal antisemitischen Weltbild. Der Mittelwert liegt mit -0,54 im moderat ablehnenden Skalenraum und hat sich im Vergleich zu 2020 nur marginal um +0,06 Skalenpunkte verändert (vgl. Abb. 82).

Für den Antisemitismus insgesamt bestätigen sich – teilweise noch eindrücklicher – die gleichen Einflussfaktoren wie schon bei der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF). Klar

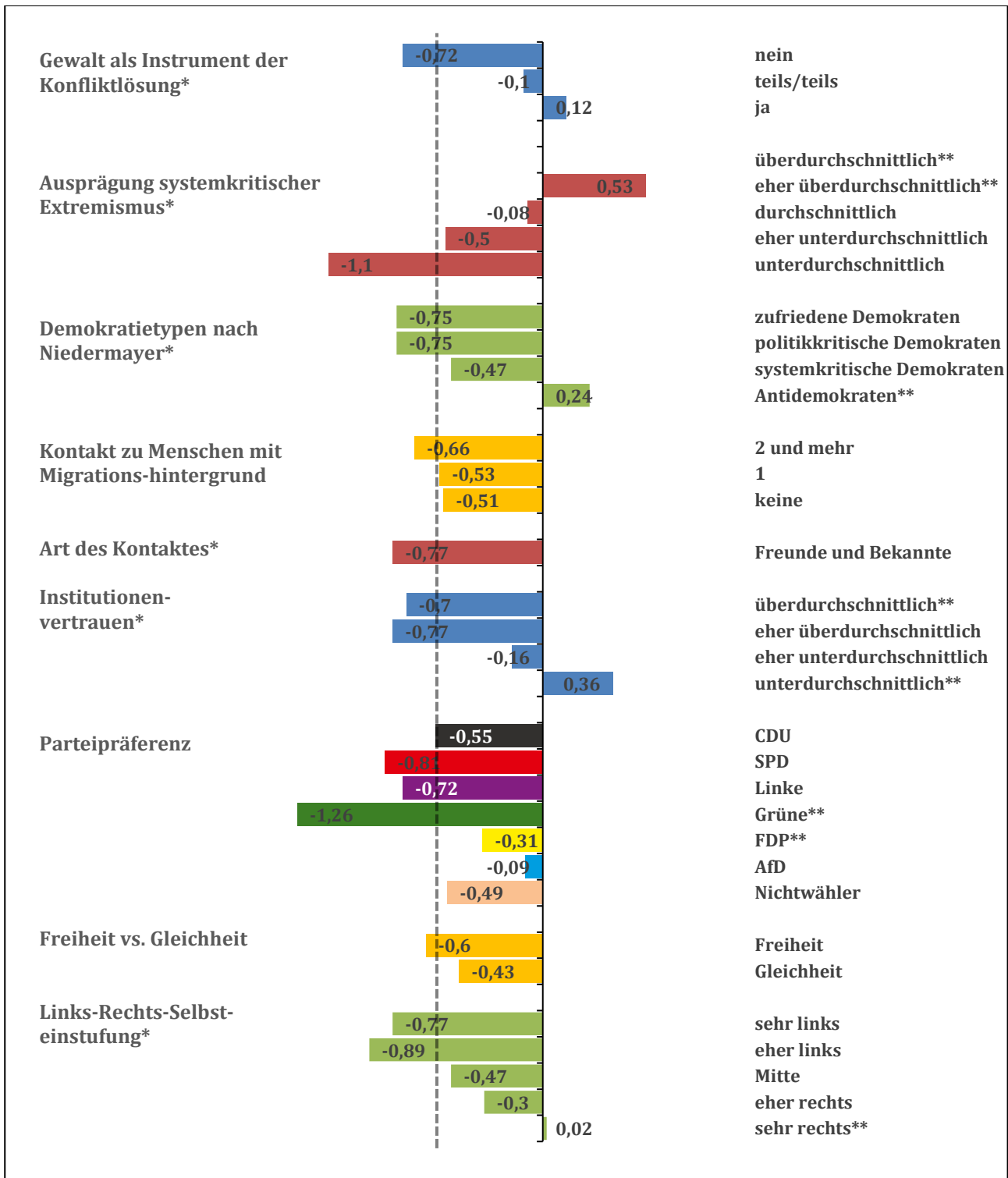
¹³⁴ Für die Entwicklung zukünftiger Fragebögen des Sachsen-Anhalt-Monitors wird darauf hingewiesen, dass eine stärkere Vergleichbarkeit mit den Zahlen für Gesamtdeutschland erst wieder bei einer stärkeren Kopplung der Fragen an die Mitte-Studie (vgl. Zick et al. 2021) vorgenommen werden kann. Ein Festhalten an den bisherigen Fragen birgt hingegen den Vorteil, den Verlauf längerer Zeitreihen interpretieren zu können.

¹³⁵ Formulierung bis einschließlich 2020: Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören. Zu den Gründen für die Anpassung der Formulierung siehe Kapitel 11.6.1.

¹³⁶ Der Antisemitismus-Index setzt sich aus den 6 in Tabelle 34 dargestellten Fragen zusammen (Frage 31 n) bis s)).

judenfeindliche Positionen finden sich vor allem bei Menschen mit einem überdurchschnittlich stark ausgeprägten systemkritischen und extremistischen Einstellungshorizont, einer höheren Gewaltbereitschaft und denjenigen, die sich auf dem politischen Spektrum eher rechts verorten (vgl. Abb. 82). Aufgeschlüsselt nach parteipolitischen Präferenzen fallen die Anhänger der AfD mit dem stärksten antisemitischen Weltbild auf, obwohl sich dieses in den letzten drei Jahren leicht abgeschwächt hat und 2020 noch als einziges im positiven Bereich lag. CDU, SPD und Linkspartei liegen nahe dem gesellschaftlichen Durchschnitt. Ebenso die Nichtwähler (vgl. ebd.). Bei Parteianhängern der Grünen wird insgesamt die niedrigste Ausprägung Antisemitismus-Indexes gemessen (-1,26). Kontakte zu hier lebenden Ausländern haben aktuell keinen signifikanten Einfluss auf die Antisemitismus-Ausprägung (vgl. ebd.). Es lässt sich jedoch feststellen, dass bei der Art des Kontaktes zu Menschen mit Migrationshintergrund Befragte Kontakten im Freundes- und Bekanntenkreis ein signifikant schwächer antisemitisches Weltbild haben. Die Zufriedenheit mit dem demokratischen System, hier operationalisiert über die Demokratie Typen, und ein höheres Vertrauen in die politischen Institutionen des Landes mindert die Wahrscheinlichkeit antijüdischer Denkmuster ebenso. Vergleichsweise gering fällt der Einfluss einer Präferenz für Freiheit oder Sicherheit aus (vgl. ebd.).

Abb. 82 Skala Antisemitismus nach politischen Einstellungen
(Mittelwerte von -2 „sehr schwache“ bis +2 „sehr starke“ Ausprägung)

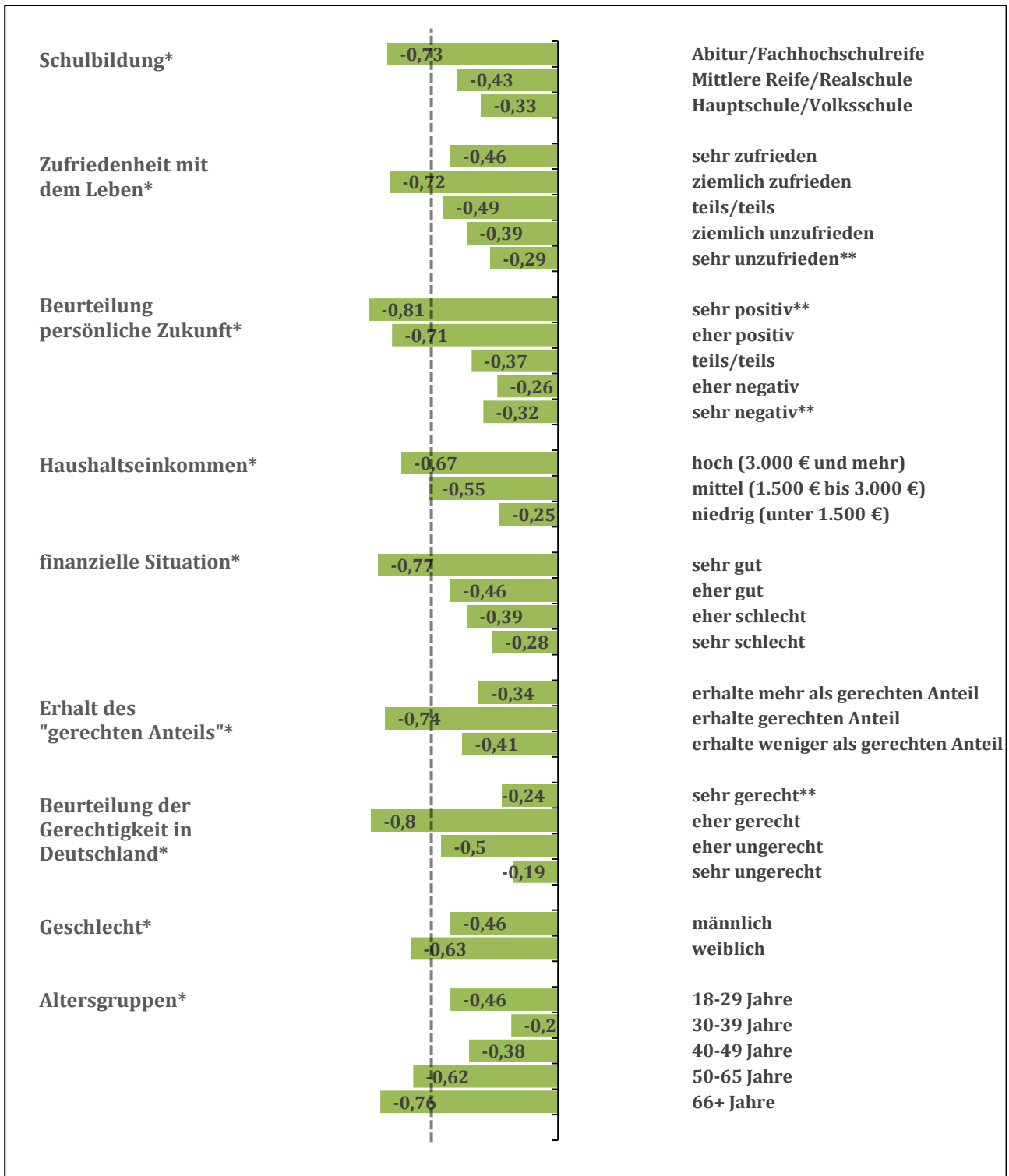


* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant. ** Sehr geringe Fallzahl bzw. keine Fälle in der Stichprobe. Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an (-0,54).

Sozialstrukturelle Faktoren erweisen sich für Antisemitismus zwar als etwas weniger erklärungsstark (vgl. Abb. 83), wirken aber ähnlich wie beim systemkritischen Extremismus und der GMF. Also über Effekte der sozialen Deprivation, der Unzufriedenheit mit dem Leben von pessimistischen subjektiven Zukunftsvisionen, unterdurchschnittlichen Einkommens, niedrigerer Bildung und einer schlechteren persönlichen finanziellen Situation. Geschlecht und Alter haben ebenfalls einen leicht signifikanten Effekt auf die Ausprägung des Antisemitismus-Indexes der Befragten (vgl. ebd.). So besitzen 2023 ältere Menschen und vor allem Männer in Sachsen-Anhalt eine höhere Wahrscheinlichkeit für ein antisemitisches Weltbild.

Somit können auch 2023 die gleichen theoretischen Annahmen, d. h. Autoritarismusthese, Anomietheorie, relative Deprivation, Gruppenbedrohungstheorie und auch die Kontakthypothese, mit den vorliegenden Daten für Sachsen-Anhalt bestätigt werden.

Abb. 83 Skala Antisemitismus nach sozialstrukturellen Merkmalen
(Mittelwerte von -2 „sehr schwache“ bis +2 „sehr starke“ Ausprägung)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5% signifikant. ** Sehr geringe Fallzahl bzw. keine Fälle in der Stichprobe. Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an (-0,54).

12 Fragebogen Sachsen-Anhalt-Monitor 2023

Fragebogen Sachsen-Anhalt-Monitor 2023

Einleitungstext: Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt wird derzeit eine Untersuchung im Rahmen des "Sachsen-Anhalt Monitors" durchgeführt.

CATI: Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Zeit für ein Interview hätten. Um alle Fragen des Fragebogens durchzugehen benötigen wir etwa 25 Minuten.

CAWI: Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesen Fragebogen ausfüllen. Um alle Fragen des Fragebogens zu beantworten benötigen Sie etwa 25 Minuten.

Ihre Antworten sind selbstverständlich anonym, sodass alle Ihre Angaben vertraulich behandelt und nicht an unbefugte Dritte weitergegeben werden. Ihre Angaben fließen nur in anonymisierter Form in die Studie ein, ein Rückschluss auf Sie wird nicht möglich sein.

Die Speicherung Ihrer Antworten erfolgt auf einem deutschen Server der INSA. Das Institut unterliegt den geltenden standes- und datenschutzrechtlichen Regelungen.

CAWI: Die Umfragesoftware verwendet für einige Funktionen Cookies, um optimal funktionieren zu können. Weitere Informationen finden Sie dazu *LINK DER INSA*.

Frage 1

Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation? Sind Sie...

- a) sehr zufrieden
- b) ziemlich zufrieden
- c) teils/teils
- d) ziemlich unzufrieden
- e) sehr unzufrieden
- f) ****weiß nicht **keine Angabe** (INT: Bitte nicht vorlesen)

Frage 2

Wie stark fühlen Sie sich mit den folgenden Gebieten verbunden?

(sehr stark/ziemlich stark/mittelmäßig/weniger stark/überhaupt nicht/****weiß nicht **keine Angabe** (INT: Bitte nicht vorlesen)) (Ratingfrage)

- a) dem Ort, in dem Sie wohnen
- b) Sachsen-Anhalt
- c) Ostdeutschland
- d) Gesamtdeutschland
- e) Europa

Frage 3

Würden Sie, wenn Sie die Wahl hätten, lieber in einem anderen deutschen Bundesland leben?

- a) Ja. → weiter mit Frage 4
- b) Nein, würde ich nicht. → weiter mit Frage 6
- c) ****weiß nicht **keine Angabe** (INT: Bitte nicht vorlesen)

Filter: Nur wenn Frage 3 = a)

Frage 4

Wenn ja: In welchem Bundesland?

- a) Offene Frage:
- b) ****weiß nicht **keine Angabe** (INT: Bitte nicht vorlesen)

Filter: Nur wenn Frage 3 = a)

Frage 5

Warum würden Sie lieber in einem anderen Bundesland leben?

(Mehrfachantworten stichpunktartig notieren)

- a) Offene Frage:
- b) ****weiß nicht **keine Angabe** (INT: Bitte nicht vorlesen)

Filter: Nur wenn Frage 3 = b)

Frage 6

Warum leben Sie gerne in Sachsen-Anhalt?

- a) Offene Frage:
- b) ****weiß nicht **keine Angabe** (INT: Bitte nicht vorlesen)

Frage 7.

Manche Leute sagen, dass man den meisten Menschen trauen kann. Andere meinen, dass man nicht vorsichtig genug sein kann im Umgang mit anderen Menschen. Was ist Ihre Meinung dazu?

- a) Den meisten Menschen kann man trauen.
- b) Man kann nicht vorsichtig genug sein.
- c) ****spontan: Das kommt darauf an. (INT: Bitte nicht vorlesen)**
- d) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

Frage 8

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag in Sachsen-Anhalt Landtagswahl wäre?

(INT: Bitte nicht vorlesen, sondern zuordnen! Nur bei Nachfragen: Gemeint ist die Zweitstimme.)

- a) CDU
- b) AfD
- c) Die Linke
- d) SPD
- e) Bündnis 90/Die Grünen
- f) FDP
- g) Andere Partei, und zwar: _____ (INT: Bitte eintragen!)
- h) würde nicht wählen
- i) würde ungültig wählen
- j) **** weiß nicht** keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

Frage 9 a)

Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste *politische* Problem in Deutschland?

- a) Problem: (INT: Bitte stichpunktartig notieren; Precodes nicht vorlesen!)
- b) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

Filter: Nur wenn Frage 9 a) = a)

Frage 9 b)

Und welche Partei in Deutschland ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, dieses wichtigste Problem zu lösen?

(INT: Bitte nicht vorlesen, sondern zuordnen!)

- a) CDU
- b) AfD
- c) Die Linke
- d) SPD
- e) Bündnis 90/Die Grünen
- f) FDP
- g) Andere Partei, und zwar: _____ (INT: Bitte eintragen)
- h) Koalition aus mehreren Parteien, und zwar: _____ (INT: Bitte eintragen)
- i) Alle Parteien
- j) Keine Partei
- k) ****weiß nicht ****keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)

Frage 10 a)

Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste *politische* Problem in Sachsen-Anhalt?

- a) Problem: (INT: Bitte stichpunktartig notieren; Precodes nicht vorlesen!)
- b) ****weiß nicht ****keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)

Filter: Nur wenn Frage 10 a) = a)

Frage 10 b)

Und welche Partei in Sachsen-Anhalt ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, dieses wichtigste Problem zu lösen?

(INT: Bitte nicht vorlesen, sondern zuordnen!)

- a) CDU
- b) AfD
- c) Die Linke
- d) SPD
- e) Bündnis 90/Die Grünen
- f) FDP
- g) Andere Partei, und zwar: _____ (INT: Bitte eintragen)
- h) Koalition aus mehreren Parteien, und zwar: _____ (INT: Bitte eintragen)
- i) Alle Parteien
- j) Keine Partei
- k) ****weiß nicht ****keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)

Frage 11**Wie beurteilen Sie die derzeitige wirtschaftliche Lage...****(sehr gut/gut/ teils/teils /schlecht/sehr schlecht/**weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen))** (Ratingfrage)

- a) in Sachsen-Anhalt
- b) im Ort, in dem Sie wohnen
- c) Ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation

Frage 12**Wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt: sehr positiv, eher positiv, teils/teils, eher negativ oder sehr negativ?****(INT: Bei Nachfragen: subjektive Einschätzung/Beurteilung des eigenen, künftigen Lebens (bzw. Lebensplanung) in Sachsen-Anhalt)**

- a) sehr positiv
- b) eher positiv
- c) teils/teils
- d) eher negativ
- e) sehr negativ
- f) **weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)

Frage 13 a)**Und wie ist das mit dem Land Sachsen-Anhalt: Sehen Sie die Zukunft Sachsen-Anhalts sehr positiv, eher positiv, teils/teils, eher negativ oder sehr negativ?**

- a) sehr positiv
- b) eher positiv
- c) teils/teils
- d) eher negativ
- e) sehr negativ
- f) **weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)

Frage 13 b)**Beeinflusst der Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen die Zukunft Sachsen-Anhalts: sehr stark, ziemlich stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?**

- a) sehr stark
- b) ziemlich stark
- c) mittelmäßig
- d) weniger stark
- e) überhaupt nicht
- f) **weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)

Frage 14 (bzw. Frage 12 b)

Beeinflusst der Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen Ihre persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt: sehr stark, ziemlich stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?

- a) sehr stark
- b) ziemlich stark
- c) mittelmäßig
- d) weniger stark
- e) überhaupt nicht
- f) ****weiß nicht **keine Angabe** (INT: Bitte nicht vorlesen)

Frage 15 a)

Beeinflusst der Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen Ihre derzeitige Lebenssituation?

- a) sehr stark
- b) ziemlich stark
- c) mittelmäßig
- d) weniger stark
- e) überhaupt nicht
- f) ****weiß nicht **keine Angabe** (INT: Bitte nicht vorlesen)

Filter: Nur wenn Frage 15 a) = a), b), c) oder d)

Frage 15 b)

Wie wirkt sich der Krieg in der Ukraine konkret auf Ihre Lebenssituation aus?

- a) Offene Frage: (INT: Bitte stichpunktartig notieren; Precodes nicht vorlesen!)
- b) ****weiß nicht **keine Angabe** (INT: Bitte nicht vorlesen)

Frage 16

Beeinflusst der Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen die derzeitige wirtschaftliche Lage...

(sehr stark/ziemlich stark/mittelmäßig/weniger stark/überhaupt nicht/weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)) (Ratingfrage)**

- a) in Sachsen-Anhalt
- b) im Ort, in dem Sie wohnen
- c) Ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation

Frage 17

Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, ziemlich stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?

- a) sehr stark
- b) ziemlich stark
- c) mittelmäßig
- d) weniger stark
- e) überhaupt nicht
- f) ****weiß nicht **keine Angabe** (INT: Bitte nicht vorlesen)

Frage 18

Wie oft sprechen Sie in der Familie, mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik: Würden Sie sagen täglich, mehrmals in der Woche, mehrmals im Monat, seltener oder nie?

- a) täglich
- b) mehrmals in der Woche
- c) mehrmals im Monat
- d) seltener
- e) nie
- f) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

Frage 19

Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen. Sind Sie ...?

- a) entschieden für Demokratie
- b) eher für Demokratie
- c) eher gegen Demokratie
- d) entschieden gegen Demokratie
- e) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

Frage 20

Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es in der Verfassung festgelegt ist? Sind Sie damit ...?

- a) sehr zufrieden
- b) eher zufrieden
- c) eher unzufrieden
- d) sehr unzufrieden
- e) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

Frage 21

Und sind Sie alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert?

- a) sehr zufrieden
- b) eher zufrieden
- c) eher unzufrieden
- d) sehr unzufrieden
- e) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

Frage 22

In der Politik reden die Leute häufig von „Links“ und „Rechts“. Wenn Sie an eine Skala von 0 bis 10 denken, wo würden Sie sich selbst einordnen, wenn 0 links und 10 rechts bedeutet.

- Links Rechts
- a) 0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
- b) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

Frage 23

Wie sehr vertrauen Sie den folgenden Gruppen und Einrichtungen: voll und ganz, weitgehend, teilweise, eher nicht oder überhaupt nicht?

(vertraue ich voll und ganz/vertraue ich weitgehend/vertraue ich teilweise/vertraue ich eher nicht/vertraue ich überhaupt nicht/weiß nicht **keine Angabe ** für (h) zusätzlich fühle mich mit keiner Partei verbunden (INT: Bitte nicht vorlesen))**

(Ratingfrage; rotieren b bis g, a immer als erstes; h immer als letztes Item!)

- a) den politischen Parteien im Allgemeinen
- b) der Bundesregierung
- c) dem Bundesverfassungsgericht
- d) der Landesregierung von Sachsen-Anhalt
- e) den Politikern
- f) der Polizei
- g) Ihrer Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung
- h) der Partei, der Sie sich verbunden fühlen

Frage 24

Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu: voll und ganz, eher, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht?

(stimme voll und ganz zu/stimme eher zu/ teils/teils /stimme eher nicht zu/stimme überhaupt nicht zu/weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen))**

(Ratingfrage; rotieren)

- a) Die ganze Politik ist so kompliziert, dass ich nicht verstehe, was vorgeht.
- b) Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.
- c) Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.
- d) Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.
- e) Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.
- f) Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.

Frage 25

Geht es in Deutschland Ihrer Meinung nach alles in allem sehr gerecht, eher gerecht, eher ungerecht oder sehr ungerecht zu?

- a) sehr gerecht
- b) eher gerecht
- c) eher ungerecht
- d) sehr ungerecht
- e) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

Frage 26

Im Vergleich dazu, wie andere Menschen in Deutschland leben, glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten? Oder glauben Sie, dass Sie sehr viel mehr, etwas mehr, etwas weniger oder sehr viel weniger als Ihren gerechten Anteil erhalten?

(INT: Bei Nachfragen: Es geht ganz allgemein um die persönliche Ansicht bzw. Einschätzung, ob man im Vergleich zu anderen in Deutschland findet, das man das bekommt was einem zusteht.)

- a) erhalte sehr viel mehr als gerechten Anteil
- b) erhalte etwas mehr
- c) erhalte gerechten Anteil (später im Datensatz Mittelkategorie [3])
- d) erhalte etwas weniger
- e) erhalte sehr viel weniger
- f) ****weiß nicht **keine Angabe** (INT: Bitte nicht vorlesen)

Frage 27

Welche der folgenden Eigenschaften treffen Ihrer Meinung nach auf Sachsen-Anhalt zu, welche nicht? Sachsen-Anhalt ist ...

(trifft nicht zu/trifft zu/weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen))**

(Ratingfrage; rotieren)

- a) ein Land mit gesunder Umwelt und Natur
- b) für Touristen ein interessantes Reiseziel
- c) ein Land der Kultur und Künste
- d) ein Land mit guten Zukunftsaussichten
- e) ein bedeutender Wissenschafts-, Universitäts- und Hochschulstandort
- f) ein attraktiver Standort für neue Unternehmen
- g) ein Land mit freundlichen und aufgeschlossenen Menschen
- h) ein Land, in dem man sich zu Hause fühlen kann
- i) etwas anderes und zwar: (INT: Bitte notieren)

Frage 28

Wenn es um die politische Ordnung geht, kann man unterschiedlicher Meinung sein. Bitte sagen Sie mir wieder zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

(stimme voll und ganz zu/stimme eher zu/ teils/teils /stimme eher nicht zu/stimme überhaupt nicht zu/weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen))**

(Ratingfrage; rotieren)

- a) Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen.
- b) Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.
- c) Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.
- d) Jede demokratische Partei sollte die Chance haben, an die Regierung zu kommen.
- e) In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.
- f) Wichtige Fragen sollten nicht von Parlamenten, sondern in Volksabstimmungen entschieden werden.
- g) Die Lebensbedingungen werden durch Reformen nicht besser – wir brauchen eine Revolution.
- h) Der Staat ist ein Instrument der Unterdrückung, das abgeschafft werden muss.
- i) Wenn es Not tut, ist eine Diktatur die bessere Staatsform.

Frage 29

Wenn Sie sich für Freiheit oder für Gleichheit entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

- a) Freiheit
- b) Gleichheit
- c) ****spontan: Beides gleichermaßen (INT: Bitte nicht vorlesen)**
- d) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

Frage 30

Und wenn Sie sich für Freiheit oder für Sicherheit entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

- a) Freiheit
- b) Sicherheit
- c) ****spontan: Beides gleichermaßen (INT: Bitte nicht vorlesen)**
- d) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

Frage 31

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Wie sehr stimmen Sie diesen Aussagen zu? (stimme voll und ganz zu/stimme eher zu/ teils/teils /stimme eher nicht zu/stimme überhaupt nicht zu/weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen))**

(Ratingfrage; rotieren a bis j, Frage teilen)

- a) Wer irgendwo neu ist, sollte sich an die örtlichen und gebräuchlichen Regeln halten.
- b) Die westliche Lebensart ist berechtigterweise führend in der Welt.
- c) Frauen sollten sich weniger auf ihre Karriere und wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.
- d) Frauen haben dieselben Chancen wie Männer.
- e) Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.
- f) Aufgrund des Fachkräftemangels ist der Zuzug von Ausländern notwendig.
- g) Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland in Wirklichkeit gar nicht verfolgt. (INT: Auf Nachfrage: Ukrainerinnen und Ukrainer mit humanitärem Aufenthaltstitel sind nicht gemeint.)
- h) Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein. (INT: Auf Nachfrage: Ukrainerinnen und Ukrainer mit humanitärem Aufenthaltstitel sind nicht gemeint.)
- i) Für die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge sollte eine Obergrenze eingeführt werden.
- j) Der Lebensstandard der Deutschen sinkt durch die Aufnahme von Flüchtlingen.

Nun folgen noch einmal einige weitere Aussagen zu diesem Thema. Sagen Sie uns bitte auch hierfür nochmal, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen oder eben nicht. (Rotieren k bis s)

- k) Heterosexualität ist heute nicht mehr die einzige normale sexuelle Orientierung.
- l) Durch die vielen Ausländer fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.
- m) Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.
- n) Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.
- o) Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mit schuldig.
- p) Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden.
- q) Die Deutschen sollten einen Schlussstrich unter die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und den Verbrechen an den Juden ziehen.
- r) Durch die israelische Politik werden mir Juden immer unsympathischer.
- s) Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.

Frage 32

Haben Sie persönlich Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern? Wenn ja, in welchen der folgenden Bereichen Ihres persönlichen Umfeldes?

- a) Ja, in Ihrer eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft?
- b) Ja, an Ihrem Arbeitsplatz?
- c) Ja, in Ihrer Nachbarschaft?
- d) Ja, in Ihrem sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis?
- e) Nein
- f) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

Soziodemographische Fragen:**S1 a)**

Können Sie mir abschließend noch sagen, in welchem Jahr Sie geboren wurden?

- a) Jahr:
- b) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

Filter: Nur wenn Frage S1 = b)

S1 b)

Und würden Sie sich in eine der folgenden Altersgruppen einordnen?

- a) 18-29 Jahre
- b) 30-39 Jahre
- c) 40-49 Jahre
- d) 50-65 Jahre
- e) 66 Jahre und älter
- f) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

S2

Seit wie vielen Jahren leben Sie in Sachsen-Anhalt?

- a) Jahre:
- b) ****spontan: seit meiner Geburt = Geburtsjahr**
- c) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

S3

Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst eingeschlossen?

(INT: Auf Nachfrage: Zum Haushalt zählen alle Personen, die hier gemeinsam wohnen und wirtschaften. Denken Sie dabei bitte auch an alle im Haushalt lebenden Kinder. Studenten, die nicht gemeinsam wirtschaften zählen als 1-Personen-Haushalt)

- a) 1 Person
- b) 2 Personen
- c) 3 Personen
- d) 4 Personen
- e) 5 Personen und mehr
- f) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

S4**Welchen Familienstand haben Sie?**

- a) verheiratet zusammenlebend → weiter mit S6
- b) verheiratet getrennt lebend
- c) verwitwet
- d) geschieden
- e) ledig
- f) **weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)

Filter: Nur wenn Frage S4 = b), c), d), e) oder f)

S5**Haben Sie zurzeit einen festen Partner oder eine feste Partnerin?**

- a) ja
- b) nein
- c) **weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)

S6**Welchen allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?**

- a) von der Schule abgegangen ohne Abschluss
- b) Hauptschule, Volksschule, Abschluss Polytechnische Oberschule 8. oder 9. Klasse
- c) Mittlere Reife/Realschule/Fachschulreife/Abschluss Polytechnische Oberschule 10. Klasse
- d) Abitur/EOS mit Abschluss 12. Klasse (Hochschulreife)/Fachhochschulreife
- e) anderer Schulabschluss
- f) noch in Schulausbildung
- g) **weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)

S7**Kommen wir zur Erwerbstätigkeit. Was von dem Folgenden trifft auf Sie zu? Sind Sie derzeit ...**

(INT: Hierunter versteht man jede bezahlte bzw. mit einem Einkommen verbundene Tätigkeit, egal welchen zeitlichen Umfang diese hat.)

- a) Voll-/Teilzeiterwerbstätig (Auch „Mini-Jobs“)
- b) Lehrling oder Azubi
- c) Rentner oder Pensionär
- d) In Altersteilzeit (egal welche Phase)
- e) Schüler an allgemeinbildender Schule
- f) Fachschüler
- g) Student
- h) Hausfrau/Hausmann
- i) Freiwilliger Wehrdienstleist/Bundesfreiwilligendienst/FSJ/FÖJ
- j) Arbeitslos (Ohne „Ein-Euro-Job“)
- k) In einem „Ein-Euro-Job“ tätig
- l) In Elternzeit
- m) Sonstiges
- n) **weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)

S8

Welchen Beruf üben Sie aus? Bzw. welchen Beruf haben Sie zuletzt ausgeübt?

- a) Arbeiter
- b) Angestellter
- c) Beamter/Richter/Berufssoldat
- d) Landwirt (selbstständig)
- e) Freiberufler (z. B. Arzt mit eigener Praxis, Rechtsanwalt)
- f) Sonstiger Selbstständiger oder Unternehmer
- g) mithelfender Familienangehöriger
- h) in Ausbildung
- i) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

S9

Wie hoch ist das monatliche Netto-Einkommen Ihres Haushaltes insgesamt? Ich meine dabei die Summe, die nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen übrig bleibt.

- a) bis unter 1.000 EURO
- b) 1.000 bis unter 1.250 EURO
- c) 1.250 bis unter 1.500 EURO
- d) 1.500 bis unter 2.000 EURO
- e) 2.000 bis unter 3.000 EURO
- f) 3.000 bis unter 4.000 EURO
- g) 4.000 bis unter 5.000 EURO
- h) 5.000 EURO und mehr
- i) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

S10 a)

Sind Sie in der Lage, jeden Monat einen bestimmten Betrag für schlechte Zeiten zurückzulegen?

(INT: Auf Nachfrage: Es folgen nun Fragen zur Vermögensbildung und Schuldsituation.)

- a) ja
- b) nein
- c) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

S10 b)

Wären Sie in der Lage, bei einem Einkommensausfall zwei Monate Ihren Lebensunterhalt zu bestreiten?

- a) ja
- b) nein
- c) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

S10 c)

Haben Sie schon einmal Schulden machen müssen, um Ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können?

- a) ja
- b) nein
- c) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

S11

Welcher Konfession oder Glaubensgemeinschaft gehören Sie an?

- a) katholisch
- b) protestantisch/evangelisch
- c) muslimisch/Islam
- d) jüdisch
- e) anderer
- f) keiner
- g) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

S12

(INT: Falls nicht erkennbar, nachfragen)

Welches Geschlecht haben Sie?

- a) männlich
- b) weiblich
- c) divers
- d) ****weiß nicht **keine Angabe (INT: Bitte nicht vorlesen)**

Autorenverzeichnis

GMS Dr. Jung GmbH

www.gms-gmbh.com

Paul-Sorge-Str. 142

22455 Hamburg

Rainer Arenz

Geschäftsführer

Maximilian Zuther

Studienleiter

Konstantin Schmitzek

Studienleiter



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung

#moderndenken

GMS
Dr. Jung GmbH